Protokoll

der 20. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 25. Juni 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Seyit Erdogan (SP), Fina Girard (Grüne), Niggi Rechsteiner (GLP), Beda Baumgartner (SP)*

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 4
3. Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027 (Nachfolge für Katharina Zimmermann), Bericht der WVKo 4
4. Jahresrechnung 2024 und Rechnung 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und BKK 6

Beginn der 20. Sitzung

Mittwoch, 25. Juni 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[25.06.25 09:00:06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Rücktritt einer nebenamtlichen Richterin

Isabel Wachendorf Eichenberger hat den Rücktritt als nebenamtliche Richterin am Zivilgericht per Ende September 2025 erklärt. Die gesetzliche Frist von 6 Monaten gemäss § 64 GOG wurde nicht eingehalten. Der Grosse Rat hat die vorzeitige Beendigung des Amtes zu bewilligen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Rücktritt auf den gewünschten Termin zu bewilligen.

Ich danke der Zurückgetretenen für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

Kaffeespende

Eric Weber hatte gestern Geburtstag und spendiert aus diesem Grund heute den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich Eric Weber herzlich zum Geburtstag und bedanke mich für die grosszügige Geste.

Das waren meine Mitteilungen für heute Morgen. Wir kommen damit zur

Tagesordnung

Antrag auf dringliche Traktandierung. Die GPK beantragt Ihnen, den Rechenschaftsbericht der GPK, Traktandum 4, als dringlich zu traktandieren.

Wir stimmen darüber ab. Es wird ein Zweidrittelmehr benötigt.

2/3-Abstimmmung

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006822, 25.06.25 09:02:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung von Traktandum 4.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die dringliche Traktandierung entschlossen mit 82 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme und einer Enthaltung.

Antrag auf Terminierung. Raffaela Hanauer beantragt, Traktandum 7 zu terminieren. Sie möchten das Wort.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich stelle hier den Antrag auf Verschiebung des Traktandums 7 zur Dach- und Fassadenbegrünung des Globus-Gebäudes am Marktplatz auf Morgen, 15 Uhr am Nachmittag. Sofern es keine Nachmittagssitzung gibt, stelle ich den Antrag auf Terminierung als letztes Traktandum.

Wir haben den «Chrüzlistich» seit gestern gesehen. Er zeigt eine sehr grosse Diversität über alle politischen Lager hinweg. Es ist ein sehr komplexes Geschäft. Die UVEK hat den Hauptbericht, es gibt zwei Mitberichte der Kommissionen BRK und WAK. Es liegt ein Antrag von der WAK vor auf Rückweisung und die Kommissionspräsidien möchten sich gerne noch ein bisschen Zeit verschaffen, um sich besser absprechen zu können für eine möglichst konstruktive Debatte.

Es ist so, dass die Kommissionen der WAK und der UVEK heute über Mittag und morgen über Mittag noch tagen werden. Sollten wir ohnehin länger haben und eine Nachmittagssitzung stattfinden, wäre es für das Geschäft optimal für eine konstruktive Debatte, wenn es morgen am Nachmittag käme. Falls dem nicht der Fall ist, wären wir auch so flexibel, das dann als letztes Traktandum zu diskutieren. Ich stelle diesen Antrag in Absprache mit den beiden anderen Kommissionspräsidien der mitberichtenden Kommissionen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Präsidentin der WAK wünscht ebenfalls das Wort.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ja, tatsächlich, ich unterstütze dieses Vorgehen. Das gibt uns die Möglichkeit, in der WAK die nächsten Schritte in Ruhe noch einmal zu besprechen. Im Moment stehen wir vor einem eher chaotischen Stimmungsbild zu diesem Geschäft und ich glaube, es hilft der Sache auch für die zukünftige Regelung der Mehrwertabgabeeinsätze, wenn wir hier ein bisschen Zeitdruck rausnehmen und die Verschiebung auf morgen machen können. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Patrizia Bernasconi wünscht das Wort.

Patrizia Bernasconi (BastA): Ohne das mit meiner Fraktion besprochen zu haben, das ist meine eigene Meinung. Ich bin der Meinung, das sollen wir einfach so belassen. Das Geschäft ist nicht mehr das Geschäft der Kommissionen, das ist ein Geschäft des Grossen Rates und ich denke, das können wir gut, oder von den Fraktionen, das ist in der Fraktion besprochen worden, deshalb bin ich der Meinung, dass wir das einfach so belassen können, wie es jetzt ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Brigitte Kühne hat das Wort.

Brigitte Kühne (GLP): Auch wir Grünliberalen möchten Sie bitten, das Geschäft zu vertagen, damit wir das beste Vorgehen für die Stadtökologie, die Biodiversität sowie die Klimaadaption so wichtige Geschäft nochmals beraten können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Raffaela Hanauer hat sich nochmals gemeldet.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Ganz kurz, damit verständlich ist, was überhaupt die möglichen Wege sind, weshalb man das nochmals in beiden Kommissionen anschauen möchte. Es steht die Frage im Raum, ob nicht vielleicht eine Rückweisung an die Kommission anstelle der Regierung der konstruktivere Weg wäre, weil die Kommissionspräsidien Kenntnis davon haben, dass mehrere Rückweisungsbegründungen im Raum stehen und es für die Regierung, die keinen Draht direkt in die Fraktionen hat, demnach sehr schwierig werden könnte, so eine mehrheitsfähige Vorlage überhaupt zu entwickeln. Daher würden wir das so auch beantragen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur Verschiebung (Terminierung), NEIN heisst keine Terminierung.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 18 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006826, 25.06.25 09:07:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

Terminierung von Traktandum 7 auf Donnerstag 26.6. 15:00Uhr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben das Geschäft terminiert mit 70 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Der Grosse Rat beschliesst

die Tagesordnung zu genehmigen.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[25.06.25 09:07:58]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an Kommissionen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die vom Ratsbüro vorgeschlagenen Zuweisungen der Geschäfte zu genehmigen.

3. Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027 (Nachfolge für Katharina Zimmermann), Bericht der WVKo

[25.06.25 09:08:22, 25.5012.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, Urs Gloor als nebenamtlichen Richter für den Rest der laufenden Amtsdauer zu wählen.

Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende und vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt. Innerhalb der gesetzlichen Frist von 4 Wochen gemäss § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen.

Das Wort hat der Präsident der Wahlvorbereitungskommission, Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Die Wahlvorbereitungskommission beantragt Ihnen die Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht Basel-Stadt für den Rest der Laufzeit, Amtsdauer 2022 bis 2027.

Diese Wahl ist notwendig geworden, da Frau Dr. iur. Katharina Zimmermann per 31. März 2025 von ihrem Amt zurückgetreten ist, um als Richterin am Appellationsgericht tätig zu werden. Nach Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen meldete die LDP Dr. iur. Urs Gloor. Weitere Vorschläge sind nicht eingegangen. Die

Wahlvorbereitungskommission hat die Wählbarkeitsvoraussetzung von Herrn Dr. iur. Urs Gloor geprüft und ein Gespräch mit ihm geführt.

Basierend auf dieser Prüfung beantragt die Wahlvorbereitungskommission dem Grossen Rat einstimmig, die Wahl von Dr. iur. Urs Gloor als Richter am Zivilgericht. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen oder Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit Zweidrittel der Stimmen offene Wahlen beschliessen.

Ich beantrage Ihnen hiermit offene Wahlen.

Wir kommen zur Abstimmung.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahlen, NEIN heisst geheime Wahlen

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006830, 25.06.25 09:11:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für offene Wahlen entschieden mit 88 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Wir kommen zur Wahl.

Abstimmung

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von Urs Gloor zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006832,]*

Der Grosse Rat wählt als nebenamtlichen Richter am Zivilgericht Basel-Stadt

für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027:

Dr. iur. **Urs Gloor** (geb. 1968, whft. in 4052 Basel).

Diese Wahl ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Urs Gloor mit 91 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme gewählt.

Ich gratuliere dem gewählten nebenamtlichen Richter herzlich und wünsche ihm viel Freude im neuen Amt.

4. Jahresrechnung 2024 und Rechnung 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und BKK

[25.06.25 09:12:40, 25.5263.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Zu diesem Geschäft begrüsse ich auf der Regierungsbank auch den Präsidenten des Gerichtsrates, Herrn Stephan Wullschleger.

Die Finanzkommission beantragt Ihnen, die Rechnung 2024 zu genehmigen.

Ich gebe Ihnen den Ablauf der Beratung der Jahresrechnung bekannt. Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der Finanzkommission und die Jahresrechnung, in welcher zunächst der Präsident der Finanzkommission das Wort erhält. Danach spricht die Präsidentin der BKK, welche einen Mitbericht zu den kantonalen Museen verfasst hat. Seitens der übrigen Sachkommissionen wurden keine Mitberichte eingebracht.

Nach den Kommissionen sprechen die Finanzdirektorin, der Vorsitzende des Gerichtsrates, anschliessend die Fraktionen mit je zehn Minuten und dann die Einzelvotierenden mit je maximal fünf Minuten. Das erste Schlusswort zum Eintreten hat der Vorsitzende des Gerichtsrates, danach die Finanzdirektorin sowie die Präsidentin der BKK und das ultimative Schlusswort hat wieder der Präsident der Finanzkommission. Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung. Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses auf Seite 57 des Berichts der Finanzkommission und die Schlussabstimmung. Gibt es zu diesem Ablauf Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass sie mit dem Vorgehen einverstanden sind.

Nun kommen wir zur Eintretensdebatte und ich übergebe dem Präsidenten der Finanzkommission Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Ich darf Ihnen auch in diesem Jahr namens der Finanzkommission über einen erfreulichen Rechnungsabschluss des Kantons und einen damit verbundenen Überschuss berichten. Gerne hierzu zunächst einige finanzielle Eckwerte:

Der Kanton schliesst das Jahr 2024 mit einem Überschuss von knapp 106 Millionen Franken ab. Budgetiert war inklusive vom Grossen Rat im Verlauf des Jahres beschlossener Nachtragskredite und Budgetpostulate in Höhe von insgesamt 15,2 Millionen Franken ein Überschuss von 67,3 Millionen Franken. Das sind also 39 Millionen Franken mehr als vorgesehen. Bei einem Gesamtvolumen von rund 4,8 Milliarden Franken liegt die Budgetabweichung bei nur 0,8 Prozent, ein bemerkenswert gutes Ergebnis. Dieses Resultat spricht für eine umsichtige Haushaltsführung und eine funktionierende Steuerung von Einnahmen und Ausgaben durch Regierung und Verwaltung. Die Finanzkommission würdigt dies ausdrücklich.

Auf der Einnahmenseite zeigt sich ein gemischtes Bild. Die kantonalen Steuereinnahmen fielen insgesamt um rund 50 Millionen Franken geringer aus als budgetiert, vor allem weil die Einkommenssteuern, 53 Millionen Franken unter Budget, die Erwartungen nicht ganz erfüllten. Auch die Erbschafts- und Grundstückgewinnsteuern blieben unter Budget. Erfreulicherweise konnten diese Mindereinnahmen durch einen unerwartet hohen Anteil an der direkten Bundessteuer kompensiert werden. Dieser fiel um 92 Millionen Franken höher aus als geplant. Diese Volatilität zeigt aber auch die strukturelle Unsicherheit solcher Einnahmen. Weniger erfreulich ist die Tatsache, dass es erneut keine SNB-Gewinnausschüttung gab, zum zweiten Mal in Folge. Für Basel-Stadt bedeutete das eine budgetäre Einbusse von 45 Millionen Franken.

Die Investitionen beliefen sich 2024 auf 379 Millionen Franken, einer im Vergleich zum Vorjahr leicht tieferer, aber immer noch sehr hoher Wert. Erfreulich ist vor allem, dass der Selbstfinanzierungsgrad bei 90 Prozent lag. Der Kanton konnte also fast sämtliche Investitionen aus eigenen Mitteln stämmen. Ein starkes Zeichen finanzieller Solidität. Zu den grössten Investitionsprojekten zählten etwa der Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs, die Erneuerung der Gleisinfrastruktur, die Erweiterung der Abwasserreinigung sowie das Darlehen an das Universitätsspital. Es handelt sich dabei um langfristige Investitionen in die Lebensqualität, die Gesundheit, die Umwelt und dem Bildungsstandort Basel.

Auf der Ausgabenseite lagen die Departemente rund 14 Millionen Franken unter Budget. Dies vor allem dank tieferer Ausgaben für Prämienverbilligungen und höhere Einnahmen bei der Mehrwertabgabe. Gleichzeitig gab es aber auch bewusste Mehrausgaben, beispielsweise durch die Umsetzung des Massnahmenpakets zur Stärkung der

familienergänzenden Kinderbetreuung. Erstmals ausgewirkt hat sich im Rechnungsjahr 2024 auch das Steuerpaket, welches im März 2023 von der baselstädtischen Stimmbevölkerung angenommen wurde und auf das Rechnungs- respektive Steuerjahr 2024 wirksam wurde. Dieses hat die Jahresrechnung um 112 Millionen Franken belastet.

Die Zahl der Vollzeitstellen ist weiter angestiegen von rund 8'864 im Jahr 2020 auf 9'455 im Berichtsjahr 2024. Diese Entwicklung widerspiegelt den wachsenden Aufgabenbestand, sei es im Bildungsbereich, in der Digitalisierung oder im Gesundheitswesen. Die Finanzkommission anerkennt, dass das Personalwachstum differenziert zu betrachten ist und je nach Bereich begründet ist.

Erfreulich ist, dass der Kanton seit 2021 über ein Nettovermögen verfügt. Aktuell beträgt es 414 Millionen Franken, auch wenn es im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig ist. Die tragende finanzpolitische Stärke des Kantons zeigt sich auch in der Bestätigung des Tripel «AAA» Ratings durch S&P Global, eine Bewertung, die Basel-Stadt in der Schweiz mit nur wenigen Kantonen teilt.

Die Finanzkommission hat sich in früheren Berichten zur Rechnung und zum Budget mit möglichen Massnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität befasst und den Regierungsrat darin bestärkt, in verschiedenen Bereichen aktiv zu werden. Die im Jahr 2023 beschlossene temporäre Arbeitsmarktzulage bei der Kantonspolizei unterstrich diesen Willen zusätzlich. Im Hearing mit dem Finanzdepartement respektive mit HR BS wurde der betont, dass beim Kanton ein allgemeiner Fach- und Personalmangel besteht. Über 50 Prozent der Mitarbeitenden sind über 45 Jahre alt. Die sogenannte Generation Z stellt nur rund 10 Prozent. Ich habe gestern Abend noch recherchiert, der Grosse Rat hat eine noch tiefere Generation Z-Quote als die kantonale Verwaltung, nämlich 8 Prozent. Bis 2034 wird sich die Zahl der Pensionierungen verdoppeln. Der Handlungsbedarf ist also entsprechend gross, insbesondere gerade im Hinblick auf jüngere Arbeitnehmende.

Deshalb wurde das Projekt «Arbeitgeberattraktivität steigern» lanciert, welches thematische Massnahmenpakete umfasst, die in einem partizipativen Prozess erarbeitet werden, sowie die Umsetzung kurzfristiger Verbesserungen, sogenannte «Quick Wins», wie zum Beispiel Umkleidezeit-Entschädigung, höhere Lehrlingslöhne oder der dreiwöchige Schwangerschaftsurlaub. Weitere Massnahmen wie das Jobticket befinden sich in Beratung respektive werden wohl heute oder morgen hier im Grossen Rat beschlossen respektive zumindest besprochen. Uns gegenüber wurde im Hearing mitgeteilt, dass zudem ein umfassendes Lohnmassnahmenpaket in Vorbereitung sei. Dieses Hearing fand im Frühjahr 2025 statt, als es noch nicht publik war, dieses liegt nun Ihnen in der Zwischenzeit vor.

Die Finanzkommission begrüsst, ungeachtet nun des Entscheides zum Lohnmassnahmenpaket, die laufenden Arbeiten zur Steigung der Arbeitgeberattraktivität, erwartet jedoch auch, dass bestehende Vorteile, etwa die Leistungen der staatlichen Pensionskasse für Arbeitnehmende, stärker im Rekrutierungsprozess kommuniziert und bereits gefällte politische Beschlüsse, wie die Lohnerhöhung bei der Kantonspolizei, unabhängig davon zeitnah umgesetzt werden. Angesichts der bevorstehenden Pensionierungswelle, da ist sich die Finanzkommission einig, sind diese Massnahmen dringend.

Ich komme nun zu einzelnen Bemerkungen zu den Departementen.

Zum Präsidialdepartement und zum Kunstmuseum:

Die Finanzkommission hat sich über die Situation beim Kunstmuseum Basel informieren lassen. Für das Jahr 2024, Sie wissen das, genehmigte der Grosse Rat einen Nachtragskredit in Höhe von 2,55 Millionen Franken, da die absehbare Budgetüberschreitung nicht durch Reserven gedeckt werden konnte. Dank einschneidender Massnahmen wurde der bewilligte Kredit nicht vollständig beansprucht. Im Hinblick auf weitere Spar- und Restrukturierungsmassnahmen ist zu bedenken, dass tiefgreifende Kürzungen im Museumsbetrieb auch kontraproduktive Folgen haben können. Einerseits besteht die Gefahr, dass zentrale Aufgaben nicht mehr in der erforderlichen Qualität erfüllt werden können, andererseits kann eine Reduktion des Programms auch zu einem Rückgang der Besucherzahlen sowie der Drittmitteleinnahmen führen. Die Finanzkommission begrüsst die bisher ergriffenen Anstrengungen und wird die finanzielle Entwicklung des Kunstmuseums auch im Austausch mit dem Präsidialdepartement weiterhin aufmerksam verfolgen.

Zum NMB und StABS:

Die Finanzkommission informierte sich auch über den Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs. 2024 gab es neue Herausforderungen, über welche auch schon hier berichtet wurde. Etwa zusätzliche Anforderungen für Arbeitsplätze, die Ertüchtigung des Widerlagergebäudes der Luzernerringbrücke, Bauverzögerungen bei der Dichtigkeit, Mehrkosten durch Teuerung sowie Schlechtleistung und Rückzug des Baumanagements. Nach Reorganisation des Planungteams laufen die Arbeiten geordnet, der Innenausbau schreitet voran. Die Gebäudeübergabe ist aber bedauerlicherweise erneut verzögert und nun für Februar 2027 erst geplant, was auch Einfluss auf die Eröffnung des Staatsarchivs und des NMB haben wird. Ein Antrag auf Erhöhung der Ausstattungskosten wird vermutlich oder allerdings nötig sein, da Teuerung und neue Anforderungen die Kalkulation übersteigen. Zudem wird eine Verlängerung der Projektkoordination um vier Jahre beantragt. Die Finanzkommission wird die Fortschritte weiter verfolgen und sich auch weiterhin mit den zuständigen Stellen aus dem Präsidial- und dem Bau- und Verkehrsdepartement darüber austauschen.

Zum Bau- und Verkehrsdepartement:

Wegen des ESC und der UEFA Women's EURO 2025 wurden Bauprojekte in Basel-Stadt verschoben oder unterbrochen. Die Finanzkommission prüfte Auswirkungen auf Kosten und Zeitpläne. So bleiben die Veranstaltungsorte baustellenfrei, einige Baustellen pausieren in diesem Jahr deshalb auch bis zu drei Monate. Laut Bau- und Verkehrsdepartement entstehen aber keine nennenswerten Mehrkosten, die, wenn sie entstehen würden, durch die Projektreserven gedeckt sind. Die Finanzkommission nimmt dies zur Kenntnis.

Diskutiert haben wir auch die Objektabrechnungen. Für die finanzielle Abwicklung von Bauvorhaben gelten gemäss BVD klare Vorgaben im Handbuch für Steuerung und Ausgaben, um Transparenz und korrekte Mittelverwendung sicherzustellen. Bei Ausgaben über 300'000 Franken ist von der Departementsvorsteherin des BVD eine Schlussabrechnung vorzulegen. Innerhalb eines Jahres nach Projektabschluss muss eine Objektabrechnung alle Kosten, Nachträge, Mängel, Schadensersatzforderungen und Dokumentationen enthalten. Die 2023 abgeschlossenen Projekte wurden 2024 abgerechnet und der Finanzkontrolle vorgelegt, die ausgewählte Objektabrechnungen prüfte. Sieben von 16 Abrechnungen sind verzögert, vier wegen Arbeitsauslastung, eine wegen offener Leistungen, zwei wegen Buchungen im 2023 und werden somit erst 2025 nachgereicht.

Der Mehrwertabgabefonds, ein Top, um es salopp zu formulieren, verfügt über 76,2 Millionen Franken, und die Finanzkommission wollte wissen, wie er sich künftig angesichts der bereits heute vorhandenen beträchtlichen Mittel weiterentwickelt. Laut Departementsvorsteherin BVD sei hierzu eine Prognose schwierig, da Gemeinnützigkeit und Planungen die Einnahmen beeinflussen. Zudem ist die Fondabgabe Verhandlungssache, wobei Bauherren selbstredend geringe Beiträge anstreben. 2024 überstiegen die Einnahmen, 26 Millionen Franken, die Ausgaben, diese waren bei 13,6 Millionen Franken. In den nächsten zehn bis 15 Jahren werden durch Transformationsareale weiterhin hohe Einnahmen erwartet, die den Fondsbestand erhöhen. Danach allerdings dürfte der Zufluss sinken, weshalb ein höherer Bestand nun nötig und richtig ist, um Projekte nachhaltig zu finanzieren, wenn die genannte Entwicklung der Transformationsareale abgeschlossen ist.

Zum Erziehungsdepartement:

Die Finanzkommission prüfte die steigenden Stellvertretungskosten für Unterrichtsausfälle und befragte die Volksschulleitung zu Gründen und Massnahmen. Seit 2018 stiegen die Kosten um 53 Prozent, obwohl der Lektionsanstieg nur 15 Prozent betrug. Dass steigende Schülerzahlen mehr Lehrpersonen und folglich mehr Ausfälle nach sich ziehen, erklärt somit nur einen kleinen Teil des Anstiegs. Eine detaillierte Analyse der weiteren Gründe sei aufgrund der sehr begrenzten Auswertungsmöglichkeiten des Erfassungssystems und des Datenschutzes nicht möglich, weswegen das ED lediglich Mutmassungen über weitere Faktoren anstellen kann. Das ED nennt dazu die Erhöhung des bezahlten Urlaubs bei Betreuungsengpässen, die Verdoppelung des Vaterschaftsurlaubs seit 2022 sowie der Abbau von angesammelten Lektionen und Ferienguthaben. Steigende Schülerzahlen erklären dies also nur teilweise und das ED führte dann gegenüber der Finanzkommission diesen erhöhten Urlaub- und Guthabenabbau an, doch gab selber zu, dass präzise Analysen wegen Datenschutz und begrenztem Erfassungssystem eben fehlen. Krankheitsausfälle, die seit 2022 fast verdoppelte Kosten verursachen, seien aber der Hauptgrund. Ob dies pandemiebedingt oder schulspezifisch ist, bleibt unklar.

Das ED plant deshalb nun eine Arbeitsgruppe zur verbesserten Erfassung und Analyse von Abwesenheiten. Die Finanzkommission begrüsst dies, kritisiert aber, warum dies erst jetzt geschieht, da der Anstieg ja schon 2022 klar war. Sie versteht nicht, weshalb die vorherige Departementsleitung diese Arbeitsgruppe nicht schon einsetzte, da ohne Ursachenanalyse keine Lösungen möglich sind. Entsprechend bemängelt die Finanzkommission, dass die höheren Kosten nicht früher budgetiert wurden, begrüsst aber Massnahmen für mehr Kostenwahrheit. Diese Kostenwahrheit wurde in Bezug auf das von Ihnen bereits genehmigte Budget 2025 auch vor einigen Wochen sichtbar. Der Regierungsrat genehmigte im Bereich Volksschulen eine Kreditüberschreitung in Höhe von 14,6 Millionen Franken und informierte darüber auch die Öffentlichkeit.

Illegitime Zahlung an den Gewerbeverband. Unter keinem guten Stern stand oder steht das Talentförderprogramm «Unternehmer Campus» des Gewerbeverbandes Basel-Stadt. Der Grosse Rat hatte nach längerer Diskussion in der vorberatenden Bildungs- und Kulturkommission erst im Januar 2025 eine Ausgabe von insgesamt 340'000 Franken, das sind 85'000 Franken pro Jahr, bewilligt. Schon damals monierte die BKK, dass beim Geschäft Berechnungsfehler bestanden und kürzte den Beitrag, da der Gewerbeverband Flächen, die nur teilweise vom Unternehmer Campus genutzt werden, dem Kanton vollständig in Rechnung stellte und das zuständige Erziehungsdepartement, aber auch das Finanzdepartement dies nicht merkte. Auf voreilige Rechnungsstellung des Gewerbeverbandes erfolgte jedoch bereits im Dezember 2024, also noch vor dem Beschluss des Grossen Rates, eine erste Zahlung des Erziehungsdepartementes in Höhe von 20'000 Franken an den Gewerbeverband. Am 28. Januar 2025 folgte dann nach dem Beschluss des Grossen Rates eine zweite Überweisung in Höhe von 85'000 Franken, was diesem Jahresbeitrag entspricht. Erst die Finanzkontrolle stellte fest, dass der Gewerbeverband also für das erste Projektjahr insgesamt 105'000 Franken erhalten habe, obwohl nur 85'000 Franken vorgesehen waren.

Das ED erklärte gegenüber der Finanzkommission, dass, als die zweite Rechnung beim ED einging, übersehen wurde, dass bereits 20’000 Franken in Rechnung gestellt und überwiesen waren und dies erst noch ohne bereits vorhandenen gültigen Grossratsbeschluss. Der zu viel überwiesene Betrag wurde danach umgehend zurückverlangt. Der Genehmigungsprozess für Rechnungen wurde nun so angepasst, dass die für die Leistungsvereinbarung verantwortliche Person im SAP-Workflow hinterlegt ist und zukünftig die Rechnungen nach Eingang genehmigen wird. Entsprechende Fehler können somit, so das ED, vermieden werden. Die Finanzkommission hält fest, dass die Erwartung besteht, dass solche Fälle nicht wieder vorkommen, sowohl in Bezug auf Auszahlungen vor Beschlussfassung des Grossen Rates und Zahlungen in dieser Form.

Zum Finanzdepartement und zur IT:

Die Finanzkommission liess sich über das Security Operations Center, das heisst SOC, der kantonalen Verwaltung informieren, dass sicherheitsrelevante Ereignisse in der IT-Infrastruktur überwacht, Bedrohungen frühzeitig erkennt und darauf reagiert. Das SOC mit drei Mitarbeitenden hat Cyberangriffe wie Phishing, Malware und unbefugte Zugriffe erfolgreich abwehren können. Langfristig sei eine Erweiterung geplant, um die Cyber-Resilienz zu stärken. Das SOC ist noch im Aufbau, umfasst daher noch nicht alle Departemente. Die Finanzkommission wird sich deshalb weiterhin auch mit dem FD über das SOC austauschen.

Ein weiteres Thema war die Einführung von Microsoft 365. Die Finanzkommission sieht darin eine strategische Investition mit Chancen und Risiken. Initialkosten für Implementierung, Schulungen und Infrastrukturanpassung sowie laufende Lizenzgebühren belasten den Haushalt, doch M365 ermöglicht effizientere Prozesse und niedrige Betriebskosten, die langfristig die Ausgaben überkompensieren könnten. Diverse Sicherheitsmassnahmen, wie die Zwei-Faktor-Authentifizierung, reduzieren Cyberrisiken. Die Risikominimierung trägt somit direkt zur finanziellen Stabilität bei.

Im Bereich Datenschutz äusserte die Datenschutzbeauftragte Bedenken hinsichtlich des möglichen Zugriffs durch US-Behörden und hinsichtlich des Verlusts der Datenhoheit. Um diese Risiken zu minimieren, werden besonders schützenswerte Daten primär in lokalen Fachanwendungen verarbeitet, Daten mit sehr hohem Schutzbedarf oder als geheim eingestufte Inhalte bleiben vollständig von der Cloud-Nutzung ausgeschlossen. Zudem gewährleisten technische Massnahmen die Kontrolle über die Datenhoheit. Gestützt wird die Entscheidung des Regierungsrates, auf M365 zu setzen, wobei auch bis dato niemand eine sinnvolle Alternative präsentieren konnte, auf zwei Gutachten. Eine Rechtsgrundlagenanalyse einer Kanzlei kam zum Schluss, dass keine neuen Gesetze erforderlich sind und die bestehenden Datenschutz- und Auftragsbearbeitungsregeln ausreichen. Ergänzend bewertete ein Memorandum einer US-Kanzlei die Wahrscheinlichkeit eines Zugriffs durch US-Behörden als äusserst gering, unter 5 Prozent, diese fundierten Einschätzungen stärken die Grundlage für die Entscheidung.

Die Mitglieder der Finanzkommission bewerten die Einführung von M365 unterschiedlich. Einig ist sich die Kommission aber darin, dass eine sorgfältige Überwachung der Kostenentwicklung sowie der Abhängigkeitsrisiken essentiell ist, um die finanzielle Tragbarkeit zu gewährleisten.

Zur Spitalplanung im GD:

Bezüglich der Investition in die Spitalneubauten K2 und K3 ist für das Berichtsjahr insbesondere auf die Überprüfung der Einhaltung der Tragbarkeitsgrenzen für die Neubauten K2 und K3 plus Fortschreibung Teuerung in der Höhe von 1,7 Milliarden Franken hinzuweisen. Dies machte offenbar eine Kostenoptimierung für den Neubau des K3 notwendig, die aktuell eine angepasste Planung unter Verzicht des geplanten Turmes des K3 zur Folge hat. Die Planungsanpassungen umfassen massgeblich neu geplante effizientere Leistungserbringungen sowie Prozessoptimierungen, Ambulantisierungen und Verdichtungen, womit auf rund 6’400 m2 Nutzfläche verzichtet werden kann.

Unbesehen eines gewissen Erstaunens, dass innerhalb relativ kurzer Zeit doch sehr massgebliche Anpassungen an der früheren Spitalplanung «Campus Gesundheit» gemacht werden konnten und offenbar auch mussten, begrüsst die Finanzkommission die überarbeitete und kostenoptimierte Planung des K3 durch das Unispital.

Zum JSD:

Konkret befragt haben wir das JSD zur Immobilienstrategie des Departements. Das JSD verfolgt keine departementsübergreifende Immobilienstrategie, da die Kernaufgaben der Dienststellen stark unterschiedlich sind. Stattdessen gibt es mehrere auf spezifische Bedürfnisse abgestimmte Teilstrategien, bisher gesteuert durch die Dienststelle «Services». Mit der Zusammenführung der Dienststelle «Services» und des Generalsekretariats wird die Steuerung der Immobilienstrategien gestärkt, was die Finanzkommission ausdrücklich begrüsst. So zeigte sich beispielsweise die Umsetzung der Zwei-Zentralen-Strategie, insbesondere beim Umbau und der Instandsetzung des Spiegelhofs, als grosse Herausforderung. Es kam bekanntlich zu baulichen Verzögerungen und Mehrkosten durch Projektänderungen. Diese sind auch auf eine mangelhafte Projektorganisation und Priorisierung der Bestellung zurückzuführen. Die Finanzkontrolle hält dies ausführlich und deutlich in ihrem Prüfbericht fest. Die Mehrkosten durch Bestellungsänderungen von Seiten der Nutzerin belaufen sich auf rund 3,5 Millionen Franken bzw. rund 40 Prozent der gesamten Projektänderungskosten. Hinzu kommt die Aufstockung und das «Open Space» Konzept, welches für sich betrachtet rund 5 Millionen Franken Mehrkosten verursachte und von der ursprünglich vorgesehenen Nutzung nicht wirklich erwünscht war. Diese Umstände zeigen, dass für die

Umsetzung der Immobilienstrategie eine hohe Priorität bei der Bestellung und eine entsprechend klare Steuerung, beispielsweise durch finanzielle Übersicht notwendig sind. Die Finanzkommission begrüsst deshalb die verstärkte Koordination durch die erwähnte Reorganisation, fragt jedoch, wie das Drei-Rollen-Modell optimiert werden kann, um Nutzungsbedürfnisse und Raumbedarf besser abzustimmen.

Die Finanzkommission monierte bei der Jahresrechnung 2023, dass der Personalaufwand im JSD trotz starkem Unterbestand bei der Kantonspolizei über dem Budget liegt und dass diese Praxis zu prüfen sei. Die Jahresrechnung 2024 zeigt nun einen Personalaufwand von 283,5 Millionen Franken. Damit liegt der Aufwand immer noch 1,7 Millionen Franken über dem Budget und gegenüber der Rechnung 2023 um 11,2 Millionen Franken höher. Gleichzeitig ist der Unterbestand bei der Dienststelle Kantonspolizei aber weiter um zehn auf 130 Stellen gewachsen. Das JSD begründet die höheren Personalkosten mit systembedingten Effekten wie der Teuerung von 1,5 Millionen Franken oder bewussten Personalentscheidungen. Die Finanzkommission ist nach wie vor der Meinung, dass diese Budgetpraxis zu prüfen ist. Auch erwartet die Finanzkommission eine Auswertung über die Wirkung der im Frühling 2023 gewährten Arbeitsmarktzulage.

Informationen wollte die Finanzkommission auch zu unmittelbaren finanziellen Auswirkungen des Berichts Schefer. Das JSD erklärte, da neben der Erstellung des Berichts auch Kosten für die externe Begleitung des Kulturwandels anfallen. Dazu zählen Personalmassnahmen wie Abgangsentschädigungen, interimistische Besetzungen und juristische Begleitung. Für diese wurden Rückstellungen von 1,9 Millionen Franken gebildet. Für die kommenden Jahre werden keine wesentlichen Mehrkosten durch den Bericht erwartet.

Die Finanzkommission erkundigte sich nach den Gründen für den Rückgang der Beiträge an die Polizeischule Hitzkirch um 400’000 Franken. Das JSD führte aus, dass die Leistungspauschale an die Polizeischule nach dem Tragfähigkeitsprinzip mit drei Faktoren berechnet wird. Das JSD erklärte, dass der Anstieg der Einwohnerzahl bei gleichzeitigem Rückgang der Teilnehmertage der Aspiranten und der Verringerung der Korpsgrösse zu einer leichten Reduktion der Ausbildungsbeiträge führte. Im Jahr 2024 standen bei der Kapo 51,2 Personen in Ausbildung. Das geplante Niveau von 62,7 konnte damit nicht erreicht werden. Das JSD führte aus, dass in die Rekrutierung investiert werde, sich diese aber schwierig gestalte. Dies sei schweizweit eine Herausforderung, von welcher viele Korps stehen. Die Finanzkommission begrüsst die Forcierung der Rekrutierungsbemühungen, liegt doch hier ein grosses Potential, den Personalbestand zukünftig zu erhöhen respektive, man muss es so sagen, den Unterbestand zu minimieren.

Nun gerne zum WSU:

Das Budget für die Prämienverbilligungen wurde 2024 um 11,2 Prozent, das sind 14,2 Millionen Franken, unterschritten. Die Finanzkommission liess sich hierzu die Gründe im Hearing erläutern. Der Rechtsanspruch auf PV, Prämienverbilligungsleistungen, gilt unabhängig zum Budget. Zur Unterschreitung führten mehrere Effekte, eine zu frühe Budgetierung überschätzte die Ausgaben 2023, die Zahl der Bezüger wurde überschätzt, genau wie das Sozialhilfewachstum in Riehen. Die Abgeltung uneinbringlicher Prämien fiel tiefer aus, jedoch nicht wegen nicht Inanspruchnahme. Weitere Faktoren waren die EL-Reform und eine höhere Bundesbeteiligung. Wegen gestiegener Einkommen sanken die Bezüge bei Personen mit tiefen Einkommen.

Die kalte Progression wirkt sich bei einkommensabhängigen Prämienverbilligungen negativ aus. Lohnerhöhungen durch Teuerungsausgleich führen nicht automatisch zu angepassten Beiträgen, wodurch Personen trotz real gleichbleibendem Einkommen den Anspruch verlieren. Eine Mehrheit der Finanzkommission regt daher einen Ausgleich der kalten Progression an.

Bei den Mietzinsbeiträgen führt der Anstieg der Einkommen zu einem Rückgang der Ansprüche. Der Anspruch richtet sich nach dem Einkommen, die Beitragshöhe nach der Miete. Die kalte Progression wirkt sich negativ aus, da die Einkommensgrenzen statistisch sind und die Teuerung nicht berücksichtigen. Steigende Einkommen führen somit zu tieferen Beiträgen. Auch hier regt eine Mehrheit der Finanzkommission an, die kalte Progression auszugleichen.

Zur Messe:

Der Aktienkurs der MCH Group sank 2024 erneut, was wieder zu einer Wertberichtigung der kantonalen Beteiligung um 2,3 Millionen Franken führte. Das WSU betonte gegenüber der Finanzkommission die Bedeutung einer gut funktionierende MCH Group für den Messe- und Kongressstandort Basel. Der Börsenkurs sei trotz geringem Handelsvolumen ein Indikator, aber nur begrenzt aussagekräftig, da rund 80 Prozent der Aktien von Ankeraktionären gehalten werden. 2024 erzielte die MCH erstmals seit 2016 einen leicht positiven Abschluss, allerdings nur dank eines Sondereffekts, konkret einer Gutschrift eines Versicherungsfalls, was die Euphorie nun doch etwas bremst. Die Rückkehr zur nachhaltigen Profitabilität muss also auch aus Sicht der Finanzkommission ein zentrales Ziel bleiben.

Last, but not least, noch zu den Gerichten:

Der Gerichtsrat bezeichnete in seinem Jahresbericht eine Integration der Gerichts-IT in die kantonale IT als problematisch, das ist ein Zitat, und will daher nicht am kantonalen IT-Programm «Pharos» teilnehmen, das eine umfassende Neuausrichtung der IT, insbesondere bei der Informationssicherheit vorsieht. Die Finanzkommission wollte daraufhin vom

Gerichtsrat erfahren, wie dieser Entscheid zustande kam und welche finanziellen Folgen er hat. IT BS forderte gemäss Gerichtsrat Anfang 2023 eine rasche Entscheidung der Gerichte für eine vollständige Integration, «all in», oder eine vollständige Eigenständigkeit, «all out», schloss aber den bisherigen Status quo aus. Eine von den Gerichten verlangte Kostenaufstellung konnte IT BS bis heute nicht liefern. Der Gerichtsrat kritisierte die mangelnde Flexibilität und Reaktionszeit von IT BS sowie deren tiefere Sicherheitsstandards. Die vollständige Integration hätte zudem die Einführung einer neuen Gerichtsfachsoftware gefährdet.

Im Juni 2024 informierte der Gerichtsrat den Regierungsrat entsprechend, dass er am Status quo festhalten wolle. Der Regierungsrat erklärte im April 2025, dass dieser Status nicht mehr möglich sei. Die Gerichte müssen daher den Weg «all out» gehen, um ihre Standards und Digitalisierungsprojekte zu sichern. Die erwarteten Kosten sind dabei bei 2 Millionen Franken einmalig, 1,1 Millionen Franken wiederkehrend jährlich und drei zusätzlichen Vollzeitstellen.

Die Finanzkommission bedauert, dass der Regierungsrat offenbar nicht in der Lage war, volle Kostentransparenz in Bezug auf die angebotenen Dienstleistungen den Gerichten zu gewährleisten. Diese Kostenaufstellung wäre hilfreich, um beurteilen zu können, welcher Schritt letztlich der sinnvollere ist. Eine Entkoppelung der Gerichte von IT BS hält die Finanzkommission nicht für sinnvoll, wenn dadurch Mehrkosten entstehen würden. Zu begrüssen ist aber, dass hierzu offenbar auch noch einmal Gespräche stattfinden sollen.

Die Finanzkontrolle hielt weiter in einem Bericht fest, dass ein Problem mit der fehlenden Erfassung bzw. Rückstellungen vor allem von Ferienguthaben bei Gerichtspräsidenten besteht. Die Finanzkommission empfahl, die Ferienguthaben ebenfalls in die Rückstellungsberechnung einzubeziehen. Die Finanzkommission wollte in der Folge vom Gerichtsrat wissen, wie er mit den entsprechenden Empfehlungen der Finanzkontrolle umgehen will. Am Hearing mit der Finanzkommission teilte der Gerichtsrat mit, dass die Handhabung an den verschiedenen Gerichten unterschiedlich sei. Sie können darüber in unserem Bericht ab Seite 53 lesen. Die gemachten Ausführungen der unterschiedlichen Handhabung zeigen, dass derzeit keine einheitliche Regelung existiert. Fraglich bleibt, ob Magistratspersonen, wie es Gerichtspräsidenten, im Übrigen auch Regierungsräte sind, überhaupt einen solchen Anspruch geltend machen können. Schliesslich haben sie keinen Arbeitsvertrag mit dem Kanton. Die Finanzkommission erwartet daher vom Gerichtsrat, dass er für die Präsidien aller Gerichte eine einheitliche Regelung beschliesst und die entsprechenden Bestimmungen intern angepasst werden.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, trotz der positiven Zahlen bleibt auch der finanzpolitische Ausblick anspruchsvoll. Sie lesen dazu in unserem Bericht etwas mehr. Die Sparmassnahmen des Bundes, die Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung, geopolitische Instabilität und wachsende Anforderungen an den Staatshaushalt werden uns künftig stärker fordern. Die Finanzkommission hält deshalb fest, wir brauchen auch künftig eine kluge, eine vorausschauende und eine ausgewogene Finanzpolitik, die auf nachhaltige Investitionen setzt, aber die Belastbarkeit der öffentlichen Finanzen nicht aus den Augen verliert. Wir müssen haushälterisch bleiben, ohne in einen Rückbau zentraler Leistungen zu verfallen.

Die Finanzkommission ist mit der Qualität der Rechnung 2024 zufrieden. Sie dankt der Regierung und der Verwaltung für die sorgfältige Arbeit und stellt in Übereinstimmung mit der Finanzkontrolle fest, dass keine wesentlichen Mängel zu verzeichnen sind. Ich danke auch der Finanzkommission für die Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten zur Erstellung dieses Berichts zur Rechnung 2024. Ich danke den Departementen und den Departementsvorstehern für den Austausch an den jeweiligen Departements-Hearings und ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und empfehle Ihnen im Namen der Finanzkommission, sie hat das einstimmig beschlossen, die Genehmigung der Rechnung 2024.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat die Präsidentin der mitberichtenden BKK, Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Das Naturhistorische Museum schliesst mit einem leicht besseren Betriebsergebnis als budgetiert ab. Dies hauptsächlich, weil bewilligte Stellen aus der Betriebsanalyse erst im Laufe des Jahres besetzt und Projekte darum verzögert gestartet werden konnten. Dem Kunstmuseum sind im Berichtsjahr 2024 durch den bewilligten Nachtragskredit mehr finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestanden als ursprünglich budgetiert. Der Präsident der Finanzkommission hat das bereits erwähnt, darum lese ich jetzt nicht mehr darüber weiter und wechsele gleich zum Antikenmuseum, zum Historischen Museum und zum Museum der Kulturen. Diese weisen leicht schlechtere Betriebsergebnisse als budgetiert aus. Die Gründe dafür, die sind unterschiedlich. Da der schriftliche Mitbericht der BKK auf diese Gründe eingeht, zähle ich sie an dieser Stelle nicht auf. Erfreulich ist, dass die Besucher*innenzahlen in allen Museen deutlich höher ausgefallen sind als budgetiert. Zum Teil haben sie sogar wieder Vor-Corona-Niveau erreicht. Auch die Anzahl der Schulklassen, die die Museen besucht haben, ist bedeutend höher als budgetiert. Auch das ist sehr erfreulich.

Ebenfalls in allen fünf Museen ist die Provenienzforschung ein grosses Thema. Alle Museen nutzen die zur Verfügung stehenden Ressourcen des Rahmenkredits sehr effizient und sind auch froh darüber. Allerdings formulieren auch alle Museumsleitungen, dass die Provenienzforschung weiterbetrieben werden muss und die Ressourcen dazu verlässlich zur Verfügung stehen sollten. Die aktuelle Rahmenausgabenbewilligung läuft 2026 aus und die Museumsleitungen wissen nicht, ob und wie viel finanzielle Mittel ihnen dann auch zur Verfügung stehen werden. Im Ratschlag für die

Rahmenausgabenbewilligung schreibt der Regierungsrat unter anderem, Zitat: Provenienzforschung ist Netzwerk-Forschung und kann in systematischer Hinsicht nur in längerfristiger kontinuierlicher Vernetzung von Wissen und internationalem Austausch erfolgreich sein. Zitat Ende. Das kann aber nur geschehen, wenn die Museen wissen, dass die finanziellen Ressourcen für die Provenienzforschung langfristig zur Verfügung stehen. Die BKK wünscht sich in diesem Zusammenhang Klarheit und Sicherheit für die Museen.

Ebenfalls beschäftigten sich alle fünf Museen mit den Themen Räumlichkeiten und Infrastruktur, sei das im Zusammenhang mit dem Neubau, einer Renovation oder einem Umbau. Da ist der Präsident der Finanzkommission auch darauf eingegangen. Diese Arbeiten, die benötigen gemäss Museumsleitungen viel Zeit und Energie. Zudem stehen alle fünf Museen vor der Umstellung auf die Vierjahres-Globalbudgets. Das Antikenmuseum, das Historische Museum und das Naturhistorische Museum, die starten damit im nächsten Jahr, das Kunstmuseum und das Museum der Kulturen im übernächsten Jahr. Die BKK wird sich dazu in der kommenden Budgetdebatte eingehender äussern.

Zum Schluss möchte ich mich herzlich bei den Museumsleitungen für die gute und unkomplizierte Zusammenarbeit mit den Subkommissionen der BKK bedanken.

Die BKK empfiehlt auch einstimmig, die Rechnungen der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2024 zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an die Finanzdirektorin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Präsident der Finanzkommission hat bereits die Kennzahlen der Jahresrechnung 2024 ausführlich dargestellt. Daher darf ich mich nun darauf konzentrieren, nur gewisse Punkte zu unterstreichen und nochmal hervorzuheben.

Wir haben einen Überschuss von 106 Millionen, das Budget sah einen Überschuss von 67 Millionen vor. Wie bereits erwähnt, ist die Differenz sehr gering, sie ist 0,8 Prozent, das heisst, wir sind sehr nahe am Budget. Das ist einerseits gut, die Finanzkommission hat das gelobt, andererseits zeigt es, dass wir den strukturellen Überschuss abgebaut haben. Das ist mir sehr wichtig, daher möchte ich das auch betonen, ich gehe davon aus, wir werden in Zukunft nicht mehr so hohe Überschüsse bei der Rechnung präsentieren können. Selbstverständlich bin ich froh, wenn wir das machen, wie immer, aber ich möchte Ihnen hier auch wirklich verdeutlichen, dass das jetzt nicht ein Zufall ist, sollten wir davon ausgehen, dass wir diesen strukturellen Überschuss, wie Sie es auch gewünscht haben, mit den Steuersenkungen abgebaut haben. Daher wird es in Zukunft sicher enger werden.

Warum kamen wir zu diesem Ergebnis, was waren die Hauptgründe. Da möchte ich vor allem noch die Steuereinnahmen nennen. Sie sehen, dass die Einkommenssteuer, minus 50 etwa Millionen steht in der Rechnung. Das heisst nicht, dass die Einkommensteuern tiefer waren, sondern sie waren tiefer zum Budget. Das bedeutet, wir haben vermutet, dass sie stärker ansteigen. Also sie sind nicht tiefer geworden, sondern sind langsamer angestiegen, lagen also unter unseren Erwartungen. Das ist jetzt nicht schlimm, aber es ist ein Zeichen, welches wir zukünftig beobachten müssen. Weil die Einkommensteuern sind im Gegensatz zur Gewinnsteuer nicht so volatil, sondern sind eigentlich eher träge, das heisst, sie steigen langsam an und wir haben in den letzten Jahren vermutet, dass das Wachstum stärker ist. Wir lagen da aber am Anfang auch richtig, das war vielleicht auch ein Grund für gewisse Überschüsse, dass man das früher etwas zurückhaltender budgetiert hat. Nun haben wir das angepasst und jetzt sehen wir, jetzt waren wir vielleicht etwas zu optimistisch.

Die anderen Steuern, die Handänderungssteuern, die Grundstückgewinnsteuern, die lassen sich viel schwieriger budgetieren, aber die Einkommensteuern sind für uns wichtig, weil sie eben so träge sind und sich eigentlich gut in die Zukunft planen lassen. Bei den Unternehmenssteuern ist das etwas schwieriger, aber dort sind wir soweit auch auf Kurs. Auch diese sind nicht gesunken, auch wenn man den Eindruck hat. Dort war einfach das Jahr 2023, da gab es Sonderfaktoren, also von dem her sind sie auch angestiegen.

Der Hauptgrund aber, warum wir jetzt doch viel besser abgeschlossen haben, sind die höheren Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und das ist für uns auch nicht planbar. Der Bund verbucht die Steuern, so wie sie auf sein Konto kommen. Das machen wir nicht, wir grenzen ab. Wir versuchen die Steuerjahre abzugrenzen und der Bund, wenn jemand 100 Millionen bezahlt, dann wird es verbucht, das heisst, das ist viel volatiler, das kann mal hochgehen und wieder runter. Daher ist das für uns jetzt kein Signal, wir müssten das höher budgetieren in Zukunft. Von dem her, wenn man da etwas noch abzieht, vielleicht hat da jemand frühzeitig die Bundessteuern bezahlt, würde ich sagen, haben wir fast das Budget getroffen. Wir sind also da sehr genau gewesen, das heisst aber auch, dass wir eine schwarz-rote Null haben, dass wir keinen strukturellen Überschuss mehr haben.

Die Investitionen sind trotzdem weiterhin hoch. Wir haben zwar immer noch einen hohen Selbstfinanzierungsgrad, aber der ist nicht über 100 Prozent, daher sinkt auch das Nettovermögen etwas und die Nettoschuldenquote steigt leicht an. Das ist alles nicht problematisch, aber Sie wissen ja, Finanzdirektoren und -direktorinnen, die rufen gerne frühzeitig dazu auf,

vorsichtig zu sein mit den Ausgaben, weil das Schiff, das grosse Schiff, das wir haben, lässt sich nicht so leicht bremsen. Ansonsten sind wir da wirklich gut unterwegs, ich möchte da gar nicht mehr auf die Details eingehen, die wurden wirklich schon ausgeführt.

Vielleicht noch etwas zur Unterstreichung, die erste Hochrechnung 2025 zeigt immer noch ein Defizit von 15 Millionen. Das haben wir vermutet wegen dem ESC, aber es zeigt uns auch dort, dass wir wirklich hier näher am Budget unterwegs sind. Also alles in allem trotzdem ein erfreuliches Ergebnis.

Was wir jetzt in Zukunft noch sehen werden, was auf uns zukommt, ist das Entlastungsprogramm des Bundes. Da wissen wir auch noch nicht genau, was wir aufnehmen in den Finanzplan, da gibt es viele Ungewissheiten. Das heisst ja nicht, dass wir einspringen müssen bei jedem Punkt, den der Bund dann nicht mehr ausgibt, aber wie Sie auch wissen, kommt diese Forderung und mit der müssen wir uns auseinandersetzen. Zudem haben wir massive Erhöhungen im nationalen Finanzausgleich. Dort werden auch Kosten auf uns zukommen, so dass die hohe Budget-Disziplin und die sorgfältige Ausgabenpolitik weiterhin sehr wichtig sind.

Auf die einzelnen Punkte der Finanzkommission gehe ich jetzt nicht ein, da haben auch die einzelnen Vorsteher und Vorsteherinnen noch die Möglichkeit, diese Diskussion zu führen. Ich muss aber jetzt wirklich vielleicht heute nochmal speziell sagen, dass ich sehr danken möchte für die Zusammenarbeit mit der Finanzkommission. Wir haben als Finanzdepartement immer wieder einen regen Austausch zu verschiedensten Themen und ich habe auch den Eindruck, wenn ich den Bericht lese, dass wir gehört werden und dass wir auf Dinge aufmerksam gemacht werden, die wir vielleicht selber auch nicht wissen, oder Punkte, mit denen wir uns dann kritisch auseinandersetzen können. Das schätze ich sehr, auch meine Mitarbeitenden in der Finanzverwaltung und auch meine Kollegen im Regierungsrat, dieser Austausch ist wichtig für den Finanzhaushalt des Kantons, dass er so konstruktiv sein kann und wir damit die Finanzen gemeinsam im Griff behalten können. Daher vielen Dank und ich bin jetzt gespannt auf Ihre Voten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bevor diese Voten kommen, hat noch der Präsident des Gerichtsrats das Wort.

Stephan Wullschleger: Ich kann mich kurzfassen. Zunächst möchte ich mich dem Dank anschliessen. Auch wir schätzen die Zusammenarbeit mit der Finanzkommission und deren sorgfältige Begleitung unserer Arbeit sehr.

Zur Integration der IT der Gerichte in die IT Basel-Stadt kann ich Ihnen mitteilen, dass hier Bewegung in die Sache gekommen ist. Wir sind sehr froh, wir haben uns gestern mit der regierungsrätlichen IT-Delegation getroffen und es ist für uns absehbar, dass hier Möglichkeiten einer doch nicht ganz Schwarz-weiss-Lösung möglich sind. Wir sehen dem sehr zuversichtlich entgegen.

Zur Frage der Ferienregelung, hier hat bereits der Bericht der Finanzkontrolle dem Gerichtsrat Anlass gegeben, hier eine Lösung, eine Regelung im Personalreglement vorzuschlagen. Dieser Entwurf ist nun bei den Gerichten in Vernehmlassung und Sie sehen, wir haben uns bereits vor Ihren entsprechenden Empfehlungen diesem Thema angenommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Der erste an der Reihe ist Nicola Goepfert für die BastA.

Nicola Goepfert (BastA): Die Jahresrechnung, wir haben es gehört, des Kantons 2024 schliesst mit einem Überschuss von 106 Millionen Franken ab, 39 Millionen mehr als budgetiert. Gerettet wird die Rechnung insbesondere durch die direkten Bundessteuern, die mit fast 92 Millionen Franken über Budget liegen. Sowohl die Regierung als auch die Finanzkommission sprechen von einer angespannten finanziellen Lage. Das überrascht nicht. Wir spüren die Auswirkungen des letzten Steuerpakets und stehen vor der Umsetzung des Standortfördergesetzes. Beides Vorlagen, die BastA bekämpft hat. Jedes Mal, wenn es einen Überschuss gibt, sehen wir das Gleiche, die Umverteilung nach oben. Sei es durch Senkung der Vermögenssteuern, durch die Entlastung von Topverdienenden oder durch die Vergoldung der Milliardengewinne von Grosskonzernen. Damit müssen wir endlich aufhören.

Beim Standortfördergesetz fordern wir nun, dass jetzt höchstens das gesetzliche Minimum von 100 Millionen Franken ausbezahlt wird. Denn wir stehen durchaus vor grossen Herausforderungen, diese sind sozialer und ökologischer Natur. Genau dort muss das Geld hin. Es braucht Investitionen in Infrastruktur, in soziale Gerechtigkeit, in den Klimaschutz. Einige Herausforderungen werden im Bericht genannt, auf ein paar davon werde ich noch eingehen.

Für BastA ist klar, wir werden auch künftig keine Hand bieten für weitere Steuersenkungen. Und um es deutlich zu sagen, die Jahresrechnung liefert keinerlei Legitimation, um Ausgaben im sozialen oder ökologischen Bereich in Frage zu stellen. Das

Nettovermögen des Kantons ist ja auch noch vorhanden und andernfalls freuen wir uns über Unterstützung bei der Erbschaftssteuerinitiative, für die wir derzeit gemeinsam mit der JUSO Unterschriften sammeln.

Zum Personal. Der Kanton steht vor grossen Problemen in Bezug auf den Arbeitskräftemangel, unter anderem auch, weil das Personal im Durchschnitt älter ist als die übrige Erwerbsbevölkerung. Deshalb begrüsst BastA grundsätzlich das angekündigte Lohnmassnahmenpaket für schnelle Schritte wie weitere Löhne für Lernende, die Entschädigung der Umkleidezeit. Am deutlichsten zeigt sich die Personalkrise bei der Polizei. Der Unterbestand ist um zehn weitere Stellen auf 130 angewachsen und das, obwohl die Löhne mit der Arbeitsmarktzulage bereits angepasst wurden. Wie bei allen Departementen zeigt sich bei der Kapo ganz speziell, dass es allein mit mehr Geld nicht gemacht ist. Nach dem Bericht Schefer wissen wir, dass dort die Probleme tiefer liegen. Es geht um strukturelle Defizite, um eine toxische Führungskultur, um Sexismus und Rassismus. Ein bisschen Stühle rücken reicht da nicht. Der Interimskommandant bleibt tiefgreifender Reform bis heute schuldig, welche die Kultur innerhalb der Kapo tiefgreifend verändern würden.

Die Gesundheit des Kantonspersonals ist in vielen Bereichen belastet, nicht nur bei der Polizei. In allen Departementen muss die Gesundheit am Arbeitsplatz ernsthaft verbessert werden. Heidi Mück wird in einem Einzelvotum darauf und insbesondere auf die Lage der Lehrpersonen eingehen.

Es ist aber nicht nur das Personal betroffen, die psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen nehmen weiter zu. Die Mehrkosten bei befristeten Notsituationen betrugen 2,6 Millionen Franken. Ein deutliches Warnsignal. Die Schulsozialarbeit ist seit Jahren überlastet. Die Nachfrage nach der schulpsychologischen Betreuung ist konstant hoch, aber die Wartezeiten sind oft unzumutbar. Die Folge, Kinder in Krisen bleiben zu lange ohne Hilfe. Das können und dürfen wir nicht länger hinnehmen, die zur Verfügung gestellten Ressourcen müssen dringend überprüft werden.

Zur IT BS und den Gerichten. Zu unseren Bedenken in Bezug auf Microsoft und IT BS wird sich Tonja Zürcher im Votum zum GPK-Bericht detaillierter äussern.

Im Zusammenhang mit den Gerichten freut es mich jetzt zu hören, dass scheinbar eine Lösung in Aussicht ist und ich hoffe sehr, dass da eine Lösung gefunden wird, dass die Kommunikation wieder stattfinden kann. Was im Bericht steht, im Finanzbericht, ist ein schweres Versäumnis und so sollte es nicht laufen.

Bei den Gerichten selbst gibt es Handlungsbedarf in Bezug auf die Ferienregelung. Wir unterstützen die Forderung, dass für die Präsidien aller Gerichte eine einheitliche Regelung beschlossen und die entsprechenden Bestimmungen angepasst werden.

Zum JSD und der Kantonspolizei. Trotz weiterwachsendem Unterbestand steigen die Personalkosten. Das passt nicht zusammen. Die Finanzkommission hat die Budgetpraxis zu Recht erneut kritisiert. Diese muss nun endlich gründlich überprüft werden. Die Begründung vom JSD ist unzureichend. Zusätzlich verursachte der Kulturwandel nach dem Bericht Schefer fast 2 Millionen Franken an Rückstellung. Es wurde bereits genannt, für Personalmassnahmen wie Abgangsentschädigung, interimistische Besetzung und juristische Begleitung, ohne dass die, wie bereits auch schon erwähnt, dringende notwendige Reform für einen Kulturwandel sichtbar wäre.

Zum WSU. Die Ausgaben für Sozialhilfe, Prämienverbilligungen und Mietzinsbeiträge sind tiefer als budgetiert. Das sieht auf den ersten Blick vielleicht gut aus, ist aber in Wahrheit ein Problem. Denn es zeigt einerseits, dass viele Menschen, die eigentlich Anspruch hätten, vor allem bei der Sozialhilfe, ihre Rechte nicht wahrnehmen. Diese nicht Inanspruchnahme müssten wir ernst nehmen und gründlich untersuchen, denn Armut existiert auch in Basel. Wir müssen die soziale Sicherheit in Basel ausbauen und die Institutionen so gestalten, dass sie die betroffenen Menschen erreichen.

Andererseits ist besonders zentral für uns der fehlende Ausgleich der kalten Progression bei Prämienverbilligung und Mietzinsbeiträgen. Nominal steigende Löhne, real bleibt oft nichts übrig und diese Unterstützung, die fällt weg. Das ist sozialpolitisch schlicht nicht akzeptabel. Die Teuerung muss ausgeglichen werden, das ist eine dringende Erwartung von BastA, wir sind froh, ist das auch so im Bericht genannt, sowohl aus unserer Sicht bei der Prämienverbilligung als auch bei den Mietzinsbeiträgen.

Und zum Schluss erlaube ich mir noch eine kurze Bemerkung zum Geschäftsmodell Infrastruktur. Dort fordern wir einen Paradigmenwechsel. Zwar begrüssen wir den Grundsatz, dass Infrastruktur möglichst bis ans Ende der Lebensdauer genutzt wird. Wir kritisieren jedoch, dass bei der Bewertung von Bauprojekten der Restwert einer bestehenden Strasse oder Leitung oft höher gewertet wird als das öffentliche Interesse an langfristigen Entwicklungen zur Begrünung oder klimatauglicher Stadtentwicklung. Das ist aus unserer Sicht falsch.

BastA empfiehlt Eintreten, den Bericht zu den Rechnungen der fünf kantonalen Museen zur Kenntnis zu nehmen und die Rechnung zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Ein Überschuss von 106 Millionen Franken ist doch ein gutes Ergebnis, oder? Ohne die knapp 92 Millionen höheren Bundessteuern würde die Bilanz allerdings ganz anders aussehen. Wir können jedoch nicht davon ausgehend, dass künftige Rechnungen dank solcher Sondereffekte weiterhin positiv ausfallen werden. Auffallend ist das hohe Investitionsvolumen von 379 Millionen, dass aktuell vom Kanton noch selber finanziert werden kann. Mit den steigenden Zahlen der Beschäftigten beim Kanton und vielen anderen Ausgaben wird das in absehbarer Zeit aber nicht mehr möglich sein. Wir sollten daher bei jeder neuen Investition und bei zusätzlichen Anstellungen von Kantonsangestellten sehr gut überlegen, ob das nötig ist und welche Auswirkungen es auf die Kantonsrechnung hat. Die Zeit von «wir haben es ja, also geben wir es aus» ist vorbei. Ich möchte hier einige weniger Punkte aus dem Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2024 kritisch beleuchten.

Die Sozialhilfe wird immer teurer, obwohl immer weniger Menschen sie beziehen. Es fehlt an Flexibilität, an Realitätssinn und an Steuerung. Wir reden von Effizienz und Digitalisierung, handeln aber unkoordiniert. Das ist keine Politik mit Wirkung, das ist Verwaltung nach Bauchgefühl. Nur damit das klar ist, die Regierung geht das genauso an wie uns hier im Parlament.

Für die Bildung wurden 2,8 Prozent mehr ausgegeben als budgetiert. Bei dieser Budgetüberschreibung fallen insbesondere die sogenannten Stellvertretungskosten auf. Das ist bedenklich, weil diese Entwicklung bereits seit 2022 bekannt ist. Da eine richtige Strategie zur Erreichung einer höheren Lehrabschlussquote immer noch nicht sichtbar ist, verwundert es auch nicht, dass diese um 7 Prozent verfehlt wurde.

Ganz allgemein wächst das Bürokratiemonster in Basel-Stadt stetig. Inzwischen kommt auf 22 Basler*innen ein Verwaltungsangestellter. Das sind 4,5 Prozent der Bevölkerung. Trotz aller Einsparungsversprechen gehen die Zahlen der Kantonsangestellten nicht zurück. Dies geht zu Lasten der Steuerzahlenden und der KMU, denen diese Fachkräfte fehlen.

Bei der Polizei fehlen nach wie vor Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch wenn sich die Lage verbessert, müssen wir im Parlament Bedingungen schaffen, damit das Korps schnell seine volle Grösse erreicht.

In Basel wird gefühlt an jeder Ecke gebaut. Die Ausgaben für viele Projekte überschreiten das ursprüngliche Budget sehr oft bei weitem. Der Ausbau der Fernwärme schleppt sich nur langsam voran. Zwar ist man stolz auf die bereits gebauten Kilometer, doch die Baustellen bestehen ewig lange und eine Koordination ist nicht erkennbar. Der Museumsbau im St. Johann wird typisch baslerisch einiges teurer als geplant. Überall gibt es Budgetüberschreitungen und Verzögerungen.

Von der gross angekündigten Schwammstadt sehe ich genauso wenig wie von grünen Flächen. Ein paar Sonnenschirme und hier und da ein Bäumchen, das nie richtig Schatten spenden wird, reichen bei weitem nicht aus. Die Betonwüsten müssen aufgebrochen werden, hier lohnt sich jeder Mehraufwand, denn das ist richtig investiertes Geld.

Laut der Regierung ist die Digitalisierung auf einem guten Weg. Dies macht sich jedoch weder in finanziellen Einsparungen noch in einfacheren Anwendungen für die Bevölkerung bemerkbar. Einige wenige Anwendungen sind im Berichtsjahr online gegangen, doch der grosse Wurf fehlt. Die kantonalen Webseiten sind zwar vereinheitlicht, aber sie sind meiner Meinung nach komplizierter geworden und weisen kaum Funktionalitäten auf.

Das Informatikprojekt Pharos, das eine sehr hohe Komplexität aufweist, hat zum Ziel, Unzulänglichkeiten in der IT zu beheben. Das bedingt eine aktive Partizipation aller Involvierten. Es bedingt auch die Bereitschaft, Änderungen anzunehmen. Das heisst konkret, aktiv an neuen Strukturen und Lösungen mitzuarbeiten. Gelinde gesagt, wir verwalten den Fortschritt, anstatt ihn zu gestalten. Wir reden von Verantwortung, meiden aber verantwortungsvolles Handeln. Dabei vergessen wir, dass wir das Geld, das wir vom Volk und dem Gewerbe auf so viele Arten erhalten, achtsam und zum Wohle aller ausgeben müssen.

Im Namen der LDP möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Finanzkommission, der Finanzkontrolle, den Behörden, bei der Regierung und bei der Verwaltung für die Arbeit bedanken. Der Dank gilt aber vor allem den Steuerzahlenden.

Die Fraktion der LDP stimmt der Rechnung und dem Bericht der Finanzkommission zu.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Wir haben schon vieles gehört. Die Jahresrechnung 2024 präsentiert sich fast gleich wie die der vergangenen Jahre. Wir haben eine starke Zunahme beim Betriebsaufwand von 188 Millionen, 50 Millionen davon sind Personalkosten. Wir haben eine hohe Investitionstätigkeit, was ja grundsätzlich gut ist, und wir haben trotz dem Steuerpaket von 112 Millionen einen Überschuss von 100 Millionen. Was heisst das für die Zukunft, die Finanzdirektorin hat es schon angekündigt, müssen wir vorsichtiger werden, müssen wir aufpassen mit den Ausgaben. Wenn wir sehen, was wir in diesem ersten halben Jahr hier drinnen alles schon gesprochen haben, 20 Millionen mehr Entwicklungshilfe, Prämienverbilligung bis

in die 100 Millionen und jetzt steht dann noch die Lohnerhöhung an von 20 Millionen, dann sehen wir, dass es wahrscheinlich sehr schwierig ist, jetzt schon im FD diese Budgetplanung für 2026 in Angriff zu nehmen. Da werden die einen oder anderen jetzt schon schwitzen, wie bekommen wir diese zusätzlichen strukturellen Aufwände ins Budget rein. Vielleicht hat der eine oder andere auch das Wort Sparen effektiv schon in den Mund genommen.

Wir erinnern uns, Finanzplan 2028 sind alle Positionen auf negativ gestellt. Wir gehen von einem Gesamtergebnis von minus 36 Millionen aus. Wenn wir dieses 36 Millionen jetzt vergleichen, in was wir heute in diesem ersten halben Jahr 2025 schon an zusätzlichen Ausgaben, die jährlich anfallen, gesprochen haben. Der Selbstfinanzierungsgrad letztes Jahr noch bei 160 Prozent, jetzt noch bei 90 Prozent, gemäss Finanzplan dann bei 39 Prozent. Schulden. Wir gehen wieder Richtung eine Milliarde Nettoschulden, Bruttoschulden sind wir mittlerweile Schweizer Meister, pro Kopf, wenn wir das anschauen, mit 6 Milliarden. Wenn wir so weitermachen, dann werden wir irgendwann wirklich über das Sparen anfangen zu diskutieren müssen.

Es gibt ein Zitat, unbekannt: Das Schwierigste am Sparen ist anzufangen. Leider sehe ich wenig Wille dazu, auch wenn wir die Jahresrechnung anschauen. Zwei Beispiele, ich möchte nicht mehr auf die Details eingehen, aber wir haben zum Beispiel im JSD Personalaufwände, die über Budget liegen trotz Unterbestand von 130 Personen. Wir haben das schon moniert in der Finanzkommission, wir haben auch darüber gesprochen, was jetzt mit unserer Arbeitsmarktzulage passiert, ob das ausgewertet wurde. Im Hearing hiess es noch, es gibt keine Auswertung, zwei Wochen später gibt es ein neues Lohnpaket, wo diese Arbeitsmarktzulagen zum Teil verdoppelt werden, wenn man die pro Funktionen anschaut. Oder im ED, wir haben es schon gehört, mit diesen Stellvertreterkosten. Da werden Kosten seit Jahren überschritten, das Budget wird nicht angepasst, man macht einfach so weiter. Es scheint, der Wille, mit dem Geld ein bisschen sorgfältig umzugehen, ist nicht vorhanden.

Ich könnte noch viele Beispiele aufführen, möchte es aber nicht in die Länge ziehen. Eines ist aber sicher, umso länger wir warten mit dem Sparen, umso schwieriger wird es, damit anzufangen. Und da wir als FDP nicht spüren, dass ein Sparwille vorhanden ist, sind wir einfach dezidiert der Meinung, dass wir halt auf der Einnahmeseite ansetzen müssen und nochmals die Steuern reduzieren.

Die FDP ist grundsätzlich mit dem Jahresbericht einverstanden, stimmt diesem zu und dankt der Regierung und den Mitarbeitenden für die Zusammenarbeit und die Zeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion Grüne/jgb hat das Wort Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GRÜNE/jgb): Vorab möchte ich mich bei der Finanzdirektorin und den Mitarbeitenden des Kantons und der Finanzkontrolle für die gute und sorgsame Arbeit bedanken, welche sie im Rahmen der Jahresrechnung erbracht haben. Wir freuen uns über das gute Resultat von Basel-Stadt und das zu Recht. Das Geld ermöglicht uns vieles. Gleichzeitig zeigt sich unter anderem die Steuersenkung und auch die Sparmassnahmen des Bundes und wir wissen, dass wir heute und in der Zukunft vor Herausforderungen stehen.

Zum Beispiel spüren wir die Klimakrise, sehen die Fotos und Videos, zum Beispiel von Blatten, bis wir die Fotos selbst machen, weil die Klimakrise vor unserer Haustür passiert. Und deshalb brauchen wir eine sorgfältige und nachhaltige Finanzpolitik, denn die Klimakrise kostet Geld und darauf müssen wir gewappnet sein.

So sind wir direkt beim BVD, wo wir hoffen, dass die Gelder aus den Mehrwertabgabefonds für kleinere und private nachhaltige Projekte genutzt werden sollen. Wir sehen die spannende und wichtige Arbeit des Denkmalschutzes und wir wünschen uns, dass der Spagat zwischen Denkmalschutz und Hitzeschutz in der Stadt gemacht werden kann. Denn gewisse Umbauten müssen zu Gunsten dem Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner möglich gemacht werden. Die Bearbeitungsdauer des BGI sehen wir weiterhin kritisch.

Beim Präsidialdepartement beobachten wir die Verzögerung beim Bau des Naturhistorischen Museums und Staatsarchivs, aber hoffen, dass sich in diesem Fall das Drei-Rollen-Modell bewährt. Es ist zurzeit die grösste Investition des Kantons.

Beim Erziehungsdepartement zeigt die Rechnung deutlich, welche Probleme im Departement teilweise seit Jahren herrschen. Es gibt viele belastete Kinder und Jugendliche, es gibt zu wenig Schulraum, die Stellvertretungskosten sind hoch, die Budgets werden notorisch überschritten. Kinder und Jugendliche sind Seismographen der Gesellschaft und die Lehrperson spüren das aus erster Hand. Die Abschlussquote auf Sek 2-Niveau befindet sich weiterhin nur auf 85 Prozent statt dem selbst gesetzten Ziel von 95 Prozent. Kinder und jugendliche Schüler*innen und Lernende sind unsere Zukunft. Ich persönlich wünsche mir, dass wir uns dieser Verantwortung in allen unseren Entscheidungen hier bewusst sind, sei es im ED, sei es in allen anderen Departementen und vor allem bei allen Beschlüssen, die wir hier treffen.

Zurück zur Rechnung. Beim Finanzdepartement beschäftigt uns die Umstellung auf Microsoft 365 und wir wünschen uns die Veröffentlichung der zwei Gutachten, aufgrund derer die Regierung den Entscheid getroffen hat, Microsoft für den Kanton einzuführen.

Beim Gesundheitsdepartement fiel uns der höhere Anstieg bei den stationären Behandlungen im Vergleich zu den ambulanten auf. Wir fragen uns, ob vielleicht mehr in ambulante Behandlungsorte investiert werden könnte, sei es im psychischen wie auch körperlichen Bereich. In diesem Zusammenhang möchten wir noch einmal mehr auf die zwingend notwendige gemeinsame Spitalplanung von Basel-Stadt und Baselland insistieren. Wir brauchen eine finanzierbare Gesundheitsvorsorge, darum können wir im Bereich Infrastruktur nicht nur bis zur Kantonsgrenze denken.

Beim Justiz- und Sicherheitsdepartement sind die Personal- und somit die Rekrutierungsprobleme immer noch vorhanden. Der Personalaufwand bei der Kantonspolizei wird ohne die unbesetzten Stellen budgetiert, weshalb das Budget überschritten wird. Intransparent scheint uns die Anstellungssituation des Polizeikommandanten, also ob er ad interim angestellt ist oder was der Status genau ist. Die Rückstände bei der Staatsanwaltschaft bestanden mit dem Jahresabschluss noch. Wir sind aber gespannt, wie sich die zusätzlich budgetierten Headcounts auswirken. Der Umbau des Spiegelhofs ist mit Verzögerung im Gange. Wir hoffen aber auch hier auf das Funktionieren des Drei-Rollen-Modells.

Beim Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt unterstützen wir die Empfehlung der Finanzkommission, die kalte Progression bei den Prämienverbilligungen und Mietzinsbeiträgen auszugleichen. Der Teil zur Basler Personenschifffahrtsgesellschaft hinterlässt leider einen traurigen Nachgeschmack.

Bei den Gerichten waren wir überrascht über die verschiedenen Handhabungen der Ferien. Wir schliessen uns deshalb der Empfehlung der Finanzkommission an, dass es eine einheitliche Regelung geben sollte, die bereits anscheinend im Gange sei. Darüber hinaus wünschen wir uns aber trotz Vertrauensarbeitszeiten, dass die genommenen Ferien dokumentiert werden, damit sie auch eingehalten werden. Egal ob Regierungsrät*innen, Gerichtspräsidien oder Arbeitnehmende, es gibt aus guten Gründen eine Mindestanzahl Ferienwochen pro Jahr und die müssen auf allen Ebenen bezogen werden können.

Zu Pharos und dem «all in» oder «all out» oder den heute gehörten Grautönen dazwischen unterstützen wir die Empfehlung der Finanzkommission und Geschäftsprüfungskommission. Die Gerichte sollen vom Regierungsrat in ihrer Entscheidung, wie sie mit der IT weitergehen, unterstützt werden. Es ist erfreulich, dass wir anscheinend schon eine Lösung irgendwo auf einem Tisch haben und die Details dazu würden uns dementsprechend interessieren.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und vielen Dank an meine Kommissionskolleginnen und -kollegen für die gute Zusammenarbeit.

Die Fraktion Grüne/jgb bittet Sie deshalb, der Rechnung und dem Bericht der Finanzkommission zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP das Wort hat Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Die GLP schliesst sich gerne dem Präsidenten der Finanzkommission an bei der grundsätzlichen Würdigung der Jahresrechnung und generell des finanzpolitischen Haushaltens der Regierung. Wir sehen das auch so, die Regierung macht einen guten Job, das muss man hier nochmal ausdrücklich sagen, und das gilt nicht nur für die Regierung, auch für die Verwaltung bis hin und zum Dank an den Steuerzahlenden, den zuletzt jemand von meinen Vorrednern einfliessen lassen hat, was ich einen guten Punkt fand. Soweit zum Allgemeinen.

Weiter kann ich mich auch den Vorrednern anschliessen, was die düsteren Aussichten am finanzpolitischen Himmel betrifft, was eigentlich alle Vorredner, aber natürlich auch Regierungsrätin Tanja Soland so gesagt hat. Diese Einschätzung teilen wir von der GLP. Wir sehen grosse Herausforderungen auf uns zukommen in der Zukunft. Ich möchte insbesondere die Punkte unterstreichen, die teilweise schon genannt worden sind. Das sind die Herausforderungen im Bereich der Erziehung, da sehen wir, wie die Kosten steigen und wir sehen keinen einfachen Weg, wie wir das anders machen könnten. Also da wird es keine intelligente Lösung geben, denke ich mal, auch wenn wir das als GLP natürlich immer versuchen und auch unterstützen, sondern das wird Geld kosten.

Ein anderer Punkt, der noch weniger gemacht worden ist oder gar nicht, passt aber thematisch in den Bereich der psychischen Gesundheit, insbesondere bei Jugendlichen, aber auch jungen Erwachsenen und das wird sich über die Generationen weiterentwickeln. Das heisst, das Problem kommt dann auch irgendwann mal im Erwerbsalter an oder ist schon angekommen und zieht sich dann weiter und da sehen wir eine wirklich sehr grosse gesellschaftliche Herausforderung, die natürlich nicht Basel spezifisch betrifft, sondern die man weltweit beobachten kann. Und auch da gilt wieder, was ich vorhin schon gesagt habe, natürlich sind wir alle angehalten, hier intelligente gute Lösungen zu finden, die vielleicht auch nicht so viel Geld kosten, aber realistischerweise müssen wir sagen, sehr viel wird sehr viel Geld kosten. Und das ist ein Problem, dem müssen wir uns stellen, hier hat es keinen Sinn, den Kopf in den Sand zu stecken. So viel dazu.

Was machen wir also, jetzt wieder in der Finanzpolitik. Und da will ich gerne an meinen Vorredner von der FDP, Daniel Seiler, anschliessen, der gesagt hat, das Schwierigste am Sparen ist damit anzufangen. Deshalb sollte man gar nicht erst damit anfangen, man sollte permanent sparen. Das ist die Haltung der GLP. Das sollten wir und das heisst, immer kritisch regelmässig schauen, wo gibt es Effizienzgewinne, wo gehen die hin. Es liegt in der Natur der Sache, und das ist kein Vorwurf an irgendjemand, wenn ich verantwortlich bin für eine Dienststelle, wenn ich irgendwo eine finanzielle Verantwortung trage und es gibt gewisse Entlastungen auf der Ausgabenseite dank Effizienzgewinne, weil ich Sachen besser machen kann, besser organisiert habe, dann ist nicht mein erster Reflex, mein Budget zu reduzieren, zu meinem Chef zu gehen und zu sagen, ich brauche jetzt nächstes Jahr weniger Geld, weil wir da was Gutes gefunden haben, sondern unbewusst werde ich mir überlegen, was kann ich mit diesen Mitteln auch machen in meinem Aufgabenbereich, was auch wichtig wäre. Und weil ich meinen Aufgabenbereich kenne, finde ich immer Sachen, die wichtig sind, die gut sind. Also kein Vorwurf an irgendjemand, aber im Staat müssen wir uns diesem Mechanismus bewusst sein und uns dem stellen und das heisst ganz konkret, es muss ein gewisser gesunder finanzpolitischer Druck aufrechterhalten bleiben.

Dazu verweise ich jetzt insbesondere auf die Motion, die überwiesen worden ist, die aus unseren Reihen gekommen ist, dass man die Generelle Aufgabenüberprüfung mit einem Entlastungsziel konkret versehen soll, die ja, soviel ich weiss, auch schon in Umsetzung ist. Und davon versprechen wir uns etwas, wir werden das natürlich auch kritisch anschauen, was jetzt daraus wird. So viel dazu.

Weiter wurde zu Recht auch schon in der Vergangenheit immer wieder angemahnt, insbesondere von unserer Finanzdirektorin, es liegt natürlich sehr viel Verantwortung auch bei uns als Parlament. Sehr viele Ausgaben, die dazu kommen, sind dafür verantwortlich, dass die Ausgabenseite aus unserer Sicht GLP, wenn man das ganz generell anschaut, zu stark steigt. Und da sind wir in der Pflicht, und da wurde auch schon von Vorrednern jetzt gerade jüngeren Beispiele genannt, Prämienverbilligung wurde genannt als Beispiel, mit einer knappen Mehrheit wurde das überwiesen. Diesen Entscheid müssen wir natürlich als GLP respektieren, aber wir werden uns natürlich dafür einsetzen, dass hier die Umsetzung in einem gesunden Rahmen bleibt, denn da gibt es gewissen Spielraum. Ich habe das damals schon genannt, auch als wir den Vorstoss behandelt haben, dass man die kalte Progression, dass man einen guten Mechanismus findet. Absolut, soll man machen, dass man auch schaut, braucht es eine Entlastung ein bisschen weiter in den Mittelstand hinein, wie es die Motion ja im Kern fordert. Ja, ein Stückchen weit ja, aber wir uns natürlich dafür einsetzen, dass wir hier eher beim unteren dranbleiben, was die Motionsforderung zulässt.

Anderes Beispiel, auch eine Motion von Ivo Balmer zur aktiveren Bodenpolitik des Kantons, ein ganz wichtiger Punkt, der auch mal erstmalig jetzt überwiesen worden ist. Da sind wir als GLP sehr kritisch und schauen, wie es mit diesem Thema weitergeht. Nicht, weil wir generell finden, der Kanton darf nicht aktive Bodenpolitik betreiben, aber da haben wir ein grosses Fragezeichen, ob wir uns das finanzpolitisch leisten können, da mit der grossen Kelle anzurühren, und ob das wirklich sinnvoll ist. Das also aktuelle Beispiele.

Dann generell noch zum Thema Finanzpolitik, düstere Aussichten, wie geht es weiter. Wir sind grundsätzlich zufrieden mit der Ausrichtung, mit der aktuellen Finanzpolitik der Regierung, um das noch einmal zu sagen, aber gerade auch, wenn die Zeiten wieder turbulenter werden, wenn das eintrifft, was viele jetzt so ein bisschen prophezeit haben, ist es wichtig, dass wir als Parlament auch unsere Verantwortung da gut wahrnehmen können. Dazu braucht es auch langfristige Einflussnahmemöglichkeiten und da verweise ich auf eine andere Motion aus unseren Reihen, die auch überwiesen worden ist, zur langfristigen Finanz- und Ausgabenplanung. Da bin ich dann gespannt, was da kommt, da weiss ich nichts Aktuelles. Ich wünsche mir aber auch, dass wir da eine gute Lösung finden, nicht aus einem Misstrauen gegenüber der Regierung heraus, wie gesagt, haben wir hier gutes Vertrauen im Moment, aber im Hinblick auf düstere, schwierigere Zeiten, die auf uns zukommen könnten, brauchen wir hier gute Instrumente, die griffig sind, dass auch wir als Parlament unsere Verantwortung für eine nachhaltige Finanzpolitik wahrnehmen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Cuénod. Sie wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Herr Christ, Sie haben propagiert, der Kanton sollte permanent sparen. Können Sie mir irgendeinen Bereich nennen, in denen aus Ihrer Sicht der Kanton deutlich zu viel Geld ausgibt respektive wo sehen Sie Sparpotenzial?

Tobias Christ (GLP): Das ist fast schon eine klassische Zwischenfrage und ich kann auch wieder eine ähnliche Antwort geben, die ich schon mal gegeben habe. Eigentlich habe ich es im Votum schon gesagt, ich sehe diese Punkte nicht, aber ich weiss aus abstrakten Überlegungen heraus, dass es die im kleinen immer wieder gibt und deshalb müssen wir schauen, dass die auch gefunden werden und dass diese Mittel dann unter Umständen auch zurück in den allgemeinen Topf fliessen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP das Wort hat Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Wie jedes Jahr im Juni traktandiert und kommentiert das Parlament die Rechnung des vorherigen Jahres. Einige Stimmen sind positiv, andere sind negativ und dies, nachdem doch dann jedes Jahr im Dezember das Budget faktisch völlig unkritisch abgewunken wird. Das Budget ist eigentlich das wichtigste finanzpolitische Mittel des Parlaments und hier könnten wir Ansätze bringen, hier könnten wir auch konkret sagen, wo wir weniger Ausgaben möchten.

Es ist aber so, dass wir in diesem Parlament vier verschiedene Kategorien haben. Die erste Kategorie umfasst drei linke Fraktionen, welche das Geld mit beiden Händen aus dem Fenster werfen wollen. Die sind natürlich glücklich, wenn alles ständig wächst, wenn der Staat wächst, wenn wir Mehrausgaben haben. Das ist nicht meine Meinung, aber diese Haltung ist zumindest konsequent. Dann gibt es drei bürgerliche Fraktionen, welche sich jedes Jahr bei der Rechnung darüber beschweren, dass die Ausgaben zu hoch sind, aber weder in der Finanzkommission noch beim Budget auf die Idee kommen, irgendwo irgendwelche Kürzungsanträge zu stellen. Die dritte Kategorie ist dann die GLP-Fraktion, welche ebenfalls sich beschwert, dass die Ausgaben zu hoch sind, aber in diesem Parlament sämtlichen Mehrausgaben zustimmt. Ja, Herr Christ, Sie könnten auch mal anfangen zu sparen und aufhören, bei jeder Mehrausgabe Ja zu sagen, dann hätten wir schon einmal einen guten Schritt vorwärts getan. Da könnten Sie jetzt schon anfangen in diesem Monat oder auch in der Budgetdebatte, unsere Anträge zu unterstützen, denn die vierte Kategorie ist die SVP-Fraktion, welche sich auch darüber beschwert, dass wir zu viele Ausgaben haben, aber in der Budgetdebatte konsequent auch immer sagt, wo Sparpotenzial vorliegt und auch diese Anträge konsequent stellt.

Denn eines ist ja klar, bei Ausgaben von 4,8 Milliarden und einem Überschuss von 100 Millionen haben wir definitiv nicht zu wenig Einnahmen, wir haben zu viele Ausgaben. Der Staat wächst uferlos Jahr für Jahr. Das wird von der Regierung dann auch bestritten, dass dieses uferlose Wachstum ein uferloses Wachstum ist, und trotzdem haben wir dann beim Budget im nächsten Jahr immer wieder das gleiche. Und hier wäre es wirklich auch einmal an der Zeit beim Parlament, dass wir in der Finanzkommission, die Vertreterinnen und Vertreter, und bei der Budgetdebatte hier konsequent sagen, wo Potenzial vorhanden ist, dass man Mehrausgaben trotzen kann. Und hier geht es auch nicht um eine Abbaupolitik, es wäre ja schon einmal gut, wenn der Staat nicht ständig immer nur wachsen würde und wir vielleicht auch diese 5 Milliarden-Deckelung einmal erreichen würden, dass es nicht immer weiter in die Höhe geht.

Ich komme zu den einzelnen Punkten. Bei der Sicherheit ist es so, dass wir trotz hohen Ausgaben von 4,8 Milliarden nicht in der Lage sind, die zentralste Staatsaufgabe Sicherheit ordnungsgemäss und zufriedenstellend zu erfüllen. Wir sind seit Jahrzehnten der kriminellste Kanton, da haben Fussballspiele sehr wenig damit zu tun, und wir haben auch einen Unterbestand jetzt von 130. Meine Damen und Herren, das ist ein Zustand, der so nicht weiter fortgesetzt werden kann. Und hier wurden von der Regierung in den letzten Jahren und Jahrzehnten die völlig falschen Prioritäten gesetzt. Es ist nun wirklich an der Zeit, dass der Sicherheit höhere Priorität gegeben wird, dass das jetzt als zentralste Staatsaufgabe anerkannt wird. Sie haben in den letzten Jahren immer wieder von der Klimaloki gesprochen, die rollt und die funktioniert und wie es super ist, dann machen Sie doch jetzt auch endlich mal eine Sicherheitsloki, schreiben Sie das Thema Sicherheit in den Legislaturplan und nehmen Sie das als zentrale Staatsaufgabe endlich einmal wahr in der Regierung.

Auch bei der Arbeitgeberattraktivität kann es nicht sein, dass wir jetzt bei jeder Branche der attraktivsten Arbeitgeber auf dem Markt sind, währenddessen wir nicht mehr Personal finden bei den Blaulichtorganisationen. Hier sollte jetzt der Schwerpunkt als allererstes gesetzt werden, dass wir hier diesen Unterbestand so schnell wie möglich beenden können und dass wir wieder sagen können, es kommen Personen, es kommen Menschen, die gerne für die Basler Polizei, für die Kripo, für die Blaulichtorganisationen arbeiten möchten. Das muss die Priorität in den nächsten Jahren sein. Und das Lohnmassnahmenpaket ist okay, es geht in eine richtige Richtung, aber sicherheitspolitisch muss hier mehr kommen bezüglich Attraktivität für die Arbeitnehmenden. Denn es ist ja auch klar, dass ein Polizist in der kriminellsten Stadt in der Schweiz sicherlich mehr zu tun hat als ein Polizist in Stans oder in Sarnen. Hier müssen wir auch kantonsübergreifend wahrscheinlich halt die besseren Arbeitsbedingungen haben als andere Kantone, weil wir halt diesen Zustand haben von krimineller Stadt, vielen Events, vielen Demonstrationen und dementsprechend halt auch die Polizistinnen und Polizisten sehr überlastet sind.

Ich komme zur Digitalisierung. Auch hier hat die SVP-Fraktion nicht wirklich das Gefühl, dass eine übergreifende kantonale Strategie vorhanden ist. Es scheint mehr so, dass jedes Departement sein eigenes Süppchen kocht, überall selbstverständlich mit mehr Staatsstellen, dass es überall natürlich teurer wird im Namen der Digitalisierung und hier kann ich jetzt schon ankünden, dass die SVP bei der nächsten Budgetdebatte Anträge prüfen wird, dass hier dieses Stellenwachstum bei der Digitalisierung nicht uferlos in die Höhe schnellen wird.

Beim Neubau Naturhistorischen Museum und dem Staatsarchiv hat die SVP zur Kenntnis genommen, dass der Kanton mal einmal mehr ein Snickers genommen hat, wenn es mal wieder länger dauert. Es ist ja bereits bekannt und überall so, dass gefühlt jedes Neuprojekt in diesem Kanton länger dauert, dass es teurer wird und hier kann ich auch jetzt schon ankünden, dass die SVP hier sehr kritisch prüfen wird, ob wir hier irgendwelchen Mehrausgaben zustimmen werden. Wir hatten einen Volksentscheid, wo auch die Zahlen und die Kosten eigentlich klar verankert sind und wenn dann immer alles teurer wird und

sich in die Länge zögert, dann ist es dann halt am Ende des Tages auch nicht im Sinne eines Volksentscheides, wenn eigentlich dann die Massnahmen und die Dinge einfach auch anders geklärt waren, als es dann effektiv in der Realität war.

Ich möchte aber mit etwas Positivem schliessen. Die SVP-Fraktion nimmt positiv zur Kenntnis, dass in diesem Jahr viele Grossevents stattgefunden haben oder auch stattfinden werden. Hier kann man wirklich auch sagen, dass organisatorisch relativ viel Gutes auch abgelaufen ist, dass der Kanton insbesondere auch die Sicherheitslage im Griff hat. Auch wenn es am ESC zu einzelnen grässlichen antisemitischen Vorfällen gekommen ist, hat man es organisatorisch anhand der grossen Anzahl an Menschen dann doch relativ gut über die Bühne gebracht und wir hoffen selbstverständlich auch, dass man bei der EM etwas ähnliches berichten kann. Dementsprechend sind wir auch als SVP-Fraktion stolz darauf, dass wir eine gut funktionierende Event-Stadt sind. Dort sind die Ausgaben sicherlich auch vernünftig im Sinne dann auch der Gesamtwirtschaft zu erachten.

Die SVP-Fraktion bittet Sie ebenfalls, die Rechnung zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Christ möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Tobias Christ (GLP): Ich habe hier auch eine Zwischenfrage, die vielleicht klassisch werden kann. Können Sie mir sagen, bei diesen Budget-Kürzungsanträgen, die die SVP aus meiner Sicht verdankenswerterweise regelmässig macht, bei wie vielen Sie da schon die GLP vorgängig um Unterstützung angesucht haben?

Pascal Messerli (SVP): Ja, diese Kommunikation könnte man in den nächsten Jahren auch gerne verbessern. Es wäre aber auch wünschenswert, wenn vielleicht die GLP mal eigene Ideen bringt. Da verweise ich sehr gerne auch auf die Zwischenfrage von Herrn Cuénod.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Die Finanzsituation des Kantons ist weiterhin stabil und solide. Ein tolles Ergebnis, das nicht alle Kantone so vorweisen können. Die Budgetabweichung liegt unter einem Prozent. Wer sich schon mal mit einem komplexen Budgetierungsverfahren auseinandergesetzt hat, weiss, wie schwierig das ist und dass eine Budgetabweichung von unter einem Prozent ein wirklich sehr gutes Ergebnis ist. Auch im letzten Jahr wurden viele zum Teil auch hohe Investitionen getätigt. Das finden wir richtig. Eine Stadt, die attraktiv und im Schuss bleiben möchte, muss in die Infrastruktur und seine Bewohnenden investieren. Wir werden auf Sprechende bei den einzelnen Departementen verzichten, deshalb gehe ich nun im Fraktionsvotum kurz auf jedes Departement ein.

Im Präsidialdepartement hat im letzten Jahr vor allem das Kunstmuseum zu reden gegeben. Wir mussten einen Nachtragskredit sprechen und das neue Leitungsteam einschneidende Massnahmen beschliessen. Dank dieser wurde der bewilligte Kredit dann auch nicht vollständig beansprucht. Ich finde, das ist wichtig zu erwähnen, vor allem für die hier drinnen, die damals bei der Debatte zum Nachtragskredit über die Museumsleitung hergezogen sind und gesagt haben, ja, die können ja nicht rechnen. Offensichtlich können sie es doch. Wie die Finanzkommission finden auch wir von der SP, dass im Hinblick auf weitere Spar- und Restrukturierungsmassnahmen immer zu bedenken ist, dass tiefgreifende Kürzungen im Museumsbetrieb auch kontraproduktive Folgen haben können, weil einerseits die Gefahr besteht, dass zentrale Aufgaben nicht mehr in der erforderlichen Qualität erfüllt werden können, und andererseits eine Reduktion des Programmes auch zu einem Rückgang der Besucher*innenzahlen und der Drittmitteleinnahmen führen können. Für uns ist aber auch klar, dass sich das Finanzcontrolling verbessern muss und dass Massnahmen aus Betriebsanalysen umgesetzt werden müssen. So ein dickes Minus wie im letzten Jahr darf es nicht mehr geben.

Zu den Museen allgemein lässt sich sagen, dass die gestiegenen Besucher*innenzahlen sehr erfreulich sind. Es gibt wirklich viele tolle Angebote und es wird tolle Arbeit geleistet in den Basler Museen. Das Projekt Provenienzforschung läuft noch bis Ende 2026 und wir denken, es wäre gut, wenn bald Klarheit geschaffen wird, ob und in welcher Form diese Forschung weiterbetrieben werden kann, denn im Moment haben wir tolle und extrem gute Forscher*innen bei uns in den Museen und wenn wir sie zu lange im Unklaren lassen, ob sie ihre Forschung weiterbetreiben können, dann werden sie sich schon bald umsehen nach neuen Stellen an anderen Orten.

Das BVD muss im laufenden Jahr viel Flexibilität zeigen, denn mehrere Grossanlässe kommen diversen Bauprojekten in die Quere. Aus finanzpolitischer Sicht ist es erfreulich, dass das zu keinen Mehrkosten führen wird. Ebenfalls erfreulich finden wir, dass die erhöhte Nutzung der Velospot-Fahrräder in unserer Stadt Fahrt aufnimmt.

Im Erziehungsdepartement geben die extrem hohen Stellvertretungskosten zu reden und das nicht erst seit gestern. Das Problem ist mindestens seit 2018 bekannt. Das war vor sieben Jahren. Immerhin wurde jetzt eine Arbeitsgruppe eingesetzt und wir hoffen wirklich, dass sich diese Arbeitsgruppe mit der Datenschutzbeauftragten austauscht, um zu klären, wie eine Befragung so ausgestaltet werden kann, dass der Datenschutz nicht verletzt wird, aber gleichzeitig erfragt werden kann, was die Gründe für die Ausfälle sind. Denn so, wie die Situation jetzt ist, ist es doch für niemanden tragbar. Denn die Lösung kann ja nicht sein, dass wir einfach mehr Geld ins Budget einstellen und dann sehen die Zahlen wieder gut aus, denn hinter den Zahlen, da stehen ja Menschen und die fallen aus, weil es ihnen nicht gut geht, weil sie nicht mehr in der Lage sind, ihrer Arbeit nachzugehen und diese Probleme müssen wir angehen. Ein erster Schritt ist getan mit den Massnahmen zur Weiterentwicklung der integrativen Schule, aber es gibt noch mehr Handlungsbedarf.

In mehreren Stellen im Bericht der Finanzkommission wird aufgezeigt, dass immer mehr Kinder und Jugendliche psychische Belastungen haben und es ihnen nicht gut geht und gleichzeitig ist bei der Schulsozialarbeit die personelle Situation seit Jahren angespannt und das, obwohl diesem Dienst eine so wichtige Rolle zukommt. Die SSA fängt bis zu einem gewissen Grad die im Gesundheitsbereich fehlenden Angebote für psychisch belastete Kinder und Jugendliche auf. Die GPK empfiehlt in ihrem Jahresbericht, den besprechen wir ja später noch, daher, die Stellen bei der SSA zu überprüfen und gegebenenfalls zu erhöhen, aufzustocken. Und ich kündige Ihnen es jetzt schon an, wenn das ED selbst nicht auf die Idee kommt, die Stellen bei der Schulsozialarbeit zu erhöhen, dann werde ich das im Rahmen der Budgetdebatte fordern.

Das Finanzdepartement musste in den letzten Wochen und Monaten viel Kritik sich anhören wegen dem Entscheid, Microsoft 365 für die kantonale Verwaltung einzuführen. Die Finanzkommission hat sich in ihrem Hearing zur Rechnung damit auseinandergesetzt und sich die Vor- und Nachteile und vor allem die Überlegungen, die dahintergestanden sind, die sich das Departement dazu gemacht hat, vorstellen lassen. Wir von der SP sind der Meinung, dass das ganze öffentliche Gemotze nicht zielbringend ist. Wenn man etwas ändern möchte, also zum Beispiel Alternativen prüfen, dann sollte man Vorschläge bringen. Die Motion von Salome Bessenich betreffend «Open-Source» wurde ja zum Beispiel bereits ein erstes Mal überwiesen und wir denken, das ist der Weg, den wir gehen sollten. Wenn man etwas anderes möchte, dann muss man Vorschläge bringen.

Beim Gesundheitsdepartement wurde die überarbeitete Spitalplanung für das Klinikum 2 und 3 mit Spannung erwartet. Wir waren dann doch auch etwas erstaunt, wie man doch in relativ kurzer Zeit massgebliche Anpassungen vornehmen kann und offenbar auch muss. Wir von der SP begrüssen auf jeden Fall die überarbeitete und kostenoptimierte Planung für das Unispital.

Beim Justiz- und Sicherheitsdepartement fällt auf, dass relativ oft auf externe Dienstleistungen zurückgegriffen werden muss, weil Aufgaben nicht selbst erledigt werden können. Das finden wir nicht ganz optimal und hoffen, dass das in Zukunft anders werden kann. Die Personalsituation im JSD ist immer noch nicht ganz so entspannt, wie wir es alle gerne hätten. Mit der temporären Lohnerhöhung im letzten Jahr und dem nun vom FD ausgearbeiteten Lohnmassnahmenpaket ist viel von anderer Seite gekommen. Wir fragen uns, ob die Recruiting-Massnahmen, so wie sie heute gemacht werden, sinnvoll sind. Es gibt viele tolle Beispiele, den Auftritt an der Fantasy Basel fanden wir toll, da hat die Kantonspolizei einen megasympathischen Auftritt, aber ob zum Beispiel die Plakatkampagne in Vollmontur mit halbgaren Slogans, die 200’000 Franken gekostet hat, ob das die richtigen Leute anzieht, das stellen wir in Frage.

Beim WSU springt natürlich der Anstieg der Meldungen bei der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde ins Auge. Das ist nicht schön. Gleichzeitig muss man aber auch sagen, dass die Anzahl der Entscheide gegen den Willen der Eltern proportional gleichgeblieben ist. Das ist wichtig und gut. Der Anstieg der Meldungen bei der KESB deutet unserer Meinung nach auch auf eine Unterversorgung im psychosozialen Bereich hin und diese Angebote sind im GD verortet und wir denken, es wäre gut, wenn sich das GD diesem Thema vermehrt annehmen würde. Bei der Prämienverbilligung sehen wir es gleich wie die Mehrheit der Finanzkommission. Die kalte Progression sollte ausgeglichen werden. Wir fänden uns sinnvoll, wenn das Departement dieses Thema angeht.

Bei den Gerichten hat uns der Umgang mit den Ferienguthaben etwas erstaunt. Wenn die Finanzkontrolle etwas bemängelt, könnte man eigentlich erwarten, dass die bemängelte Sache geändert und die Empfehlung umgesetzt wird. Wir würden uns wünschen, dass in Zukunft etwas mehr Disziplin und Engagement gezeigt wird und die Empfehlung der Finanzkontrolle ernst genommen wird.

Die SP-Fraktion folgt dem Antrag der Finanzkommission.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Jenny. Sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Als absoluter IT-Laie interessiert mich die Antwort auf diese Frage. Was hat Open-Source-Einsatz mit der Cloud zu tun?

Jessica Brandenburger (SP): Sie dürfen sich dazu gerne die Motion von Salome Bessenich durchlesen und dann die Antwort der Regierung, sie ist noch nicht beantwortet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Die Jahresrechnung 2024 des Kantons Basel-Stadt schliesst mit einem Überschuss von 106 Millionen Franken und deutlich über Budget ab. Das ist auf den ersten Blick erfreulich, doch ein genauerer Blick auf die finanzielle Entwicklung zeigt eine Reihe von bedenklichen Tendenzen, die wir als Fraktion Mitte-EVP kritisch würdigen.

Erstens, wir haben einen Überschuss, aber strukturelle Risiken. Der Überschuss ist vor allem auf ausserordentliche Faktoren zurückzuführen. Es wurde schon darauf aufmerksam gemacht, der Anteil an der direkten Bundessteuer fiel um 92 Millionen Franken höher aus als budgetiert. Das kompensiert zum Glück die erneut ausgefallene Gewinnausschüttung der Nationalbank. Die kantonalen Steuereinnahmen, insbesondere die Einkommenssteuern blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück. Die Unternehmenssteuern gingen gegenüber dem Vorjahr um 225 Millionen Franken zurück. Soweit dies auf den Wegzug etablierter Unternehmen aus dem wirtschaftlich zunehmend unwirtlichen Kanton zurückzuführen ist, ist der erwähnte Einnahmenrückgang als ungünstiges Signal zu werten und wird hoffentlich auch von der Regierung wahrgenommen. Insgesamt ist die strukturelle Entwicklung der Einnahmen schwächer, als es der Überschuss suggeriert. Die finanzielle Lage bleibt zwar solide, aber die Risiken nehmen zu, insbesondere mit Blick auf die kommenden Jahre, in denen Sparmassnahmen des Bundes, die OECD-Mindestbesteuerung, geopolitische Unsicherheiten die Einnahmeseite belasten werden.

Zweitens, wir haben ein ausuferndes Stellenwachstum und einen Personalausbau. Es ist immer wieder deutlich spürbar, dass dieser Kanton zu viel Geld hat und man kann das nur manchmal und immer wieder wiederholen. Daher sind wir der Auffassung, dass nicht primär die Einnahmen-, sondern die Ausgabenseite der besonderen Aufmerksamkeit bedarf. Wir müssen mit den Einnahmen, wie hoch sie auch anfallen, haushälterisch umgehen. Besonders kritisch sehen wir das ungebremste Wachstum des Staatsapparats. Seit 2020 ist die Zahl der Vollzeitstellen um fast 600 auf 9’455 gestiegen. Das sind über 6 Prozent allein im Berichtsjahr, um 163 Stellen im Erziehungsdepartement und 12 im Präsidialdepartement. Der Personalaufwand ist auf 1,5 Milliarden Franken angewachsen. Der Sach- und Betriebsaufwand liegt 5 Prozent über Budget. Der Kanton Basel-Stadt gehört bezüglich Staatsquote und öffentlichem Personalbestand nach wie vor schweizweit zur Spitze. Parlament und Regierung dieses Kantons arbeiten leider entschlossen daran, dass sich auch künftig daran nichts ändert.

Das Wachstum des Staatspersonals übersteigt das Wachstum der Bevölkerung des Kantons im Verhältnis noch immer bei weitem. Diese Entwicklung erachten wir als ungesund. Die Einführung einer Personalbremse beispielsweise mittels Bewilligung eines Stellenplafonds durch den Grossen Rat ist zu prüfen, denn das Wachstum ist nicht mehr mit einer blossen Erfüllung von Kernaufgaben zu rechtfertigen. Vielmehr werden immer neue Projekte und Programme aufgegleist von der Arbeitgeberattraktivität über Digitalisierungsinitiativen bis hin zu Subventionen für schwach genutzte Veloverleihsysteme und dergleichen. Die Verwaltung wird immer schwerfälliger, Kosten immer weniger steuerbar. Der sogenannte Fachkräftemangel im Kanton ist in diesem Sinne hausgemacht, indem dauernd neue Stellen geschaffen werden, die besetzt werden müssen und nicht selten aus der Privatwirtschaft rekrutiert werden.

Drittens, wir haben eine mangelnde finanzpolitische Disziplin. Wir stellen fest, dass gesunde finanz- und ordnungspolitische Prinzipien zunehmend in den Hintergrund geraten. Unter anderem dank der Betriebsamkeit dieses Parlaments nehmen die Staatsaufgaben und damit die Staatsausgaben und der Personalbedarf laufend zu. Es besteht zudem ein fast undurchschaubarer Dschungel an Subventionen und Staatsbeiträgen an unzählige, auch private Aufgabenträger. Die staatlichen Investitionen werden zwar als notwendig dargestellt, doch die Priorisierung bleibt intransparent und die Effizienz der Mittelverwendung ist nicht immer gewährleistet. Verzögerungen und Kostenüberschreitungen bei Grossprojekten sind, wie auch schon vorher genannt, eher die Regel, nicht die Ausnahme.

Viertens, wir haben fehlende Kostenwahrheit und -transparenz. Die explodierenden Stellvertretungskosten im Erziehungsdepartement, plus 53 Prozent seit 2018, werden erst jetzt systematisch analysiert. Die Budgetierung bei Prämienverbilligungen und Mietzinsbeiträgen hinkt der Realität hinterher. Die kalte Progression wird nicht ausgeglichen.

Fünftens, Investitionen und Verschuldung. Zwar konnte der Kanton seine Investitionen zu 90 Prozent selbst finanzieren, doch das Nettovermögen ist im Vorjahresvergleich um 38 Millionen Franken gesunken. Die Bruttoschulden liegen immer noch bei über 3,3 Milliarden Franken. Die Investitionsplanung ist angesichts der Vielzahl an Projekten und der knappen Ressourcen eine grosse Herausforderung, die mehr finanzpolitische Disziplin erfordern würde.

Was ist das Fazit und was sind die Forderungen. Als Fraktion Mitte-EVP nehmen wir den Jahresbericht des Regierungsrats und der Finanzkommission dankend zur Kenntnis und genehmigen die Jahresrechnung sowie die Rechnungen der fünf kantonalen Museen. Aber wir haben auch ein paar Forderungen.

Erstens, eine Eindämmung des Personalwachstums und eine kritische Überprüfung aller neuen Stellen. Wir werden die Frage eines Stellenplattfonds neu prüfen.

Zweitens eine regelmässige Überprüfung und gegebenenfalls Aufhebung alter Subventionen, die keine Rechtsgrundlage mehr haben oder deren Zweck aus anderen Gründen nicht mehr gegeben ist.

Drittens, eine regelmässige Überprüfung der Staatsaufgaben, die Aufhebung unnötiger Kommissionen, deren Aufgaben sich überholt haben, eine aktive Organisationsentwicklung unter Effizienz-Gesichtspunkten, wozu auch die Zusammenlegung von Ämtern und Fachstellen gehören darf, soweit Doppelspurigkeiten bestehen.

Viertens, mehr Transparenz und Kostenwahrheit bei allen staatlichen Aktivitäten.

Fünftens, eine Rückbesinnung auf bewährte Grundsätze für einen gesunden Staatshaushalt. Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, seinen Haushalt im Gleichgewicht halten, unnötigen Ballast abwerfen, Privateigentum schützen und die Wirtschaft nicht durch überbordende Regulierungen belasten.

Der Überschuss von heute darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die finanzpolitischen Spielräume kleiner werden. Es braucht eine Kurskorrektur hin zu mehr Effizienz, Disziplin und Eigenverantwortung, damit Basel-Stadt auch in Zukunft wettbewerbsfähig und finanzierbar bleibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Cuénod. Diese wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Daniel Albietz, Sie propagieren unter anderem einen Stellenplattfonds beim Kanton. Das haben viele Kantone und Gemeinden eingeführt, kennen Sie die Erfahrungswerte ein wenig, die mit diesem Instrument gemacht wurden?

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Nein, aber ich weiss, dass auch diese Kantone nach wie vor mit der Tatsache leben, dass der Staat eher zunimmt als abnimmt. Wir müssen Lösungen finden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Zuerst danke ich einmal für Ihre Geduld, wenn Sie sich fragen, was will jetzt der da vorne noch gross reden, der hat ja eh keine Ahnung von Finanzen und unser Fraktionssprecher von der LDP hat ja schon alles gesagt und alle haben auch alles gesagt. Ich danke einmal aber auch allen, die in diesem Kanton für Prosperität sind, für Innovation sind, für das Arbeiten. Wir alle wollen eigentlich, dass es allen Menschen in diesem Kanton gut geht und was die Definition von gut geht ist, da gehen wir wahrscheinlich dann auch manchmal ziemlich weit auseinander.

Wer hätte das gedacht, dass mir die Politik so viel Freude macht und vor allem Politik zu machen, wenn die Kasse voll ist. Es erinnert mich ein wenig an Monopolyspiele, man zieht eine Karte, verlangt 200 Millionen vom Staat und der Kanton zahlt. Manchmal scheint es, als hätten wir uns daran gewöhnt, dass finanzielle Konsequenzen einfach ein Problem für das nächste Jahr sind oder noch besser, für die nächste Legislatur. Und solange das Wetter schön ist, wird fröhlich geplant, verteilt, subventioniert, gekauft, versprochen, also so quasi die Politik als Wunschkonzert, bezahlt mit Geld, das wir noch nicht einmal haben oder vielleicht gar nie reinkommt.

In den letzten Jahren hatten wir das Glück, wir hatten hohe Steuererträge, besonders aus der Pharmaindustrie, ich danke ihnen vielmals. Das hat uns beeindruckende Überschüsse beschert, aber statt die Phase zu nutzen, um nachhaltige Strukturen zu schaffen, Nachhaltigkeit zu machen oder Rücklagen zu bilden, haben wir angefangen, ich nenne sie einmal Daueraufträge in Milliardenhöhe zu verteilen. Prämiendeckel, Entwicklungshilfe, Bodenkäufe durch den Staat und die Idee dahinter scheint quasi zu sein, solange es nicht kracht, ist das doch kein Problem. Aber die Fakten reden eine andere Sprache. Für das laufende Jahr rechnet das Finanzdepartement mit einem Defizit von 15 Millionen Franken und das ist nur der Anfang. Der strukturelle Überschuss, unsere Finanzdirektorin hat das in ihrem Votum gesagt, ist weg. Die Prognosen zeigen in Richtung rote Zahlen und unterdessen erhöhen wir laufend den Fixkostenanteil im Budget mit Subventionen, Sozialausgaben, Bodenkäufe, ich habe es gesagt, und allerlei politische ideologische Experimente, nenne ich das. Es ist doch nicht die Aufgabe des Staates, jede Idee und alles, aber wirklich alles finanzieren zu wollen. Wo bleibt denn die Eigenverantwortung des Menschen? Private Innovationen, nicht staatlich subventioniert, das wäre doch auch mal etwas.

Und ich finde es paradox, gerade in den Jahren mit den besten Rechnungsabschlüssen hat das Parlament, also wir, ich inklusive, es wirklich nicht geschafft, finanzpolitische Vernunft zu zeigen. Im Gegenteil. Wer da bremst hier drin wird belächelt, wer spart ist asozial und wer den Sackrechner hervorholt, wird als Vorschriftsverhinderer abgestempelt. Wer mich da beeindruckt hat, und das sage ich sehr gern, ist immer wieder unsere Finanzdirektorin, Regierungsrätin Tanja Soland. Sie hat trotz ihrer Parteizugehörigkeit immer wieder und konsequent auf die Budgetdisziplin gepocht. Sie hat als eine von wenigen auf die langfristigen Risiken hingewiesen und ja, sie hatte häufig einen undankbaren Job, sie hat ihn immer noch natürlich, warnen, warnen, zurückweisen. Sie hat probiert, an die Vernunft und die Verhältnismässigkeit zu erinnern. Leider fast immer umsonst und musste mitanschauen, wie wir im Rat die Ausgaben wieder hochschrauben.

Wer die Finanzen kennt, weiss, es sind nicht die grossen Krisen, die uns primär gefährlich werden, es ist das schleichende Wegschauen. Wir Liberalen stehen für Eigenverantwortung und das gilt auch für den Staat. Es geht nicht darum, das Füllhorn zu verschliessen, es geht darum, mit klarem Kompass zu handeln, Prioritäten zu setzen, nein sagen zu können, auch für die nächsten Generationen. Wie sollen die mit einem Staat umgehen, der schon Daueraufträge in Milliardenhöhe hat. Da gibt es dann keinen Platz mehr, um innovativ zu sein, um genau das machen zu können, was wir heute machen. Und darum lassen Sie uns bitte gemeinsam zu einer Finanzpolitik zurückzukehren, die den Namen auch verdient. Nicht aus Prinzip, sondern aus Verantwortung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich freue mich, dass ich mich inmitten solcher Persönlichkeiten befinde. Gleichzeitig muss ich Ihnen aber auch sagen, dass ich das berühmteste Parlamentsmitglied bin, weil ich den Schnabel aufmache. Ich habe mich genau vorbereitet für diese Rede, habe mich eingelesen über mehrere Tage.

Ich warne vor Rechentricks und Verschiebebahnhöfen und ich habe eine Frage an Sie, Tanja Soland, und ich wäre auch dankbar, wenn Sie diese Frage nachher in Ihrer Rede beantworten könnten. Ich habe wortwörtlich gesagt, ich warne als Grossrat und Journalist, der das einordnet, vor Verschiebebahnhöfen und Rechentricks. Zum Beispiel muss verhindert werden, dass Zuschüsse an die Krankenkassen als Darlehen deklariert werden, um so die Schuldenbremse zu umgehen und noch mehr Schulden zu machen. Ich möchte die Finanzministerin bitten, ob das stimmt oder nicht, dass Zuschüsse an Krankenkassen als Darlehen deklariert werden in der Abrechnung, um die Basler Schuldenbremse zu umgehen und noch mehr Schulden zu machen.

Die Leute regen sich einfach auf. Wir haben so hohe Krankenkassenbeiträge, die Leute regen sich auf, dass zu viel Geld ausgegeben wird, und wenn ich die Basler Zeitung lese, die SP-Finanzdirektorin Tanja Soland rechnet allein schon für 2025 mit einem Verlust von 15 Millionen Franken in der Staatsrechnung. Als Grossrat besuche ich fast jeden Tag in Basel eine andere Institution. Und warum mache ich das, damit ich den Durchblick auch in Sachen Finanzen behalte. Ich habe jetzt einen Termin beim Chef Ombudsmann, dann habe ich anfangs Monat nochmal einen Termin bei der Chefin Datenschutz, ich habe einen Termin bei der Chefin Erbschaftsamt. So bekomme ich einfach vieles mit zum Thema Finanzen.

Weil ich viele Fragen habe, stelle ich Rückweisungsantrag und ich stelle auch Antrag auf Nichteintreten, weil zu wenig gespart wird. Als fraktionsloser Grossrat habe ich natürlich mehr Arbeit, aber ich mache es gerne. Als zukünftiger Alterspräsident des Grossen Rates Basel-Stadt muss ich mich um die Anliegen der Senioren kümmern und ich stelle einfach immer mehr und mehr fest, ohne Handy geht es nicht. Man muss für viele Sachen ein Handy haben und das finde ich nicht okay. Ich möchte es auf Papier. Ich mache jetzt nur ein Beispiel zum Thema Staatskanzlei. Vielleicht weiss unser Präsident Herr Cramer das nicht, aber zum Beispiel hat jetzt die Staatskanzlei, weil sie Geld spart, an die allgemeine Lesegesellschaft einen Brief geschrieben und dort steht, wir stellen den Grossratsversand auf Papier ein. Sie haben ein Abonnement, diese Dienstleistung entspricht insbesondere in Zeiten der Digitalisierung und des Klimawandels nicht mehr den Leitlinien der kantonalen Verwaltung. Und da wird einfach der Papierversand des Grossen Rates eingestellt, weil das die Staatskanzlei Basel sagt, Marco Greiner. An die alten Leute, die in der Lesegesellschaft sind, wird nicht gedacht.

Weltweit sind wir das Parlament mit den wenigsten Einnahmen mit einem Verhältnis 1:35 zur Regierung. Es gibt kein Parlament weltweit, das so ein grosses Gefälle hat. In Deutschland ist das Verhältnis Minister/Parlament 1:4, bei uns in Basel ist das Verhältnis der Einnahmen 1:35.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben Rückweisung beantragt, Nichteintreten können Sie nicht, da Eintreten obligatorisch ist.

Wir kommen somit zurück auf die hintere Bank. Als erstes hat der Präsident des Gerichtsrats das Wort. Er verzichtet. Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Besten Dank für all Ihre Voten. Ich habe zuerst ein paar Punkte, die ich noch vielleicht richtigstellen möchte. Vielleicht waren es auch Missverständnisse, aber Daniel Seiler, die Bruttoschulden sind ca. 3,3 Milliarden, also nicht 6, auf Seite 34 und 35 im Buch schön dargestellt, und sie sind auch gesunken. Einfach, sie sind gesunken, nur zum Sagen. Und ja, pro Kopf sind wir schweizweit meistens etwas höher, aber ich muss sagen, wenn wir hier unsere Leistungen pro Kopf rechnen, dann gehen wir einfach fehl, das können wir nicht machen. Wir sind der Wirtschaftsmotor auch der Schweiz, wie auch Zürich oder Genf. Wir sind ein reicher Kanton, wir haben eine gute Wirtschaft, unsere Pharma ist stark, ist dafür da für die ganze Schweiz. Also wir können hier nicht einfach runterfahren und sagen, es gibt keine Infrastruktur mehr, keine Bildung, kein ÖV, weil pro Kopf geben wir sonst zu viel aus. Wir müssen das auch machen. Also pro Kopf-Berechnungen sind wirklich immer sehr schwierig, da wir ein Stadtkanton sind und da wir auch ein wirtschaftspolitisch sehr wichtiger Kanton sind. Das finde ich einfach schwierig, aber die Bruttoschulden sind 3,3 Milliarden, sind gesunken, soweit in Ordnung.

Dann Budgetprozess. Ich habe zweimal gehört, dass die Museen von nichts wissen. Sie wissen nicht, wie es weitergeht und wir sollen doch endlich etwas dazu sagen. Einfach, der Budgetprozess 2026 ist seit etwa 50, 60, 70 Jahren gleich innerhalb der Verwaltung und die Regierung wird irgendwann nach den Sommerferien das Budget beschliessen und im September werden wir es veröffentlichen. Ja, das ist immer so, die Stellen im Kanton, die erhalten gewisse Nachrichten etwas früher, aber alles wird erst nach den Sommerferien beschlossen. Die Regierung muss den Gesamtüberblick haben, damit sie das Budget beschliessen kann. Also das ist ein ganz normaler Prozess.

Dann möchte ich auch noch auf die Punkte, die Sie sehr kritisiert haben, kurz reagieren. Wenn Sie sagen, Herr Messerli, Sicherheit sei das einzige Kernanliegen im Kanton, erlaube ich mir, hier zu widersprechen. Ich glaube, wir haben noch andere Kernanliegen. Ich glaube, wenn wir nicht mehr in die Bildung und Gesundheit investieren würden, hätten Sie wahrscheinlich auch Schwierigkeiten. Und ich finde es immer schwierig, wenn Sie sagen, wir sind der kriminellste Kanton und nichts läuft gut, wir machen alles schlecht, es gebe überhaupt keine Sicherheit mehr. Also wenn Sie das so überzeichnen, ich finde, Sie reden auch die Institutionen schlecht. Selbstverständlich kann man kritisieren, aber ich behauptet jetzt hier, dass wir als Regierung versuchen, wirklich das Beste zu machen. Und es gibt nicht einfach keine Sicherheit und es gibt nicht einfach nichts, sondern die gibt es. Es gibt Schwierigkeiten, die werden angegangen, aber ich finde, es nützt nichts, wenn Sie im Parlament es einfach nur schlechtreden. Ich finde, das hilft auch den Personen nichts, das hilft auch der Polizei nicht, weil sie haben ihren Auftrag und den können sie im Moment auch ausüben und das machen sie trotz Unterbestand. Also finde ich manchmal, etwas mehr Wertschätzung.

Auch beim Bauen, und ich sage das gerade, weil ich Finanzdirektorin bin und weder bei der Sicherheit noch beim Bauen primär in der Verantwortung. Sagen Sie doch nicht immer, jedes Mal wird es teurer und länger, nein, das stimmt einfach nicht. Auch wenn Sie es nochmal und nochmal sagen, es ist nicht wahr, es wird selten teurer und länger. Ja, das ist so, vor allem bei den auffälligen Projekten, aber die meisten Bauprojekte werden vom BVD in Zeit abgehalten und halten auch den Budgetrahmen ein. Und das kann man ja auch mal sagen. Also daher, reden Sie doch nicht alles schlecht. Ich finde es gut, wenn Sie bei den einzelnen Projekten kritisieren, aber es ist nicht bei allem so. Gut, sorry.

Und dann, Herr Albietz hat auch gesagt, ja, wir werden beim Budget diese Diskussion weiterführen. Sie sagen auch wieder, wir sollen uns auf die Kernanliegen beschränken. Es tut mir leid, aber wenn wir uns als reicher Kanton im reichsten Land auf der Welt uns auf die Kernanliegen beschränken sollen, dann würde ich sagen, dann habe ich einfach Mühe. Also das weiss ich nicht, Kernanliegen da können Sie in ein armes Land gehen und schauen, was dann das heisst. Das will, glaube ich, niemand hier, das will auch die Bevölkerung nicht, Kernanliegen. Und Sie, damit meinen Sie die Genossenschaften, dass wir Grundstücke kaufen und abgeben für die Genossenschaften, wäre dann auch ein Kernanliegen.

Ja, ich bin jetzt vielleicht etwas überzeichnend, aber ich habe einige Voten von Ihnen gehört, wo ich merke, Kernanliegen heisst einfach das, was Sie jetzt persönlich das Wichtigste finden. Wir bewegen uns doch in einem reichen Kanton, wir haben genug Geld, das ist doch schön. Wir haben die Möglichkeit für unsere Bevölkerung, für das Umland, für die Schweiz sogar Entwicklungshilfe zu leisten für das Ausland. Wir haben Möglichkeiten, Chancen und die sollen wir doch auch wahrnehmen, auch wenn ich von düsteren Aussichten rede. Damit wollte ich nicht sagen, wir müssen jetzt gleich quasi uns mit wirklich armen Ländern wie Tansania vergleichen. Ich rede nur davon, wir müssen mehr priorisieren, wir in der Regierung, Sie im Grossen Rat. Wir müssen zusammen herausfinden, was ist wichtig und sorgfältig ausgeben. Aber wir können nicht anfangen, uns auf die Kernanliegen zu beschränken. Also das glaube ich, ist wirklich nicht möglich und wäre auch nicht sinnvoll und würde unsere Wirtschaft auch nicht schätzen, weil damit würde sie weggehen, weil die Kernanliegen, die können sie sich sonst wo holen. Sie wollen Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Sicherheit, sie wollen dieses angenehme schöne lebenswerte Basel haben und nicht ein Kernanliegenstaat. Okay, ich bin fertig, sorry. Sie haben mich verstanden und ich glaube, schliesslich verstehen wir uns da, sind wir auf einer ähnlichen Linie.

Dann noch ein Punkt, also auch mit der Transparenz, da glaube ich, haben wir eine sehr transparente Rechnung, auf jeden Fall ist auch die Finanzkontrolle und die Finanzkommission dieser Meinung. Dass wir hier irgendwelche Subventionen geben, die nicht geprüft sind, davon gehe ich nicht aus, sondern ich glaube, das haben wir nicht. Wir prüfen immer alles, bevor wir es ausgeben. Da war ich jetzt auch etwas erstaunt. Von dem her bin ich der Überzeugung, wir haben eine transparente Rechnung, die Frage stellt sich nur, wo wir die Prioritäten setzen.

Und der letzte Punkt, der war, glaube ich, von Anouk Feurer. Wenn Sie möchten, dass wir Regierungsräte unsere Ferien nehmen und wenn wir sie nicht nehmen, dass wir Rücklagen bilden, wir können das Thema gerne besprechen. Ich wurde tatsächlich von der Finanzkontrolle gefragt, warum wir keine Rücklagen bilden wegen unseren Ferien. Wir waren etwas erstaunt, weil der Regierungsrat zählt zu den Magistratspersonen, wir haben keinen Arbeitsvertrag. Das Personalrecht gilt zwar einigermassen analog, aber wir geben auch nicht unsere Zeiten ein. Wir haben eigentlich auch keine Vertrauensarbeitszeit, daher nehmen wir so gut es geht Ferien und stehen aber auch immer zur Verfügung, wenn es dann auch mal mitten in den Sommerferien ist oder wenn es sein muss. Daher bin ich hier etwas überrascht, aber wir werden das Thema sicher näher anschauen. Ich gehe jetzt nicht davon aus, dass wir einen Antrag stellen werden auf mehrere Millionen Rückstellung für unsere Überstunden und Ferien, aber wir werden es sicher mit der Finanzkommission diskutieren, damit nachher Klarheit herrscht.

Ansonsten danke ich Ihnen für die Diskussion. Sie sehen, ich nehme es immer noch etwas emotional und ich höre Ihnen auch zu, immerhin, das können Sie als positiv nehmen. Ich bin sehr interessiert an dem und bin gespannt schon jetzt aufs Budget. Vor allem wird das sicher sehr spannend, weil ich habe mir das aufgeschrieben, das behalte ich dann, die Haltung der GLP ist, permanent sparen. Ich werde Sie beim Budget und bei allen Erhöhungsforderungen der GLP daran erinnern. Vielen Dank Herr Christ.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt drei Zwischenfragen von Herrn Seiler, Herrn Thommen und Herrn Messerli. Sie werden entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ich habe über den Finanzplan 2028 gesprochen und da die Frage, ist es nicht so, dass die Bruttoschulden gemäss Finanzplan 2028 gegen 6 Milliarden laufen?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, wir machen die Zukunftsaussichten immer etwas düster. Sorry, dann war es ein Missverständnis.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Herrn Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ist Ihnen bewusst, dass Tansania eines der wirtschaftlich aufstrebendsten Länder in Afrika ist mit hohen Wachstumsraten seit den letzten zehn Jahren?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, aber ich glaube nicht, ich war auch schon in Tansania, dass sie so viele Ausgaben wie unser Staat dort auch tätigen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Herrn Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Frau Regierungsrätin, ganz abgesehen, dass Sie mir die Worte im Mund verdreht haben, können Sie mir drei andere Bereiche nennen im Kanton, wo der Unterbestand derart krass ist wie bei der Polizei?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Das ist ja der Grund, warum wir dort versuchen, einen Schwerpunkt zu legen. Aber die Sicherheit ist gewährleistet und wir geben uns Mühe. Sie haben quasi auch gesagt, dass wir das nicht machen. Und ja, die Worte wollte ich nicht umdrehen, ich habe sie etwas überzeichnet, ich weiss.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Präsidentin der BKK verzichtet auf ein Votum. Somit hat der Präsident der Finanzkommission Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die angeregte Diskussion, jetzt gerade auch noch am Schluss. Ich habe mir auch die eine oder andere Notiz gemacht. Im deutschen Bundestag wäre nach dem Votum von Herrn Christ im Protokoll des deutschen Bundestages dann vermerkt worden in Klammern [Heiterkeit], zumindest wurde das von verschiedener Seite so

aufgenommen, auch ich bin da gespannt, wie es weitergeht. Ich werde das selbstverständlich politisch nicht. Herr Seiler hat mit einem Zitat versucht, die Debatte politisch werden zu lassen, auch das mache ich nicht. Ich kann aber auch mit einem Zitat hier kommen von Theodor Heuss, der einmal gesagt hat, ein ausgeglichener Haushalt ist nicht Ausdruck von Reichtum, sondern von Verantwortung. Das ist relativ politisch neutral und ich glaube, das widerspiegelt auch die Ausgabenpolitik der von Ihnen von unterschiedlicher Seite sehr gelobten Finanzdirektorin.

Wenn wir, ich sage es noch einmal gerne, wenn wir sehen, von was für einer Budgetabweichung wir hier sprechen, dann müssen wir doch sagen, bei einer Budgetabweichung von 0,8 Prozent bei einem Gesamtvolumen von doch gut 4,8 Milliarden Franken dünkt mich dieses Resultat, wie wir es hier vorliegen haben, doch sehr bemerkenswert gut. Der Sprecher der BastA-Fraktion, Herr Goepfert, hat erwähnt, dass uns nur die «direkte Bundessteuer» gerettet hat. So ist es natürlich nicht, wir hätten auch ohne diese 92 Millionen Franken Mehreinnahmen durch die direkte Bundessteuer bei einem Überschuss von knapp 106 Millionen Franken immer noch einen Überschuss erwirtschaftet. Ich möchte auch noch einmal daran erinnern, und das führt vielleicht ein bisschen die Diskussion der vergangenen zwei Stunden zusammen, dass auch wir als Parlament im Nachgang zum beschlossenen Budget 2024 ja noch Nachtragskredite und auch Budgetpostulate beschlossen haben. Deshalb tragen wir, das wurde mehrfach erwähnt, auch als Parlament hier eine gewisse Verantwortung für die Ausgabenpolitik des Kantons, ohne diese zu werten.

Der vielfach erwähnte finanzpolitische Ausblick auf die kommenden Jahre wird sicher etwas sein, was auch die Finanzkommission im Auge behält. Wir haben auch mit Ihrem Entscheid und dem Entscheid der Stimmbevölkerung, was dieses Steuerpaket anbelangt, mit der Umsetzung dieser OECD-Mindeststeuerreform zumindest etwas erschaffen, was für die kommen ersten Jahre der Umsetzung die Budgetierung nicht einfacher machen wird. Aber wir sind überzeugt, dass die Regierung, die Verwaltung es auch weiterhin bestmöglichst so kalkulieren wird, aber es wird auch zukünftig immer wieder Unsicherheiten geben. Wir haben, so glaube ich, ist es auch schon beschlossen, die Finanzdirektorin wird mich sonst korrigieren, zumindest auch für das Jahr 2025 wieder eine Einnahme durch die Gewinnerträge der Schweizerischen Nationalbank. Also diese jetzt zweimal weggefallene Einnahme wird im Rechnungsjahr 2025 wieder «einschlagen». Vergessen Sie das nicht. Nichtsdestotrotz ist selbstverständlich, und ich glaube, das wurde jetzt auch von Frau Soland noch einmal unterstrichen, es ist weiterhin wichtig, dass wir klug, vorausschauend und ausgewogen haushalten. Wir haben aber, ich sage das noch einmal gerne, in der Finanzkommission nicht festgestellt, dass dies nicht der Fall schon heute ist und sind sehr zuversichtlich, dass dies auch weiterhin der Fall sein wird.

Wo Sie als Parlament letztlich die Prioritäten setzen, das obliegt Ihnen, das entscheidet auch nicht die Finanzkommission. Wir diskutieren selbstverständlich die Ausgaben des Kantons. Wir stellen dann auch jeweils Dinge ja fest, wie wir es auch in diesem Bericht gemacht haben und selbstverständlich, Herr Messerli, schauen wir dann auch beim Budget als Finanzkommission kritisch darauf, was und wo Mehrausgaben gefordert sind und berichten Ihnen dann auch selbstverständlich dort gerne wieder darüber, wie es damit aussieht.

Ich danke Ihnen also noch einmal herzlich, dass sie unseren Bericht so wohlwollend aufnehmen. Die inhaltliche politische Debatte wird auch in den kommenden Jahren wahrscheinlich nicht kleiner werden. Das dürfen wir uns aber auch leisten als reicher Kanton und als reiches Land, dass wir trotz alledem solche Diskussionen führen und da kommen die unterschiedlichen Nuancen selbstverständlich der Prioritäten, Herr Furlano, auch dann in den Debatten und in den Entscheidungen zum Ausdruck. Ich glaube aber, dass dies einem Gemeinwesen auch guttut, wenn man das hier drinnen dann jeweils ausdiskutieren und ausweinen kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde von Eric Weber beantragt. Er beantragt, diesen Bericht an die FKom zurückzuweisen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zurückweisen, NEIN heisst nicht zurückweisen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 92 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006835, 25.06.25 11:27:41]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 92 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

Wir kommen damit zur

Detailberatung des Berichts der Finanzkommission.

Zuerst behandeln wir die allgemeinen Kapitel 1 bis 4 des Jahresberichts und des Berichts der Finanzkommission. Danach kommen wir zu den einzelnen Departementen.

Allgemeine Bemerkungen, Kapitel 1 bis 4 zum Bericht der Finanzkommission

Wünscht der Präsident der Finanzkommission das Wort? Er verzichtet. Frau Regierungsrätin verzichtet ebenfalls. Fraktionssprechende habe ich auch keine eingetragen.

Präsidialdepartement

Wünscht Herr Cramer das Wort? Er verzichtet. Der Präsident der FKom verzichtet ebenfalls. Ich habe auch hier keine Sprechenden eingetragen.

Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission

Die BKK hat einen Mitbericht zur Rechnung der fünf kantonalen Museen erstellt und empfiehlt die Rechnung zur Annahme.

Wünscht die Präsidentin das Wort? Sie verzichtet. Herr Cramer verzichtet ebenfalls. Ich habe auch keine Sprechenden eingetragen.

Bau- und Verkehrsdepartement

Frau Keller, wünschen Sie das Wort? Sie verzichtet. Der Präsident der Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Ich habe auch keine Sprechenden eingetragen.

Erziehungsdepartement

Herr Atici, wünschen Sie das Wort? Er verzichtet. Herr Thüring verzichtet ebenfalls. Ich habe als erste Fraktionssprecherin für die Grünen/jgb Fleur Weibel eingetragen.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich nutze die Gelegenheit, um einige Worte zum Erziehungsdepartement zu sagen und beziehe mich dabei nicht nur auf den Bericht der Finanzkommission, sondern gleich auch auf den Bericht der GPK, über den wir nachher sprechen werden. Die beiden Berichte identifizieren nämlich übereinstimmende Problemstellungen und formulieren ähnliche Handlungsempfehlungen an die Regierung. Ein Umstand, dem Beachtung geschenkt werden sollte, weswegen ich hier die zentralen Punkte nochmals kurz ausführen möchte.

Die Jahresrechnung 2024 zum Erziehungsdepartement weist, meine Fraktionskollegin Anouk Feurer hat es Eingangs schon angesprochen, auf verschiedene Herausforderungen hin. Im Fokus stehen sicher die hohen Stellvertretungskosten aufgrund der massiv gestiegenen Krankheitsausfälle von Lehrpersonen seit der Coronapandemie. Die GPK empfiehlt dem ED diesbezüglich, in den Gesundheitsschutz des Lehrpersonals zu investieren und die gesundheitlichen Risiken zu beachten, die aufgrund von Überlastung entstehen. In der Finanzkommission haben wir in diesem Zusammenhang mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass das ED erst jetzt eine Arbeitsgruppe einsetzen will, um die Ursachen für die hohen Krankheitsausfälle zu analysieren und Massnahmen zur Verbesserung der Situation zu formulieren. Dies, obwohl das Problem seit mehreren Jahren besteht. Es wurde vorher vielfach angesprochen. Auch wurde erst unter der neuen Departementsleitung eine transparentere Budgetierung der sehr viel höher ausfallenden Stellvertretungskosten vorgenommen. Warum die vorherige Departementsleitung nicht auf die hohen Ausfälle reagiert hat, bleibt unklar. Klar ist auf jeden Fall, dass das Erziehungsdepartement jetzt mit vielen offenen Fragen konfrontiert ist, die dringlich angegangen werden müssen.

Offen ist dabei nicht zuletzt auch die Frage, inwiefern die vielen krankheitsbedingten Ausfällen bei den Lehrpersonen zusammenhängen mit der Besorgnis erregend hohen psychischen und psychosozialen Belastung der Kinder und Jugendlichen, die ebenfalls sowohl von der GPK und der Finanzkommission festgestellt werden. Es ist anzunehmen, dass hier ein Zusammenhang besteht. Entsprechend dringlich ist es, ausreichend Ressourcen für die Schulsozialarbeit und den schulpsychologischen Dienst zur Verfügung zu stellen, wie das die GPK fordert, und insgesamt eine umfassende Strategie zu entwickeln, die zur Verbesserung der psychischen Gesundheit der jüngeren Generationen und deren Resilienz beiträgt. Auch dieser Forderung der GPK kann ich mich nur anschliessen, denn wie der Jahresbericht 2024 zeigt, führt die psychische Belastung der Kinder und Jugendlichen an verschiedenen Stellen zu teils grösseren Budgetüberschreitungen und zur

Nichterreichung von wichtigen Legislaturzielen der Regierung, wie insbesondere einer besseren Abschlussquote auf der Sekundarstufe 2.

Hier zeigt sich also grosser Handlungsbedarf und die Fraktion Grüne/jgb erwartet, dass im Budget 2026 ersichtlich wird, dass der Regierungsrat bereit ist, diese Problemstellungen im ED anzugehen. Dazu gehört, dass die Ressourcen der Schulsozialarbeit endlich erhöht werden, denn hier ist die personelle Situation seit Jahren angespannt, was wiederum zu Ausfällen führt aufgrund von Überlastung der Mitarbeitenden. Auch der schulpsychologische Dienst braucht ausreichend Mittel, damit es nicht zu wochen- und gar monatelangen Wartezeiten kommt und dass Wartezeiten auf einen Therapieplatz überbrückt werden können. Schliesslich gilt es, substanziell in den Gesundheitsschutz des Lehrpersonals und in die Prävention zum Schutz der psychischen Gesundheit der Kinder und Jugendlichen zu investieren. Vorstösse dazu liegen auf dem Tisch des Vorstehers des Erziehungsdepartements und der Bericht der GPK macht deutlich, dass es darüber hinaus in der Verantwortung der Gesamtregierung liegt, die psychische Gesundheit der kommenden Generationen zu schützen und in deren Resilienz zu investieren. Jetzt ist also rasches Handeln gefragt und wir werden uns das Budget in diesem Hinblick sehr genau anschauen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Mein Fraktionskollege Nicola Goepfert hat das schon angedroht, ich möchte ein paar Bemerkungen zu den hohen Stellvertretungskosten und den sprunghaft angestiegenen Krankheitsabwesenheiten bei den Lehrpersonen loswerden, die im Bericht der Finanzkommission erwähnt werden.

Das ED wird nun offenbar eine Arbeitsgruppe einsetzen, die nach den Ursachen für diese hohen Krankheitsausfälle forscht. Weiter heisst es im FKom-Bericht, dass das ED mögliche Massnahmen erwähnt, die sich primär auf den Abbau der Kosten richten, wie etwa eine teilweise Lockerung der Beschulungspflicht. Bezüglich Massnahmen, die die Gesundheit des Personals verbessern, wird vom ED auf die bereits existierenden Beratungs- und Freizeitangebote verwiesen. Die FKom stellt sich dann noch die Frage, warum die seit mehreren Jahren markant höheren Stellvertretungskosten nicht schon früher budgetiert wurden.

Ich frage mich da ganz anderes. Ich frage mich zum Beispiel, was die teilweise Lockerung der Beschulungspflicht genau heissen soll. Wenn das heisst, dass Klassen von erkrankten Lehrpersonen einfach von ihren Kolleginnen nebenan auch noch beschäftigt und gehütet werden, dann ist das ja nichts Neues. Das läuft ja schon ständig so und das ist für die betroffenen Lehrpersonen, das kann ich Ihnen sagen, überhaupt nicht lustig. Wenn aber eine teilweise Lockerung der Beschulungspflicht heisst, dass Schülerinnen und Schüler von erkrankten Lehrpersonen nach Hause geschickt werden sollen, dann hört der Spass definitiv auf. Unterricht ist Care-Arbeit und diese Arbeit, die muss geleistet werden, die darf nicht aufgeschoben oder aufgehoben werden. Es braucht adäquate Stellvertretungslösungen für erkrankte Lehrpersonen und keine heimlichen Unterrichtsabbaumassnahmen, um Stellvertretungskosten zu sparen.

Ich frage mich auch, warum das ED über die zunehmenden Krankheitsfälle bei Lehrpersonen gestaunt und gerätselt hat. Ich bin nun schon seit vielen Jahren in der Bildungspolitik unterwegs und ich war fast 20 Jahre lang als Gewerkschafterin im Bildungsbereich tätig und ich muss Ihnen sagen, mich erstaunt diese Zunahme nicht, im Gegenteil. Lassen Sie uns mal weit zurückblicken ins Jahr 2002. In einer Medienmitteilung informierte das Ressort Schulen damals über die Ergebnisse einer umfassenden wissenschaftlichen Studie, die im Herbst 2001 im Auftrag des ED durchgeführt wurde. 29 Prozent aller Lehrpersonen fühlten sich gemäss dieser Studie stark bis sehr stark belastet und wiesen Merkmale emotionaler Erschöpfung auf. Der Titel der Medienmitteilung, das ist noch lustig, die lautete übrigens «Lehrerinnen und Lehrer brauchen bessere Arbeitsbedingungen».

Laut der Studie sahen 85 Prozent der Lehrpersonen in einer zeitlichen Entlastung für Aufgaben, die ausserhalb des Unterrichts anfallen, starke bis sehr starke positive Auswirkungen auf ihre Befindlichkeit. Mehr finanzielle Mittel für die Schulen, eine Reduktion der Pflichtstundenzahl, klare Regelungen bezüglich Kerngeschäft und Zusatzaufgaben sowie ein Senken der Klassengrössen gehörten ebenfalls zu den dringlichen Anliegen der Lehrkräfte. Das ED versprach damals, dass die Untersuchungsergebnisse eine Grundlage für Verbesserungsmassnahmen bilden würden, und stellte für die Umsetzung von entsprechenden Massnahmen 15 Millionen Franken in Aussicht. Ich frage mich schon, wo diese 15 Millionen hingegangen sind. Ich weiss nämlich genau, wenn wir heute die Lehrpersonen nach ihrer Belastung, nach ihren Anliegen fragen, dann werden wir in etwa das Gleiche hören wie vor über 20 Jahren, einfach ergänzt mit den Herausforderungen der integrativen Schule und den Unterstützungsbedürfnissen der zunehmend belasteten Kinder und Jugendlichen.

Deshalb bin ich nicht erstaunt über die zunehmenden Krankheitsfälle, sondern sauer, dass es so weit gekommen ist. Ich will den aktuell Verantwortlichen im ED nicht die Schuld an dieser Misere geben, aber es braucht jetzt echt keine weitere Arbeitsgruppe mehr, die über die Ursachen für die Krankheitsausfälle forscht. Ich erwarte und ich appelliere auch an Sie, dass nun auf die Bedürfnisse der Lehrpersonen gehört wird und dass die Massnahmen ergriffen werden, die die Situation wirklich verbessern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich finde es schön, wenn es eine solche Diskussion gibt, die eigentlich gar nicht geplant war. Aber ich muss sagen als Grossrat, ich finde es schade, dass dann die Bürgerlichen oder die SVP nicht reden und dass nur Grüne und SP reden. Darum rede ich jetzt noch und ich habe mich auch vorbereitet, aber ich würde mir wünschen, es würden mehr spontan reden und nicht einfach alles absegnen.

Es geht um das Erziehungsdepartement. Meine Vorrednerin Heidi Mück hat selber gesagt, sie ist lange dabei, sie ist quasi ein Urgestein und kennt sich aus. Sie hat gesagt, die Studie von 2002 mit den Lehrpersonen, dass diese erschöpft sind, aber Frau Mück hat noch etwas vergessen. Es geht nicht nur um Lehrpersonen, das wissen Sie ganz genau, Heidi Mück, diese Lehrpersonen haben sehr viele Ferien, 12 Wochen Ferien pro Jahr. Ich kriege jeden Tag auf mein Handy, was aktuell ist von diesen Schülern, dass die Lehrlinge zu wenig Ferien haben im Gegensatz zu den gleichaltrigen Schülern.

Und es wird auch oft vergessen, wenn wir jetzt über das Erziehungsdepartement reden, Herr Atici, ich muss zu diesem Geschäft Erziehungsdepartement zu bedenken geben, was nützen Gleichstellungspläne, wenn 15-jährige Mädchen sich nicht mehr sicher zur Bushaltestelle trauen. Was nützen Sonntagsreden über Frauenrechte, wenn Schülerinnen lernen, dass man besser schweigt, wenn man nicht ausgeschlossen werden will. Es darf nicht sein, dass diejenigen die Missstände benennen, mehr zu befürchten haben als die, die sie verursachen. Darum muss ich sagen, wir werden hinsehen, wir werden handeln, denn die Sicherheit unserer Kinder steht über jeder Ideologie. Ich habe selber mehrere Töchter, von denen ich das auch mitbekomme.

Ich komme zum Schluss. Basel müsste eine boomende Volkswirtschaft sein, wenn man die Schlagkraft der ökonomischen Beratung zum Massstab nimmt. Aber es wimmelt nur so von Reden, Gremien und Instituten, die der Regierung wirtschaftspolitisch zur Seite stehen. Wer es sich schönreden will, sieht darin eine ökonomische Schwarmintelligenz, die Reformen anstösst und das Wachstum in Schwung bringt. In Wahrheit wächst aber vor allem der Dschungel der Institutionen und Stichwortgeber. Geht es nicht auch eine Nummer kleiner?

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich danke der Finanzkommission für ihre sorgfältige Prüfung, kritischen Fragen und konstruktive Empfehlungen. Sie helfen uns damit, die Transparenz und Wirksamkeit in der Bildungsverwaltung zu verstärken. Und Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, vor allem Ihre weitsichtigen und konstruktiven Voten zur ED-Rechnung finde ich sehr wichtig. Zwei Themen wurden öfter in den Fraktions- oder Einzelvoten im Zusammenhang mit der ED-Rechnung erwähnt. Die steigenden Stellvertretungskosten und die psychische und psychosoziale Gesundheitsprävention an den Schulen.

Zu den Stellvertretungskosten. Ich nehme diese Kostenentwicklung sehr ernst. Deshalb wurde eine interne Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich systematisch mit dem Thema auseinandersetzt. In den vergangenen Jahren war noch nicht deutlich, ob es sich bei den steigenden Kosten für Krankheitsausfälle um eine Nachwirkung der Covidpandemie handelt oder um einen langfristigen Trend ohne Aussicht, wieder auf das Kostenniveau der Vor-Pandemiezeit zu kommen. Nun gilt es rasch, aber auch sorgfältig zu prüfen, welche Handlungsspielräume es bei den teilweise nur schwer beeinflussbaren Stellvertretungskosten überhaupt gibt bzw. welche Massnahmen aus pädagogischer und schulorganisatorischer Sicht vertretbar sind. Ohne jetzt zu viel ins Detail zu gehen, wird diese Arbeitsgruppe sich mit den folgenden Fragen und Massnahmen auseinandersetzen: Datenbasis verbessern, bessere Kategorisierung der Kostengruppe, Qualität der Datenerfassung verbessern, regelmässige Fortschritte überprüfen und sicher gehört auch der gesundheitliche Zustand der Lehrerinnen und Lehrer dazu.

Kurz zu der psychischen Gesundheitsprävention an den Schulen. Auch für den Regierungsrat ist die psychische und psychosoziale Gesundheitsprävention an den Schulen wichtig und es freut mich, dass Sie das Thema in einen grossen Kontext stellen. Die Lehr- und Fachperson, die Mitarbeitenden des Schulpsychologischen Dienstes, der Sozialarbeit und der Krisenprävention fördern die psychische Gesundheit der Schülerinnen und Schüler im Unterricht und im Schulalltag. Eine interdepartementale Arbeitsgruppe befasste sich mit der Frage, wie die psychische Gesundheit der Schülerinnen und Schüler noch besser gefördert werden kann. Die Arbeitsgruppe wird verschiedene Angebote und Vorgehensweisen zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen fundiert analysieren und Vorschläge bringen. Der Regierungsrat wird übrigens auch unter anderem im Rahmen der Beantwortung des Anzugs Fleur Weibel und Konsorten betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg dazu berichten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Präsident der Finanzkommission wünscht das Wort ebenfalls.

Joël Thüring (SVP): Diese Diskussion über diese Stellvertretungskosten, wir haben das ausgegeben in unserem Bericht und ich möchte nicht mehr allzu lange hier werden, aber ich möchte schon vielleicht auf diese Grafik auf Seite 34 hinweisen. Dort, wenn man die anschaut, die Abbildung des Anstiegs der Stellvertretungskosten, der Anstieg oder der Unterschied auch zwischen Ist und dem Budget, dann sieht man hier einfach schon sehr deutlich, dass wir in den letzten Jahren zwischen 7 und 9 Millionen Franken budgetiert haben, aber effektiv die Kosten dafür zwischen 9 und fast 15 Millionen Franken waren. Das zeigt, dass dort wirklich ein Problem besteht, deshalb sind wir sehr froh, hat der Regierungsrat dieses Problem nun erkannt und schafft diese Arbeitsgruppe. Allerdings haben wir als Finanzkommission schon den Eindruck gewonnen, dass man dieser Massnahme, mit der Arbeitsgruppe ist das Problem ja dann noch nicht behoben, dann hat man maximal einmal die Erkenntnis und die Frage, was wir dann mit dieser Erkenntnis machen, muss ja das Erziehungsdepartement sich danach auch stellen.

Wir haben als Finanzkommission schon ein bisschen konsterniert reagiert, dass das nicht zu einem früheren Zeitpunkt stattgefunden hat, denn wenn Sie diese Zahlen genau anschauen, dann nimmt spätestens im 2022, aber eigentlich schon vorher, dieser Unterschied zwischen dem Ist und dem Soll, also der Abweichung zwischen Budget und den effektiven Kosten massiv zu. Und hier würden wir uns schon auch wünschen, wenn auch innerhalb des Erziehungsdepartements, wir haben keinen Zweifel, dass dies nun der Fall ist, auch im Sinne eines Frühwarn-Systems dann auch rechtzeitiger darauf reagiert wird und darauf eingegangen wird. Das unterstreicht ein wenig das auch noch einmal, was Frau Weibel in diesem Zusammenhang auch erwähnt hat, und deckt sich mit dem, was wir im Bericht der Finanzkommission gesagt oder geschrieben haben. Deshalb finden wir, wenn Sie diese Grafik anschauen, auch im Departement, dann hätte man eigentlich schon viel früher reagieren müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit verlassen wir das Erziehungsdepartement und gehen ins Finanzdepartement über. Wünscht Frau Soland das Wort? Sie verzichtet. Die Finanzkommission verzichtet. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen zum Gesundheitsdepartement. Wünscht der Departementsvorsteher das Wort? Er verzichtet. Die Finanzkommission verzichtet. Auch keine Sprechenden hier.

Justiz- und Sicherheitsdepartement. Frau Eymann verzichtet. Die Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Auch hier keine Wortmeldungen.

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank für die angeregte Debatte zur Jahresrechnung. Ich möchte gerne auf zwei Punkte eingehen, die in den einleitenden Voten der Fraktionssprechenden und der Einzelsprechenden Thema war.

Das erste ist die Entwicklung der Sozialhilfekosten, die seien steigend trotz fallenden Fallzahlen, dem ist nicht so. Ich habe jetzt die Zahlen nochmals rausgesucht seit 2019. Wir haben bei der allgemeinen Sozialhilfe im 2019 163 Millionen Franken Ausgaben, im 2023 150. Also da sehen wir doch eine Senkung von 12 Millionen Franken, dies trotz steigenden Kosten. Die Sozialhilfe wird konsequent an die Teuerung angepasst, wir haben auch die Mietzinsbeiträge erhöhen müssen, auch die Kosten für die Krankenkassenprämien, die sind gestiegen in dieser Zeit und trotzdem ist in absoluten Zahlen und dies trotz Teuerung ein Minus von 12 Millionen Franken. Ich habe bis 2023 verglichen, mit 2024 ist es ein bisschen schwieriger, weil wir dort ja die Steuerung umgestellt haben, es gibt dann neu einen Pauschalbereich und zwei Einzelposten, Migration und allgemeine Sozialhilfe.

Wenn man die Gesamtkosten der Sozialhilfe, und ich würde sagen, Sozialhilfe ist eine Kernaufgabe dieses Kantons, das war ja heute Morgen auch das Thema, die Sorge um Menschen, die nicht genügend haben, um ihre Existenz zu sichern, erachte ich als eine sehr wichtige Aufgabe unseres Staatswesens. Wir haben aber im Bereich der Migration eine andere Kostenentwicklung aufgrund der klar steigenden Fallzahlen. Wenn wir aber das Total anschauen der gesamten Sozialhilfe, dann hatten wir in den letzten fünf Jahren eine Steigerung von 180 Millionen auf 189, das ist eine Steigerung von 5,4 Prozent in fünf Jahren, das heisst etwa 1 Prozent. Das ist vielleicht etwa die Teuerung in dieser Zeit, also wir haben in diesem Bereich nicht den Kostentreiber unseres Staatswesens. Zum Glück, da ja eben, wie gesagt, die Fallzahlen der allgemeinen Sozialhilfe deutlich gesunken sind in den letzten Jahren, wir aber jetzt feststellen, dass wir die Talsohle erreicht haben und sie wieder leicht am Steigen sind.

Der zweite Punkt, das ist der Ausgleich der kalten Progression bei Prämienverbilligungen und Mietzinsbeiträgen. Ich möchte hier erinnern, dass in der letzten Grossratssitzung anfangs Juni wir die Diskussion hatten über die Motion Eberhard, über die Krankenkassenprämien. Der Vorschlag des Regierungsrates war eine Umwandlung in einen Anzug und damit das Prüfen, wie die kalte Progression ausgeglichen werden kann und ob drei zusätzliche Prämienklassen eingeführt werden sollen. Sie sind nicht dem Antrag des Regierungsrats gefolgt, sondern haben mehrheitlich entschieden, die Motion zu überweisen mit den Prämiendeckeln, mit diesen 10 Prozent, und deshalb wird diese Frage ja selbstverständlich bei 10 Prozent, da ist die kalte Progression ausgeglichen, im Rahmen dieser Arbeiten zu diesem Thema dann weiterverfolgt. So viel von Seiten des WSU zur allgemeinen Diskussion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Präsident der Finanzkommission verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen.

Somit kommen wir zu den Gerichten. Der Präsident des Gerichtsrates verzichtet. Wünscht der Präsident der Finanzkommission das Wort? Er wünscht es.

Joël Thüring (SVP): Nur ganz kurz, weil ich es vorher in meinem Schlussvotum zur Eintrittsdebatte vergessen habe. Ich danke dem Präsidenten des Gerichtsrates bezüglich Information zur IT-Strategie «all in» «all out». Es ist sehr erfreulich, dass offenbar hier noch einmal ein Versuch gestartet wird, auch mit der Regierung in Kontakt zu treten, oder ich muss vielleicht auch der Regierungsrätin danken, dass sie noch einmal bereit ist, mit dem Gerichtsrat in Kontakt zu treten, dass hier noch ein Austausch stattfindet. Ich glaube, das ist sicher sehr sinnvoll. Und auch die Frage zu diesen Ferienguthaben, dass es da nun eine einheitliche Lösung geben soll respektive dass dies auch schon an die Hand genommen wird, das möchte ich ausdrücklich dem Gerichtsrat bereits heute verdanken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen.

Wir kommen damit zu Behörden und Parlament. Wünscht der Präsident der Finanzkommission das Wort? Er verzichtet. Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen.

Wir kommen zum Regierungsrat. Wünscht Herr Cramer das Wort? Er verzichtet. Der Präsident der Finanzkommission verzichtet ebenfalls. Es haben sich auch keine Sprechenden gemeldet. Damit ist die Detailberatung des Berichts der Finanzkommission abgeschlossen.

Wir kommen damit zum Grossratsbeschluss zur Jahresrechnung und zur Schlussabstimmung über die Jahresrechnung.

Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, die Jahresrechnung 2024 des Kantons Basel-Stadt bestehend aus der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sowie der Bilanz per Ende des letzten Jahres zu genehmigen. Die Geldflussrechnung, der Eigenkapitalnachweis und der Anhang zur Jahresrechnung werden ebenfalls genehmigt.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Zustimmung, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006837, 25.06.25 11:55:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Jahresrechnung 2024 des Kantons Basel-Stadt wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung 2024

Betriebsergebnis Fr. -161’100’990

Finanzergebnis Fr. 267’294’291

Gesamtergebnis Fr. 106’193’301

Bilanz per 31. Dezember 2024

Finanzvermögen Fr. 8’050’540’607

Verwaltungsvermögen Fr. 6’461’699’259

Aktiven Fr. 14’512’239’865

Fremdkapital Fr. -7’636’695’948

Eigenkapital Fr. -6’875’543’918

Passiven Fr. -14’512’239’865

Investitionsrechnung 2024

Ausgaben Fr. -435’072’589

Einnahmen Fr. 56’181’838

Saldo Investitionsrechnung Fr. -378’890’750

Die Geldflussrechnung 2024, der Eigenkapitalnachweis per 31. Dezember 2024 und der Anhang zur Jahresrechnung 2024 (gemäss Kapitel 4.4 bis 4.6 des Jahresberichts 2024) werden genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben diesem Antrag zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Schluss der 20. Sitzung

11:55 Uhr

Protokoll

der 21. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 25. Juni 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Barbara Heer (SP), Leoni Bolz (SP), Seyit Erdogan (SP), Raffaela Hannauer (Grüne), Niggi Rechsteiner (GLP), Edibe Gölgeli (SP), Beda Baumgartner (SP), Olivier Battaglia (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

5. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2024 des Regierungsrats 2
6. Kantonale Volksinitiative "für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)", Bericht des RR 21
8. Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK 29

Beginn der 21. Sitzung

Mittwoch, 25. Juni 2025, 15:00 Uhr

5. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2024 des Regierungsrats

[25.06.25 15:00:17, 25.5291.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, geschätzte Gäste auf der Tribüne, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und wir fahren in der Traktandenliste fort.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt, die Jahresberichte des Regierungsrates, des Gerichtsrats und der Gerichte zu genehmigen. Ausserdem beantragt sie, ihre Empfehlungen und Erwartungen zu den vorliegenden Berichten im zustimmenden Sinne Kenntnis zu nehmen und ihren Bericht zu genehmigen. Die Sachkommissionen des Grossen Rates haben auf eine schriftliche Stellungnahme zum Jahresbericht verzichtet.

Ich gebe Ihnen bekannt, wie wir bei diesem Geschäft vorgehen. Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der GPK und den Jahresbericht, in welcher zunächst der Präsident der Geschäftsprüfungskommission das Wort erhält. Dann erhalten der Vorsitzende des Gerichtsrates und der Vertreter des Regierungsrates, also der Regierungsratspräsident das Wort, anschliessend die Fraktionen mit je zehn Minuten und die Einzelvotierenden mit je fünf Minuten. Das erste Schlusswort zum Eintreten hat der Regierungspräsident, das zweite der Vorsitzende des Gerichtsrates und das ultimative Schlusswort wieder der Präsident der Geschäftsprüfungskommission. Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung. Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses auf Seite 61 des Berichts der GPK und die Schlussabstimmung. Gibt es zu diesem Ablauf Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, wie vom Präsidium vorgeschlagen vorzugehen.

Wir kommen nun zur allgemeinen Debatte. Das Wort hat der Präsident der Geschäftsprüfungskommission Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Bevor ich Ihnen unseren Rechenschaftsbericht und unseren Bericht zum diesjährigen Jahresbericht von Regierung und Verwaltung vorstelle und auf einige unserer 97 Feststellungen, Empfehlungen und Forderungen eingehe, sind zwei einleitende Bemerkungen notwendig:

Erstens äussert sich die GPK nur zu Untersuchungen und Verfahren, die sie schon abgeschlossen hat. Zu noch laufenden Verfahren und Untersuchungen äussern wir uns als GPK grundsätzlich nicht. Und zweitens gibt es Themen, denen wir nachgegangen sind, um die Abläufe und Handlungen von Akteuren selber nachvollziehen zu können und transparent zu machen. Aber das sind Themen, bei denen wir ganz bewusst auf eine Wertung und Empfehlung oder gar Forderung verzichtet haben, weil unsere Aufgabe zwar eine politische ist, aber nicht in dem Sinne, dass wir als Kommission in politischen Auseinandersetzungen Stellung beziehen.

Die Geschäftsprüfungskommission wird in der Medienberichterstattung oft als einflussreich oder mächtig bezeichnet. Sie ist es nicht in dem Sinne, dass sie irgendetwas anordnen könnte. Aber was sie kann, ist, Verantwortlichen in Regierung, Verwaltung und Justiz Fragen zu stellen, Einsicht in bestimmte Dokumente zu verlangen und vieles öffentlich zu machen. Die GPK kann mit ihren Feststellungen, Empfehlungen und Forderungen viel bewegen, das hat sich im letzten Jahr gezeigt. Beim Risikomanagement haben wir letztes Jahr gefordert, dass es nicht mehr zwei Risikoberichte von JSD und FD geben soll, sondern nur noch einen. Das ist unter anderem deswegen wichtig, weil die Massnahmen zur Eindämmung von Risiken kohärent sind und sich nicht gegenseitig in die Quere kommen sollen. Nun gibt es offenbar nur noch einen Risikobericht.

Wir haben gefordert, dass der Regierungsrat Rechenschaft über den Legislaturplan 2021 bis 2025 mit seinen Zielen und Massnahmen ablegen soll. Das hat der Regierungsrat im vorliegenden Bericht nach unserem Wissen zum ersten Mal auch so gemacht. Wir haben zudem seit längerem als GPK eine verstärkte Zentralisierung der IT und dadurch die Mindeststellung von Sicherheitsstandards in der ganzen öffentlichen Verwaltung gefordert. Verstärkt haben wir das eingefordert, nachdem die Daten von über 900 Schüler*innen und Lehrer im Darknet gelandet waren, dem sich der Kanton Basel-Stadt nicht hat erpressen lassen. Jetzt hat der Regierungsrat mit «Pharos» eine Zentralisierung aufgegleist und wir sind zum jetzigen

Zeitpunkt vorsichtig optimistisch, dass der Charakter dieser Zentralisierung auch im Sinn und Geist unsere Empfehlungen und Forderungen ausfallen wird. Natürlich freut uns, dass manche unserer Empfehlungen und Forderungen nicht ohne Wirkung bleiben und wir danken dem Regierungsrat für seine diesbezüglichen Handlung.

Aber auch in den genannten Bereichen besteht aus unserer Sicht noch viel Verbesserungspotenzial. Die Bilanzierung der Legislaturziele ist sehr begrüssenswert, aber sie ist ausbaufähig. Am besten wäre es aus unserer Sicht als GPK, wenn der Regierungsrat zukünftig nach Ende der Legislatur ein separates Geschäft mit seiner Legislaturbilanz einreichen könnte. Denn wir finden es enorm wichtig, dass der Regierungsrat den Legislaturplan nicht als Werbebroschüre versteht, sondern dass er darüber effektiv seine Ziele festschreibt und Rechenschaft ablegt und dass man über seine Bilanzierung einer Legislatur sich auch wirklich gemeinsam unterhalten kann.

Die Ziele und Massnahmen der Departemente sind aus unserer Sicht in vielen Bereichen zu unverbindlich und zu wenig messbar. Im Sinne eines verbesserten strategischen Managements, aber auch im Sinne der demokratischen Transparenz wünschen wir uns, dass der Gesamtregierungsrat und auch die einzelnen Departementsvorsteherinnen und Departementsvorsteher klare Ziele formulieren, deren Erfüllung und Nichterfüllung durch Indikatoren sich sinnvoll messen lassen. Optimalerweise machen Regierungsräte zu Beginn der Legislatur auch transparent, welche Ziele und Indikatoren ihnen besonders wichtig sind und wieso. Dann kann man auch, wenn so etwas geschehen ist, am Ende ja auch besser und auf einer sachlichen Grundlage über die Bilanz von Regierung und Verwaltung reden.

Wir haben im vorliegenden Bericht auch mindestens ein ganz konkretes Beispiel genannt, in dem wir mehr Transparenz in Bezug auf die Erreichung der deklarierten Ziele fordern. Im Hinblick auf den Zwischenbericht zum Ausbau der Fernwärme, der alle drei Jahre erfolgt, fordern wir detailliertere statistische Angaben in Bezug auf die Anschlussdichte, die geografische Verteilung und chronologische Verteilung und die Entwicklung der Anschlüsse.

Auch wenn die Zentralisierung der IT, wie gesagt, angegangen wird, heisst das noch lange nicht, dass der effektive Schutz persönlicher Daten hinreichend gewährleistet ist. Deswegen fordern wir erneut, dass der Aufgabenkatalog der Datenschutzbeauftragten um das Thema Datensicherheit erweitert und bei Bedarf der Personalbestand speziell für diese Aufgabe aufgestockt wird. Deswegen fordern wir eine einheitliche Lösung für die Verschlüsselung von E-Mails mit heiklen Inhalten, die Bereinigung des kantonalen Datenmarktes und die Aufwertung der Position des Informatiksicherheitsbeauftragten.

Was den Gang in die Cloud mit der Microsoft 365-Lösung anbelangt, so gibt es grundsätzlich einen gewissen Zielkonflikt zwischen Benutzerfreundlichkeit und Datensicherheit. Diese Abwägung wird von verschiedenen Gebietskörperschaften und Staaten anders getroffen. Der Basler Regierungsrat hat sich bekanntlich entgegen Bedenken der Datenschutzbeauftragten und für die nun vorliegende Lösung entschieden. Wir haben in Bezug auf die Implementierung dieser Cloud-Lösung einige sehr konkrete Empfehlungen und Forderungen formuliert. Insbesondere darf die Verantwortung für die Einhaltung des Datenschutzes nicht bei jeder einzelnen und jedem einzelnen Mitarbeiter liegen, es braucht Gesamtlösungen für den ganzen Kanton und es braucht auf jeden Fall eine hinreichende Implementierung einer Exit- und Backup-Strategie.

Auch was die Bautätigkeit des Kantons anbelangt, zumindest bei den grossen und komplexen Projekten, besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf oder grössere Herausforderungen. Im Rahmen des sogenannten Drei-Rollen-Modells besteht aus unserer Sicht eine Notwendigkeit zur Stärkung der Nutzerdepartemente. Auch haben unsere Untersuchungen, wie diejenige zum Neubau des Naturhistorischen Museums/Staatsarchiv klargemacht, dass es weiterhin erheblichen Verbesserungsbedarf bei der Planung und Kommunikation gegenüber dem Parlament gibt.

Neu für uns war der Aspekt, dass bei der Auftragsvergabe an Baufirmen Erfahrungswerte des Kantons mit Baufirmen und deren Referenzprojekte heute keine Rolle zu spielen scheinen und das, obwohl die Submissionsgesetzgebung dies zumindest bis zu einem gewissen Grad durchaus ermöglichen würde. Ich habe das auf heute hin noch einmal nachgeschaut. Konkret wird bei solchen Projekten im Hochbau heute bei der Submissionsvergabe in Basel das Preisschild, wie im Fall des NMB, zu 60 Prozent gewichtet. Die Gesetzgebung auf Bundesebene erlaubt eine Gewichtung von 50 Prozent. Es ist sogar eine Gewichtung von unter 50 Prozent zulässig, solange die Zuschlagskriterien transparent, nachvollziehbar und nicht diskriminierend sind. Was die Berücksichtigung von eigenen Erfahrungen und Referenzprojekten anbelangt, so berücksichtigt offenbar heute schon das Tiefbeamt bei solchen Projekten diese mit. Also es wäre möglich, Erfahrungsprojekte und Referenzprojekte stärker zu gewichten und stärker in Betracht zu ziehen und nicht nur das blosse Preisschild.

Unsere Forderung nach einer besseren statistischen Erfassung von Demonstrationen wurde entsprochen. Sie sehen, ich muss heute grosse Themensprünge machen, aber der GPK-Bericht hat auch wirklich eine grosse Bandbreite an Themen abgedeckt. Nun sind wir bei den Demonstrationen. Trotzdem, auch wenn es nun diese besseren statistischen Erfassungen gib, ist die Kommunikation zu dieser Thematik nach wie vor zu wenig differenziert und daher ungenügend. Es kann in der öffentlichen Wahrnehmung zu Missverständnissen führen, wenn jede Mahnwache mit fünf Personen genauso als Demonstration erfasst und gerechnet wird, wie ein Umzug mit mehreren tausenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Aber es haben natürlich nicht alle unsere Empfehlungen und Forderungen eine Wirkung. So gibt es in unserem Bericht auch Evergreens oder auch Everblacks. Dazu gehören unsere Forderungen nach mehr Kundenorientierung beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat und die Einhaltung der gesetzlichen Bearbeitungsfristen oder unser frommer Wunsch, dass bei der Abteilung Gleichstellung und Diversität verhältnismässig mehr Männer arbeiten sollten.

Nicht alles aber wiederholt sich, so gibt es zum Beispiel auch offensichtliche Fehler und Fehlleistungen, bei denen wir als GPK hinschauen müssen und auch benennen müssen. Die fehlerhafte Berechnung von Marchzinsen durch die Steuerverwaltung und die nachträgliche Korrektur individuellen Steuerkonten ist eine solche Fehlleistung. Es geht nicht um riesige Summen, aber wenn bei der Steuerverwaltung ein Rechenfehler erkannt wird, dann sollte nicht ohne sofortige Information an die betroffenen Bürgerinnen und Bürger Korrekturen an deren Steuerkonto vorgenommen werden. Unsere Untersuchung in diesem Fall hat auch zutage gefördert, dass sich bei der Rechnungsstellung eine Überprüfung aufdrängt und auch bei der Software der Steuerverwaltung eine Anpassung an andere Kantone vonnöten ist.

Auch ein offensichtlicher Fehler ist der Staatskanzlei bei der Berechnung und Kommunikation der Wahlbeteiligung im Vorfeld der kantonalen Wahlen passiert. Ein offensichtlicher Fehler, der ja wahrscheinlich gerade bei den hier Anwesenden im Raum zu grossem Rätselraten geführt hat, wieso denn die Wahlbeteiligung so hoch sein soll und sie war ja dann schlussendlich nicht so hoch.

Im vergangenen Jahr hat sich auch abgezeichnet, dass einige Probleme sich verschärft haben und auch neue Herausforderungen auf den Kanton zugekommen sind. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang die Personalproblematik. Herausforderungen gibt es da nicht nur in Bereichen wie bei der Kantonspolizei, wo sie schon heute wegen Personalmangel offensichtlich sind. In vielen Bereichen wird es beim Kanton und ausgelagerten Firmen in den kommenden Jahren viele Pensionierungen geben, zum Beispiel bei den Basler Verkehrsbetrieben. Da ist es wichtig, dass diese Herausforderungen rechtzeitig angegangen werden.

In anderen Bereichen steigen die Belastungen oder die Resilienz sinkt. Ein Beispiel dafür sind die vielen und heute schon diskutierten vermehrten Ausfälle bei Lehrerinnen und Lehrer. Aus unserer Sicht drängen sich da verstärkte Bemühungen in Bezug auf den Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden auf. Der Kanton hat ja vor kurzem eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt, deren Ergebnisse liegen uns vor. Diese Befragung hat gewissen Handlungsbedarf verdeutlicht und sicher mit dazu beigetragen, dass der Regierungsrat die bekannten Massnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität ausgearbeitet hat. Diese Massnahmen zu kommentieren ist nicht unsere Aufgabe. Wichtig finden wir aber, dass von jetzt an in regelmässigem Abstand eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt wird, damit Veränderungen beobachtet und festgestellt werden können. Es ist daher gut, dass der Regierungsrat beabsichtigt, in regelmässigem Abstand, zum Beispiel alle drei Jahre, eine Mitarbeiterbefragung durchzuführen.

Die Ausgaben in Zusammenhang mit psychischen Problemen von Kindern und Jugendlichen sind weiter gewachsen. Die Wartelisten für Therapieplätze sind lang und all das widerspiegelt auch eine gewisse Zuspitzung. Manche Massnahmen wurden ergriffen, aber wir zweifeln, dass dies schon genügt. Es braucht definitiv eine Intensivierung der Prävention, ganz besonders im Hinblick auf die Nutzung sozialer Medien. Zudem braucht es dringend zusätzliche Mittel für Schulsozialarbeiter und schulpsychologischen Dienst und systematischere Bemühungen zur Steigerung der Zahl an Therapieplätzen. Auch die Problematik der mangelnden Zahl an Gruppen- und Spezialräumen an vielen Schulen hat sich verstärkt, da die Schülerinnen- und Schülerzahlen stärker angestiegen sind als erwartet. Das Raumangebot entspricht an vielen Schulhäusern nicht den Bedürfnissen der integrativen Schule. Wir erwarten, dass bei Schulbauprojekten und Umbauten mehr Reserven eingeplant werden.

Beim Kunstmuseum wurde aufgrund finanzieller Herausforderungen und Budgetüberschreitungen ein Steuerungsausschuss eingesetzt, der die neue Direktorin unterstützen soll. Wir erwarten, dass der eingesetzte Steuerungsausschuss im vorgesehenen Zeitraum bis Ende 2026 die Reorganisation des Kunstmuseums steuert und der ordentliche Betrieb danach mit den regulären Personalressourcen sichergestellt wird.

Zu den neuen Herausführungen gehört in diesem Zusammenhang auch der Anstieg des Drogenkonsums im öffentlichen Raum. Vermehrter Kokain- und Opioidkonsum und die Pregabalin-Abhängigkeit vieler Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus sind dabei nur einige Stichworte. Zu einer gewissen Verlagerung des Drogenkonsums in den öffentlichen Raum trägt offenbar mit bei, dass es an Plätzen in betreuten Wohneinrichtungen mangelt, dies muss unbedingt angegangen werden.

Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und insbesondere der Cyberkriminalität, der Geldwäscherei und des Menschenhandels, alle sie leiden unter dem Personalmangel bei der Kantonspolizei und unter den erheblichen Belastungen von Teilen der Staatsanwaltschaft. Denn die Strafverfolgung ist in diesen Feldern besonders aufwendig. Wir erwarten besonders bei der Cyberkriminalität mehr Zusammenarbeit mit anderen Kantonen. Bei der Staatsanwaltschaft drängt sich gerade in diesen Bereichen aus unserer Sicht eine weitere Aufstockung der Ressourcen auf. Wichtig ist uns dabei, dass bei der laufenden Reorganisation der Strafverfolgung auch die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft in ihren Kompetenzen und Ressourcen gestärkt wird.

Zu guter Letzt ist es mir wichtig, allen ausdrücklich zu danken, die zum Zustandekommen unseres diesjährigen Berichtes beigetragen haben. Regierung und Verwaltung danken wir für die meist sorgfältige Beantwortung unserer Fragen. Neben meinem Vizepräsidenten Erich Bucher und den elf anderen Kolleginnen und Kollegen in unserer Kommission möchte ich an dieser Stelle insbesondere den Kleeblattdiensten danken, mit denen wir viel zusammenarbeiten, also der Ombudsstelle, der Datenschutzbeauftragten, der Finanzkontrolle und natürlich auch dem Parlamentsdienst. Ganz besonders danken möchte ich unserer Kommissionssekretärin Kathrin Pavic für ihre in jeder Beziehung herausragende Arbeit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich möchte zunächst der Geschäftsprüfungskommission im Namen des Regierungsrats herzlich danken für ihren Bericht und für die grosse Arbeit, die die GPK auch im vergangenen Jahr geleistet hat. Die GPK bestätigt dem Regierungsrat, der Verwaltung und den Gerichtsbehörden, dass sie überwiegend eine gute Arbeit geleistet haben. Auch dafür möchte ich danken. Zum einen, weil uns unsere Oberaufsicht heute bestätigt, dass wir gut unterwegs sind und das will etwas heissen, denn wir alle wissen aus eigener Erfahrung, dass die GPK ihre Aufgabe sehr ernst nimmt. Zum anderen bedanke ich mich, weil uns die GPK auch dieses Jahr auf einiges hinweist, woran wir arbeiten und wo wir uns vielleicht auch verbessern können. Ich danke für die konstruktive Zusammenarbeit und möchte betonen, wir sind bereit, unsere Lehren zu ziehen aus Fehlern, die die GPK moniert. So geben sie uns auch dieses Jahr konkrete Anregungen. Auf zwei solche Punkte, die sie auch in ihrer Medienmitteilung prominent erwähnt haben, möchte ich kurz eingehen.

Zunächst zu unserem Legislaturbericht. Mit Blick auf den neuen Legislaturplan für die Jahre bis 2029 fordert die GPK eine Schärfung bei den Zielen und bei der Berichterstattung zu den Erfolgen und Misserfolgen. Der Präsident der GPK hat dies jetzt auch in seinem Votum nochmals betont. Konkret wünscht die GPK mehr Messbarkeit. Sie empfiehlt, dass wir die Legislaturziele durch die Auswahl geeigneter Indikatoren klar definieren. Erfolg und Misserfolg sollen damit messbar werden. Ebenso fordert die GPK, dass wir im Jahresbericht offenlegen, wenn sich Massnahmen verzögern.

Zur Messbarkeit folgendes: Dazu dienen aktuell die Schlüsselindikatoren, mit denen der Regierungsrat in seinem Jahresbericht über den aktuellen Entwicklungsstand in wichtigen Bereichen über die Legislatur hinaus informiert. Dabei handelt es sich um messbare Grössen mit Zielwerten, etwa die Nettoschuldenquote, den kantonalen Wettbewerbsindikator oder die Sozialhilfequote. Das Ampelsystem bei den Schlüsselindikatoren gibt Hinweise darauf, wo wir auf Kurs sind und wo wir im Hintertreffen sind bei der Umsetzung. Im roten Bereich, also eben nicht auf Kurs, sind wir aktuell bei der Emission von Treibhausgasen und bei der Sek 2-Quote, also beim Ziel, dass 95 Prozent der Jugendlichen bis zum 25. Altersjahr einen Abschluss auf Stufe Sek 2 haben. Wir setzen uns hier also heute bereits quantitativ messbare Ziele.

Bei vielen Legislaturplanmassnahmen ist es aber nicht ganz so einfach, Indikatoren festzulegen. Ein Beispiel aus dem aktuellen Legislaturplan, da ist eine der Massnahmen, die Attraktivität der Innenstadt zu stärken. Ich bin der Meinung, dass uns das ganz gut gelungen ist, denken Sie an die Neugestaltung der Freien Strasse oder an verschiedene Massnahmen aus dem Stadtbelebungsfonds. Hier aber quantitative Indikatoren festzulegen, würde schwierig. Mit der qualitativen Beurteilung zum Stand der Umsetzung erreichen wir häufig eine präzisere Einschätzung. Wir wollen aber seitens Regierungsrat die Frage der Messbarkeit einzelner Massnahmen, Ziele oder Schwerpunkte im kommenden Legislaturplan prüfen.

Mit der Sek 2-Quote, der schon erwähnten, befasst sich die GPK besonders ausführlich. Zu Recht stellt die GPK mit Besorgnis fest, dass die Erhöhung der Sek 2-Abschlüsse während der letzten vier Jahre nicht erreicht werden konnte. Ich kann Ihnen für meinen Regierungskollegen Mustafa Atici und aus meiner eigenen Erfahrung im Erziehungsdepartement versichern, dass wir mit Hochdruck an dieser Thematik arbeiten. Gerade weil uns die Sek 2-Quote vor grosse Herausforderungen stellt, haben wir dieses Thema frühzeitig zu einem der Schlüsselindikatoren in unserer Berichterstattung gemacht. Wir weisen Ihnen also transparent aus, wie der aktuelle Stand der Dinge ist. Wir müssen aber vor Erwartungen warnen, dass es hier schnell geht, denn gerade eben dieser Sek 2-Indikator ändert sich von Natur aus nur langsam. Der Indikator bildet den Schulabschluss von Menschen von 15 bis 25 Jahren ab, damit schlagen sich Änderungen frühestens nach zehn Jahren überhaupt erst in der Statistik nieder.

Der Regierungsrat wird sich gegenüber der GPK wie üblich im Herbst ausführlich zu allen Empfehlungen äussern. Ebenfalls wie gewohnt wird der Regierungsrat dann bis zum kommenden Frühjahr gegenüber der GPK eine erste Standortbestimmung machen und festhalten, wo wir bei der Umsetzung der Empfehlungen stehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Kritik, Ihre Anregungen, Ihr waches Auge auf die Tätigkeit von Regierungsrat und Verwaltung und eben nicht zuletzt auch dafür, dass Sie uns im Grossen und Ganzen doch auch eine ordentliche Arbeit bescheinigen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Das Wort hat nun der Gerichtsrat und deren Präsident Stephan Wullschleger. Er verzichtet. Dann haben wir die ersten Fraktionssprechenden, für die LDP ist es Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Vorweg, die LDP-Fraktion folgt allen Anträgen der GPK und wird den vorliegenden Jahresbericht vorbehaltlos genehmigen. Die GPK hat in 83 Sitzungen, 30 Hearings und unzähligen Nachfragen das Handeln im Berichtsjahr überprüft. Dazu kommt die überaus grosse zusätzliche Arbeit des Verfassens der einzelnen Teilberichte durch die zuständigen Kommissionsmitglieder. Es war wahrlich eine Mammutaufgabe, bei der Milizparlamentarier an ihre Grenzen stossen, zumal dieses Jahr, was man verbessern sollte, der Jahresbericht des Regierungsrates zwei Wochen später als erwartet bei uns einging.

Das Resultat ist quantitativ und qualitativ beeindruckend. Die LDP anerkennt diese Leistung ausdrücklich und verbindet dies mit dem herzlichen Dank an die GPK für ihre grosse und wertvolle Arbeit. Mein spezieller Dank gilt vor allem auch Frau Dr. Kathrin Pavic, unsere unermüdliche Kommissionssekretärin. Ohne ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihren riesigen Aufwand wäre das vorliegende Resultat nicht möglich gewesen.

Dieser fundierte und sorgfältige Jahresbericht der GPK ist für die LDP Spiegel, aber auch Richtschnur für die Beurteilung des staatlichen Handelns im Berichtsjahr. Die LDP steht hinter den Feststellungen, Empfehlungen und Erwartungen der GPK und erwartet auch, dass diese vom Kanton aufgenommen respektive umgesetzt werden. Ich gehe im Folgenden auf einige Punkte näher ein, welche der LDP besonders wichtig erscheinen:

Zuerst zur IT-Governance. Nachdem in den letzten Jahren die GPK regelmässig die IT-Mängel und Schwachstellen in der kantonalen Verwaltung moniert hat und auch die Finanzkontrolle Mängel festgestellt hat, ist es tatsächlich an der Zeit, klare departementsübergreifende Verantwortlichkeiten zu schaffen. Es braucht dringend eine klar definierte IT-Governance, ein gesamtkantonales IT-Portfolio und eine Zentralisierung der IT-Dienste, zumal der Regierungsrat in einem anderen Zusammenhang selber eingestanden hat, dass die heutigen aktuellen IT-Strukturen den Ansprüchen nicht vollständig gerecht werden.

Zumindest folgende IT-Themen müssen zentral gelöst werden: Die zentrale IT-Sicherheit, zentrale einheitliche Lösung zur Verschlüsselung heikler Mails, der Kanton muss die Selbstblockierung durch hunderte von dezentralen IT-Projekten überwinden, es braucht ein einheitliches Konzept für den Umgang mit der riesigen Datenmenge bzw. der Prüfung veralteter und unzulässiger Einträge und Autorisierungen. Es braucht eine zentrale Regelung von KI-Einsatz und zentrale Registrierungspflicht für die KI-Anwendung. Die LDP hofft und ist guten Mutes, dass mit dem Projekt «Pharos» endlich etwas in diese Richtung unternommen wird. Entscheidend dabei ist, dass der Informationsbeauftragte in Bezug auf Ressourcen, Weisungsbefugnis und Unabhängigkeit massiv mehr Kompetenzen erhält als bisher. Und in diesem Zusammenhang ist es auch von grosser Wichtigkeit, dass der Aufgabenkatalog der Datenschutzbeauftragten, so auch die Empfehlung der GPK, um das Thema Cybersicherheit erweitert wird.

Ich komme noch zur Cloud-Lösung von Microsoft. Wenn sich auch die LDP den Vorteilen dieser pragmatischen Cloud-Lösung nicht ganz verschliesst, ist doch das Vorgehen der Regierung in dieser wichtigen Thematik zu hinterfragen. So konnte die Regierung den von externen Experten prognostizierte minimale Kontrollverlust bei dieser Cloud-Lösung nie näher quantifizieren. Fakt ist, dass es einen solchen gibt. Das Papier, dass die Regierung ausarbeiten liess, ist ein internes Dokument, das nicht öffentlich einsehbar ist. In Zeitungsberichten wird darauf hingewiesen, dass die externe Partnerfirma einen Ersatzschlüssel für den Zugang zu den Daten der Basler Verwaltung habe und alle vertraglichen Abmachungen, die ein Datenabfluss durch ausländische Behörden ausschliessen sollen, wurden vor dem Amtsantritt von Trump gemacht. Dass die eindeutigen Warnrufe der Datenschutzbeauftragten ungehört verhalten, ist ein weiteres schwieriges Zeichen und dass Dänemark sich gemäss Zeitungsberichten noch in diesem Jahr komplett von Microsoft trennt aus Gründen der sogenannten digitalen Souveränität, sollte dem Basler Regierungsrat zu denken geben. Zumindest sollte sich der Regierungsrat klar und deutlich zum verbleibenden Restrisiko äussern und ein regelmässiges Risk-Assessment implementieren.

Dann noch ein paar Worte zum Drei-Rollen-Modell bei Bauvorhaben. Ein Kernpunkt bei der Eruierung von Problemen bei grossen Bauvorhaben des Kantons ist meist die mangelnde Einbindung des Bestellers. Mangelhafte Bestellungen führen zu teuren Nachbesserungen, da sie nicht in die ordentliche Planung einfliessen. Die Nutzerinteressen sind also von Anfang an korrekt zu erfassen und einzubringen im Planungsprozess. Bei der von der Regierung eingeleiteten Überprüfung des Drei-Rollen-Modells ist deshalb sicherzustellen, dass die Nutzer optimal eingebunden werden und das von Anfang an. Dazu gehört, dass der Nutzer bereits in der Jury zur Auswahl des Bauprojektes Einsitz nimmt und mitbestimmt, damit nicht schwergewichtige architektonische und städtebauliche Kriterien zu Lasten der Gebraucherfreundlichkeit zum Zuge kommen. Auch sollte der Nutzer zur Stärkung seiner Position eine Abmahnpflicht haben, wenn gegen seine Interessen gebaut werden soll.

Und noch ein weiterer Punkt über das IWB und die erneuerbare Energie. Interessant und richtig findet die LDP die Aussagen der IWB an einem Hearing, wonach der Photovoltaikausbau in den Sommermonaten zu einer Überproduktion führt, die weit über den Bedarf liegt, und die die Aufnahmekapazität des bestehenden Netzes überschreitet. Die IWB ist der Auffassung,

dass der Ausbau deshalb optimiert erfolgen soll, ohne dass auf jedem Dach eine Anlage gebaut werden müsse. Dazu kommt, dass mit dem Ausbau der PV-Anlagen sich die Netznutzungskosten auf wenige Kunden verteilen, was den Strom tendenziell verteuert. Ob das per Analogie auch für die Fernwärme gilt, das kann offenbleiben, aber beim weiteren Ausbau ist diesen Themen Beachtung zu schenken.

Nochmals mit bestem Dank an alle Beteiligten von Kanton und Verwaltung und der GPK für die wertvolle Arbeit wird die LDP allen Anträgen folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die FDP ist Erich Bucher.

Erich Bucher (FDP): In den letzten Jahren empfahl die GPK immer wieder, dass die beiden Risikoberichte des Regierungsrates zusammengelegt werden. Gemäss dem Regierungsrat hat heute das FD den Auftrag, den Risikobericht zuhanden der Regierung zu verfassen. Die GPK hat diesen Bericht und die Arbeiten zur Zusammenführung der Portfolios zur Kenntnis genommen. Das Risikomanagement ist eines der wichtigsten Führungsaufgaben überhaupt.

Dies führt mich zur leidigen Diskussion rund um die geplante Einführung der Microsoft-Cloud-Lösung. Wenn ich richtig orientiert bin, nicht die einzige Cloud-Lösung, die im Kanton zum Einsatz kommt. Die GPK hat zur Einführung der Cloud-Lösung einige Verbesserungsvorschläge gemacht. Sie hat aber nicht erklärt, dass die Software nicht eingeführt werden darf. Sie hat auch keinen Projektabbruch gefordert oder alternative Lösungen vorgeschlagen. Wieso ist dem so? Weil der Regierungsrat genau das gemacht hat, was man von Führungskräften erwarten muss. Der Regierungsrat hat die beiden Risiken von Cyberangriffen und den Datenzugriffen der USA gegenübergestellt und dann das kleinere der beiden Übel gewählt. Auf der einen Seite verbessert sich mit dem MS 365 der Schutz wie Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität, Nachvollziehbarkeit, Virenschutz, Hackerangriffe oder Datenlecks. Auf der anderen Seite ist die Frage eines möglichen Zugriffs der US-Administration auf die Microsoft-Daten, die in der Schweiz gespeichert sind. Der Regierungsrat ist so weit gegangen, dass er betreffend mögliche Zugriffe aus den USA externe Studien in Auftrag gegeben hat. Der Regierungsrat hat meiner Meinung nach seine Hausaufgaben gemacht und dann in seiner alleinigen Kompetenz entschieden. Der GPK gegenüber hat der Regierungsrat bestätigt, dass er das M 365-Risiko wie bereits das Cyber-Risiko ins Risk-Portfolio aufnehmen wird. Die GPK wird also in den nächsten Jahren immer wieder die Möglichkeit haben, die Risikobeurteilung des Regierungsrates zu überprüfen.

Wie Sie sehen, stehe ich hinter dem Entscheid des Regierungsrates und dies im Kontrast vieler hier Anwesenden und auch der Datenschutzbeauftragten. Ich finde es persönlich sehr seltsam, dass die Datenschutzbeauftragte direkt an die Presse gelangt ist. Ich hätte mindestens erwartet, dass sie, wie dies im § 50 des IDG vorgesehen ist, eine vorab eine der beiden Oberaufsichtskommissionen involviert und zusammen mit dieser eine vertiefte Analyse durchgeführt hätte. Sie hätte auch das Projekt mit einer Verfügung stoppen können, was nicht gemacht wurde. Somit haben eigentlich die Oberaufsichtskommissionen und die Datenschutzbeauftragte die Einführung genehmigt.

Im Kontrast zu diesem Sturm im Wasserglas ist es erstaunlich, dass sich der Grosse Rat und auch die Datenschutzbeauftragte nie zu den Hardware-Risiken aus China geäussert hat. Alle PCs, die Netzwerke, Mobil, WLAN-Komponenten des Kantons und vieles andere mehr stammen aus dort. Sind wir hier wirklich alle davon überzeugt, dass China keine Bausteine in diese trojanischen Pferde einbaut? Was der GPK zu diesem Thema übrig bleibt, sind vier Empfehlungen und keine einzige Forderung. Und es bereits hier jetzt gesagt zu haben, wir brauchen keine zusätzliche Lex Mikrosoft, wie wir auch keine Lex China brauchen. Es ist im IDG bereits alles abschliessend geregelt.

Wenden wir uns den anderen Themen zu, welche die GPK intensiv beschäftigt haben. Ich beginne mit der Steuerverwaltung. Sie erinnern sich, dass wir vor einem Jahr dazu berichtet haben, dass falsche Steuerverfügungen versandt wurden. Für Bund, Kantone und Gemeinden sind falsche Verfügungen das grösste Reputationsrisiko. Stimmen diese Verfügungen nicht, ist das Vertrauen in die Verwaltung weg. Deshalb hat die GPK vor einem Jahr beim Hearing den Regierungsrat explizit gefragt, ob neben den falschen Verfügungen andere Probleme bekannt sein, was damals verneint wurde. Die GPK wusste jedoch von Steuerpflichtigen bereits damals, dass es Probleme mit der Zinsberechnung gibt. Es wurden dabei Steuerpflichtigen Belastungszinsen berechnet, obwohl sie Guthaben beim Kanton hatten.

Da die GPK zu wenig Knowhow und auch keine Ressourcen hat, hat sie der Finanzkontrolle, die Revisionsstelle des Kantons, den Auftrag gegeben, die Problematik zu untersuchen und anschliessend zu berichten. Ich danke der Finanzkontrolle für die Überprüfung der Korrekturarbeiten des Steueramtes und die Bestätigung, dass nach etwa einem Jahr alle Korrekturen abgeschlossen waren. Ich hoffe, dass sich der Regierungsrat bei denjenigen bedankt hat, welche die Fehler gemeldet haben. Es ist als Aussenstehender peinlich, feststellen zu müssen, dass eine einfache Kontokorrentführung zu falschen Zinsen geführt hat, und es ist mir unerklärlich, wieso dass der Kanton für jeden Steuerpflichtigen pro Steuerjahr ein neues Konto eröffnet und es dadurch notwendig macht, dass laufend Umbuchungen von einem Konto auf das andere notwendig sind. Ich empfehle dem Regierungsrat, dies so rasch wie möglich zu ändern und nur noch ein Konto pro Steuerpflichtigen zu führen.

Noch ein paar Worte, die nicht direkt im Zusammenhang mit dem Jahresbericht stehen. Wir hören, dass es wieder sehr lange dauert, bis die Steuerveranlagungen an die Steuerpflichtigen versandt werden. Es wäre schön, wenn die zuständige Regierungsrätin hier noch ein kurzes Update geben könnte.

Zum Gesundheitsdepartement. Die GPK empfiehlt, den Dialog zur Spitalplanung mit Kanton Baselland und den anderen Kantonen der Nordwestschweiz zu stärken und die Zusammenarbeit schrittweise zu vertiefen. Auch hier aus aktuellem Anlass, im Moment sieht es nicht danach aus, dass dieser Dialog wirklich geführt wird. Zumindest Baselland scheint da in der Spitalplanung eine Absage an Basel erteilt zu haben. Es stellt sich die Frage, wie es so weit kommen konnte. Auch hier würden wir uns heute wünschen, eine kurze Wasserstandsmeldung zu erhalten.

Diejenigen unter Ihnen, die schon länger dabei sind, haben sicher gestaunt, dass ich nicht wie üblich mit der Qualität des Jahresberichtes begonnen habe. Meine Aussage war immer, dass der Bericht ein Marketinginstrument und kein Rechenschaftsbericht sei, da auch Probleme, Verzögerungen und Mehrkosten angesprochen werden. Zu meiner Überraschung muss ich feststellen, dass einige Departemente, leider nicht alle, dies zu Herzen genommen haben. Danke dafür.

Ein Wermutstropfen gibt es trotzdem. Die GPK musste feststellen, dass es offensichtlich eine maximale Beschränkung der Zeichen pro Departement gibt. Persönlich habe ich den Eindruck, dass es aber auch eine Mindestzahl an Zeichen gibt, musste ich doch feststellen, dass bei den Themen preisgünstiger Wohnbau, OECD-Steuern, Green Bonds vier bis fünf Mal der genau gleiche Text, exakt der gleiche Text mit Copy-Paste abgedruckt wurde. Ich denke, wir müssen hier nicht über Sinn und Zweck solcher Wiederholungen sinnieren. Sie sind einfach nur ärgerlich.

Ich komme zum Abschluss. Es ist die Aufgabe der GPK, den Finger auf die wunden Stellen zu zeigen, was einen negativen Eindruck hinterlassen kann. Wir dürfen als Fraktion aber feststellen, dass in der Verwaltung, den Gerichten und den Kleeblattorganisationen gute Arbeit geleistet wird. Wir bedanken uns bei Ihnen allen. Die FDP-Fraktion wird dem GPK-Bericht zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die Mitte-EVP ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Der diesjährige Jahresbericht der GPK entstand unter erheblichem Druck, damit Sie ihn noch vor der Sommerpause zusammen mit dem Jahresbericht der FKom zur Kenntnis nehmen können. Dies gelang und das ist nicht selbstverständlich. Vieles wurde schon gesagt von meinen Kollegen, von den einzelnen Themen möchte ich die folgenden drei herausgreifen.

Herr Faesch hat es schon gesagt, ein Evergreen für die GPK ist das Drei-Rollen-Modell. Dieses steht seit der PUK zum Biozentrum im Fokus, auch wieder bei der St. Jakobshalle und nun beim Naturhistorischen Museum. Dazu möchte ich Ihnen ein plastisches Beispiel nennen, es geht um das Staatsarchiv. Unsere Vorfahren haben das Staatsarchiv vorausschauend oben auf dem Münsterhügel und somit sicher vor Überschwemmungen verwahrt. Das Staatsarchiv ist bestückt mit wertvollen Papieren, wie wir ja wissen. Es kommt nun in ein Untergeschoss unterhalb des Grundwasserspiegels. Erste Zweifel der GPK anlässlich einer ersten Rohbaubegehung wurden bestätigt, das Wasser drückt durch. Inzwischen soll dies alles dicht sein, dennoch, man fragt sich, wie lange wohl und warum wurde hier nicht einfach mit gesundem Menschenverstand geplant und das Staatsarchiv an einen sicheren, trockenen Ort verbracht. Es sind auch hier die Nutzerinteressen, die hinten angestellt werden, wichtig sind architektonische, optische Überlegungen und das brüskiert die GPK. An erster Stelle, das hat auch schon Herr Faesch gesagt, muss der Nutzen eines Gebäudes stehen und nicht, ob es nun architektonisch wertvoll ist oder nicht.

Zweitens, in Bezug auf die St. Jakobshalle erwartet die GPK nun eine Aufarbeitung des ESC und eine neue Auslegeordnung, was denn nun noch für Investitionen notwendig sind und wann endlich mit der Abschlussrechnung gerechnet werden darf. Auch dort liegt noch vieles im Unklaren. Wenn nun die Deckenlastkapazität dank des ESC erhöht wurde und allenfalls befriedigend sein sollte, ist der GPK doch nicht klar, was nun für den Backstagebereich, die Reporter- und Speaker-Kabinen gilt, ob dort noch immer Steinzeitkonditionen herrschen oder ob auch dort Verbesserungen stattfanden. Auch ob nun Bratwürste und Pommes wie üblich im Gebäude zubereitet werden können oder ob man dies noch immer im Freien tun muss, was die GPK für unhaltbar hat.

Drittens, in Bezug auf den Einzug der Fernwärme stehen sich die Reaktionen aus der Bevölkerung, wie sie der GPK zugehen, und die Wahrnehmung der Verwaltung diametral entgegen. Dass nun im Sinne einer Lenkungsabgabe diejenigen Hauseigentümer, die in einem mit Fernwärme erschlossenen Gebiet wohnen, weniger Subventionen erhalten als diejenigen, die in einem Gebiet ohne Fernwärme wohnen, führt zu Empörung. Denn diejenigen, die früh umgestellt hatten, erhielten trotz Fernwärme in ihrer Strasse hohe Beiträge, die Langsameren haben nun das Nachsehen. Die Bevölkerung fühlt sich der Willkür ausgeliefert und dann nützt alles Kommunizieren nichts, notwendig wären klare sachliche Bedingungen und eine gleiche Ausgangslage für alle.

Ich habe hier nun noch ein paar Beispiele erwähnt. Meine GPK-Kollegen haben schon und werden noch weitere nennen und unser Bericht erhält viele Details. Lesen Sie ihn, er ist aufschlussreich.

Im Namen der Mitte-EVP-Fraktion danke ich Ihnen für die Genehmigung dieses Berichts.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Auch ich schliesse mich natürlich dem Dank an die kantonalen Mitarbeitenden an und auch an die Kolleg*innen der GPK, insbesondere auch der Sekretärin Kathrin Pavic, die wirklich einen ausserordentlichen Effort leisten musste in diesem Jahr.

Ich habe in meiner Zeit hier im Grossen Rat viele Debatten zu GPK-Berichten erlebt und ehrlich gesagt, waren nicht alle Sternstunden parlamentarischer Kultur. Häufig war es eher ein Kesseltreiben gegen Regierungsmitglieder als eine sachliche Debatte über einzelne Herausforderungen und die Probleme in unserem Staatswesen und in der Verwaltung. Das ist aktuell eher nicht mehr so und das ist gut so. Wir können heute auch einen Bericht diskutieren, der faktenbasiert und differenziert zu sein versucht. Der Bericht lädt dazu ein, über die genannten Herausforderungen zu debattieren und sachliche Lösungen zu finden. Ich bin gespannt auf die heutige restliche Debatte, bleibt es beim sachlichen Ton, wir werden es sehen. Aus unserer Sicht braucht es für eine wirksame Politik keine Schuldzuweisungen, sondern inhaltliche Lösungen. Auch wenn wir uns bei diesen oft nicht einer Meinung sind, können wir auch ohne politische Spiele darüber debattieren. Ich werde nun auf vier Punkte aus dem Bericht näher eingehen.

Der erste Punkt betrifft die tiefe Quote bei den Sek 2 -Abschlüssen. Die GPK hat das Thema vor allem im Zusammenhang mit der kritischen Betrachtung der Indikatoren für die Legislaturziele beleuchtet. In diesen hat sich der Regierungsrat eine Erhöhung dieser Quote zum Ziel gesetzt. Basel-Stadt, das wissen Sie, ist beim Anteil der 25-jährigen mit einem Sek 2-Abschluss weiterhin Schlusslicht unter den Kantonen. In den letzten vier Jahren ist dieser Anteil kaum gestiegen. Das ist ein klares Warnsignal. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob der gewählte Indikator überhaupt geeignet ist, um kurzfristige Fortschritte abzubilden, oder ob er politisches Lernen erschwert, weil die Reaktionszeit zu lang ist.

Die GPK kritisiert zu Recht den späten Projektstart der sogenannten Laufbahnoptimierung. Dass erst 2024 eine Gesamtstrategie erarbeitet wurde, obwohl das Problem seit Jahren bekannt ist, zeugt von mangelnder Prioritätensetzung. Besonders für Kinder und Jugendliche mit erschwerten Startbedingungen ist eine vorausschauende, koordinierte Bildungspolitik zentral, und zwar vom Kindergarten bis zur Berufslehre oder Matur. Hinzu kommt, und darauf möchte ich Ihre Aufmerksamkeit lenken, die Schulen allein können das Problem nicht lösen. Es braucht ein vertieftes Verständnis für die sozialen Realitäten der betroffenen Jugendlichen. Familiäre Belastungen, Armutsrisiken, Migration oder mentale Gesundheit spielen eine entscheidende Rolle. Auch diese Themen müssen wir angehen, wenn wir die Abschlussquote erhöhen wollen.

Fazit: Der Zugang zu einem Sek 2-Abschluss ist ein Schlüssel zur sozialen Teilhabe. Wir sind überzeugt, dass das Thema beim neuen Departementsvorsteher die nötige Aufmerksamkeit erhalten wird und wir werden daran arbeiten, dass künftig auch ausserschulische Faktoren systematisch in der Analyse und Lösung einbezogen werden.

Zum zweiten Thema, den Zwischennutzungen. Zwischennutzungen bieten Raum für Innovation, Kultur und Beteiligung und Gemeinwohl orientierte Stadtentwicklung. Basel hat mit Projekten wie am Klybeckquai oder dem Freiwerk im ELYS gezeigt, wie wertvoll temporäre Nutzungen sein können, für die Bevölkerung wie auch für die Stadtentwicklung. Die GPK stellt fest in ihrem Bericht, dass heute vorausschauender geplant wird als früher. Erfolgreiche Zwischennutzungen werden teilweise in Folgeprojekte überführt. Aber es fehlt weiterhin ein strategischer Rahmen. Zwischennutzungen dürfen nicht von Zufall abhängen oder nur dort möglich sein, wo Eigentümer mitspielen. Das laufende Forschungsprojekt zur Wirkung von Zwischennutzungen, etwa im Bereich Sicherheit, ist ein wichtiger Schritt. Entscheidend ist aber, dass die Erkenntnisse nicht nur veröffentlicht, eine Forderung der GPK, sondern auch politisch umgesetzt werden. Zwischennutzungen brauchen rechtliche, planerische und finanzielle Absicherung, wenn sie dauerhaft wirken sollen.

Fazit: Zwischennutzungen sind ein Teil einer demokratischen Stadtentwicklung von unten. Sie stärken das Gemeinwesen, schaffen bezahlbaren Raum und machen Transformation für die Bevölkerung erlebbar. Wir fordern eine verbindliche Strategie im kantonalen Richtplan und ein transparentes Verfahren zur Auswahl von Trägerschaften.

Thema drei, der Umgang der Kantonspolizei mit Demonstrationen. Die Zahl an Kundgebungen in Basel zeigt eine lebendige Demokratie. Dass das JSD im letzten Berichtsjahr vermehrt auf Dialog, Deeskalation und moderne Kommunikationsstrategie setzt, ist ein Fortschritt. Auch die Haltung des neuen Polizeikommandanten, wonach Demonstrationen möglichst ohne Ordnungsdienst stattfinden sollen, verdient Anerkennung. Gleichzeitig deckt der Bericht aber auch Defizite auf. Bei Grosseinsätzen, besonders bei Polizeikesseln, Freiheitsentzügen im Rahmen von Personenkontrollen fehlen nach wie vor klare einsatzbezogene Richtlinien. Die Tatsache, dass keine verbindlichen Vorgaben zur Versorgung der betroffenen

Personen mit Wasser, Zugang zu Toiletten oder medizinische Hilfe gibt, ist aus menschenrechtlicher Perspektive unhaltbar, besonders wenn auch Kinder, Jugendliche oder Unbeteiligte betroffen sein können.

Problematisch ist, das hat auch der Präsident in seiner Rede erwähnt, auch die Darstellung der Demostatistik. Wenn Mahnwachen und Demonstrationen gleich gewichtet werden, entsteht ein verzerrtes Bild des tatsächlichen Einsatzaufwandes mit potenziell politischen Konsequenzen. Eine differenzierte, transparente Statistik ist notwendig, um Vertrauen zu stärken und die öffentliche Debatte faktenbasiert zu führen.

Fazit: Das Versammlungsrecht ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Wir begrüssen eine dialogorientierte Polizeistrategie und erwarten rechtsstaatliche Standards bei allen Einsätzen.

Zuletzt zum Kanton als Arbeitgeber. Die Mitarbeitendenbefragung zeigt ein differenziertes Bild, aber ein klares Muster. Viele Mitarbeitenden empfinden die Arbeitsbelastung als hoch, die Löhne als unattraktiv und die Rahmenbedingungen als verbesserungswürdig. Und das in einer Zeit, in der der Fachkräftemangel längst Realität ist. Wer soll den Kanton künftig noch am Laufen halten, wenn immer mehr qualifizierte Personen fehlen? Wenn offene Stellen nicht besetzt werden können, steigt der Druck auf die verbleibenden Teams, was wiederum zu weiteren Abgängen führen kann. So entsteht eine Abwärtsspirale, die schwer zu stoppen ist. Der Regierungsrat reagiert auf diese Situation mit dem Lohnmassnahmenpaket, das ist aus unserer Sicht richtig und angezeigt. Es braucht aber auch andere Verbesserungen, etwa moderne Arbeitsplätze, flexible Arbeitszeitmodelle, betriebliche Gesundheitsförderung und eine Kultur der Wertschätzung. Die Verwaltung muss attraktiv sein, nicht nur für neue Mitarbeitende, sondern auch für jene, die bleiben wollen. Wer gute öffentliche Dienstleistungen will, muss für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Der Kanton soll Vorbild sein, nicht Nachzügler, und wichtig wäre uns auch, dass jedes Departement mit Abteilungen mit auffälligen Befragungsresultaten wirklich auch konkrete Verbesserungen in Angriff nimmt und transparent darüber berichtet.

Zum Schluss möchte ich im Namen der SP-Fraktion der GPK für ihren ausgewogenen faktenbasierten Bericht danken. Wir sehen in einigen Themenfeldern Handlungsbedarf, aber auch Fortschritte. Die Sozialdemokratische Fraktion setzt sich dafür ein, dass Basel-Stadt nicht nur effizient verwaltet, sondern sozialgerecht, transparent und demokratisch weiterentwickelt wird. Dafür braucht es klare politische Prioritäten, die Bereitschaft zur Veränderung und den Mut, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Genau das erwarten wir auch von der GPK.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP das Wort hat Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Die Fraktion der Grünliberalen schliesst sich dem Dank an die Regierung, an die Verwaltung, die Kleeblattorganisationen und allen Involvierten an. Der Dank gilt auch der Geschäftsprüfungskommission, die ja bekanntlich die Aufgabe hat, staatliches Handeln hinsichtlich Angemessenheit, Berechenbarkeit, Effizienz, Kundenfreundlichkeit, Rechtmässigkeit und Transparenz zu prüfen und zu fördern. Wir sind überzeugt, dass die Arbeit der GPK für das Vertrauen der Öffentlichkeit in staatliche Institutionen wichtig ist. Weder ist dieses Vertrauen selbstverständlich, noch hat es eine Regierung vorbehaltlos verdient.

Das wache Auge der GPK und die Gewissheit, dass Konflikte, Vorwürfe und der eine oder andere Skandal in einer grossrätlichen Oberaufsicht und mit Hilfe von professionell aufgestellten Kleeblattorganisationen untersucht und falls nötig öffentlich kritisiert wird, schafft dieses Vertrauen. Die Gewissheit steigert aber auch seitens Regierung die Aufmerksamkeit dafür, stets so zu handeln, dass sie sich jederzeit erklären kann. In ihrem Jahresbericht etwas eigenwilliger, als wenn sie von der GPK dazu befragt wird. Einmal im Jahr, also heute, interessieren die konkreten Empfehlungen der GPK, die handfeste Kritik der Kommission an der regierungsrätlichen Arbeit. GPK-Präsident Tim Cuénod und andere sind auf die wichtigsten Punkte bereits eingegangen.

Die Grünliberalen begrüssen die Empfehlungen der GPK, wir unterstützen diese und sind überzeugt, dass sie seitens Regierung als hilfreiche Hinweise für die Verbesserung des kantonalen Handels aufgenommen und umgesetzt werden. Wichtig sind aber auch die Untersuchungen, in denen die Kommission feststellen konnte, dass die Regierung trotz anfänglicher Befürchtungen erwartungsgemäss gearbeitet hat. Dass die GPK vermehrt auch Untersuchungen mit positivem Ergebnis im Bericht publiziert, begrüssen wir. Und auch der Entscheid, wo eine Empfehlung vonnöten ist und wo nicht, wo sie Sinn macht und wo nicht, finden wir sehr sinnvoll. Hier wünschen wir uns etwas mehr Systematik seitens der GPK. So wäre es interessant zu erfahren, welche Empfehlungen aus vorgängigen Berichtsjahren zu gewünschten Optimierungen führten und welche nicht. Hier besteht seitens GPK noch etwas Luft nach oben.

Für die Grünliberale Fraktion ist die Transparenz des staatlichen Handels immer wieder ein Thema. Handelt der Kanton transparent und tut er es nachvollziehbar? Wir begrüssen darum, dass die GPK sich bei den unzähligen Themen auch die Frage der Transparenz immer wieder stellt und entsprechende Erwartungen formuliert. Auch die seitens GPK angeregten Instrumente zu diesem Zweck halten wir für eine wichtige Ergänzung im Jahresbericht der Regierung. Neben dem

Projektportfolio, das nun seit einigen Jahren fixer Bestandteil des Jahresberichtes der Regierung ist, erscheint uns auch die Bilanzierung des Legislaturplans ebenfalls ein aufschlussreiches Instrument.

Wir ermuntern die GPK dazu, weitere Optimierungen am Reporting der Regierung anzuregen. Wir denken, dass diese selbstkritische Form der Reflexion im Jahresbericht der Regierung wünschenswert ist und eben dieses Vertrauen schafft. Es geht auch darum aufzuzeichnen, welche Ziele noch nicht erreicht sind und wo sich Lösungen nicht ganz so einfach erweisen, wie das eine zunehmend polarisierende Politik zu oft behauptet. Wir wünschen uns eine Exekutive mit mehr Mut dazu zu stehen, wenn sie zur einen oder anderen Herausforderung noch keine Lösung auf den Tisch legen kann und dass sie dies im Jahresbericht festhält. Auch das schafft Vertrauen. Hier besteht seitens Regierung noch etwas Luft nach oben.

In diesem Sinne empfehlen die Grünliberalen, den Bericht der GPK zu genehmigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA das Wort hat Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Die GPK stellt fest, dass der Regierungsrat davon ausgeht, dass die US-amerikanische Regierung innerhalb des eigenen Rechtsrahmens handle. Das ist aus meiner Sicht oder aus Sicht von BastA die brisanteste Aussage im GPK-Bericht. Es mag sein, dass diese Aussage vielleicht unter Biden noch einigermassen berechtigt war, inzwischen muss man sich aber schon ziemlich alle Augen und Ohren verschliessen, um immer noch daran zu glauben, dass die Trump-Administration den Rechtsstaat respektiert. Illegale Festnahmen, Ausschaffungen und Inhaftierungen im Terror-Gefängnis in El Salvador, Unterdrückung von Meinungsfreiheit, Einsatz des Militärs gegen die eigene Bevölkerung, Richter*innen werden zum Feind erklärt, wenn sie nicht so entscheiden, wie Trump es will, und sensible Daten von Millionen von Amerikaner*innen werden vom Finanzamt an Elon Musk weitergegeben, und so weiter und so fort. Wer jetzt noch daran glaubt, die US-Regierung handle innerhalb des Rechtsrahmens, ist nicht mehr naiv, sondern grobfahrlässig.

Wir von BastA erwarten deshalb, dass die Regierung die Verantwortung übernimmt, von der sie sonst so gerne spricht, und den Umstieg auf Microsoft 365-Cloud sofort stoppt bzw. rückgängig macht, sofern sie bereits erfolgt ist. Klar ist die Suche nach Alternativen mühsam, ich kenne das aus eigener Erfahrung, und Open-Source-Lösungen, wie es jetzt beispielsweise Dänemark mit Linux und LibreOffice angeht, sind aufwendiger einzuführen und auch nicht ganz so einfach, da die Administration aufrecht zu erhalten, und sie bieten auch nicht den Komfort und die Serviceleistungen, die Microsoft bietet, das ist klar. Aber bei der Kantonsverwaltung handelt es sich nicht nur um einen kleinen Verein oder einen Handwerksbetrieb, der mal pragmatisch den einfacheren Schritt machen kann, hier geht es um hochsensible Daten von uns Einwohner*innen. Da reicht es nicht festzuhalten, dass M365 nicht für die Daten mit sehr hohem Schutzbedarf genutzt werden darf. Im Alltag und im Stress können sehr schnell Fehler passieren, es können beispielsweise sensible Angaben in einer Mail weitergeschickt werden. Es ist Aufgabe der Regierung, für eine IT-Infrastruktur zu sorgen, die auch dann den Datenschutz sicherstellt, wenn Mitarbeitende Fehler machen und das ist bei Microsoft 365 nicht der Fall.

Und ja, die Sorge vor Hackerangriffen ist berechtigt und Microsoft bietet hier sicher einen guten Service und einen ziemlich guten, wenn auch nicht hundertprozentigen Schutz, aber es ist sicherlich nicht die einzige Möglichkeit, sich zu schützen. Unser Anspruch muss es sein, eine sichere IT zu haben, ohne unsere Daten potenziell an die Trump-Administration zu verkaufen. Noch besteht die Möglichkeit für einen Notstopp beim Umstieg in die Cloud. Liebe Regierung, ich frage Sie, was muss Trump noch alles tun, damit Sie die Bremse ziehen?

Der Datenschutz ist ein grosses und ein schwerwiegendes Problem, aber nicht das einzige. Ich werde noch ein paar weitere Punkte etwas ausführen und ganz vieles nicht sagen, das ebenfalls wichtig wäre.

Bei den BVB werden ein Drittel des Personals bis 2030 in die Pension gehen, also bis in fünf Jahren. Beim Erziehungsdepartement hat die Pensionierungswelle auch bereits begonnen und wird sich weiter verschärfen und generell steht die Verwaltung vor der Herausforderung, dass sehr viele erfahrene Mitarbeitende in den nächsten Jahren in die Pension gehen. Gleichzeitig hat die Mitarbeitendenbefragung gezeigt, das haben wir bereits gehört, dass die Arbeitsbelastung vielerorts zu hoch ist, die Arbeitsumgebung und die Gesundheitsförderung ungenügend. Hinzu kommen die Unzufriedenheit über Lohn und Lohnnebenleistungen. Wir von BastA sind froh, dass wenigstens die letzten Punkte nun angepasst werden. Damit sind die Probleme aber längst nicht vollständig gelöst und die Zeit drängt. Heidi Mück hat das heute Morgen am Beispiel der Lehrpersonen bereits deutlich aufgezeigt. Der Kanton muss als Arbeitgeberin attraktiver werden und dem Gesundheitsschutz hohe Priorität geben, um die anstehenden Pensionierungen zu ersetzen und die Mitarbeitenden dann auch zu halten.

Und noch hier ein paar Worte an meine bürgerlichen und rechten Kolleg*innen. Wenn Sie bei jeder Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Kantonspersonal davon reden, dass diese auf keinem Fall besser sein dürfen als in der Privatwirtschaft, dann blenden Sie nicht nur aus, dass gerade die von Ihnen hochgelobten innovativen Arbeitgeber*innen längst bessere Arbeitsbedingungen haben als der Kanton, und Sie riskieren, dass der Kanton in Zukunft schlicht nicht mehr genügend Mitarbeitende findet. Was das heisst, können wir heute schon spüren, wenn die Polizei beispielsweise bei

Ruhestörung nicht mehr kommt oder das Tram nicht mehr fährt, der Takt ausgedünnt wird. In Zukunft werden die Kinder dann vielleicht nicht mehr unterrichtet, die Baubewilligung kommt nicht nur zu spät, sondern gar nicht mehr, und im Spital können Sie Ihren Angehörigen gleich selber waschen oder das Essen mitbringen. All das kennen wir aus dem nahen und fernen Ausland bereits sehr gut. Ich hoffe wirklich, dass es hier in diesem reichen Kanton nicht so weit kommt.

Grosse Herausforderung sind auch der Schulraummangel, die Schulwegsicherheit und die Verbesserung beim Drei-Rollen-Modell. Hier erwarten wir von BastA, dass die Zusammenarbeit zwischen den Departementen weiter verbessert wird. Der Aufgabenberg ist gross und kann nur bewältigt werden, wenn alle an einem Strick ziehen. Und gerade beim Schulraummangel sehen wir jetzt schon, dass beispielsweise die Einführung von Förderklassen oder weitere Unterstützungsmassnahmen nicht wirklich umgesetzt werden können, wenn der Schulraum dafür fehlt, wenn die Gruppenräume dafür fehlen, usw.

Wir von BastA freuen uns darüber, dass mit der Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell endlich etwas unternommen wird, damit mehr junge Erwachsene einen Bildungsabschluss machen können. Es braucht jedoch mehr als eine bessere Kommunikation über die Vorteile der Lehre oder die Unterstützung von jungen Menschen auf ihrem Weg zum Abschluss. Wir von BastA erwarten, dass auch die Lehrbedingungen verbessert werden. Gemäss einer schweizweiten Umfrage der UNIA gab ein Drittel der Lernenden an, im Betrieb Rassismus, Mobbing oder sexuelle Belästigung erlebt zu haben, und mehr als die Hälfte der Lernenden gab an, mehr als neun Stunden pro Tag arbeiten zu müssen. Es gibt keinen Hinweis und uns konnte auch nichts darüber gesagt werden, dass es in Basel-Stadt weniger schlimm wäre. Wir müssen also davon ausgehen, dass die Durchschnittswerte aus der Schweiz ungefähr auch in diesem Kanton gelten. Das heisst, hier braucht es unbedingt eine bessere Aufsicht, eine bessere Lehraufsicht, damit die Lehrqualität verbessert werden kann und die jungen Menschen den Lehrabschluss auch machen können.

Und bleiben wir gerade bei den jungen Menschen. Zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und der Prävention in den Schulen, da können wir uns voll und ganz dem Votum von Fleur Weibel von heute Morgen anschliessen. Neben dem ED ist hier aber auch das Gesundheitsdepartement und das WSU gefordert und wir erwarten hier auch mehr Aktivität, es kann nicht alles den Schulen überlassen werden.

Zum JSD kann ich Ihnen einfach nur empfehlen, lesen Sie den Bericht der GPK und nehmen Sie ihn ernst. Das gilt grundsätzlich auch für alle anderen Teile des Berichts.

Ich möchte mich hiermit ganz herzlich bei meinen Kommissionskolleg*innen bedanken, insbesondere auch bei Kathrin Pavic, sie hat das wirklich alles sehr gut vorbereitet und eine Riesenarbeit für uns gemacht. Ich bedanke mich auch beim Regierungsrat und bei den Gerichten für die Berichterstattung und ich danke Ihnen allen für das Genehmigen des GPK-Berichts.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP das Wort hat Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Der Rechenschaftsbericht der GPK und ihr Bericht zum Jahresbericht 2024 des Regierungsrates nimmt doch diverse Punkte auf, welche es verdienen, dass sie näher beleuchtet werden.

Als erstes Thema können wir das Neubauprojekt NMB/StABS aufführen. Es standen ja von allem Anfang an schon Befürchtungen im Raum, dass das Bauen unter dem Grundwasserspiegel an diesem Ort zu Schwierigkeiten führen könnte, und diese Befürchtungen haben sich leider bewahrheitet. Schon im letzten Quartal 2023 hatten nur vereinzelte vom Schimmel befallene Stellen nachgebessert werden müssen. Schon diese nur vereinzelten sind unserer Meinung nach zu viel. Es ist später im dritten Untergeschoss weiterer Schimmelbefall entdeckt worden, das Lied ging im 2024 munter weiter. Im Januar sind weitere feuchte Stellen entdeckt worden. Wie bereits auch erwähnt, die berühmte gelbe Wanne, welche ja zur Abdichtung dieser Baustelle hätte dienen sollen, war selbst undicht. Alles in allem, das sind Baumängel, welche in ihrem Umfang und Tragweite für die SVP doch sehr befremdlich sind.

Zudem im Laufe des Projektes wurde entdeckt, dass zusätzliche Arbeitsplätze nötig sind, um den gesetzlichen Auftrag zur Digitalisierung der 12 Millionen Sammelobjekte zu erfüllen. Diese zusätzliche Anforderung erforderte eine Umplanung, verzögert das Projekt um sechs Monate und erfordert natürlich auch mehr finanzielle Mittel. Dieser Punkt geht natürlich Hand in Hand mit der scheinbar erst nach Baubeginn entdeckten Tramnutzung über das Luzernerring-Viadukt, welche eine zusätzliche Ausgabenbewilligung des Grossen Rates über ca. 1,4 Millionen Franken nach sich zog.

Diese Projektschwachstellen empfinden wir von der SVP als irritierend und wir unterstützen die Erwartung der GPK, dass die Kostenentwicklung und Terminerfüllung laufend überprüft, Mehrkosten nach dem Verursacherprinzip überbunden und die zuständigen Kommissionen des Grossen Rates bei relevanten Projektabweichungen proaktiv informiert werden. Wohlgemerkt, das gilt nicht nur für gerade dieses Projekt, das gilt für sämtliche Projekte des Kantons.

Auch beim Submissionsverfahren sind noch Verbesserungen möglich. Der GPK wurde erklärt, dass bei den Verträgen alles rechts und ordnungsmässig abgelaufen sei. Aber bei den Submissionsvergaben habe es keine Rolle gespielt, ob der Kanton mit einer bewerbenden Firma bereits negative, ungünstige Erfahrung gemacht hat oder nicht. Der Preis des Angebotes wurde mit 60 Prozent gewichtet und es ist unserer Meinung nach eine Frage des gesunden Menschenverstandes, dass man ungünstige Erfahrungen, die man mit einem Bewerber in der Vergangenheit gemacht hat, auch wirklich in eine Bewertung einfliessen lässt. Wir unterstützen deshalb die entsprechende Empfehlung der GPK, dass bei zukünftigen Submissionen Erfahrungen und Referenzprojekte als Vergabekriterium höher gewichtet werden.

Das Drei-Rollen-Modell ist ein Thema respektive wir anerkennen, dass das BVD frühere Kritikpunkte der GPK betreffend mangelnde Kommunikation zwischen BVD und dem Nutzerdepartement aufgenommen und organisatorische Anpassungen vorgenommen hat. Nicht zufriedenstellend ist aber die mehrfach geäusserte Forderung der GPK, dass das Nutzerdepartement bereits in der Jury, welche dann das Projekt auch bewilligt, Einsitz haben kann. Wir haben den Eindruck bekommen, dass Jurys auch in Zukunft weiter architektonisch und städtebaulich ausgerichtet sein werden. Wir unterstützen die erneute Forderung, dass das Nutzerdepartement auch in der Jury eingebunden wird.

Ein praktisch alle Jahre wiederkehrendes leidiges Thema ist das Bau- und Gastgewerbeinspektorat. Das war im 2024 nicht anders. Das BGI kann sein Selbstverständnis als Dienstleistungsbehörde nach Aussagen einer grossen Anzahl von Betroffenen noch viel akzentuierter wahrnehmen. Hier besteht noch ganz klar Luft nach oben. Wir anerkennen, dass Baubewilligungsverfahren in unserem Kanton komplex sind. Da sind zum Teil auch wir hier in diesem Saal daran schuldig mit immer mehr Forderungen, immer mehr komplexen Normen, etc., die zu erfüllen sind. Zum Teil sind bei solchen Verfahren zwei Dutzend und mehr Amtsstellen eingebunden. Es darf aber nicht sein, dass das Wissen, welche Amtsstellen hier angesprochen werden müssen, der Bauherr mitbringen soll. Dieses Wissen ist im BVD vorhanden und das BVD soll nach Meinung der GPK seine Koordinationsaufgabe im Sinne einer verbesserten, ich meine, einer deutlich stärkeren Verbesserung noch wahrnehmen. Auch ein Dauerbrenner natürlich die gesetzlichen vorgegebenen Bearbeitungsfristen respektiere deren beträchtliche Überschreitungen. Das BGI hat letztes Jahr schon und auch jetzt in diesem Jahr Schritte unternommen zu einer verstärkten Digitalisierung und wir hoffen sehr, dass das zu einer deutlichen Verkürzung der Bearbeitungsfristen führt. Die Bauherren in diesem Kanton haben jetzt wirklich genug gelitten.

Ich möchte die verbleibende Zeit noch nutzen, um auf die IT in unserem Kanton einzugehen. Einerseits ist es zu begrüssen, dass der Regierungsrat die organisatorischen Schwächen der IT BS jetzt endlich anerkannte und mit dem Projekt «Pharos» eine Verbesserung der Situation anstrebt. Ein anderes Thema, wir haben jetzt mehrfach gehört, ist dieser Gang in die Microsoft-Cloud. Das ist nicht technisch eine schwierige Sache, sondern die politischen Rahmenbedingungen, die da mitspielen. Diese Server stehen zwar auf Schweizer Gebiet, unterstehen aber der Hoheit der amerikanischen Firma Microsoft und Amerika kann natürlich Zugriff auf die Daten verlangen. Dieser Zugriff kann auch bedeuten, dass ein Datenabfluss stattfinden kann. Es ist ja nicht auszuschliessen, dass gerade bei unseren grossen international tätigen Firmen potenziell Daten dieser Firma auf US-Servern landen. Wenn wir sehen, wie der amerikanische Präsident sehr kreativ und sehr erratisch auch Handelsschwierigkeiten vom Zaun zetteln kann, können wir nicht ausschliessen, dass er auch einmal auf Ideen kommt, hier solche Daten auf Microsoft-Servern anzuzapfen, oder was eben auch geschehen kann, dass er verlangt, dass Services blockiert werden. Wir haben jetzt bereits gehört, vor nicht allzu langer Zeit wurden die E-Mail-Konten des Chefanklägers des internationalen Strafgerichtshof einfach mal gesperrt. Wir wissen, der Regierungsrat ist sich dieser Risiken bewusst, er hat von einer US-Firma eine Risikoanalyse machen lassen. Als ich das hörte, kam mir komischerweise der Gedanke vom Bock und dem Gärtner in den Sinn, eine US-Firma, welche eine US-Firma beurteilt. Wir erwarten ganz deutlich, dass der Regierungsrat sich klar äussert, wie er mit diesen Restrisiken umgeht.

Wir anerkennen trotz dieser Bemerkungen, dass im vergangenen Jahr sehr viel gute Arbeit geleistet worden ist, Arbeit, welche erfolgreich zu Ende geführt wurden, welche naturgemäss eher weniger bei der GPK aufschlagen, und wir danken dem Regierungsrat und der Verwaltung für diese Arbeit. Wir danken auch ganz speziell unserer Kommissionssekretärin, ohne deren kompetente Arbeit dieser Bericht nicht in der vorliegenden Form hätte erscheinen können, und bitten Sie, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen. Ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Schaller, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Sie wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Danke, Beat Schaller, für die Annahme der Zwischenfrage. Ich wollte fragen, wenn sich die Nutzeranforderungen während eines Bauprojekts verändern, ist das ein Problem des Bauens oder des Nutzens und wie soll es gelöst werden?

Beat K. Schaller (SVP): Wenn diese Anforderungen vorher schon absehbar wären, dann ist es ganz klar eine Frage der Bauprojektierung, der Planung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Grüne/jgb ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Unsere Fraktion dankt dem Regierungsrat für den Jahresbericht und dankt der Verwaltung, den ausgelagerten Betrieben, den Kleeblattorganisationen und allen weiteren Involvierten für ihre Arbeit. Ich möchte auch meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Kommission danken für die gute Zusammenarbeit und auch dem Sekretariat, das wie immer einen sehr guten Job gemacht hat.

Ich möchte beginnen mit zwei Vorbemerkungen aufgrund der Debatte einerseits heute Morgen. Raoul Furlano ist zwar nicht da, aber er und einige andere haben hier zur grossen Selbstkasteiung angesetzt gegen den Grossen Rat, dass er die Ausgaben immer weiterwachsen lasse und sich endlich mal Disziplin verordnen soll. Das ist löblich, das ist gut, wenn man das macht, aber ich denke, als Kontrollorgan, und das Parlament ist ein Kontrollorgan, dürfen wir auch das vom Regierungsrat erwarten. Denn wir dürfen nicht vergessen, es gibt auch immer wieder sogenannte Kostenüberschreitungen und auch wenn es dann am Schluss einen angeblichen Mehrwert gibt, sind es immer noch Kostenüberschreitungen. Und in dem Sinn prospektiv auf die genannten Herausforderungen finanzieller Art hoffen wir auch, dass der Regierungsrat diesbezüglich das nötige Augenmass hat und Kostenüberschreitungen möglichst verhindert.

Dann möchte ich noch vorbemerken zu dem, was der Regierungspräsident und auch unser Kommissionspräsident gesagt hat bezüglich der Legislaturziele. Ich glaube, was man dort wirklich auch nochmal anschauen muss, ist, was passiert, wenn sich Legislaturziele widersprechen. Also wir haben ein Legislaturziel, dass das Klima betrifft, da geht es um die Senkung der Treibhausgasemissionen. Wir haben ein anderes Legislaturziel, wo es um die Förderung der Standortattraktivität geht. Beim einen lamentiert der Regierungsrat, dass die Senkung der Treibhausgasemissionen, wenig überraschend, eine grosse Herausforderung ist und vielleicht nicht so einfach zu erreichen ist. Beim anderen Legislaturziel freut er sich, dass der EuroAirport die Zahl der Flugdestinationen steigern konnte und leider noch nicht das Mass von 2019 erreicht hat. Also egal, wie man das jetzt bewertet, aber diese Ziele widersprechen sich ein bisschen. Mehr fliegen, auch wenn es Scope 3 vielleicht ist, sind einfach mehr Treibhausgasemissionen. Vielleicht muss man da auch noch anschauen, wie man das genaue Bewertungsraster dieser Legislaturziele anschaut.

Allgemein lässt sich sagen, wenn man gerade auch auf die letzten Monate zurückblickt, leben wir ein bisschen in einem Sommernachtstraum mit ESC, Art, EURO, alles schöne Feste. Der Regierungsrat kann repräsentieren, kann tanzen, kann restituieren, kann feiern. Wir können da mitmachen und ich glaube, das ist sehr schön, aber es gibt natürlich auch noch eine andere Seite dieses Sommernachtstraums und das sind die realen Welten, wo man immer wieder aufwacht und sieht, was eigentlich da ist. Und ich denke, die Geschäftsprüfungskommission ist der Ort, wo diese Kontrolle am meisten stattfindet und wo dieser Rechtfertigungsdruck manchmal hart, manchmal vielleicht mit mehr Augenmass auch stattfindet.

Wir haben ein wichtiges Thema, das alle Departemente betrifft. Wir haben es zum Teil in gewissen Departementen einzeln nochmals abgehandelt, aber ich denke, das ist wirklich eine grosse Herausforderung des Kantons, die in der Mitarbeitendenbefragung auch sichtbar wurde. Einerseits Zufriedenheit, die doch sehr ambivalent war in gewissen Teilen, vor allem wenn man auf die tieferen Ebenen geht. Dann ist es die Pensionierung, die stark zunehmen wird, wir haben das schon heute Morgen gehört, und dann, das war etwas das überraschendste für mich, auch die Fragen der Gesundheit. Ich denke, in einem ganzheitlichen Ansatz, gerade wenn der Regierungsrat an diesen ganzen Arbeitsmarktzulagen, der Arbeitgeberattraktivität arbeitet, sollte man das wirklich auch mitbedenken und wir hoffen da, dass er auch wirklich den Fokus legt, gerade wenn es um den Bereich Gesundheit geht.

Wenn ich jetzt die Debatte verfolge, eines der grossen Themen scheint diese Frage der IT zu sein. Lukas Faesch hat das, glaube ich, gesagt und wenn er es nicht war, war es jemand anderes, aber ich glaube, ich möchte das einfach nochmals unterstützen und unterstreichen, die Frage der Cybersecurity und dass die Cybersecurity wirklich auch gestärkt wird vom Kanton. Ich glaube, das ist ein wichtiges Anliegen der GPK und was man auch anschauen muss, das ist eine Geschichte, die wir schon seit Jahren verfolgen, ist eigentlich die Rolle der Datenschutzbeauftragten und wie diese Rolle auch gestärkt werden kann. Vielleicht braucht es auch keine Stärkung der Datenschutzbeauftragen, sondern es reicht eine wirklich starke Cybersecurity-Figur, das muss der Regierungsrat entscheiden.

Der zweite Punkt wurde auch angesprochen, das ist dieser Gang in die Cloud und ich denke, man muss, egal, wie man das dann politisch bewertet, wir sind eine Geschäftsprüfungskommission, wir müssen das aus einer Sicht anschauen, wie kontrollieren wir die Regierung, wie können wir, das Parlament, diese Kontrolle wahrnehmen. Die politische Debatte werden wir sicher führen. Ich möchte hier nur die drei Ebenen ansprechen, die uns wichtig erscheinen. Das eine ist die strategische Ebene und das ist der US-Zugriff auf unsere Daten. Wir haben dieses Gutachten gehört, ich hoffe, der Regierungsrat wird beide irgendwann veröffentlichen oder jemand beschafft sie sich, es gibt ja das Öffentlichkeitsgesetz, vielleicht hört das ja jemand von den Medien. Aber ich glaube, was bei diesen Gutachten, wir kennen nur das eine, was dort sicher fehlt, es konzentriert sich sehr auf den Cloud Act, aber diese Gemengelage, wir müssen jetzt noch drei Jahre diese Regierung irgendwie überstehen, aber was in dieser Gemengelage eigentlich noch wichtig ist, ist, dass auch anderseitig ein direkter

Zugriff auf die Daten besteht, nämlich über die Gesetze des Nachrichtendienstes. Und was in diesem Gutachten nämlich nicht vorkommt, ist die Frage, die darüber hinausgeht, weil wenn Sie via den Cloud Act oder den anderen Rechtsetzungen arbeiten, dann müssen Sie das vor Gericht anfechten. Der Staat könnte das machen, aber er muss es vor Gericht durchsetzen, bei allen geheimdienstlichen Aktivitäten muss er das nicht. Ich weiss nicht, wie es geregelt ist.

Der zweite Punkt sind Sanktionen, das wurde von Beat K. Schaller schon angesprochen. Da ist aus meiner Sicht nicht das Problem, ich glaube auch nicht, dass das passieren würde, dass man direkt irgendwie die Basler Regierung sanktionieren würde und dann würde man abstellen, sondern ich glaube, es ist wirklich dort, man muss sich das vorstellen, dass vielleicht im Dunstkreis der Schweiz oder von Basel, der Pharma, wir wissen, es kann ja alles Mögliche sein, eine Sanktionsmöglichkeit ausgesprochen wird und dann Microsoft, oder es könnte auch ein anderer Anbieter sein, aus sich heraus entscheidet, keine Dienstleistungen mehr anzubieten, weil sie Angst haben, dass sie sich strafbar machen gegenüber der amerikanischen Regierung und dort Entschädigungszahlungen, was auch immer, machen müssen. Das ist die eine Ebene.

Die zweite Ebene ist die technische Ebene. Da fehlt mir zurzeit noch ein bisschen die Grundlage. Also wir haben gesehen, Backup-Strategie, Exit-Strategie sind in Erarbeitung, ich hätte erwartet, dass die jetzt schon da sind, dass wir das schon sehen können, und vor allem auch, dass es einen Implementierungsplan gibt. Also mich würde interessieren, ich habe so ein bisschen gehört, dass jetzt im Herbst auch der Parlamentsdienst und weiss nicht, wer alles, hier umstellen muss, aber einen konkreten Plan haben wir dazu nicht gesehen. Gleiches gilt eigentlich für den Copilot, also das ist die KI von Microsoft. Wie diese implementiert wird und wie diese genutzt werden darf, ist mir nicht klar. Die letzte ist die staatsrechtliche Ebene. Hier frage ich mich, wie die Gewaltenteilung gewahrt werden soll und bei den Gerichten dann umgesetzt wird.

Vielleicht noch ein Lob an Tanja Soland. Ich glaube, sie hat eigentlich vieles richtig gemacht, weil in den letzten 20 Jahren hat man IT-mässig ein bisschen geschlafen. Man hat jetzt aber etwas gemacht. Leider hat man den Teufel mit Beelzebub ausgetrieben.

Noch ein letzter Punkt ich hoffe, das schaffe ich noch. Was uns auch beunruhigt, ist die Zusammenarbeit zwischen Baselland und Basel-Stadt. Ich denke, wenn man Räume kühlen könnte mit dem momentanen Klima zwischen den Regierungen, dann wäre es hier schön kalt. Das gilt für das Lufthygieneamt, das sich getrennt hat, das gilt für die Gesundheitsversorgung und wir erwarten wirklich, dass der Regierungsrat hier vorwärts macht.

Ich danke einfach noch den Gerichten, weil sie sich wirklich gut gehalten haben und unsere Empfehlungen umgesetzt haben, was man auch mal lobend erwähnen darf.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist meine letzte Rede vor der parlamentarischen Sommerpause.

Ich beantrage Rückweisung und Nichteintreten. Ich habe gestern Abend diesen Bericht gelesen, ich habe es leider vergessen, ich habe es erst gestern Abend gelesen und ich habe geglaubt, ich glaube meinen Augen nicht, was in diesem Bericht steht. Ich war eigentlich sehr traurig. In diesem Bericht, den wir jetzt diskutieren von der Geschäftsprüfungskommission, sind mehrere Seiten über den Grossrat Eric Weber. Ohne mich zu fragen, was ist der Grund. Auf Seite 13 und 14 komme ich vor. Ich kann mich kurzfassen, aber ich möchte den Grund wissen, warum ich auf zwei Seiten, auf der Seite 13 und 14 vorkomme. Warum bin ich in diesem Bericht? Warum ist es zu dieser Aktion gekommen?

Man hätte mich fragen können, aber darum sage ich das jetzt noch, es ist so, ein Freund von mir hat das Wahlcouvert weggeworfen und dann hat der Freund im Rathaus ein neues Couvert geholt und die Staatsschreiberin hat mich angezeigt. Darum war ich so überrascht wegen dieser Sache. Sie wissen ganz genau, dass Sie auch einmal das Handy irgendwo verlieren oder den Geldbeutel verlieren und es gibt halt Leute, obwohl sie wissen, dass sie mich wählen müssen, die das Couvert wegwerfen. Und dann habe ich die Anzeige bekommen. Und es ist nicht kriminell, wenn man mit einem Freund ins Wahlbüro geht. Das Wahlbüro hat dann gesagt, Herr Weber, Sie müssen draussen warten. Dann haben sie den Mann in die Zange genommen, der Mann war auch schon älter und dann kam die Anzeige von Frau Schüpbach. Darum gab es die Aktion von mir am 20. Oktober 2024.

Das wäre es gewesen. Ich wünsche allen Abgeordneten einen schönen Sommer. Ich komme nicht mit auf die Grossratsreise, wir sehen uns wieder am 10. September.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir sind mit den Sprechenden durch. Der Präsident des Gerichtsrates verzichtet. Damit hat Regierungsrat Cramer das Wort. Er verzichtet ebenfalls. Der Präsident der GPK wünscht das Wort.

Tim Cuénod (SP): Vielen Dank für die konstruktive Debatte an alle, die sich beteiligt haben. Sie alle, die unserer Kommission nicht angehören, haben aufgrund der unterschiedlichen Schwerpunkte der Voten sehen können, dass uns natürlich unterschiedliche Themen und Empfehlungen unterschiedlich wichtig sind. Und doch fällt auf, wir alle stehen zu diesen Empfehlungen, es ist eine gewisse Leidenschaft spürbar und es geht uns allen um die Sache, um konstruktive Kritik und die Verbesserung der Arbeit von Regierung und Verwaltung. Wir sind stets bemüht auszusprechen, was ist und nichts zu beschönigen und zu bemänteln, und wir sind im gleichen Masse bemüht, stets sachlich zu sein und jeden Eindruck zu vermeiden, ein untersuchtes Thema aus machtpolitischen Gründen zu instrumentalisieren. Natürlich ringen wir oft um unsere Prioritäten, um das richtige Vorgehen und um konkrete Formulierungen, aber vor allem sind wir ein wirklich gutes Team mit einer heute häufig schon genannten ausgezeichneten Kommissionssekretärin. Ausdrücklich danken möchte ich dabei auch dem einzigen Sprecher aus der Kommission, der heute uns in seinem Votum ein wenig kritisiert und auch einen konkreten Vorschlag eingebracht hat.

Ich möchte noch einige Anmerkungen machen zu dem, was Regierungspräsident Cramer gesagt hat. Wenn uns messbare Ziele und Indikatoren wichtig sind, dann liegt das nicht daran, dass wir alles quantitative Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wären, also Mathematikerinnen, Naturwissenschaftler, IT-Fachleute oder Ökonomen, und doch sind wir und ich insbesondere ein grosser Fan klarer Ziele, die auch messbar sind. Ich möchte das anhand der beiden Beispiele erläutern, auf die Herr Regierungspräsident Cramer vorhin eingegangen ist.

Es war gut, dass sich der Regierungsrat zu Beginn der abgelaufenen Legislatur das Ziel gestellt hat, dass mehr Jugendliche und junge Erwachsene einen Sek 2-Abschluss erzielen sollen, denn wir sind der Kanton, in dem am meisten Jugendliche und junge Erwachsene heute weder eine Lehre abschliessen noch eine Schule mit Maturität verlassen. Man hat dabei allerdings die Massnahmen erst offenbar 2023 ausgearbeitet und wichtig ist, dass der Indikator vielleicht nicht optimal gewählt war. Es ist zwar ein Bundesziel, dass man sagt, es sollten über 95 Prozent der 25-jährigen einen Sek 2-Abschluss erreichen, aber wie Herr Regierungspräsident Cramer richtig erwähnt hat, man kann Erfolge erst ungefähr nach zehn Jahren messen. Da wäre es vielleicht auch sinnvoll zu schauen, wie es aussieht bei den 20-jährigen, wie hoch ist die Zahl der 20-jährigen, die einen Sek 2-Abschluss erzielen und wie verändert sich diese Zahl. Das wäre sicher noch ein etwas sinnvollerer Indikator, weil sich Erfolge schnell messen liessen. Es ist natürlich etwas anders als das Bundesziel, aber so lassen sich Indikatoren, denke ich, auch verbessern.

Ich bin ausdrücklich der Meinung, dass vieles sich messen lässt, wenn man wirklich sinnvolle Indikatoren aussucht. Zum Beispiel auch die genannte Attraktivitätssteigerung der Innenstadt. Man könnte sich zum Beispiel das Ziel setzen, innerhalb eines Jahres sechs Strassenzüge mit 1,1 Kilometer Länge aufzuwerten oder man könnte sich zum Ziel setzen, dass die Abwärtstendenz bei der Zahl der Innenstadt-Besuchenden gestoppt wird und die Zahl der Besuchenden in der Innenstadt an einem Samstagnachmittag mindestens stabilisiert wird oder sagen wir, um 5 Prozent erhöht wird. Man könnte die Zahl der Veranstaltungen in der Innenstadt messen und vieles mehr. Also sogar bei einem solchen Ziel liesse sich schon in Prosa einiges machen, es liessen sich quantitative Ziele aufstellen und sie könnten auch durchaus sinnvoll sein. Wir finden es, wie gesagt, wichtig, dass man sich klare Ziele setzt und dass die auch möglichst messbar sind.

Wir haben mit ein bisschen Pathos auch einen hohen Anspruch formuliert, dass wir hin und wieder Licht ins Dunkle bringen müssen. Ganz so düster ist es nun in der Regierung und der Verwaltung nicht überall. Es ist nicht überall dunkel, aber es ist auch wichtig, dass wir einen wichtigen Beitrag leisten, um Transparenz herzustellen und mit der Formulierung ist auch vielleicht ein gewisser aufklärischer Anspruch verbunden. Regierung und Verwaltung sollen keine obskur charismatische Geheimwissenschaft sein. Entscheidend ist nicht, dass Regierungsmitglieder durch performative Leistungen glänzen, entscheidend ist, dass die kantonale Verwaltung im Interesse aller Baslerinnen und Basler gut funktioniert, Regierungsrat und Verwaltung sich sinnvolle Ziele setzen, diese im Augen behalten, für ihre Ziele auch Rechenschaft ablegen und dass man hier an dieser Stelle gut darüber diskutieren kann. Wir versuchen in diesem Sinne als Geschäftsprüfungskommission unseren Beitrag zu leisten.

Ich danke allen, die sich an der heutigen Debatte in irgendeiner Form beteiligt haben und insbesondere natürlich an der Arbeit der GPK im vergangenen Jahr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen.

Herr Weber hat Eintreten bestritten. Dies ist aber obligatorisch und kann nicht angefochten werden. Deshalb kommen wir zu seinem Rückweisungsantrag. Er beantragt, diesen an die GPK zurückzuweisen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Rückweisung an die GPK JA, nicht zurückweisen NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 88 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006841, 25.06.25 16:41:17]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 88 Nein-Stimmen gegen 2 Ja-Stimmen.

Detailberatung des GPK-Berichts und des Jahresberichts des Regierungsrates.

Wir kommen zum Präsidialdepartement. Herr Cramer, wünschen Sie das Wort? Er verzichtet. Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Somit ist dieses Departement erledigt.

Wir kommen zum Bau- und Verkehrsdepartement. Frau Keller verzichtet. Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen.

Erziehungsdepartement. Ich habe auch hier keine Sprechenden eingetragen.

Finanzdepartement. Hier gibt es eine Wortmeldung von Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Vielen Dank, dass ich hier kurz sprechen darf. Mir wurde nachgeflüstert, es geht sicher um die Cloud, nicht ganz korrekt, es geht nicht um die Lagerung an der Cloud, sondern es geht um den Standort und den Zugriff auf die Cloud. Vielen Dank an die GPK, dass sie das Thema aufgenommen hat, es hat mich sehr gefreut, dass Sie diesem Thema die Gewichtigkeit geben, die es effektiv hat.

Es sind die Daten unserer aller und dieser Datenschutz hat auch enorm viel mit Vertrauen zu tun und Vertrauen, das stärkt man durch Transparenz. Wir müssen diese Transparenz schaffen. Ich habe mit Interesse vernommen, dem GPK-Bericht und auch dem Bericht der Finanzkommission, dass zwei Gutachten erstellt wurden. Einerseits eines zur Rechtsgrundlage. Ich vermerke hier ein Artikel im IDG mit einem Satz, in dem es um die Auslagerung geht, und ein zweites Gutachten, das haben wir ja schon gehört, von einer US-Kanzlei zum Cloud Act. Ich denke, wir müssen hier Transparenz schaffen und es wäre wirklich gut, wenn wir Zugang zu diesen Gutachten erhalten. Ich mache das nicht ganz ohne Eigennutz. Natürlich gerade im Hinblick auf meine Motion würde mich das Gutachten zur Rechtsgrundlage enorm interessieren, weil es nützlich sein könnte in der Argumentation, und ich bin auch sicher, dass die Regierung hier auf dieses Gutachten zurückgreifen wird.

Dann möchte ich einfach nochmal, weil es gerade heute in den Nachrichten war, ein bisschen um Nachsicht bitten und auch ein bisschen Verständnis schaffen, dass heute Microsoft so häufig in unseren Mündern war und auch viel dazu berichtet wurde. Verträge mit US-Firmen haben einen schweren Stand, zu Recht. Wir haben jetzt gehört, bei den Kampfjets, das seien Pauschalpreise, nun zeichnet sich ab, dass es doch vielleicht nicht Pauschalpreise sind und alles ein bisschen anders wird. Ich glaube, wir müssen einfach ganz vorsichtig sein. Wir haben hier eine sehr spezielle Weltlage, eine spezielle Situation und es ist gut, wenn man hier eine Extraportion Sicherheit, eine Extraportion Risikobewusstsein entwickelt. Wir müssen wirklich darauf achten, dass unsere Daten geschützt sind und es sind nicht nur die Cyberangriffe, das ist wie eine andere Schutzsache. Unser Datenschutz, das hat Tonja Zürcher sehr schön gesagt, unser Datenschutz beinhaltet halt nicht nur das, sondern es beinhaltet auch ein möglicher Zugriff durch andere Regierungen und beides müssen wir verhindern. Es ist natürlich toll, dass die Regierung grundsätzlich bereit ist, das Restrisiko zu übernehmen, aber das wird nicht ausreichen.

Dann nehme ich es vorweg, bei den Gerichten, es war sehr spannend zu hören, dass hier offenbar eine Lösung gefunden wird oder an der Lösung gearbeitet wird. Ich möchte hier einfach darauf hinweisen, falls eine Zürcher Lösung angedacht ist, Zürich hat eine Lösung gewählt mit einer Zürcher Cloud, in der Fachliteratur ist das hoch umstritten und ich hoffe sehr, dass wir in Basel einen besseren Finish machen als in Zürich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Soland wünscht das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Vielleicht nur kurz, weil heute ja auch die Journalisten aufgefordert wurden, diese Gutachten doch bitte herauszuverlangen. Selbstverständlich kann das der Grosse Rat auch selbst, auch die Kommissionen. Wie Sie vielleicht dem Artikel von Patrick Rudin entnehmen konnten in der BZ, hat er Einsicht erhalten in dieses Gutachten

dieser amerikanischen Kanzlei. Die hat uns leider eine Klausel in den Vertrag genommen, dass es uns verboten ist, diese zu publizieren. Warum hat sie das gemacht, nicht wohl aus Gründen, weil sie nicht transparent sein möchten oder damit wir das nicht können, das sind wahrscheinlich finanzielle Hintergründe. Es wäre wahrscheinlich auch viel teurer geworden, haben sie uns gesagt, wenn wir das wollen, müssten wir das nochmal anschauen. Da sehen Sie, da waren wir nicht so gut im Verhandeln, kann man uns vorwerfen, sonst hätten wir das natürlich auch gemacht und dann hätte der Journalist die nicht bei uns anschauen müssen. Das ist die Problematik. Daher müssen die Journalisten, sie können es versuchen, aber das Problem ist, dass die auf diese Klausel bestanden haben. Wenn Sie da ein öffentliches Gutachten wollen, dann müssen wir das nochmal einholen bzw. dann wahrscheinlich auch schauen, wie dann die Kosten sind und wer das macht. Einfach damit Sie das schon wissen.

Das zweite ist, glaube ich, von, wenn mich nicht alles täuscht, der Kanzlei Vischer wahrscheinlich, da werde ich schauen. Ich nehme an, wenn eine Kommission das will, kann sie es sagen, ich muss nachschauen, was dort die Klauseln sind. Wir können es nicht immer selber bestimmen, die Gegenseite hat da manchmal auch ein gewisses finanzielles Interesse, muss ich Ihnen sagen, weil wenn Sie ein Gutachten machen und nachher profitieren alle Kantone, alle Verwaltungen davon, ist das vielleicht eine andere Voraussetzung, als wenn Sie es nur für eine Verwaltung machen. Aber selbstverständlich können Sie das über die Kommissionen heraus verlangen, da müssen Sie nicht über die Journalisten gehen. Wir schauen das nochmals nach, ob wir das können, aber beim einen muss ich Ihnen sagen, das kann ich nicht von mir aus veröffentlichen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Sprecher der GPK verzichtet auf ein Votum.

Deshalb gehen wir zum Gesundheitsdepartement. Der Departementsvorsteher verzichtet ebenfalls. Ich habe keine Sprechenden eingetragen und der Präsident der GPK verzichtet ebenfalls.

Somit kommen wir zum JSD. Frau Eymann verzichtet auf ein Votum. David Jenny hat sich als Sprecher gemeldet.

David Jenny (FDP): Der GPK-Präsident hat schön gesagt, die GPK beschönige nichts. Wenn ich jetzt mir die Seiten 63 bis 65 zu den Demonstrationen anschaue, dann glaube ich doch, dass ein bisschen beschönigt wird oder nach dem Motto, aus der Statistik, aus dem Sinn oder vielleicht ein bisschen netter gesagt, andere Statistik, anderer Sinn. Da wird suggeriert, ja gut, wenn man das ein bisschen anders darstellt in der Statistik, dann kommt dann das Publikum zum Schluss, das sei überhaupt nicht so beeinträchtigend mit diesen Demonstrationen. Herr Pfister hat gesagt, ja, je mehr Demos, desto lebendiger die Demokratie. Das ist seine Beurteilung, aus meiner Sicht gibt es Demonstrationen und Demonstrationen. Es gibt bewilligte Demonstrationen, die friedlich ablaufen, die sich an Routen halten, und es gibt auch gewisse andere Demonstrationen. Dann hat Herr Cuénod ja jetzt vorgeschlagen, als messbares Ziel mehr Innenstadtbesucher und ich hoffe, er hat nicht gedacht an mehr Demonstranten, sondern auch an Besucherinnen und Besucher, die auch unsere Geschäfte nutzen in der Innenstadt.

Und ich meine, Wirtschafts- und Eigentumsfreiheit sind auch Grundrechte, das wird auf der linken Seite meist so nicht gesehen. Und da hat es gewisse Vorschläge, pseudonyme Eingaben. Es wird gesagt, es ein Riesenhindernis, einen Ausweis hochzuladen. Ja gut, ich hätte auch Verständnis, wenn man auf einem Polizeiposten diesen vorlegen kann, aber was heisst Pseudonym, da wird irgendein Alias verwendet. Ja gut, wenn das nur ein Deckname ist und der richtige Name ist der Polizei immer noch bekannt, wer verantwortlich ist, oder soll man jetzt zukünftig einfach unter Che Guevara, Rosa Luxemburg, Karl Marx sich anmelden dürfen? Das ist ja wirklich eine Umgehung auch dieses Bewilligungsverfahrens und dieses Bewilligungsverfahren ist zulässig. Ich glaube, es wird dann gesagt, Förderung von Ansprechpersonen, also wenn das durch diese Pseudonymität sein soll, ist das eine ziemliche Pseudo-Massnahme, die wirklich einfach das Bewilligungserfordernis in das Leere laufen lässt. Und da bin ich schon ein bisschen erstaunt, dass da offensichtlich die gesamte GPK dem so zustimmt.

Und dann wird am Schluss gesagt, dass die Kommunikation zur Demostatistik noch differenzierter nach Grösse der Demonstration erfolgt, ja gut, das kann man, sowie Aussagen zu Aufwand und Einschränkungen in Kontext, ja, in welchen Kontext gesetzt werden? Ich meine, dann kommt es nur noch auf die Qualität der Medienmitteilung an und Sie glauben wirklich, dass die Personen, die zum Beispiel am Samstag in unserer Innenstadt sind, mit dem Tram fahren, dann kommen alle Durchsagen, welche Tramlinien jetzt nicht fahren können, dass die dann sagen, ja, ich lese die Medienmitteilung nachher und dann bin ich beruhigt, es war nicht so einschränkend. Das ist doch relativ naiv. Ich glaube, bei besseren Absprachen mit Ansprechpersonen, die man kennt, kann wahrscheinlich auch die BVB und die Polizei viel besser beurteilen, was wirklich im öffentlichen Verkehr einzuschränken ist. Also ich glaube, auf diesen Seiten hat die GPK kräftig beschönigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): David Jenny, vielen Dank für den Debattenbeitrag, den ich gerne aufnehme. Zuerst zum Thema der Anmeldung. Die GPK hat in diesen verschiedenen Hearings auch mit der Polizei diskutiert und hat dort auch eine gewisse Offenheit dafür gespürt, insbesondere beim neuen Kommandanten, dass man auch einen pragmatischen Weg gehen will, um Demonstrationen einigermassen im Rahmen abhalten zu können, und da gehört auch dazu, dass es einfache Bewilligungsmöglichkeiten gibt. Das ist vielleicht aus einer privilegierten Position nicht so nachzuvollziehen, aber da können sehr viele Nachteile daraus bestehen und es wäre sehr hilfreich, um hier konstruktiv mit den Leuten zu sprechen, hier Vertrauen aufzubauen zwischen der Polizei und Demonstrantinnen und Demonstranten. Da sind wir auch nicht blauäugig, natürlich ist das nicht mit allen Demonstrant*innen möglich, aber es geht darum, welche Kultur man hat und wie man das versucht zu lösen.

Zum Thema der Trams, die ja offenbar das grösste Problem sind an Demonstrationen, dort haben wir das auch diskutiert. Ich glaube, das ist wahrscheinlich im Bericht nicht aufgenommen worden, aber dort ist das Thema, dass wir auch anregen, dass die BVB hier auch nicht grossräumig absperrt, sondern dass man hier auch pragmatische Wege findet. Das geschieht ja zum Teil auch mit der Auswahl der Demorouten und unsere Erfahrung war oder unser Eindruck war, dass man immer gerade grossräumig abgesperrt hat und das ist natürlich nicht im Interesse der gesamten Gesellschaft.

Dann zu der Demostatistik. Dort geht es darum, dass das JSD tatsächlich unsere Anregung aufgenommen hat und die Demostatistik angepasst hat. Es ist natürlich komplett ein Unterschied, ob es eine unbewilligte Demo ist oder ob es eine Mahnwache ist von irgendwie zehn Leuten, und in der bisherigen Kommunikation und auch Darstellung wurde das alles in den gleichen Topf geworfen. Und das ist dann die Frage, das zeigt sich ja auch, dass das dann politisch anders diskutiert wird, als wenn man das genau aufschlüsselt, und dann hat das JSD tatsächlich in der letzten Kommunikation hinten alles schön aufgeschlüsselt, sehr verdankenswerterweise, aber hat vorne in der Grafik diese Unterscheidungen dann doch nicht gemacht. Und das war das Problem und das haben wir diskutiert, weil es genau wichtig ist, über was diskutieren wir, diskutieren wir über eine unbewilligte Demo an jedem Tag oder sind es 20, wie es, glaube ich, das letzte Jahr waren, sind das unbewilligte Demos von 5'000 Leuten, die die ganze Stadt blockieren, oder sind es 20 Nasen, die irgendwo eine Standkundgebung durchführen. Genau darum, zur Versachlichung des Diskurses sind diese Anregungen gedacht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Noch eine kleine Ergänzung zu dem, was Pascal Pfister gesagt hat. Ich denke, die Frage bei den Demonstrationen, wie Sie sie aufgebracht haben, die ist berechtigt, ich sehe den Punkt. Ich glaube, für uns als Aufsicht, wir erhalten diese Statistik und wir müssen ja etwas aus dieser Statistik lesen können. Eine Statistik, die keinen Mehrwert hat, braucht es nicht, die müssen wir nicht veröffentlichen. Wenn wir jetzt die Demostatistik anschauen, dann sehen wir, 40 Tage für das Leben. Das ist so eine Mahnwache von Abtreibungsgegnerinnen und -gegnern, die 40-mal stattfand und die 40-mal in der Statistik auftaucht. Und da geht es nicht um die politische Bewertung, was hält man jetzt von Demos oder nicht, sondern es geht um die Frage, hat die Polizei, haben weitere Behörden dadurch einen Aufwand und wenn ja, welchen. Gerade im Hinblick auf die Frage der Lage der Polizei, wie viel Aufwand, wie viel Ressourcen muss die Polizei brauchen, um all diese Demonstrationen, Mahnwachen zu organisieren. Und ich glaube, das ist eine berechtigte Frage, dass man dem JSD sagt, es ist gut, Sie veröffentlichen das, aber wir müssen ja ein bisschen wissen, was heisst das dann für Sie, weil das hat ja dann wieder Rückwirkungen auf uns. Und ob das jetzt 100 oder 200 sind, spielt vielleicht nicht so eine Rolle, die Frage ist nicht so, welche Zahl haben wir, sondern was löst diese aus und ich denke, das ist entscheidend für uns.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Eymann verzichtet auf ein Votum. Tim Cuénod möchte nochmal etwas sagen.

Tim Cuénod (SP): Ich möchte nochmal erläutern, weswegen wir diese Empfehlung so formuliert haben in Bezug auf die Statistik. Wir sind sehr dankbar, dass man in der statistischen Erfassung Fortschritte gemacht hat und dass wir Einsicht hatten auch in die Liste der Demonstrationen, der Standkundgebungen und Mahnwachen.

Wenn der erste Satz einer Medienmitteilung ist, dass im Jahr 2024 im Kanton Basel-Stadt insgesamt 326 Demonstrationen, Standkundgebungen und Mahnwachen stattfanden, während es im Vorjahr 242 waren, dann erhält die Leserin oder der Leser den Eindruck, es gebe eine massive Zunahme an Demonstrationen, fast jeden Tag eine Demonstration in Basel. Und da, und da waren wir uns als GPK einig, braucht es eine etwas differenziertere Kommunikation, weil es macht einen Unterschied, ob drei Personen vor dem Universitätsspital gegen Schwangerschaftsabbrüche demonstrieren oder ob sieben, acht Leute eine Mahnwache für die Ukraine machen oder ob jetzt eben 5'000 Leute an einer Kundgebung teilnehmen. Und deswegen erwarten wir eine differenziertere Kommunikation, da sind wir uns alle einig.

Ich äussere mich nicht hier als GPK-Präsident zu den strittigen Themen, aber wir sind um Sachlichkeit bemüht und wir wollen nichts beschönigen und bemänteln. Wenn jemand von uns einfordert, wie sollen uns mit der Frage auseinandersetzen oder wir uns das selber zur Aufgabe machen, wie die Zahl der Störungen des öffentlichen Verkehrs in der Innenstadt reduziert werden könnte oder weswegen es so viel Störung gibt, dann würden wir uns dieser Frage selbstverständlich annehmen und dazu sind wir auch in der Lage. Aber ich wehre mich entschieden gegen den Vorwurf, wir würden hier in irgendeiner Beziehung irgendetwas beschönigen oder bemänteln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wird zur Staatsanwaltschaft. Frau Eymann verzichtet. Es gibt keine Wortmeldungen. Herr Cuénod verzichtet ebenfalls.

Somit kommen wir zum Gerichtsrat und die Gerichte. Der Präsident verzichtet, Herr Cuénod verzichtet ebenfalls. Ich habe keine Sprechenden eingetragen.

Somit kommen wir zu den Bemerkungen zum Bericht der Ombudsstelle, Finanzkontrolle und der Datenschutzbeauftragten. Herr Cuénod verzichtet. Ich habe keine Sprechenden eingetragen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 77 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Genehmigung Jahresbericht des Regierungsrates

2. Genehmigungsbericht des Gerichtsrates und der Gerichte

3. Genehmigungsbericht der GPK

4. Kenntnisnahme der Feststellungen, Empfehlungen, Forderungen der GPK

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006843, 25.06.25 17:01:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Jahresbericht 2024 des Regierungsrats wird genehmigt.

2. Der Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte für das Jahr 2024 wird genehmigt.

3. Der Bericht der GPK für das Jahr 2024 wird genehmigt.

4. Die Feststellungen, Empfehlungen und Forderungen im Bericht der GPK werden in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 95 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

6. Kantonale Volksinitiative "für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)", Bericht des RR

[25.06.25 17:01:40, 24.0496.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Regiokommission beantragt, die Initiative ohne Gegenvorschlag der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Annahme vorzulegen.

Für die Kommission das Wort hat Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Ich bleibe hier sitzen, weil mein Präsident in der Regiokommission heute krankheitsbedingt abwesend ist, und als sein Vizepräsident springe ich ein und verlese nun seinen Bericht. Ich berichte Ihnen mündlich über die Behandlung und den Beschluss der Regiokommission zur kantonalen Volksinitiative für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa).

Im Namen der Regiokommission beantrage ich Ihnen im Einklang mit dem Regierungsrat, die Initiative «Zämme in Europa» der Gesamtheit der Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen. Der Grosse Rat hat mit Beschluss vom 18.09.2024 die Initiative der Regiokommission gemäss Artikel 18 Abs. 3 lit. b des Gesetzes betreffend Initiative und Referendum zur Berichterstattung überwiesen. Der Regierungsrat legte Ihnen Ende Februar 2025 den Bericht vor und Sie haben diesen am 9. April der Regiokommission zur Berichterstattung überwiesen. Ein voraussichtlicher Abstimmungstermin für die Initiative ist voraussichtlich bereits der 28. September 2025.

Die Regiokommission hat an ihrer Sitzung vom 23. Mai sowohl das Präsidialdepartement als auch das Initiativkomitee angehört. Die Initiative fordert, dass die Kantonsverfassung um Artikel 2 Abs. 4 wie nachfolgend ergänzt wird: Der Kanton setzt sich für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern ein.

Die Initiative wurde ursprünglich vor dem Hintergrund des Abbruchs der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen 2021 zwischen der Schweiz und der EU eingereicht. Aufgrund des inzwischen vorliegenden Vertragspaketes zwischen der Schweiz und der EU wurde das nationale Pendant zur kantonalen Initiative zurückgezogen. Vor dem aktuellen geopolitischen Hintergrund ist für das Initiativkomitee eine verlässliche Partnerschaft mit guten und stabilen Verhältnissen wichtiger denn je. Mit der Initiative soll die Basler Regierung ein starkes Signal in die Schweiz aussenden, wie wichtig stabile und gute Beziehungen mit der Europäischen Union für die Region sind. Der Abstimmungstermin fällt Ende September mitten in das Vernehmlassungsverfahren zum Vertragspaket Schweiz/EU. Die Initianten erhoffen sich durchaus ein deutliches Zeichen aus der Region Basel für stabile und gute Beziehung.

Der Regierungsrat stellt sich weitgehend hinter die Argumentation der Initianten. Stabile und gute Beziehungen sind für die trinationale Region Basel besonders zentral. Der Regierungsrat begrüsst die Initiative und erhofft sich dabei, auf die Unterstützung der Bevölkerung zählen zu können. Die Forderung auf Verfassungsebene entspreche bereits der heutigen Realität der Regierungstätigkeit. Mit der Initiative würde dem Regierungsrat zusätzlich der Rücken gestärkt, sich in der Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen für stabile und gute Beziehungen mit EU im Namen der Basler Bevölkerung einzusetzen.

Die Regiokommission hielt deutlich und einstimmig fest, dass gute und stabile Beziehungen zu unseren Nachbarn und der Europäischen Union im Interesse der hiesigen Bevölkerung und Wirtschaft sind. Uneinig war sich die Regiokommission, ob die Verankerung des Anliegens in der Verfassung der Sache dienlich ist. Einerseits besteht die Gefahr, dass die Initiative abgelehnt wird und andererseits könnten sich die Verhältnisse in der EU ändern. Würde die Initiative mit nur einer geringen Mehrheit angenommen oder gar abgelehnt, wäre das Signal an unserer Miteidgenossinnen und Miteidgenossen wenig erbaulich. In der Sache hätte man damit weniger gewonnen als verloren. Dass sich die Fäden in der EU dahingehend ändern und dass eine gute und stabile Zusammenarbeit nicht mehr dienlich wäre, dieses Risiko stuft die Regiokommission eher gering ein. So verfügt die EU über starke, wenn auch etwas schwerfällige Institutionen, die eine populistische, antidemokratische Wende verhindern können.

Die Regiokommission stellt zudem fest, dass ein gutes Verhältnis zu den unmittelbaren Nachbarn im Elsass und in Baden auch ohne die übergeordnete Ebene der europäischen Zusammenarbeit möglich wäre. Zusammen mit unseren Nachbarn im Oberrheinrat, im Distriktrat, im trinationalen Eurodistrikt und im direkten Austausch stellt die Regiokommission vielfach fest, das geregelte Verhältnis auf der übergeordneten Ebene für die Vertiefung der Beziehungen auf der alltäglichen Ebene nützlich, wenn nicht sogar zwingend sind. Denn die Erosion der Beziehungen zu den Nachbarn, wie wir sie seit dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen erlebt haben, ich denke da an Horizon und andere Elemente der Marktzugangsbeschränkung, führt zu einer schleichenden Erosion der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen über die Grenzen hinweg. Die ersten Anzeichen dieser Erosion konnten, wie schon erwähnt, bei Horizon und EPICUR bei der Universität oder dem Aussetzen der gegenseitigen Anerkennung von

Konformitätsbewertungen (Mutual Recognition Agreement, MRA) festgestellt werden. Der Prozess der Erosion erfolgt langsam und schleichend. Er beginnt auf der ersten benannten technischen Ebene, wird aber letztendlich auch mit dem Alltag unserer trinationalen Region manifestieren. Stellen Sie sich nur einmal vor, was ein Austritt aus dem Schengen-Abkommen für einen Badeausflug über die Grenze bedeuten würde. Beim Zoll Otterbach oder dem Rheinuferweg nach Huningue würde es sich um eine Schengen-Aussengrenze handeln.

Nachdem ich nun einige Risiken genannt habe, möchte ich auch auf die Chancen zu sprechen kommen. Die Universität, der Gesundheitsraum, die Wirtschaft, wir alle profitieren von der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn. In der Kooperation über die Grenzen hinweg, im funktionalen Raum um Basel herum bieten sich Chancen, die es in einer globalisierten Welt zu ergreifen gilt. Für diese Zusammenarbeit sind klare Spielregeln erforderlich, um die es massgeblich beim Vertragspaket mit der EU geht. Genannt seien hierzu erneut die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertungen (MRA), welche ganz konkret für die Entwicklung der hiesigen Branche von zentraler Bedeutung ist. Weiter geht es um die künftigen Herausforderungen wie ein Stromabkommen, die Lebensmittelsicherheit und die Gesundheit sowie die Mechanismen in der Zusammenarbeit.

Zur Personenfreizügigkeit möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen, dass ein beachtlicher Teil unserer Erwerbstätigen aus Bürgerinnen und Bürgern der EU-Staaten besteht. Es ist im Interesse unser aller hier Lebenden, ein gutes Miteinander zu pflegen und den Alltag über die kaum noch sichtbaren Grenzen zu pflegen. Die Regiokommission möchte unterstützend darauf hinwirken, dass die übrige Schweiz die Realität der Grenzregion wahrnimmt und deshalb ein positives Bild in unser Land aussenden.

Wie ich Ihnen bereits erläutert habe, unterstützt die Regiokommission mit grosser Mehrheit das Anliegen guter und stabiler Beziehungen mit den Nachbarn und der europäischen Union. Sie spricht sich damit im Einklang mit den Initianten und Initiantinnen sowie dem Regierungsrat für die Initiative aus. Mit der Initiative wird an der heutigen Praxis weitgehend nichts geändert. Es geht hier um die Signalwirkung, dass in Basel-Stadt die Bevölkerung hinter den guten und stabilen Beziehungen mit der EU steht. Auch wenn unsere Region in Bundesbern, wie andere Grenzregionen auch, als etwas eigenartig in der Schweiz am Rande wahrgenommen wird, kann hiermit ein Zeichen in der innenpolitischen Debatte gesetzt werden. Nicht zu vergessen ist die Relevanz des Kantons in Bern. Erhält unser Regierungsrat einen klaren Volksauftrag, kann er sein Anliegen weiterhin mit Vehemenz in den Direktorenkonferenzen einbringen. Gelingt es uns, unter den Kantonen namhafte Verbündete zu finden, das ja übrigens auch geschehen ist, auch schon in den letzten Jahren, als es darum ging, dafür zu sorgen, dass es eben bald ein neues Vertragspaket wieder zwischen der Schweiz und der EU gibt, wenn das gelingt, kann den Stimmen aus den Grenzregionen mehr Gewicht verliehen werden.

Die Regiokommission empfiehlt Ihnen mit neun zu einer Stimme bei einer Enthaltung, die kantonale Volksinitiative «Zämme in Europa» den Stimmberechtigten mit Empfehlung auf Annahme vorzulegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungspräsident Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Dem beherzten Votum des Sprechers der Regiokommission kann ich mich nur anschliessen und habe auch nicht viel zu ergänzen, da er alle Argumente, die für Annahme dieser programmatischen Initiative sprechen, aufgeführt hat. Ich möchte deshalb nochmals betonen, auch aus Sicht des Regierungsrats, dass gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und unseren Nachbarländern für den Kanton Basel-Stadt besonders elementar sind. Das ist allein schon geografisch so. Es ist zusätzlich jetzt auch nochmal geopolitisch wichtiger geworden in den letzten Jahren und Monaten. Sie kennen auch die ja immer wieder beeindruckenden Fakten und Zahlen. Wir teilen fast zwei Drittel unserer Kantonsgrenze mit den Nachbarländern Frankreich und Deutschland, damit mit der EU, und wir sind ja vor allem ein Exporteur in die EU. Rund 44 Milliarden führen wir aus an Exporten in die EU als Basel-Stadt und die Einfuhren betragen rund 30 Milliarden Franken. Auf schweizweiter Stufe ist dieses Verhältnis ein anderes, für uns ist also die EU auch als Wirtschafts- und Handelspartner nochmals bedeutsamer, als sie es ohnehin für die ganze Schweiz schon ist.

Auch klar ist, das wissen wir auch alle, wenn wir mit Exponentinnen und Exponenten unserer Wirtschaftsunternehmen reden, dass die bilateralen Verträge massgeblich zum Erfolg und zur Wettbewerbsfähigkeit unserer regionalen Wirtschaft beitragen. Sie sind auch entscheidend für unseren Bildungs-, für unseren Forschungs- und für unseren Innovationsstandort, auch da sind wir besonders exponiert, nochmals exponierter, als es die Schweiz ohnehin schon ist. Und natürlich auch entscheidend sind die Beziehungen, die Arten, wie die Grenzen eben offen oder weniger offen sind, für den Alltag in unserer trinationalen Region, für unsere sozialen Beziehungen, die wir über Landesgrenzen hinausführen.

Entsprechend ist es für den Regierungsrat auch eindeutig, dass er sich einsetzt für stabile und gute Beziehungen zur Europäischen Union. Er tut dies selbstverständlich jetzt schon. Es wäre aber natürlich schön und programmatisch klug, wenn dies auch in der Kantonsverfassung ausdrücklich als Auftrag verankert wäre. Das genau will diese Initiative. Sie würde in dem Sinne nicht die kantonale Politik ändern, sondern sie würde uns als politische Akteurinnen und Akteure darin stärken,

dass wir eben hinarbeiten auf diese guten und stabilen Beziehungen mit den Nachbarländern, mit der Europäischen Union. Somit würde die neue Verfassungsbestimmung, die Ergänzung der Verfassung das Basler Selbstverständnis spiegeln, so wie wir es heute verstehen, so wie wir es seit Jahren verstehen und auch in Zukunft verstehen wollen.

Und das alles führt den Regierungsrat dazu, Ihnen ausnahmsweise, kann man fast sagen, eine Volksinitiative hier zur Annahme zu empfehlen bzw. zu empfehlen, die Initiative der Stimmbevölkerung mit der Empfehlung auf Annahme vorzulegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Hier habe ich Pascal Messerli für die SVP eingetragen.

Pascal Messerli (SVP): In China ist ein Sack Reis umgefallen. Die Anzahl Reiskörner auf dem Boden zu evaluieren, dürfte wahrscheinlich noch wichtiger sein als der Inhalt dieser kantonalen EU-Gugus-Initiative. Eine Gugus-Initiative von der politischen Elite für die politische Elite, man möchte schliesslich weiterhin in Lörrach oder im Elsass Aperos veranstalten. Denn es sind insbesondere die aktuellen Nationalrätinnen und die Vertreter von Regierungsparteien, welche diese Initiative lanciert haben. Parteien also, welche in den letzten Jahrzehnten in sämtlichen wichtigen Gremien dieses Kantons eine Mehrheit hatten und haben, im Regierungsrat, in der Regiokommission, in anderen Sachkommissionen sowie im Grossen Rat. Wenn Sie also der Meinung wären, es benötigt in gewissen Bereichen mehr Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn Deutschland und Frankreich, dann hätten Sie längstens Wege gefunden und hier auch Verbesserungsvorschläge gebracht. In der Kantonsverfassung ist die länderübergreifende Zusammenarbeit klar geregelt. Unsere Kantonsverfassung von 2005 ist ja jetzt nicht so alt, es ist deshalb völlig absurd und unnötig, hier eine neue inhaltslose Verfassungsbestimmung zu verlangen, welche in der Praxis überhaupt nichts ändert. Und genau das will ja die Initiative.

Und anstatt hier die grosse theatralische EU-Phorie ausleben zu lassen, wäre hier vom Regierungsrat und auch von der Regiokommission auch einmal angebracht gewesen, konkrete Punkte aufzuzählen, was man denn inhaltlich kantonalpolitisch überhaupt mit dieser Initiative möchte. Das können Sie nicht, weil Sie hier einfach reine Symbolpolitik betreiben und mit dieser Symbolpolitik jetzt unbedingt eine Abstimmung provozieren wollen. Es ist insoweit inkonsequent, weil man ja gerade in anderen Bereichen für weniger Volksabstimmungen ist. Ich erinnere an die Diskussion zum obligatorischen Referendum beim Musical Theater. Dort haben Sie sich mehrheitlich gegen eine Volksabstimmung geäussert, weil zu viele Abstimmungen angeblich die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung mit sich bringen würde. Gleichzeitig wollen Sie hier aber der Bevölkerung eine völlig symbolische Abstimmung zumuten. Das ist doch wirklich absurd und lächerlich. Hier hätte der Regierungsrat problemlos auch die Initiative zur Ablehnung empfehlen können, wie das auch die Regierung im Kanton Baselland gemacht hat. Hier wäre überhaupt nichts anderes gewesen. Man hätte aber auch in einem Gegenvorschlag das doppelt noch in einem Gesetz verankern können, Ihre Nationalrätinnen hätten Ihnen das sicher verziehen.

Und wenn Sie schon, meine Damen und Herren, unbedingt eine europapolitische Volksabstimmung wollen, dann können Sie Ihren Nationalrätinnen, namentlich Frau Christ, Frau Arslan, Frau Wyss und Frau von Falkenstein ja gerne mit auf den Weg geben, dass man auf Bundesebene den EU-Unterwerfungsvertrag dem obligatorischen Referendum unterstellt. Das ist sicherlich sinnvoller, wie auf kantonaler Ebene einen solchen Gugus zu inszenieren. Aber vielleicht haben die Befürworter und das Initiativkomitee halt auch einen sehr guten Humor. Das mag sein, weil man ja ausgerechnet mit dem Instrument der kantonalen Volksinitiative die Nähe zu den Brüsseler EU-Zentralisten zementieren möchte. Ein überbürokratisches Konstrukt, welches die Souveränität unserer Nachbarländer und Nachbargemeinden massiv einschränkt, keinerlei Volksrechte kennt und es nicht einmal fähig gebracht haben in den letzten Jahren, eine saubere Gewaltenteilung zu garantieren. Auf diese Idee muss man effektiv zuerst einmal kommen. Hier kann man beim Initiativkomitee wirklich nur den Kopf schütteln.

Und zu guter Letzt, da die Mehrheit in diesem Rat ja offensichtlich diese Symbolpolitik unterstützt, mache ich gerne noch drei Vorschläge, welche Sie im Sommer vielleicht ebenfalls evaluieren können für eine Verfassungsänderung, eine Initiative für schönes Wetter, eine Initiative, damit genügend Wasser im Rhein hinabfliesst, und weil auch der Regierungsrat so stolz auf die Städtepartnerschaft mit Shanghai ist, eine Initiative, damit in China weniger Reissäcke umfallen. Mit diesen drei Vorschlägen haben Sie inhaltlich wahrscheinlich genau so viel erreicht wie mit dieser kantonalen EU-Gugus-Initiative.

Die SVP bittet Sie, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Messerli, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Thommen. Sie wird entgegengenommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich bin ein bisschen irritiert über Ihre Haltung gegenüber Volksinitiativen als Volkspartei, aber meine Frage ist, haben Sie nicht Angst, dass wenn mal die SVP zwei bis drei Regierungsräte in Basel-Stadt hat, dann diese nicht mehr für die europäische Zusammenarbeit sich einsetzen würden ohne einen Verfassungsauftrag?

Pascal Messerli (SVP): Erstens gibt es schon einen Verfassungsauftrag in § 2, nicht in § 3, wie es die Initiative will, und zweitens, nein, davor habe ich keine Angst, weil wir selbstverständlich für konstruktive Zusammenarbeit sind, aber nicht für solchen Gugus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Fraktionssprecherin für die SP ist Zaira Esposito.

Zaira Esposito (SP): Basel liegt im Herzen Europas und profitiert von guten und stabilen Beziehungen mit unseren Nachbarn aus der Europäischen Union, wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich. Der Wert dieser Beziehungen zeigt sich gerade in der heutigen Zeit, in welcher Kriege, gesellschaftliche Umbrüche und geopolitische Spannungen den Alltag von vielen Menschen prägen. In einer Welt, die immer komplexer und vernetzter wird, ist es wichtiger denn je, über die Bedeutung der Europäischen Union und unserer nachbarschaftlichen Beziehungen nachzudenken. Die Europäische Union ist viel mehr als ein wirtschaftliches Bündnis. Sie ist ein Projekt des Friedens, der Solidarität und der gemeinsamen Werte. Werte, die auch unser eigenes Gesellschaftsverständnis prägen. Zugleich bedeutet ein geeintes Europa Stabilität, Wohlstand und Sicherheit, auch für die Schweiz und den Kanton Basel-Stadt.

Aufgrund seiner Grenznähe hat unser Kanton schon seit langem eine besondere Beziehung zu seinen europäischen Nachbarregionen. Die Abschottungstendenzen des 20. Jahrhunderts widersprechen der gemeinsamen Kultur und Geschichte im Dreiland diametral und bleiben hoffentlich auch eine Randnotiz der Geschichte. So hatten die Landesgrenzen bis zum ersten Weltkrieg in der Region Basel kaum eine Bedeutung. Schon damals besass nur ein Drittel der baselstädtischen Wohnbevölkerung keine Schweizer Staatsbürgerschaft. Marktfrauen aus dem Elsass und aus dem Südbaden reisten ohne Kontrolle über die Landesgrenzen. Basler*innen und Riehener arbeiteten selbstverständlich im Wiesental, Unternehmen wie GABA oder Suchard produzierten ihre Waren in Saint Louis oder in Lörrach.

Ein besonderes Beispiel ist die erste Eisenbahnlinie auf Schweizer Boden. Auf die Frage danach, würden viele von Ihnen bestimmt sagen, es handelt sich um die Spanisch-Brötli-Bahn im Limmattal. Tatsächlich aber wurde hier im Grossen Rat vor 182 Jahren entschieden, die Bahngleise der Zugstrecke Strassburg-Burgfelden bis nach Basel zu verlängern. Ein Jahr später, am 15. Juni 1844, fuhr zum ersten Mal eine Eisenbahn auf Schweizer Boden. Damit hatten unsere Vorgängerinnen und Vorgänger den Mut zu einer internationalen Kooperation und einem Leuchtturmprojekt für die ganze Schweiz bewiesen. In diesem Sinne möchte ich Sie dazu aufrufen, diesen Mut ebenfalls aufzubringen und das Bekenntnis zum Dreiland und zu Europa in unserer Verfassung zu verankern.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Basel ist in diesen Wochen voller Festlichkeiten. Nach dem ESC und der Art Basel steht die Frauenfussball EM bevor. Für kurze Zeit steht Basel damit im Mittelpunkt des europäischen Kontinents. Nutzen wir diese schönen Momente zum Feiern, aber auch zum Reflektieren. Setzen wir uns alle mit der Bedeutung von Gemeinschaft, Frieden und Demokratie auseinander. Diese sind nicht einfach gegeben, sondern sie müssen tatsächlich im Grossen und im Kleinen gestärkt werden. Die Initiative «Zämme in Europa» bietet uns die Gelegenheit heute, ein klares politisches Signal für die Beziehungen zu unseren Nachbarländern und zur Europäischen Union zu setzen.

Meine Fraktion bittet Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrates und der Regiokommission zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Sie wird entgegengenommen.

Joël Thüring (SVP): Danke für die Annahme, Frau Esposito. Sie haben vom geeinten Europa gesprochen, ist dieses geeinte Europa für Sie beispielsweise auch das LGBTQ-feindliche Ungarn oder der doch sehr rechts aussenstehende neue Präsident Polens oder definieren Sie dann da auch noch unterschiedlich, was für Sie das geeinte oder das richtige Europa ist?

Zaira Esposito (SP): Es geht um eine gemeinsame Europapolitik, die gemeinsam von europäischen Ländern getroffen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Grüne/jgb spricht Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Angesichts der Fraktionsmeinungen, die ja sehr einhellig zustimmend sind für diese Initiative, ausser einer Fraktion, könnte man meinen, hier müssten wir nicht gross darüber debattieren, aber ich denke, das Geschäft ist so wichtig und essentiell, existenziell sogar für Basel-Stadt, dass ich jetzt hier auch noch ein paar Worte an Sie richte.

Der kurze und sehr gut ausgeführte Bericht des Regierungsrates, der gibt Ihnen eigentlich alle Argumente vor, warum wir hier, und das gilt vor allem auch für unsere Fraktion, warum wir hier Ja sagen zu dieser Initiative, diese unterstützen wollen und das dann auch zusammen mit der Stimmbevölkerung an der Urne durchbekommen wollen. Die Argumente sind genannt worden, da muss man nicht nochmals darauf eingehen, das hat ja auch der stellvertretende Kommissionspräsident und auch Regierungsrat Conradin Cramer ausgeführt.

Worum geht es denn da und da will ich jetzt einfach das Votum vom SVP-Vertreter aufnehmen. Es ist nicht jetzt eine Initiative, die von ein paar Köpfen einfach so aus dem Etablissement erfunden wurde, das haben über 3’000 Stimmberechtigte in Basel-Stadt mitunterschrieben. Also da geht es darum, dass die Stimmbevölkerung hier ein Zeichen gesetzt hat, indem sie eine Unterschrift dazu gegeben hat, dass man das abstimmen soll und dass das in die Verfassung reinkommen soll. Also ich bitte, das zu akzeptieren und ich denke, die Argumente wurden ja genannt, warum dass es auch Sinn macht, dass es in die Verfassung kommt. Der Regierungsrat, der nimmt eben die Aufgabe wahr, der sieht die Wichtigkeit der guten Zusammenarbeit mit umliegenden Ländern, mit der EU, und er macht das auch schon. Warum soll das da nicht auch verbrieft werden in der Verfassung. Wir wünschen uns wirklich auch, dass die Stimmbevölkerung zu dem Ja sagt und darum sehen wir das wirklich als grosse Chance, dies zur Abstimmung zu bringen. Wenn nicht Basel, wer sonst sollte das Signal aussenden, wie wichtig diese Beziehungen sind, nicht nur für Basel, schlussendlich dann auch für die ganze Schweiz.

In dem Sinne bitte ich Sie wirklich sehr, hier dann auch beim Abstimmungskampf, also alle, die da jetzt auch ein Plus im «Chrüzlistich» haben, sich dafür einzusetzen. Es ist wirklich eine sehr wichtige Abstimmung, nutzen wir diese und setzen wir hier ein klares Zeichen im Sinne und zum Wohle von Basel-Stadt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Gabriel Nigon für die LDP.

Gabriel Nigon (LDP): Auch die LDP folgt der Regiokommission und auch dem Votum von Regierungsrat Cramer. Es geht eben nicht nur um die Signalwirkung. Wenn wir hier von EU reden, meinen wir vor allem konkret unsere Nachbarländer, wir sind auf eine geregelte Zusammenarbeit angewiesen, die Fakten wurden aufgelistet. Und vor allem auch in Zeiten, wo der Bund eine eigene Agenda fährt in Bezug auf die Rahmenbedingungen, wir wissen nicht, woran wir sind, ist es wichtig, dass Basel auch als Wirtschaftsstandort sich für die EU klar positioniert. Das gibt auch Vertrauen und Planungssicherheit. Wir haben zwar viele trinationale Zusammenarbeitsverträge, aber die hängen so lose in der Landschaft herum. Und wenn wir jetzt in der Verfassung so einen Grundsatz verankern, gibt das uns wiederum die Legitimität, weiterhin gesetzgeberisch tätig zu werden und diese Beziehungen auszubauen.

Und dann noch zum Schluss, es gibt auch etwas Emotionales. Wir sind mit unseren Nachbarländern oder Regionen, das sind Geschwister von uns. Wir reden die gleiche Sprache in Freiburg, in Strassburg und in Basel, haben die gleichen Kathedralen, gleicher Baustil und wir müssen zusammenarbeiten, wir gehören zusammen und das bringt uns vorwärts. Und am Schluss noch etwas mit einem Augenzwinkern, das Ganze ist auf dem Weg zum Beitritt der EU zur Schweiz.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie können noch eine Zwischenfrage entgegennehmen, wenn Sie möchten, von Pascal Messerli. Sie wird entgegengenommen.

Pascal Messerli (SVP): Herr Nigon, Sie haben gesagt, es braucht klare Regeln. Können Sie mir erläutern, was denn auf kantonaler Ebene noch nicht geregelt ist und was mit dieser neuen Initiative jetzt geregelt werden soll?

Gabriel Nigon (LDP): Das kann ich nicht auswendig sagen. Jetzt muss ich überlegen, was ich sage, nein, das ist kein Anwaltsgeheimnis. Ich durfte damals den Kanton vertreten in den Verhandlungen mit Frankreich bei der Verlängerung der Tramlinie 3. Und dort fehlte es eben an den entsprechenden Regularien. Man musste alles neu erfinden und solche Sachen sollten eben behoben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny als Einzelsprecher.

David Jenny (FDP): Ich spreche ausdrücklich als Einzelsprecher. Ich sage schon jetzt, ich werde dann dieser Initiative zustimmen, aber ich habe doch ein bisschen ein Unbehagen über den normativen Gehalt dessen, was da vorgeschlagen ist und ich glaube, der normative Gehalt, der tendiert gegen null. Und alle die Ansinnen, die vorher Gabriel Nigon vorgebracht hat, die haben wir schon abgedeckt in der jetzigen Kantonsverfassung, und andererseits viele andere Anliegen, die bleiben dem Bund und seine rechte Aussenpolitik zu führen vorbehalten. Und diese Initiative oder auch die Debatte hier ist ein bisschen eine Pflicht, ein Bekenntnis abzulegen und ich lege gerne das Bekenntnis ab, dass ich für sehr gute Beziehungen bin. Ich glaube, wir sollten alles daransetzen, die bilateralen Drei durchzusetzen, aber eine solche Verfassungsabstimmung, die eigentlich nicht viel mehr ist als eine Meinungsbefragung, weil es eben keinerlei normative Wirkung hat, ob die wirklich etwas hilft, dieses Ziel zu erreichen in der ganzen Schweiz, das bezweifle ich schon.

Und es wird dann eben gewertet, wenn man sagt, die Basler Bevölkerung sind 100 Prozent, davon ist die SVP 13 Prozent, also müssen wir eine Zustimmung von 87 Prozent haben und es sind dann nur 60 Prozent, dann wird das als schallende Niederlage gewertet. Es ist zu spät und ich werde dann Ja stimmen, aber ich glaube, bei einer Totalrevision der Verfassung wäre das ein Präambel-Thema. Aber die Verfassung mit dem zu beladen, ob das wirklich sinnvoll ist? Ich bin auch gegen, was wir in der Verfassung haben, dass sich unsere Regierung mit Händen und allem möglichen einsetzen muss, dass man nur das Wort Atomkraft in den Mund nimmt, finde ich auch nicht sinnvoll, diese Begrenzungen von Politikmöglichkeiten, die schlussendlich wirklich nur so Bekenntnisablegungen sind. Mit all diesen Zweifeln werde ich dann trotzdem Ja stimmen, aber ich glaube, ein gewisses Unbehagen muss ich doch äussern, damit man nicht sagen kann, ich hätte völlig geschwiegen, falls Sie an meiner Meinung interessiert sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Als wir das in der Regiokommission besprochen haben, haben wir gedacht, ja, das ist eigentlich eine klare Sache. Wir sind in der Regiokommission, natürlich sind wir für die Regio, wer ist nicht für die Regio. Wir gehen, seit wir ich auf der Welt sind, auf Lörrach, wir gehen ins Elsass, wir laufen über die Grenze rüber, wie wenn das nach Allschwil oder Birsfelden wäre, und ich habe gedacht, das ist eigentlich eine ganz einfache Angelegenheit. Und was wir da jetzt aus dem machen, das verkompliziert das unglaublich aus meiner Sicht. Ich sehe dahinter ein Bekenntnis zu unserer Region, es ist für mich kein Bekenntnis in keiner Art und Weise zur EU. Ich will überhaupt nicht in die EU eintreten, ich wollte noch nie in die EU eintreten und werde das in Zukunft nie wollen, aber für die Regio, für uns, die Menschen, die alle hier zusammenleben, dass man da ein Zeichen setzt, und vielleicht hören die auch, was wir hier drin reden und dass wir sagen, ja, wir sind gerne in Lörrach, wir sind gerne im Elsass und wir gehören alle zusammen, da bin ich absolut dafür. Und falls ich hier etwas falsch verstanden habe, dann müsste man mir das nachher erklären, aber das ist für mich hier das Thema in dieser Thematik und ich hoffe, Sie sind auch dieser Meinung, dass wir die Region tatsächlich stärken sollen. Nicht die EU, aber die Region.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Ebi, es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Sie wird entgegengenommen.

Joël Thüring (SVP): Sie haben ja gesagt, es sei alles so einfach. Ich habe jetzt den Initiativtext gelesen und Sie haben gesagt, es geht Ihnen um die Nachbarländer, Sie haben Frankreich und Deutschland erwähnt. Nun steht aber in diesem Initiativtext explizit, für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern. Ist denn aus Ihrer Sicht diese textliche Formulierung so korrekt, wenn es Ihnen ja nur um die Nachbarländer geht?

Alex Ebi (LDP): Herr Thüring, da haben Sie total recht, die EU besteht aus den Nachbarländern, das ist korrekt, es ist eine Verdoppelung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Cramer hätte das Wort, er verzichtet. Herr Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Gestatten Sie mir doch ein paar Ausführungen. Ich sehe, wir sind schon mitten im Abstimmungskampf und deswegen gestatte ich mir nach Ihrem sehr polemischen und populistischen Votum, lieber Pascal Messerli, mich auch nicht zurückzuhalten und hier unseren Entscheid auch ein wenig lustvoll zu verteidigen.

Sie tun ja auch heute oft so, als ob Sie im Interesse des Volkes als einzige gegen abgehobene Eliten ankämpfen würden, usw. Sie beanspruchen häufig, die einzigen Vertreter des Volkes, usw., zu sein, Schweizer wählen SVP, usw. Nur das Volk

besteht nicht nur aus Ihren Wählerinnen und Wählern. Es gibt in Basel, und das ist nicht eine Elitenbewegung, eine Bewegung aus der Bevölkerung, der es wichtig ist, dass die Schweiz/EU-Beziehungen wichtig sind. Deswegen sind diese über 3'000 Unterschriften zustande gekommen und das ist auch keine Überraschung. Viele Menschen in Basel und der Region wollen Stabilität, Wohlstand, Demokratie und keine Abenteurer und keine Diktatoren und Despoten. Sie wollen auch nicht, dass die Trumps und Putins dieser Welt, die in manchen Parteien mehr Freunde haben als in anderen, noch weiter gestärkt werden. Und sie wollen nicht, um es ganz alltäglich zu machen anhand von einem aktuellen Beispiel, dass irgendwelche Berner Migrationsbürokraten zum Schaden unserer Wirtschaft die Grenzen schliessen, und auch einmal entscheiden können, dass zum Schaden unserer Wirtschaft Schiffe hier nicht mehr anlegen können. Sie wollen und sie wissen, dass es im Interesse von Basel ist und den Menschen hier, dass wir diese gute Beziehung haben und dass wir offene Grenzen haben.

Und dann polemisieren Sie gegen diese Initiative und sagen, sie sei unnötig. Stellen Sie sich einmal vor, diese Initiative wäre nicht eingereicht worden, dann wären Sie doch die allerersten, die in einem Abstimmungskampf lauthals kritisieren würden, wenn der Basler Regierungsrat in einem Abstimmungskampf aktiv würde. Und jetzt geht es darum, kriegt der Regierungsrat ein klares Mandat, sich diesbezüglich zu betätigen oder nicht. Ähnliche Bedeutung wie dieser Artikel, und das hat David Jenny richtig genannt, hat der Atomartikel in unserer Verfassung. Er ist ein Auftrag an unseren Regierungsrat, in einem bestimmten Sinne zu handeln und ich finde den vorliegenden Artikel weitaus weniger problematisch. Ich finde auch den anderen Artikel gut, aber ich finde es hier nicht problematisch, weil es hier vor allem darum geht, den Basler Regierungsrat zu beauftragen, ureigene Basler Interessen zu verteidigen. Und wenn Sie dann kommen mit Worten, die dem Vokabular der nationalen Parteizentrale entspringen, wie EU-Unterwerfungsvertrag, dann beachten Sie nicht, dass wie hier in Basel den Zugang zum europäischen Markt brauchen und wir brauchen die Forschungszusammenarbeit und diese stabilen Beziehungen.

Und da ist auch Ihr tiefes Problem in Basel und deswegen kommen Sie, obwohl Sie viele Exponenten haben, die ich auch respektiere und mit denen ich hier auch zusammenarbeite in Kommissionen und mit denen ich sonst nicht grundlegende Schwierigkeiten habe, aber Ihr grundsätzliches Problem ist, dass die EU-Politik Ihrer Partei auf nationaler Ebene und offensichtlich hier auch in Basel auch den wirtschaftlichen Interessen dieser Region diametral entgegengesetzt ist. Reden Sie doch mal nicht nur mit Vertretern der Uni, sondern reden Sie mal mit Vertretern der Roche und der Novartis. Ja, die brauchen den Zugang zu den europäischen Märkten, die brauchen auch diese stabile Beziehung und die wissen auch, dass die Trumps dieser Welt für sie, für Basel eine enorme Bedrohung ist.

Und um ihre polemischen Worte aufzugreifen, die europafeindliche Gugus-Politik Ihrer Partei ist eine Gefahr für unsere Region und es ist wichtig, dass der Regierungsrat einen klaren Auftrag erhält, hier für stabile Beziehungen mit der Europäischen Union sich einzusetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Zwischenfragen häufen sich. Joël Thüring möchte Ihnen eine stellen. Wird diese entgegengenommen?

Tim Cuénod (SP): Ich nehme alle Zwischenfragen an.

Joël Thüring (SVP): Herr Vizepräsident der Kommission, mal abgesehen davon, dass die Personenfreizügigkeit ja dazu führt, dass viele Unternehmen keine Arbeitskräfte aus Drittstaaten hier anstellen können, möchte ich jetzt auf Ihr Votum betreffend den sogenannten Berner Migrationsbürokraten zu sprechen kommen. Muss ich Sie deshalb so interpretieren, dass Sie dafür sind, dass geltendes Recht gebrochen wird und anschliessend daran die Frage, ist Ihnen bewusst, dass es hierbei gar nicht um EU-Bürger geht, sondern um Drittstaatenpersonen, die auf diesen Schiffen arbeiten und dieses Beispiel deshalb überhaupt nicht verfängt in Ihrer Argumentationskette?

Tim Cuénod (SP): Schauen Sie, die haben Visa in der EU und das hat Jahre lang funktioniert, ohne dass sich jemand beschwert hätte. Man hätte Übergangsfristen setzen können, man hätte auf Verhandlungslösungen eingehen können und nicht willkürliche Entscheidungen treffen können, die unserer Region massiv schaden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Herr Cuénod, danke, dass Sie die Zwischenfrage annehmen. Alles, was diese Initiative verlangt, steht bereits im § 3 der Kantonsverfassung. Frage, was ändert sich, wenn wir einen zusätzlichen Artikel in die Verfassung schreiben, der inhaltlich bereits vorhanden ist?

Tim Cuénod (SP): Der Regierungsrat kriegt einen noch klareren Auftrag, sich für gute und stabile Beziehungen mit der EU einzusetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Herrn Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Tim Cuénod, eine ganz kurze Frage. Wissen Sie, dass in der Schweizer Politik nur der Bund Aussenpolitik machen darf und nicht ein Kantonsparlament? Wissen Sie das?

Tim Cuénod (SP): Es gibt erstens eine kleine Basler Aussenpolitik, die gibt es schon lange, und zweitens gibt es ein offensichtliches Interesse in unserem Kanton, auf die nationale Politik hier einzuwirken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelbefrager ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Tim Cuénod, könnten Sie mir inhaltlich drei Punkte nennen, welche sich jetzt ändern, wenn wir dieser Gugus-Initiative zustimmen?

Tim Cuénod (SP): Einer genügt, es sind nicht drei. Wenn diese Initiative angenommen wird, erhält unser Regierungsrat diesen so wichtigen klaren Auftrag, sich für gute Beziehungen mit der EU einzusetzen. Man kann diesen zwar heute schon herleiten aus der Interessensvertretung unseres Kantons, aber das hier wäre noch einmal mehr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen zum Grossratsbeschluss (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Absatz 1 und 2, Text der Initiative

Absatz 3, Empfehlung auf Annahme der Initiative

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006845, 25.06.25 17:46:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die mit 3’216 Unterschriften eingereichte kantonale Volksinitiative «für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)» mit dem folgenden Wortlaut:

«§ 2 Abs. 4 Kantonsverfassung Basel-Stadt (neu)

Der Kanton setzt sich für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern ein.»

ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Annahme zur Abstimmung vorzulegen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 79 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.

8. Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK

[25.06.25 17:47:00, 24.1748.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die WAK beantragt, die Beschlussvorlage abzulehnen. Der Regierungsrat beantragt, am Beschluss festzuhalten. Sie finden diesen im Bericht der WAK.

Für die Kommission hat das Wort deren Präsidentin, Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Der Regierungsrat hat 2023 das Projekt «Arbeitgeberattraktivität steigern» lanciert. Der Grosse Rat hat in diesem Zusammenhang einer Änderung des Lohngesetzes zugestimmt, wonach künftig Lohnnebenleistungen ausgerichtet werden können, wie sich das hier zur Debatte stehende Jobticket darstellt. Mit diesem soll ein vergünstigtes U-Abo sowie die vollständige Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung angeboten werden. Berechtigt wären alle Mitarbeitenden in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis oder die für mindestens sechs Monate angestellt werden vom Kanton. Dafür beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat ab 2025 jährlich wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von 1,38 Millionen Franken. Für weitere Details und die technische Umsetzung wird auf den Ratschlag verwiesen.

Die Kommission hat das Geschäft an drei Sitzungen behandelt und Zusatzinformationen beim Finanzdepartement eingeholt. Die Kommission ist einstimmig auf das Geschäft eingetreten. In der Kommission wurde die Frage gestellt, wie verbreitet das Jobticket in der Privatwirtschaft ist. Das Jobticket kann nur von Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitenden angeboten werden. Davon machen 73 Unternehmen Gebrauch, also nur etwa ein Drittel der berechtigten Firmen.

Ein Teil der Kommission ist aufgrund dieses Benchmarkings zur Ansicht gelangt, dass das Jobticket als Lohnnebenleistung nicht notwendig ist, um Fachkräfte zu gewinnen. Darüber hinaus wird von diesem Teil der Kommission kritisch bewertet, dass in der Privatwirtschaft die Lohnnebenleistungen, die sogenannten Fringe Benefits, immer als Teil des Lohnes insgesamt betrachtet werden, wohingegen beim Kanton aufgrund der gesetzlich definierten Löhne keine Verrechnung der Lohnnebenleistungen mit dem Grundlohn vorgenommen werden kann. Lohnnebenleistungen werden somit als reine Zusatzleistungen zu den sowieso schon attraktiven Anstellungsbedingungen, insbesondere betreffend Pensionskasse und Kündigungsschutz eingeführt. Zudem bestehen angesichts, dass bereits heute ein hoher Anteil an Kantonsangestellten zu Fuss oder mit dem Velo oder dem öffentlichen Verkehr zur Arbeit kommen, erhebliche Zweifel an einer zusätzlichen Lenkungswirkung zugunsten des öffentlichen Verkehrs, so dass es fast ausschliesslich mehr Mitnahmeeffekte geben dürfte, so die Meinung des einen Teils der Kommission.

Der andere Teil sieht in der Einführung des Jobtickets einen guten Hebel, um die Arbeitgeberattraktivität des Kantons zu steigern. Gerade im Hinblick auf den Fachkräftemangel sind Anstrengungen in diese Richtung zu begrüssen. Auch im Zusammenhang mit den hochgesteckten Klima- und Nachhaltigkeitszielen des Kantons wird das Jobticket als zum Arbeitgeber passende Lohnnebenleistung angesehen.

Die Kommission ist also zu keiner klaren Empfehlung an den Grossen Rat gekommen. Die WAK beantragt nämlich dem Grossen Rat mit Stichentscheid der Präsidentin, den Grossratsbeschluss gemäss Ratschlag der Regierung abzulehnen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und ich bin nun sehr gespannt auf die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Debatte wird dann morgen stattfinden, aber zuerst kommt noch Frau Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich glaube, das ist mein absoluter Lieblingsjob, neun Minuten vor sechs nach diesem langen heissen Tag Ihnen noch etwas auf den Weg zu geben. Das Jobticket, genau. Ich werde sicher am Schluss auch nochmal Ausführungen machen, weil ich ja befürchten muss, dass sonst in dieser heissen Nacht meine guten Argumente alle verschwunden sind. Daher hier vielleicht nur kurz, was ich Ihnen über die Nacht mitgeben möchte.

Wir gingen eigentlich davon aus, dass es klar ist, dass Sie ein Jobticket für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung möchten. Es wurde bei uns auch gefordert, dass wir endlich Möglichkeiten geben für Fringe Benefits, das war immer wieder ein Thema. Wir haben die rechtliche Grundlage geschaffen, Sie haben dem zugestimmt und ein Fringe Benefit, und das ist wirklich der unumstrittenste, ist dieses Jobticket. Daher war ich dann sehr überrascht, als ich von der WAK erfuhr, dass sie anderer Meinung sind. Das habe ich leider erst nachher erfahren, da ich ja nicht eingeladen war.

Das Jobticket, das bedeutet, Sie erhalten das U-Abo für einen vergünstigten Preis. Es ist also nicht ein Geschenk, von dem her Mitnahmeeffekt eher nicht. Anstatt 824 Franken bezahlen Sie 542. Es ist ein vergünstigtes U-Abo und für die Auszubildenden würde man es selbstverständlich gratis abgeben, das würde auch Sinn machen. Wir geben ja heute zum Teil schon das U-Abo ab, wenn jemand Fahrten im Auftrag des Kantons machen muss, weil wir nicht wollen, dass die Personen mit dem Auto gehen. Es geht hier einerseits um Arbeitgeberattraktivität steigern und um Erreichen der Klimaziele. Da werden wir immer wieder gefordert, mehr zu machen, heute vielleicht doch wieder nicht. Es ist ein Thema, weil wir das Mobilitätsmanagement anpassen wollen. Wenn wir die Möglichkeiten von Privatparkplätzen oder Parkplätzen für Mitarbeitende einschränken wollen, müssen wir auch etwas bieten. Daher bin ich sehr überrascht, dass das jetzt so kritisch aufgenommen wird. Sie haben gesagt, von diesen Firmen sind es noch nicht so viele, es waren 2009 sogar nur 48. Das Jobticket ist etwas, was in den letzten Jahren sehr kam, das ist etwas Attraktives und man hat das mehr gemacht.

Ich möchte Ihnen wirklich mitgeben über Nacht, der Kanton Baselland ist kein linker Kanton, wirklich nicht. Auch die Regierung hat keine linke Mehrheit, auch im Landrat nicht. Sogar der Kanton Baselland hat das wirklich, Nullkommanix kam die Forderung, eingeführt. Ich glaube, auch die Bürgergemeinden, Bürgerliches Waisenhaus, Bürgerspital Basel, meines Erachtens auch eher bürgerlich dominiert, da bin ich doch sehr überrascht, muss ich Ihnen mitgeben, warum Sie das Jobticket, man kann darüber diskutieren, welche Fringe Benefits es noch gibt und das muss man auch diskutieren, das haben Sie uns gesagt, als wir die gesetzliche Grundlage gemacht haben, aber das Jobticket ist jetzt irgendwie so klar, also das ist jetzt wirklich klar. Das ist so etwas einfaches, es hat wirklich auch noch den Vorteil, dass die Leute vermehrt mit dem ÖV kommen.

Daher hoffe ich sehr, dass Sie sich das nochmals gut überlegen. Weil wenn Sie dann auch mit der Konkurrenz kommen, also wir können das morgen noch diskutieren. Ich weiss nicht, wenn Sie den Arbeitgeber Basel-Stadt einfach schlecht machen wollen, dann sage ich Ihnen, das bringt der Privatwirtschaft nichts, gar nichts, denn heute wechseln die Mitarbeitenden von Betrieb zu Betrieb. Wir haben sehr viele Lehrlinge, da geben wir uns auch Mühe, das ist auch unser Job, und wir haben sehr viele Leute, die älter sind. Die werden dann häufig mal so abgestossen von der Privatwirtschaft, ab 55 ist man dann etwas zu teuer, dann kommen einige zu uns. Ich finde das sinnvoll. Ich finde es auch sinnvoll, dass die Menschen die Möglichkeit haben zu wechseln, und ich finde, wir sollten alle attraktiv sein und uns nicht irgendwie gegenseitig schlecht machen. Das nützt unserer Region also wirklich gar nichts. Und ein Jobticket gehört heute für einen grossen Betrieb einfach dazu, ist sinnvoll, ist für die Arbeitgeberattraktivität sinnvoll, für die Klimaziele, und ab und zu sollte man wirklich auch etwas einführen, was der Kanton Basel-Landschaft schon eingeführt hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe mir die Liste so notiert, wie sie hier ist, und werde die Sitzung jetzt abbrechen. Ich wünsche Ihnen allen einen wunderbaren Abend.

Schluss der 21. Sitzung

17:57 Uhr

Protokoll

der 22. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Donnerstag, den 26. Juni 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Hanna Bay (SP), Seyit Erdogan (SP), Beda Baumgartner (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

8. Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK 2
9. Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität", Bericht der PetKo 15
10. Petition P479 "Gestaltung und Aufwertung der Claramatte", Bericht der PetKo 17
11. Petition P487 "Für Begegnungszonen im Wettsteinquartier", Bericht der PetKo 17
12. Pilotprojekt «Kantonales Aktionsprogramm gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen für die Jahre 2025 - 2028», Bericht der GSK 22
13. Kantonales Aktionsprogramm Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ältere Personen für die Jahre 2025 – 2028, Bericht der GSK 26
14. Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend beschleunigte Einführung eines digitalen Führerausweises im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR 27
15. Anzug Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Aussetzung von Rückführungen nach Kroatien, Schreiben des RR 28
16. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend ein Herz für Kleinhüningen – Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasen-Ersatz, Stellungnahme des RR 33

Beginn der 22. Sitzung

Donnerstag, 26. Juni 2025, 09:00 Uhr

8. Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK

[26.06.25 09:00:24, 24.1748.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Letzter Sitzungstag von Tonja Zürcher: Heute hat unser Mitglied Tonja Zürcher ihren letzten Sitzungstag bei uns im Grossen Rat. Sie ist seit dem 12. April 2016 Mitglied bei uns. Sie war Mitglied der Spezialkommission Klima sowie Mitglied und Präsidentin der Petitionskommission. Aktuell ist sie noch Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, der Bau- und Raumplanungskommission und der IGBK Uni. Wir verlieren mit Tonja Zürcher eine geschätzte und fundierte Politikerin. Im Namen des Grossen Rates und des Kantons Basel-Stadt bedanke ich mich ganz herzlich für die geleisteten Dienste und wünsche ihr für die Zukunft alles Gute. (*Applaus*)

Balz Herter, Grossratspräsident: Kaffeespende: Tonja Zürcher spendiert aus diesem Grund heute den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates bedanke ich mich. (*Applaus)*

Balz Herter, Grossratspräsident: Hinweis Jassturnier 2025: Mir wurde mitgeteilt, dass in diesem Jahr das Jassturnier am 12. November stattfinden wird. Entsprechend bitte ich Sie, diesen Termin vorzumerken. Bei Fragen zum Jassturnier können Sie sich gerne an Tim Cuénod oder Daniel Albietz wenden.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen zurück zur Traktandenliste. Wir sind bei Traktandum 8 stehengeblieben. Luca Urgese hat das Wort.

Luca Urgese (FDP): Unsere Finanzdirektorin hat ja gestern Abend sehr energisch für dieses Jobticket votiert und ich würde gerne ebenso energisch dagegenhalten, und zwar der Reihe nach, so wie sie gestern argumentiert hat.

Sie hat begonnen mit der Aussage, wir hätten hier drin ja erst kürzlich das Gesetz über die Lohnnebenleistungen geschaffen und dann sei es doch jetzt völlig unverständlich, dass man jetzt dieses Jobticket ablehnen. würde, dieses sei die logischen Folge. Ich war bei der Beratung dieses Gesetzes in der Kommission dabei. Man hat uns explizit gesagt, wenn wir diese gesetzliche Grundlage schaffen, sei das kein Vorentscheid über irgendwelche Lohnnebenleistungen, sondern wir hätten die Freiheit nachher darüber zu entscheiden, individuell, ob wir gewisse Dinge wollen oder nicht. Also man kann uns jetzt nicht vorhalten, wir hätten Ja zu diesem Gesetz gesagt und müssten jetzt ebenfalls Ja sagen.

Dann wurde gesagt, dies werde von den Mitarbeitenden gewünscht. Das kann ich sogar nachvollziehen. Aber es ist doch kein Wunschkonzert, sondern wir müssen als Arbeitgeber-Team schauen, was jetzt notwendig ist, damit wir die notwendigen Arbeitskräfte beim Kanton bekommen. Ich würde mir als Arbeitnehmer auch noch viele Dinge wünschen, aber am Schluss muss der Arbeitgeber entscheiden, ob das Sinn macht.

Weiter wurde argumentiert, dies sei notwendig für den Klimaschutz, denn dadurch hätte man einen Umsteigeeffekt, und damit wir etwas machen zur Erreichung von Netto Null. Nun, die Frage ist, wie viele der Kantonsangestellten heute denn mit dem Auto zur Arbeit gehen. Diese Zahl haben wir nicht, die wird offenbar nicht erhoben. Was man aber findet ist, dass von den Menschen, die in Basel wohnen und arbeiten, 9 Prozent mit dem Auto zur Arbeit gehen. Mir ist bewusst, es gibt Kantonsangestellte, die nicht in Basel wohnen. Vielleicht nehmen sie das Auto und gleichzeitig propagiert ja der Kanton sehr ausführlich, dass man ja nicht mit dem Auto unterwegs sein soll und man darf vielleicht erwarten, dass man als Kantonsangestellter hier auch mit gutem Beispiel vorangeht. Irgendwo landen wir dann plus/minus doch wieder bei diesen 9

Prozent. Und das ist jetzt die Frage: Wie gross wird dieser Umsteigeeffekt dann tatsächlich sein, wenn wir jetzt dieses Jobticket einführen, denn diese 9 Prozent werden ja einen Grund haben, wieso sie mit dem Auto kommen.

Und dann wurde die Frage gestellt, ob es denn einen Mitnahmeeffekt gebe. Ja selbstverständlich gibt es diesen Mitnahmeeffekt. Wenn alle Übrigen heute bereits mit dem öffentlichen Verkehr oder mit dem Velo unterwegs sind, was ist dann der Umsteigeeffekt? Keiner oder sehr gering? Alles andere ist dann Mitnahmeeffekt.

Und was mich wirklich ein bisschen ein bisschen nervt ist dieser Vergleich mit dem Kanton Basel-Landschaft. Ja, der bürgerliche Kanton Basel-Landschaft habe das auch eingeführt. Nun, man kann sich schon immer das herauspicken, das dann in die Geschichte reinpasst. Nur, es gibt andere Punkte, wo wir grosszügiger sind als der Kanton Basel-Landschaft, zum Beispiel beim automatischen Teuerungsausgleich. Wir machen das jedes Jahr automatisch, ohne politische Diskussion. Im Kanton Basel-Landschaft ist das nicht so. Da wird jedes Jahr eine Diskussion darüber geführt, ob und in welchem Umfang der Teuerungsausgleich gewährt werden soll. Man muss also schon eine Gesamtbetrachtung vornehmen, wenn man mit anderen Gemeinweisen argumentiert.

Und dann kam die Aussage, von den Arbeitnehmern würde das Jobticket heute erwartet. Das sei bei den Grossen quasi Standard, das würden alle so machen. Ja dann machen wir mal einen Vergleich mit der Privatwirtschaft. Wir haben rund 15’000 Unternehmen im Kanton Basel-Stadt. Das Jobticket darf nur von Unternehmen in Anspruch genommen werden, die mehr als 100 Mitarbeitende haben. Das sind dann schon nur mal etwa 200, die übrigbleiben von diesen 15’000. Das ist dann schon mal nicht mehr so viel, und von diesen rund 200 Unternehmen ist es ein Drittel, der effektiv das Jobticket in Anspruch nimmt, 74 an der Zahl. So hat man es uns in der Kommission entsprechend gesagt. Es ist also ein sehr kleiner Teil der Unternehmen. Schauen wir uns die Liste an, die Finanzdirektorin hat ja gestern auch ein paar Beispiele genannt: Basler Kantonalbank, Bürgerliches Waisenhaus, Bürgerspital, Universitäten, IWB, MCH, Schweizer Radio und Fernsehen, Swisslos, Universitäre Psychiatrische Kliniken, UKBB, also der Anteil der Unternehmen, die ganz oder teilweise im Eigentum des Kantons sind, ist relativ hoch. Und daraus dann die Aussage zu konstruieren, in der Privatwirtschaft sei das der State of the Art ist dann doch eine relativ steile Aussage.

Die Bilanz, die man dann ziehen muss, ist, dass das sicher etwas Sinnvolles und Nettes ist, aber am Schluss ist das Jobticket, wenn man vergleicht mit der Privatwirtschaft, ein Nice to Have. Und wie ich gesagt habe, ist es eben nicht gut, wenn man immer nur sich einzeln das rauspickt, was einem in das eigene Bild passt, sondern man sollte eine Gesamtbetrachtung vornehmen. Und das ist jetzt eine günstige Gelegenheit. Wir haben das Lohnpaket vom Regierungsrat auf den Tisch gelegt bekommen, das wir jetzt ebenfalls in der WAK diskutieren können. Eigentlich ist es jetzt die perfekte Gelegenheit, diese Gesamtbetrachtung vorzunehmen. Deshalb liegt der Antrag auf der Hand. Ich glaube, die GLP hat das angestossen. Wir können uns dem voll und ganz anschliessen, dieses Geschäft an die WAK zurückzuweisen, damit wir das eben im Rahmen dieses Lohnpakete zusammen anschauen können und sehen können, wie wir effektiv dastehen.

Denn beim Lohnpaket ist es dann dasselbe, um jetzt etwas vorzugreifen. Beim Lohnpaket hat man auch Lohnvergleiche gemacht, aber selbstverständlich nur Vergleiche zwischen Städten oder Kantonen, mit der Privatwirtschaft hat man nicht verglichen. Da haben wir dann auch noch einen gewissen Nachholbedarf.

Wir sind klar der Meinung, jetzt, so wie es hier auf dem Tisch liegt, können wir diesem Jobticket nicht zustimmen. Wir sind bereit, das im Kontext des Lohnpaketes nochmals anzuschauen und zu diskutieren und bitten Sie deshalb, dieses Geschäft an die WAK zurückzuweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen. Brigitte Gysin hat das Wort.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich werde mich als Direktbetroffene bei der Abstimmung enthalten, kann mich aber einer Zwischenfrage nicht enthalten. Die Kommission spricht sich einstimmig für die Schaffung der gesetzlichen Grundlage für die Einführung von Lohnnebenleistungen aus, auch wird das Jobticket als konkrete Massnahme begrüsst. Das ist aus dem Votum die Kommissionspräsidentin im Dezember zu entnehmen, dem die FDP zugestimmt hat. Wer ist für diese Rückweisung verantwortlich? Die Regierung, die eins zu eins umgesetzt hat, was sie angekündigt hat, oder sind es die Rückweisenden, die keine Hinweise gegeben haben?

Luca Urgese (FDP): Ich darf sagen, was ich gesagt habe, und ich habe immer klar zum Ausdruck gebracht, dass für mich damit noch kein Vorentscheid für das Jobticket gefällt wurde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Sie sagen, nur 9 Prozent seien mit dem Auto unterwegs. Dies bezieht sich auf Basel-Stadt. Haben Sie nicht auch das Gefühl, dass bei den Arbeitnehmenden aus Basel-Landschaft haben ein Potenzial für Umstieg vorhanden ist?

Luca Urgese (FDP): Ich habe ausdrücklich gesagt, dass diese 9 Prozent sich auf die beziehen, die in Basel wohnen und in Basel arbeiten. Ich habe dann gesagt, dass vermutlich der Anteil der Leute, die beim Staat arbeiten, kleiner sein wird als die 9 Prozent, Vorbildfunktion, dass die Baselbieter dann vielleicht ein bisschen mit dem Auto kommen und dass sich das dann ungefähr ausgleicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Patrizia Bernasconi für die BastA.

Patrizia Bernasconi (BastA): Der Arbeitsmarkt hat sich verändert. Gut ausgebildete Fachkräfte sind knapp. Der Wettbewerb um qualifiziertes Personal wird härter, und gerade im öffentlichen Dienst. Wenn wir im Kanton Basel-Stadt weiterhin genügend Menschen für unsere Schulen, unsere Spitäler, unsere Verwaltung oder unsere Polizei gewinnen wollen, dann müssen wir mehr bieten als gute Absichten. Wir brauchen attraktive Arbeitsbedingungen, dazu gehört auch ein Jobticket, ein vergünstigtes oder kostenloses ÖV-Abo für Mitarbeitende sowie Auszubildende des Kantons.

Das ist Jobticket ist kein Luxus. Es ist ein konkreter und unkomplizierter Anreiz. Es entlastet die Mitarbeiter finanziell und fördert den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr. Es ist also ein Instrument, das gleichzeitig den Arbeitsort attraktiver macht und zur Nachhaltigkeit beiträgt. Ein Teil der Kommission hat darauf hingewiesen, dass das Angebot aktuell nur Unternehmen ab 100 Mitarbeitenden offensteht und dass dieser Antrag gegenüber der Privatwirtschaft ungerecht sei. Ich meine, genau deshalb sollte der Kanton als grosser Arbeitgeber vorangehen, anstatt sich selbst zu beschränken. Wenn die Bedingungen für private Betriebe ungenügend sind, sollten wir politisch an der Gestaltung des Tarifverbunds arbeiten, sie für alle zu verbessern, nicht uns selbst ausbremsen.

Ein weiteres Argument, dass Lohnnebenleistungen im öffentlichen Dienst nicht wie in der Privatwirtschaft mit dem Grundlohn verrechnet werden, ist richtig. Die Realität ist aber, dass wir im Kanton die Löhne nicht beliebig anpassen können. Deshalb brauchen wir andere Instrumente, um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben. Das Jobticket ist eines davon.

Und auch das Argument der Mitnahmeeffekte, dass ohnehin viele bereits den ÖV-Nutzen, greift zu kurz. Wer sich heute schon klimafreundlich verhält, soll nicht leer ausgehen. Solche Leistungen fördern nicht nur den Umstieg, sondern auch die Bindung an den Arbeitgeber. Und sie wirken sozial. Gerade bei tieferen Einkommen machen solche Entlastungen einen Unterschied.

Der Kanton soll in der Augen der bürgerlichen Kommissionsmehrheit nicht besser sein als die Privatwirtschaft. In unseren Augen aber darf er nichts schlechter sein, wenn er konkurrenzfähig und vor allem vorbildlich sein will. Das Jobticket ist kein Nice to Have, kein Geschenk. Es ist eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unseres Service public.

Ursprünglich wollten wir dem Antrag des Regierungsrates zustimmen, da es keinen anderen gab. Nun hat die GLP den Antrag auf Zurückweisung gestellt, was nun auch von der FDP unterstützt wird. Wir werden die Zurückweisung ablehnen aber dem Änderungsantrag zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tobias Christ für die GLP.

Tobias Christ (GLP): Das Jobticket ist grundsätzlich eine gute Sache. Es ist verständlich, dass die Mitarbeitenden des Kantons gerne davon profitieren möchten. Oberflächlich betrachtet scheint dem auch nichts im Wege zu stehen. Viele kleine Unternehmen würden ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerne ein solches Ticket anbieten. Allerdings ist das grösseren Unternehmen mit mindestens 100 Angestellten vorbehalten. Insofern handelt es sich hier um ein Privileg, welches nicht allen offensteht.

Ich möchte Ihnen heute die Haltung der GLP-Fraktion zur Vorlage erläutern, welche einmal mehr etwas differenzierter ist als ein einfaches Ja oder Nein zum Jobticket, denn es geht hier um mehr als nur ein ÖV-Abo. Hier treffen zwei Prinzipien aufeinander, die wir sorgfältig abwägen müssen.

Auf der einen Seite steht das ökologische Interesse, den öffentlichen Verkehr in der Stadt zu stärken. Auf der anderen Seite steht der Grundsatz, dass der Kanton die Privatwirtschaft nicht konkurrenzieren soll. Rund 85 Prozent der Arbeitnehmenden in Basel-Stadt würden vom Jobticket nicht profitieren, und es fehlt bislang eine stichhaltige Argumentation, weshalb ein solches Ticket ausgerechnet die Attraktivität der kantonalen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber deutlich steigern sollte.

Ein Jobticket ist eine Lohnnebenleistung, aber keine Lohn relevante Komponente. Im Kanton wird nach Lohnklassen entlohnt. Ein Fringe Benefit wie das Jobticket kommt on Top. In der Privatwirtschaft oder bei Nonprofit-Organisationen hingegen werden solche Leistungen in der Regel als Bestandteil des Lohns ausgewiesen – ein klarer Systemunterschied. Ein Teil der Kommission hat dann auch in einem Benchmark festgestellt, dass das Jobticket zur Gewinnung von Fachkräften nicht zwingend notwendig ist.

Natürlich, die Befürworter der Vorlage heben die möglichen positiven Effekte in Bezug auf Klimaziele und nachhaltige Mobilität hervor, aber ist dieses Potenzial überhaupt vorhanden? Im Ausgabenbericht des Regierungsrats wird zwar eine Kostenschätzung genannt, diese scheint sich jedoch primär auf die heutige Zahl der U Abo-Nutzer:innen und Auszubildenden zu beziehen. Wo bleibt der erwartete Lenkungseffekt? Wenn tatsächlich neue ÖV-Nutzer:innen gewonnen werden sollen, müsste auch ein prognostizierter Zuwachs ausgewiesen sein. Oder glaubt man letztlich doch nicht an diesen Effekt? Fahrradfahrende werden kaum umsteigen und müssen das zur Erreichung der Klimaziele auch nicht und Autofahrende müssen erst überzeugt werden.

Daraus lässt sich schliessen: Die Vorlage dient wohl in erster Linie der Arbeitgeberattraktivität im Kontext des Projektes Arbeitgeberattraktivität steigern. Auffallend ist auch, dass kurz nach dem BAK-Bericht zum Jobtickets der Ratschlag zu den Lohnmassnahmen und der Ablösung der befristeten Arbeitsmarkt Zulage bei der Kantonspolizei erschienen ist. Für uns besteht zwischen diesen beiden Geschäften ein klarer kausaler Zusammenhang. Wäre es nicht besser, beide Massnahmen kohärent und im Gesamtzusammenhang zu beurteilen, anstatt isolierte Entscheide zu treffen?

Zusammenfassend stehen wir also vor folgender Entscheidung: Wollen wir jetzt isoliert eine Lohnnebenleistung gewähren, ohne uns über den ökologischen Nutzen im Klaren zu sein, und unter Inkaufnahme einer Ungleichbehandlung zwischen Kanton und der übrigen Wirtschaft? Die Argumente für die Einführung des Jobtickets, seien sie ökologischer oder Arbeitgeber politischer Natur erscheinen aus Sicht der GLP-Fraktion aktuell zu wenig fundiert. Wir Grünliberalen beantragen daher, wie schon angekündigt worden ist, quasi federführend die Rückweisung des Ratschlags an die WAK, weil wir einerseits überzeugt sind, dass das Jobticket nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit dem Ratschlag betreffend die Lohnmassnahmen im Rahmen des Projekts Arbeitgeberattraktivität steigern behandelt werden sollte. Das Jobticket soll als Teil eines Gesamtpakets beurteilt und nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden. Es macht einen Unterschied, ob Mitarbeitende künftig 300 bis 500 Franken mehr an Lohnnebenleistungen pro Jahr halten oder nicht. Das verdient eine ganzheitliche Betrachtung.

Andererseits fehlt dem Bericht der Regierung, wie schon gesagt, zur Klimaschutzmassnahme im Bereich Mobilität eine Analyse zum ökologischen Potenzial. Es besteht das Risiko, dass wir mit dieser Massnahme Mittel einsetzen, aber nur einen geringen Nutzen erzielen. Dann sollten wir das Geld dort einsetzen, wo es mehr Wirkung entfaltet.

Last but Not least: Der Regierungsrat kündigt zwar eine erste Auswertung nach zwei Jahren an, aber ohne klare Kriterien, ohne Verpflichtung zur Berichterstattung an den Grossen Rat und ohne parlamentarische Kontrolle. Eine solche interne Auswertung reicht nicht. Was fehlt, ist eine verbindliche Evaluationsklausel, die Wirkung, Kosten und Zielerreichung systematisch prüft und dem Parlament zur Entscheidung vorgelegt wird. Wir erkennen das ökologische Potenzial des Job-Tickets durchaus und ja, als Grünliberale unterstützen wir grundsätzlich Massnahmen für nachhaltige Mobilität, aber wir wollen nicht reflexartig Ja sagen, nur weil es grün daherkommt und ebensowenig Nein, weil es zwar gut gemeint, aber ungenügend eingebettet ist. Wir wünschen uns in diesem Geschäft eine Lösung, die Klimaziele, Fairness gegenüber KMU und finanzielle Verantwortung zusammenbringt. Deshalb ist die Rückweisung aus unserer Sicht keine Blockade, sondern eine Einladung zur Klärung und falls sich das Jobticket im Zuge der Gesamtberatung durchsetzt, kann eine verbindliche Evolutionsklausel mit beantragt werden.

Sollte die Rückweisung keine Mehrheit finden, stellen wir in einem zweiten Schritt den Antrag auf eine Evaluation nach zwei Jahren mit Bericht an den Grossen Rat und Fokus auf Wirkung, Mitnahmeeffekte und Beitrag zur Mobilitätswende. Das ist der Antrag, der Ihnen auch schon vorliegt, den wir eventualiter stellen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Über Ihre Unterstützung zu einer differenzierten Behandlung dieser Vorlage würden wir uns sehr freuen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt ja eine Zwischenfrage von Regierungsrätin Tanja Soland. Sie wird entgegengenommen.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich habe eine Verständnisfrage: Es gibt einen Kausalzusammenhang vom Jobticket mit dem Mobilitätsmanagement aus dem BVD. Warum fordern Sie denn keine Rückweisung an die Regierung, damit das BVD dies in seinem Mobilitätsmanagement-Geschäft aufnehmen kann?

Tobias Christ (GLP): Das wäre durchaus auch ein gangbarer Weg. Das haben wir auch kurz diskutiert. Wir haben uns aber entschieden, dass das der einfachere und schnellere Weg ist. Aber es steht Ihnen natürlich auch offen, Rückweisung an die Regierung zu beantragen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Die LDP hat die Frage diskutiert, ob das Jobticket als Lohnnebenleistung notwendig ist, um Fachkräfte zu gewinnen. Wir sehen es gegenüber der Privatwirtschaft kritisch, weil dort die Lohnnebenleistungen wie schon erwähnt ein Teil des Lohnes sind, hingegen beim Kanton aufgrund der gesetzlich definierten Löhne keine Verrechnung mit dem Grundlohn vorgenommen werden kann. Wie im Bericht ausgeführt, werden ja die Lohnnebenleistungen somit als reine Zusatzleistung zu attraktiven Anstellungsbedingungen, insbesondere der Pensionskassen, Kündigungsschutz und so weiter, eingeführt.

Wir sehen es daher für den Kanton ist unbedingt notwendig, das Ticket anzubieten, um ein Wettbewerb fähiger Arbeitgeber zu sein. Die vielen kleinen KMU werden damit einmal mehr benachteiligen und verlieren eher Fachkräfte an den Staat. Die LDP ist für eine Rückweisung an die WAK und für eine Beratung zusammen mit den angekündigten Lohnerhöhungen, so dass dann ein Gesamtpaket geschnürt werden kann. Danke, wenn Sie dem zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Jérôme Thiriet für die GRÜNEN/jgb.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb ist ganz klar für das Jobticket. Wir haben jetzt schon viel gehört, aber wir haben vor allem auch gestern während der Oberaufsichtskommissionsberichte gehört, wie wichtig es ist, dass man zu unseren Kantonsangestellten Sorge trägt. Und jetzt kommen wir hier mit einer ersten Massnahme zur Arbeitgeberattraktivitätssteigerung im Grossen Rat, die aus meiner Sicht sehr ein Low Level-Ansatz ist und diskutieren schon sehr kontrovers, ob das überhaupt nötig ist. Das ist aus unserer Sicht sehr schwierig. Es ist ein kleiner Zusatz, den man da gibt, und aus unserer Sicht ist das natürlich auch absolut sinnvoll, was den ökologischen Ansatz betrifft. Dieser erste kleine Ansatz, die erste Massnahme, die Regierungsrätin Tanja Soland nun bringt, wird nun so sehr attackiert.

Das ist aus vielen Gründen problematisch. Aus unserer Sicht geht es auch um die Ökologie und Umweltschutz und da ist das Jobticket einfach eine geniale Massnahme, denn da können wir jetzt die Arbeitgeberattraktivität mit dem Umweltschutz so leicht verbinden und schnell umsetzen. Wir verstehen oder können nachvollziehen, dass man sagt, es komme ja schon ein grosser Teil der Mitarbeitenden mit dem ÖV, aber es sind eben nicht alle. Für uns ist es viel wichtiger, dass man die Mobilität mit dem ÖV stärkt, dass man das Verhalten fördert und dass man auch auf die, die noch nicht mit dem ÖV kommen – ich denke auch vor allem an diejenigen, die aus dem Baselbiet oder aus dem nahen Ausland kommen – hinwirkt, dass sie mit dem ÖV kommen.

Auch für unser Kernanliegen, die Ökologie, ist das ein absolut sinnvolles Rezept, ein absolut sinnvolles Instrument, das man einsetzen kann, um die Klimaziele und die Nachhaltigkeitsziele des Kantons zu erreichen. Es ist ja auch schon in der Mobilitätsstrategie verankert und insofern macht das noch mehr Sinn.

Der Änderungsantrag der GLP ist aus unserer Sicht nicht unbedingt notwendig, aber er ist okay. Man kann mit dieser Evaluation sicher nochmal legitimieren, dass es ein gutes Instrument ist und daher würden wir den Änderungsantrag unterstützen, die Rückweisung aber auf gar keinen Fall.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ein Auto hat etwa eine Vollkostenrechnung pro Jahr von 10’000 Franken. Sie sind ja Unternehmer. Meinen Sie, diese 500 Franken hätten wirklich einen Einfluss auf jemanden, der heute noch nicht den ÖV nutzt?

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Ja, vor allem wenn er keinen Parkplatz findet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Franz-Xaver Leonhardt für die Mitte/EVP.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Wir haben viele Argumente gehört dafür und dagegen. Wir in der Fraktion haben das besprochen und wir sind nicht grundsätzlich gegen ein Jobticket, aber wir finden diesen Vorschlag der GLP, zurückzuweisen an die WAK als noch einen besseren Vorschlag und wir unterstützen ihn. In diesem Sinne freuen wir uns, wenn dieses Geschäft zurück an die WAK und schnell eine bessere Ausgangslage erarbeitet wird, weil diese Vorlage hat gewisse Schwächen und Tücken und wir würden uns eine neue Vorlage wünschen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt ja eine Zwischenfrage von Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Können Sie mir sagen, was besser oder anders werden soll?

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Zum Beispiel könnte man das Jobticket an die Lohnstufe binden, so dass man es gezielt dort einsetzt, dieses Geld, wo es nötig ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Melanie Eberhard für die SP.

Melanie Eberhard (SP): Das Jobticket ist ein von der Arbeitgeberin für die Mitarbeitenden finanziertes oder vergünstigtes Abo für den öffentlichen Verkehr. Für die Mitarbeitenden ist es aber auch ein Zeichen der Wertschätzung, ein Signal, dass ihre Arbeitgeberin in unserem Fall der Kanton Basel-Stadt sich für Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung einsetzt. Denn durch das Jobticket wird der Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Verkehr gefördert, Basel-Stadt als attraktive moderne Arbeitgeberin positioniert und ein konkreter Beitrag zu Klimaschutz, Verkehrsberuhigung und Lebensqualität bei uns im Kanton geleistet.

Mit dem vorliegenden Ratschlag geht es also nicht nur um jährlich wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von 1,38 Millionen Franken zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements und für die Ausrichtung des Jobticket als vergünstigtes U-Abo für die Mitarbeitenden sowie die Übernahme der Abonnementskosten von Auszubilden in der beruflichen Grundbildung, es geht um viel mehr. Aus Sicht der SP-Fraktion ist deshalb klar, dass wir diesen Ratschlag vorbehaltlos unterstützen und Ihnen geschätzte Kolleg:innen nahelegen, das auch zu tun.

Gerne erläutere ich nachfolgend kurz, was aus unserer Sicht die überzeugendsten Argumente für die Überweisung des Ratschlages sind. Erstens die Steigerung der Arbeitgebendenattraktivität: Der Kanton Basel-Stadt ist eine wichtige Arbeitgeber in unserem Kanton und die Arbeiten, welche die Mitarbeitenden erbringen, sind von riesiger Bedeutung für die Menschen, die hier leben und arbeiten. Denken Sie beispielsweise an die Bildung, die Sicherheit, unserer Pärke, öffentlichen Raum, die Gesundheit, die Verwaltung und das soziale System. All diese Arbeiten, die in diesen Bereichen erbracht werden, sind wichtig und wir wollen, dass sie erbracht werden von guten, motivierten M Mitarbeitenden. Dass der Kanton Mühe hat, aufgrund des Fachkräftemangels gutes Personal zu finden, haben wir gestern Morgen im Rahmen der Debatte rund um die Jahresrechnung von einigen von Ihnen gehört. Deshalb ist es auch so wichtig, dass der Kanton eine gute Arbeitgeberin ist und dazu können wir jetzt einen Beitrag leisten.

Nun wurde angemerkt, dass das Jobticket nur für grosse Unternehmen ab 100 Mitarbeitenden genutzt werden kann und die kleinen KMU benachteiligt werden. Tatsächlich finde ich es sehr schade, dass KMU ihren Mitarbeitenden das Jobticket nicht anbieten können und ich sehe auch, dass die Kosten dafür von einem KMU erst einmal erwirtschaftet werden müssen. KMU haben gegenüber dem Staat jedoch eine Flexibilität, sich im Arbeitsmarkt anzupassen, von dem der Kanton nur träumen kann. Schliesslich reden wir jetzt gerade hier als Parlament ausgiebig über eine einfache Lohnnebenleistung. Bei den grossen Firmen wiederum wurde angemerkt, dass nur rund ein Drittel der Firmen, die könnten, das Jobticket auch tatsächlich nutzen. Grosse ansässige Firmen wie Roche und Novartis setzen ja tatsächlich nicht auf das klassische Jobticket, sondern auf ein wenig anders ausgestaltete Mobilitätsangebote, und dass viele dieser grossen Firmen noch mit ganz anderen Löhnen und Fringe Benefits um Mitarbeitende buhlen können, muss ich hier wohl nicht weiter ausführen.

Aus meiner Perspektive lohnt es sich denn auch, den Fokus eben auf andere Kantone und Gemeinden zu legen, da dabei die Vergleichbarkeit am höchsten ist, und da zeigt sich schon im nahen geografischen Umfeld, dass beispielsweise der Kanton Basel-Landschaft, das haben wir gehört, seinen Mitarbeitenden das Jobticket anbietet, aber dass auch sehr viele umliegende Gemeinden und Städte wie unter anderem Arlesheim oder Rheinfelden auf dieses Angebot setzen. Etwas weiter geschaut kennen auch Bern, Ostschweizer Kantone und viele weitere Gemeinden über unsere Region hinaus das Jobticket. Das Jobticket ist also eine bewährte und anerkannte Form, um die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeberin in Zeiten des Fachkräftemangels zu stärken.

Das zweite wichtige Argument für das Jobticket ist für uns das Zeichen der Wertschätzung für die Mitarbeitenden. Dass das Jobticket heute im Grossen Rat beraten wird, wissen viele Mitarbeitende und ich denke auch, dass einige sicherlich das Ergebnis der heutigen Debatte mitverfolgen werden. Für all diese Mitarbeitenden ist es auch ein Zeichen von unserer Seite, dass wir ihre Arbeit sehen und wertschätzen, dass wir ihnen dankbar sind für ihre Einsätze im Klassenzimmer, auf der Strasse und in der Verwaltung.

Drittens wird mit dem Jobticket der öffentliche Verkehr gefördert. Mit dem Jobticket kann der Umstieg vom Auto auf den ÖV gefördert werden. So eruierten die BVB 2020 Massnahmen zur Nachfragesteigerung im öffentlichen Verkehr und hielten dabei fest, dass die Kosten für den ÖV ein sehr wichtiger Grund sind, auf die Nutzung des ÖV zu verzichten. Im Bericht wird festgehalten, dass die Zunahme der ÖV-Preise in den letzten Jahren weit über der Entwicklung des Konsumentenpreisindex liegt, was dazu führt, dass gerade eben Einsteiger:innen aufgrund der steigenden Preise verlorengehen.

In Anbetracht dessen, dass eben über die Hälfte der Mitarbeitenden des Kantons aus den Nachbarkantonen sowie dem angrenzenden Dreiland täglich zur Arbeit kommen, zählt wohl auch das Argument, dass viele ja vielleicht jetzt das Velo nutzen würden und der Umwelt dafür gar nichts bringt, nicht wirklich. Denn viele der Pendelnden müssen einen längeren Arbeitsweg zurücklegen, wodurch mit dem Jobticket ein weiteres gutes Argument geschaffen wird, um eben auf den ÖV anstelle das Auto zu setzen.

Wir haben uns als Kanton zudem ein ambitioniertes Klimaziel gegeben, und da gehören Massnahmen zum Umstieg auf den ÖV einfach dazu. Sie sind wichtig, dass wir unsere Ziele erreichen und da sollte gerade der Kanton eine entsprechende Vorbildfunktion einnehmen und das Nutzen des ÖV attraktiver gestalten. Mit dem Jobticket können wir also einen Nutzen für die Umwelt leisten, indem wir den ÖV gerade auch für die vielen Pendelnden aus den umliegenden Gemeinden und dem nahen Ausland attraktiver gestalten.

Viertens steigern wir mit dem Jobticket auch die Lebensqualität für uns alle, denn wenn Pendler:innen vermehrt auf den ÖV setzen, würde dies die Stadt entlasten und zur Steigerung der Lebensqualität im Strassenraum für alle beitragen.

Neben der Vielzahl an Gründen, die für das Jobticken sprechen, möchte ich nun noch kurz auf den Rückweisungsantrag der GLP an die WAK zu sprechen kommen. Wir hätten in der WAK noch etwas ausführliche über diesen Ratschlag eventuell beraten können und auch noch Änderungen und Anträge vorschlagen können. Für uns als SP-Fraktion ist das Jobticket aber einfach eine klare Sache. Es ist ein bestehendes Angebot, das wir nicht beeinflussen können, da es im TNW-Verbund organisiert wird und es ist eine anerkannte Lohnnebenleistung, die von vielen Unternehmen und Gemeinden genutzt wird, um die Mitarbeitenden wertzuschätzen und den Umstieg vom MIV auf den ÖV zu begünstigen. Aus unserer Sicht liegen deshalb alle relevanten Eckwerte hier und heute auf dem Tisch, um eine Entscheidung treffen zu können, weshalb wir uns gegen eine Rückweisung aussprechen werden.

Den vorliegenden Ergänzungsantrag der GLP können wir schulterzuckend unterstützen, da wir von der Wirkung des Jobtickets sowohl in Bezug auf die Ökologie als auch als wertvolle Lohnnebenleistung überzeugt sind. Wenn es also diese Ergänzung braucht, damit die GLP sich auch für dieses wichtige Zeichen an die Mitarbeitenden und den Beitrag zum Klimaschutz ausspricht, dann unterstützen wir dies natürlich.

Namens der SP-Fraktion empfehle ich Ihnen eine Überweisung des Ratschlags und die Einführung des Jobtickets zur Steigerung der Arbeitgebendenattraktivität, als Zeichen der Wertschätzung für die Mitarbeitenden, zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und damit auch, um die Lebensqualität in der Stadt zu steigern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Catherine Alioth. Diese wird entgegengenommen.

Catherine Alioth (LDP): Wir haben gestern gehört, dass wir sorgfältig mit dem Haushaltsbudget unseres Kantons umgehen sollen, jetzt und in Zukunft. Wie hoch ist das Jobticket auf Ihrer Prioritätenliste?

Melanie Eberhard (SP): Aktuell ist das Jobticket gerade sehr weit oben auf meiner Prioritätenliste und die Ausgaben dafür, würde ich sagen, halten sich auch in Grenzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionsprecher ist Lorenz Amiet für die SVP.

Lorenz Amiet (SVP): Wenn Sie vom Arbeitgeber etwas gratis bekommen oder vergünstigt bekommen, dann ist das eine geldwerte Leistung, dann ist das Vergütung, und über Vergütung sprechen wir hier und heute bei diesem Thema, nicht über Mobilitätsmassnahmen, nicht über Umweltschutzmassnahmen.

Geschätzte Frau Eberhard, selbstverständlich ist es immer ein Zeichen der Wertschätzung, wenn Sie die Vergütung erhöhen. Sie können sich nicht vorstellen, wie gerne ich als Arbeitgeber einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter eine Lohnerhöhung gebe oder auch einen Fringe Benefit gebe. Da fühlt die Mitarbeiterin, der Mitarbeiter, die Wertschätzung. ist dankbar und beide haben Freude. Das Problem ist nur, am Ende des Jahres muss bei mir die Rechnung aufgehen. Ich unterliege da einem ganz anderen Wettbewerb als der Kanton, und das ist der Grund, warum der Kanton nicht einfach völlig frei, genau wie es ihm passt, die Vergütung anpassen kann. Genau deshalb haben wir auch im Gesetz stehen, wie die Vergütung der Teuerung angepasst wird.

Der grosse Unterschied ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons im freien Jobmarkt sich bewegen können, aber als Arbeitgeberin der Kanton sich diesem Wettbewerb nicht stellen muss. Und deshalb funktioniert der Vergleich mit der Privatwirtschaft in Sachen Jobtickets nicht. Er funktioniert auch nicht beim Stichwort Fachkräftemangel. Wenn ich hier höre, der Kanton habe ein Fachkräfteproblem, das müssen wir lösen. Ich habe auch ein Fachkräfteproblem und die Wirtschaft generell hat ein Fachkräfteproblem. Ja wollen wir das vom Kanton jetzt zu Lasten der Privatwirtschaft lösen? Nein, das ist ein Thema, das wir gemeinsam lösen müssen. Wir dürfen hier nicht die staatlichen Arbeitgeber gegen die privatwirtschaftlichen Arbeitgeber ausspielen.

Mit Massnahmen, zugegebenermassen relativ kleinen Massnahmen wie dieses Jobticket, tun wir aber genau das. Relativ maliziös, also mit zumindest mal in unserem Unterton, hat unsere Finanzdirektorin gestern den Vergleich mit dem Kanton Basel-Landschaft gemacht. Luca Urgese hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass die Lösung, wie der Kanton Basel-Landschaft mit der Anpassung der Vergütung an die Teuerung umgeht, eine ganz andere ist. Wenn man eine solche in Basel-Stadt einführen will, bitte schön, dafür bin ich zu haben. Und dann kann man selbstverständlich das Jobticket als eine Anpassungsmassnahme der Vergütung übernehmen. Aber dann bitte auch mit jährlicher Anpassung der Teuerung, mit jährlichem Beschluss hier drin, ob man diese Anpassung machen will oder nicht. Genauso wie der Kanton Basel-Landschaft in den letzten 15 Jahren etliche Male keinen Teuerungsausgleich gewährt hat. Dann ist das System kohärent, aber wenn man es jetzt einfach zusätzlich macht, ist es das nicht.

Frau Bernasconi, Sie haben gesagt, dass wir hier im Kanton die Löhne nicht einfach beliebig anpassen können. Ich gebe Ihnen recht, dass der Prozess mühsamer ist als in der Privatwirtschaft, aber wir können sehr wohl, genau deshalb diskutieren wir in den kommenden Monaten über das Lohnpaket. Ja, es ist ein langsamer Prozess, aber wir können selbstverständlich als Kanton reagieren, wenn Massnahmen angezeigt sind, wenn wir sehen, dass bei bestimmten Gruppierungen Handlungsbedarf da ist, weil die Löhne zu tief sind. Und werden wir reagieren, und auch die SVP selbstverständlich wird hier mit reagieren.

Genau in diesem Zusammenhang macht auch der Antrag der GLP Sinn. Wenn wir das Thema Vergütung über das Jobticket zusammen mit dem Thema Vergütung über das Lohnpaket gemeinsam anschauen, dann können wir auch die Wirkung gemeinsam beurteilen. Es ist nicht so, dass hier alle Fakten auch auf dem Tisch sind zum Jobticket. Das ist hinsichtlich Mobilität vielleicht so, aber es ist definitiv nicht so hinsichtlich Vergütung, hinsichtlich Lohnleistungen, hinsichtlich Position des Kantons im Arbeitsmarkt.

Wir sind grundsätzlich immer zu haben für punktuelle Anpassungen bei der Vergütung, breitbandige Lösungen sind selten in der Privatwirtschaft und bei staatlichen Arbeitgebern eine gute Lösung. Genau aus diesen Gründen unterstützt die SVP zunächst den Rückweisungsantrag der GLP an die WAK, und wenn dieser nicht durchkommt, wird sie das Paket ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Als wir dieses Geschäft in der Fraktionssitzung besprochen haben, war uns der Rückweisungsantrag der GLP nicht bekannt. Ich oute mich, ich habe selber einen Rückweisungsantrag stellen wollen, weil ich mit dem Bericht der WAK zu diesem Geschäft nicht zufrieden bin. Ich bin tatsächlich der Ansicht, dass man über die Idee des Regierungsrates im Zusammenhang mit der Arbeitgeberattraktivität des Kantons durchaus diskutieren muss. Das hat die Finanzkommission in den letzten Jahren in ihren Berichten jeweils auch aufgebracht, und ich bin auch nicht der Meinung, dass wir in die Debatte gehen sollen mit der Frage, wie attraktiv ist der Kanton Basel-Stadt als Arbeitgeber und wie attraktiv sind allenfalls andere Arbeitgeber. Ich bin nicht der Meinung, da bin ich bei Regierungsrätin Tanja Soland, dass wir das zwingend vermischen müssen. Natürlich gibt es Argumente dafür, dass der Kanton Basel-Stadt heute schon ein attraktiver Arbeitgeber ist. Stichwort ist die doch sehr gute Pensionskassenlösung, die die Kantonsangestellten haben, aber nichtsdestotrotz denke ich nicht, dass wir nur mit dem Argument der Pensionskasse dann allenfalls auch andere Arbeitgeber übertrumpfen können, wenn es um die Entscheidung geht, zu welchem Arbeitgeber man wechselt.

Selbstverständlich ist es so, dass der Kanton als Arbeitgeber viele weitere Vorteile hat. Er ist im Vergleich zu einem KMU natürlich auch attraktiver, weil er weitere Möglichkeiten zur Weiterbildung einer Person bietet. Er hat wahrscheinlich auch eine stärkere Jobsicherheit, ein Angestellter, wenn er beim Kanton arbeitet, als wenn er es vielleicht bei einem KMU macht. Nur finde ich den Vergleich eines KMU mit dem Kanton Basel-Stadt als Arbeitgeber in diesem Zusammenhang nicht

zwingend sehr sinnvoll. Ich glaube, wir müssen uns hier als Kanton Basel-Stadt, das kann man gut oder schlecht finden, mit anderen, mit grossen Arbeitgebern in der Region vergleichen und wenn wir das machen, dann glaube ich schon, dass der Kanton Basel-Stadt durchaus einen gewissen Nachholbedarf hat.

Ob nun das Jobticket die beste Lösung dafür ist, das weiss ich nicht. Ich persönlich hatte, als der Ratschlag des Regierungsrates uns vorlag, dafür zumindest eine gewisse Sympathie. Der Berichte der WAG lässt mir persönlich wenig, daraus Schlüsse ziehen, was jetzt nun effektiv dagegen spricht. Auch heute oder gestern in den Voten der Fraktionssprechenden, die sich gegen das Jobticket ausgesprochen haben, kam jetzt nicht so wahnsinnig viel Neues substanziell heraus. Ich muss ehrlicherweise sagen, den Rückweisungsantrag der GLP, den ich ja jetzt auch heute unterstütze, finde ich allerdings etwas schwierig, wenn man ihn nicht mit einem konkreten Auftrag verbindet. Und das war vielleicht auch ein bisschen die Zwischenfrage von Regierungsrätin Tanja Soland an Herrn Christ. Wenn wir jetzt einfach an die WAK zurückweisen, was soll dann diese machen? Ja, wir können es im Zusammenhang mit diesem Lohnmassnahmenpaket besprechen, das jetzt auch vorliegt. Aber auch dann bleibt ja die Frage offen, was machen wir mit dem konkreten Vorschlag eines Jobtickets. Deshalb bin ich heute für eine Rückweisung. Ich wäre aber dafür, dass WAK, sofern es an sie zugewiesen wird, Gedanken macht, ob die WAK dieses Jobticket dann tatsächlich, wie es Franz Xaver Leonhardt in seiner Beantwortung der Zwischenfrage erwähnt hat, auch abgestuft herausgibt für die Mitarbeitenden, dass man sagt, es ist auf eine Lohnklasse zum Beispiel beschränkt.

Ich finde schon, in den unteren Lohnklassen macht es aus meiner Sicht Sinn, dass man allenfalls mit diesem Fringe Benefit tatsächlich auch einen Umsteigeeffekt erwirken kann. Ich finde, es macht auch Sinn, wenn man das Jobticket für die Auszubildenden im Kanton gewährleistet. Wo ich kritischer bin ist, wenn es um Personen geht, die beispielsweise in der Lohnklasse 19 stehen. Ich habe das hochgerechnet vorher. Wenn man in der höchsten Stufe ist, hat man ein Monatsbruttoeinkommen von ca. 14’000 Franken. Ich glaube, dann ist tatsächlich dieses Jobticket kein wirkliches Argument, um zum Kanton zu wechseln oder beim Kanton zu bleiben, aber bei unteren Lohnklassen, das sind dann Stadtreiniger, vielleicht Sekretärinnen, Sekretäre oder auch Mitarbeiter vielleicht der Stadtgärtnerei, die tatsächlich keinen hohen Lohn haben, könnte das tatsächlich einen gewissen Effekt haben. Deshalb wünsche ich mir, dass sich die WAK in diesem Geiste Gedanken macht. Bitte nehmen Sie das also quasi vielleicht auch als Diskussionsvorschlag an, wenn die Rückweisung an die WAK gelingen wird, was ich sehr begrüssen würde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Einige Bemerkungen aus zwei Perspektiven. Zuerst aus meiner beruflichen Rolle, anekdotisch. Ich glaube, wenn ich die Wanderungen von unserer Kanzlei vom Staat und weg vom Staat der letzten Jahre Revue passieren lasse, dann hat der Staat vielmehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von uns abgeworben als umgekehrt. Vor allem die Stellen an unseren Gerichten scheinen sehr attraktiv zu sein. Ich glaube nicht, dass es eine Lohnfrage ist, sondern da ist der Staat flexibler mit Teilzeit-Modellen etc. Also einfach sagen, der Staat sei nicht konkurrenzfähig auf dem Arbeitsmarkt, das ist eine sehr vereinfachende Aussage.

Und dann aus einer anderen Perspektive als Mitglied des Vorstands der gemeinnützigen Institutionen beider Basel. In diesen Sektoren ist meistens der Staat Marktleader. Und wenn der Kanton seine Anstellungsbedingungen verbessert, dann verschlechtert das einfach sehr stark die Arbeitsmarkttauglichkeit dieser wichtigen Institutionen. Und es wird immer davon geredet, wie vorbildlich der Staat sein soll als Arbeitgeber. Vielleicht ist es auch eine staatliche Aufgabe, für eine gerechte Verteilung des Fachkräftemangels zu sorgen. Ich glaube, diese einseitigen Eingriffe in den Arbeitsmarkt, ohne wirklich differenziert anzuschauen, wo es wirklich notwendig ist, ob nach Lohnklassen abgestuft oder eben nach einzelnen Bereichen, wo es klar feststellbar ist wie bei der Polizei, dass da Defizite bestehen, ist nicht sehr sinnvoll. Darum ist die Rückweisung an die WAK auch sinnvoll, wo wirklich die Gesamtsituation nochmals angeschaut werden kann unbd nicht einfach scheibchenweise vorgeht.

Es wurde gesagt, wir müssten Ja sagen, wenn wir vorbildlich sein sollen. Nein, ich glaube vorbildlich ist, das wirklich in einer Gesamtschau anzuschauen. Es wurde gesagt, wie flexibel die KMU sind. Die KMU müssen zuerst Geld erwirtschaften, der Kanton kann immer an den Kapitalmarkt gehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Somit hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich gehe chronologisch vor. Gesetzliche Grundlage war kein Vorentscheid. Ja natürlich, Luca Urgese, da gibt es keinen kausalen Zusammenhang. Ich wollte nur sagen, dass das Jobticket eigentlich ein einfacher Fringe Benefit ist, der auch nicht so teuer ist, der sehr verbreitet ist. Darum, wenn man grundsätzlich keine

Lohnnebenleistungen will, dann hätte man auch die ganze Grundlage abschaffen können. Also ich habe von anderen Lohnnebenleistungen gehört, bei denen es mir schwer fällt, also zum Beispiel die Lunch Checks. Ich habe eben nur gehört, was das in etwa kostet, und das fand ich ziemlich teuer. Das Jobticket ist eine, von der wir dachten, sie sei unproblematisch. Dies wurde auch schon gefordert, hier auch schon thematisiert. Und das war übrigens der Grund, warum das Jobticket heute ohne das Mobilitätsmanagement kommt. Das ist der kausale Zusammenhang. Wenn Sie das wollen, dann kann man ihn in diesem Paket bringen, dann geht es länger. Wir dachten, das sei so klar, dass man das will. so dass wir das vorziehen können, wir haben gedacht, es sei eine gute Idee, hier schnell zu sein. Er gehört zum Mobilitätsmanagement des BVD. Die Frage, wie kommen unserer Mitarbeitenden zur Arbeit, die Zahlen zu erheben, dann auch zu evaluieren, was nützt es, darüber zu diskutieren, ob es eine Velo-Pauschale noch braucht, ob das Sinn macht, ob wir das machen sollen. Wie können wir die Mitarbeitenden mit Anreizen dazu bringen, mit Velo, ÖV oder zu Fuss zur Arbeit zu kommen? Die Verwaltung möchte ihr Netto Null Ziel erreichen und dabei ist der Verkehr ein wichtiges Thema.

Christoph Hochuli weiss das, er hat eine Interpellation oder schriftliche Anfrage gestellt mit den Fragen der Parkplätze und hat festgestellt, wir haben sehr viele Parkplätze für unsere Mitarbeitenden, und wenn wir dort beschränken wollen, dann finde ich es auch nur fair, Anreize zu setzen, mit anderen Fahrzeugen zu kommen. Wir haben keine aktuellen Zahlen, das stimmt, das müsste man erheben. Das ist auch der Plan.

Und wenn Sie jetzt sagen, vielleicht nur für die Schichtmitarbeitenden, dann bitte ich Sie wirklich, das nicht mit dem Lohnmassnahmenpaket zu verbinden und am Ende den Schichtmitarbeitenden das Jobticket zu geben. Ich kann Ihnen sagen, wie die Schichtmitarbeitenden kommen, sicher nicht mit dem ÖV, die kommen mit dem Auto natürlich. Dort ist ja das Thema, dass sie zu Zeiten an ihren Arbeitsplatz kommen, wo kein ÖV fährt. Also das wäre jetzt eine Schlechterstellung und ein Zeichen an die Polizei, das ich jetzt heute so nicht geben würde.

Es ist eine einfache Massnahme, sie ist pauschal, ja das stimmt. Sonst wird es halt ein Bürokratiemonster und das möchten wir auch nicht. Es ist ein wenig Giesskanne. Es ist pauschal, dafür ist es einfach handhabbar. Man kann es überprüfen, das hat auch Vorteile. Und wenn Sie wollen, dass man genau abwägt, b ei wem genau, dann sagen Sie doch einfach Nein. Es ist kein Gratisabo. Es sind 300 Franken Unterschied. Es ist der Jugendtarif.

Es ist eine kleine Wertschätzung, ein kleiner Anreiz. Dass wir dies besser monitoren, macht auch Sinn und das können wir auch machen. Das wäre eben auch der Gedanke des Mobilitätsmanagements. Das kommt nachher noch.

Dann der Punkt mit dem Lohn verrechnen. Wir haben das abgeklärt. Es ist kein Lohnbestandteil. Es wird auch keine AHV darauf bezahlt und das macht niemand so. Das haben wir bei der Ausgleichskasse abgeklärt. Das machen alle gleich. Es wird nirgends mit dem Lohn verrechnet. Wir machen es gleich wie alle anderen und es ist halt einfach dieses einfache Angebot, das wir nun auch mitnehmen wollten.

Dann das Argument, es sei nicht unbedingt notwendig. Ja natürlich ist nicht unbedingt notwendig, es ist es ist einfach eine Wertschätzung. Wenn wir auf dem Finanzhaushalt schauen wollen, wir können natürlich auch ohne Jobticket leben, natürlich da können wir ehrlich sein. Aber was mir etwas Sorgen macht, ist, dass Sie es nur mit dem Lohnmassnahmepaket verbinden wollen. Wir haben hier eine grosse Kiste und Sie wollen nun etwas ganz Kleines zusammen anschauen. Und ich hoffe einfach, dass Sie das Lohnmassnahmenpaket, das wirklich sehr wichtig ist, weil die Kapo wirklich bald einen Entscheid braucht, nicht erst in einem Jahr kommt. Es ist wirklich ein wichtiges Zeichen. Und wenn Sie nun mit dem Jobticket das noch ausweiten wollen, finde ich das sehr schwierig. Ich den Zusammenhang weniger kausal. Dann müssten wir alle möglichen Lohnnebenleistungen, die aus der Arbeitsgruppe kommen, zusammen anschauen und da müssten wir noch ein paar Jahre warten. Dann schicken Sie es halt bachab. Das ist einfacher. Das Jobticket ist so klein und spielt nicht so eine Rolle, für die Kapo ist das jetzt wirklich nicht der der wichtigste Anreiz. Und ich weiss nicht, wie Sie das verbinden wollen, denn dann müssten wir alle Lohnnebenleistungen auch noch anschauen, dort geht es ja vor allem um die Schichtzulagen, und das spielt für sie eine Rolle. Daher bin ich da nicht so glücklich, wenn Sie das verbinden. Dann verbinden Sie es mit dem Mobilitätsmanagement. Dort kommt es auch her, dort hat es eine Kausalität. Dort macht es wirklich auch Sinn.

Auch die Vorschläge, die ich höre, nach Lohnklassen unterscheiden, das ist immer sehr schwierig mit der Gleichbehandlung und die Frage, ob es dann nicht zu kompliziert wird, ob es sich dann noch lohnt, für dieses Jobticket eine wirklich differenzierte lange Vorlagen auszuarbeiten.

Und David Jenny, ja dass Ihre Mitarbeitenden an die Gerichte gehen, das kann ich verstehen, aber ich habe auch schon einmal versucht, jemanden abzuwerten und hatte keine Chance. Also unser Lohnangebot war jenseits, wir hatten also keine Chance, da. wäre ich auch mit dem Jobticket nicht weit gekommen. Aber das ist ja auch richtig und okay, da sind wir alle unterschiedlich. Wir bieten auch unterschiedliche Tätigkeiten an.

Man hat mich darauf hingewiesen, dass ich nichts darüber sagen darf, dass die Prozesse in der Verwaltung manchmal kompliziert sind. Ich solle das nicht erwähnen, dass das ein Nachteil wäre *(Heiterkeit im Saal)*. Bei uns geht alles problemlos, es wird auch nie etwas zurückgewiesen und der Grosse Rat ist immer mit uns einverstanden und glücklich. Genau, darum sage ich das nicht.

Sie haben mich gehört, ich würde mir wünschen, dass wir heute vielleicht einen Entscheid treffen. Und ich finde, es wäre ein Thema im Mobilitätsmanagement. Klar, wenn es in die WAK geht, könnten wir das immer noch diskutieren, das würde ich selbstverständlich tun, ich würde mich da nicht verbiegen, ich würde auch in der WAK vorschlagen, das damit zu verbinden. Das würde ich selbstverständlich machen. Ich bitte Sie trotzdem heute, dieser kleinen Wertschätzung, egal ob es sie jetzt in Basel-Landschaft gibt oder nicht, hier heute zuzustimmen. Und ja, ich beantworte die Zwischenfragen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Bestens, dann starten wir mit der Zwischenfrage von Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Gestern haben wir alle darüber gesprochen, dass wir sorgfältig umgehen sollen mit dem Geld. Darum wäre es wirklich schön, wenn wir jetzt hier zuerst die Wirkungsanalyse machen, oder nicht?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wenn Sie die Wirkungsanalyse wollen, dann müssten Sie einen Pilot fordern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Sie haben gesagt, die Schichtdienstleistenden können nicht mit dem ÖV zur Arbeit fahren. Können Sie mir sagen, welche Schichtdienstleistenden ausserhalb des ÖV-Betriebs anfangen oder aufhören zu arbeiten?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wenn Sie die schriftliche Anfrage von Herrn Hochuli anschauen, dann sehen Sie es. Wir haben auch Schichtdienstleistende bei der Polizei oder anderen Dienststellen, die zu anderen Zeiten zur Arbeit kommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage kommt von Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Ich habe durchaus Mitleid mit Ihnen, dass es Ihnen nicht gelungen ist, David Jenny aus seiner Kanzlei abzuwerben (Heiterkeit im Saal), aber haben Sie auch auch Mitleid mit mir, dass es mir praktisch nie gelingt, Leute vom Kanton abzuwerben?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir können nachher gerne darüber diskutieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Transfermarkt ist lanciert (*Gelächter im Saal)*. Die Präsidentin der WAK hat das Wort.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich wollte nur noch einen Punkt kurz als WAK-Präsidentin klarstellen. Indem wir die Grundlage geschaffen haben, dass solche Lohnnebenleistungen grundsätzlich möglich sein können in Zukunft, haben wir noch nicht gesagt, dass wir mit dem Jobticket einverstanden sind in der WAK. Das wurde uns zwar damals angekündigt, dass bereits eine solche erste Lohnnebenleistung in der Pipeline sei und dass wir darum vorwärtsmachen sollen, aber wir haben natürlich inhaltlich noch absolut keine Diskussion geführt und auch noch nicht ansatzweise Daumen hoch oder runter gemacht.

Wenn das anders rübergekommen ist, ist das sehr schade, aber ich denke, es muss möglich sein, eine volle Debatte darüber zu führen, auch wenn es bereits eine Ankündigung gab und die Grundlagen geschaffen wurden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung an die Kommission wurde von Luca Urgese und weiteren beantragt. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA. Wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 47 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006854, 26.06.25 10:02:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten nicht zurückweisen mit 47 gegen 46 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir fahren weiter mit der Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 4 des Berichts.

Titel und Ingress.

Erster Absatz. Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion GLP vor. Sie beantragt einen neuen zweiten Absatz, der Antrag liegt Ihnen vor. Wir eröffnen dazu die Debatte. Tobias Christ hat das Wort.

Tobias Christ (GLP): Ich halte mich kurz, weil darüber schon genügend diskutiert wurde. Eine Begründung ist auch noch in der Tischvorlage abgedruckt. Der GLP geht es primär darum, dass man evaluiert nach zwei Jahren, was die Lenkungswirkung ist, weil für uns ist das wirklich das entscheidende Argument, um dem Jobticket zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat die Kommissionspräsidentin. Sie verzichtet. Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet ebenfalls. Lorenz Amiet hat das Wort.

Lorenz Amiet (SVP): In aller Kürze: Ich erinnere einfach daran, dass alle, die befangen sind, in diesem Thema nicht mitstimmen dürfen gemäss unserer Geschäftsordnung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Ich denke, in der zweiten Runde verzichten auch beide. Wir kommen daher zur nächsten Abstimmung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir machen einen Rückkommensantrag und stimmen darüber ab. Dafür wird ein Zweidrittelsmehr benötigt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Rückkommensantrag bezieht sich auf die letzte Abstimmung. Wer die letzte Abstimmung wiederholen möchte, stimmt Ja, wer nicht zustimmen möchte, stimmt Nein. Es ist nicht die Abstimmung selbst, es geht nur darum, ob wir diese nochmals durchführen.

2/3-Abstimmmung

Rückkommensantrag (2/3 Mehr)

JA heisst Wiederholung der Abstimmung, NEIN heisst keine Wiederholung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006857, 26.06.25 10:10:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Wiederholung der Abstimmung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt keine Wiederholung. Kommen wir nochmals zurück zum Ergänzungsantrag der GLP. Sasha Mazzotti wünscht das Wort.

Sasha Mazzotti (SP): Ich hatte immer mehrere Jahre die GO in der Tasche, jetzt habe ich sie nicht dabei. Lorenz Amiet hat gesagt, es würde sehr viele Leute hier drin betreffen, wenn wir dem folgen würden. Es gibt aber keine unmittelbare Betroffenheit. Beim Teuerungsausgleich zum Beispiel dürfen wir hier drin auch darüber abstimmen. Also dürfen wir hier als Kantonsangestellte auch darüber abstimmen. Das kann ich mir nicht vorstellen, sonst wäre das nicht besonders demokratisch. Wir machen das für die Leute, die Bevölkerung und nicht für unsere eigene Tasche.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie verzichten in einer zweiten Runde. Somit kommen zur Abstimmung zum Änderungsantrag der GLP.

Abstimmung

JA heisst die Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006859, 26.06.25 10:12:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben zugestimmt mit 92 Stimmen bei keiner Gegenstimme und 4 Enthaltungen.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Publikationsklausel.

Schlussabstimmung. Die WAK beantragt, den Beschluss abzulehnen.

Wenn Sie ja drücken, sagen Sie Nein zum Jobticket. Als Erklärung: Wer nicht zustimmt und das eigentlich annehmen möchte, stimmt Nein. E ist kompliziert, aber der Grossratsbeschluss sagt, dass Sie das ablehnen möchten. Daher ist es genau umgekehrt, als Sie sich das denken.

Abstimmung

JA heisst die Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst keine Zustimmung.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 47 Nein, 11 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006861, 26.06.25 10:14:03]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Abstimmung zu wiederholen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich wiederhole die Abstimmung. Es gab hier Unstimmigkeiten. Es war anscheinend unklar formuliert. Wir machen es einfacher, Ja heisst Ja zum Jobticket, Nein heisst Nein. Ich starte die Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst ja zum Jobticket, NEIN heisst kein Jobticket.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 37 Nein, 11 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006863, 26.06.25 10:16:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Finanzierung des Jobtickets für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie die Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung werden ab 2025 jährlich wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von Fr. 1'380'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements bewilligt.

2. Der Regierungsrat wird beauftragt, 2 Jahre nach Einführung des Jobtickets eine Evaluation vorzunehmen und dem Grossen Rat darüber Bericht zu erstatten. Die Evaluation soll insbesondere Aussagen enthalten zur tatsächlichen Inanspruchnahme, zur Lenkungswirkung im Bereich der nachhaltigen Mobilität sowie zu allfälligen Mitnahmeeffekten. Auf Basis dieser Evaluation ist zu entscheiden, ob das Jobticket dauerhaft weitergeführt wird – und ob eine regelmässige Überprüfung in mehrjährigen Abständen erforderlich ist.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Jobticket zugestimmt mit 48 gegen 37 Stimmen bei 11 Enthaltungen.

9. Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität", Bericht der PetKo

[26.06.25 10:16:27, 24.5025.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erlklären. Das Wort hat die Präsidentin der Petitionskommission Heidi-Mück.

Heidi Mück (BastA): Ich werde zur Petition nur kurz berichten, auch wenn die Petition sehr viele und auch sehr konkrete Forderungen enthält. Die Petitionskommission hat in ihrem Bericht vom Mai 2024 dem Regierungsrat ebenfalls ziemlich viele Fragen gestellt, und diese Fragen wurden im Juni 2024 nach engagierter Diskussion von einer klaren Mehrheit des Grossen Rates dem Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres überweisen. Der Regierungsrat hat nun die Fragen der Petitionskommission mit Schreiben vom 25. März 2025 ausführlich beantwortet. Dafür möchte ich mich nochmals im Namen der gesamten Kommission bedanken.

Anhand dieser Antworten hält die Petitionskommission fest, dass die Stossrichtungen, die der Regierungsrat im Bereich Mobilität und Grün verfolgt, den grundsätzlichen Forderungen der Petition entgegenkommen. Zudem nimmt sie zur Kenntnis, dass einige der in der Petition genannten Anliegen bereits aufgenommen worden sind.

Die Petitionskommission beantragt deshalb, diese Petition als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Entgegen der Petko stellt die Fraktion GRÜNE/jgb den Antrag, diese Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Die Kommissionspräsidentin hat es gesagt, es ist ein relativ umfangreicher Fragenkatalog, den wir zur Stellungnahme überwiesen haben und für uns sind längst nicht alle Fragen geklärt. Klar einiges wird gemacht, einiges wird in Aussicht gestellt, vieles bleibt aber auch offen. Viele Fragen werden gar nicht richtig beantwortet. Es wird nicht darauf eingegangen, und angesichts der Klimakrise, die wir haben, natürlich auch jetzt im Juni, wo es draussen so heiss ist, ist es für uns absolut zwingend notwendig, dass wir mit Nachdruck darauf beharren, dass die Forderungen umgesetzt werden und bitten Sie darum, die Petition zur abschliessenden Behandlung dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Wir von der BastA schliessen uns entgegen der Kreuztabelle den Grünen an. Wir hatten hier ursprünglich Abschreiben eingetragen, weil uns jetzt nach ein bisschen Erfahrung mit Petitionen und Anzügen relativ klar ist, dass dieser umfangreiche Forderungskatalog nicht einfach umgesetzt wird, nur weil die Petition dem Regierungsrat überwiesen wird. Es ist aber klar, dass extrem viele Forderungen nicht umgesetzt sind. Ich denke beispielsweise an ein wunderschönen Parkplatz mit Aussicht bei der Dreirosenbrücke, wo man wirklich problemlos eine Begrünung machen könnte, wo es wahrscheinlich auch kein Problem mit Leitungen usw. gibt.

Wir werden wahrscheinlich mit Vorstössen nachhaken, damit etwas passiert, aber wir möchten diese Petition der Regierung überweisen, um die Verwaltung wirklich noch einmal anzustupfen und zu zeigen, es ist zwar gut, dass hier etwas gemacht wird, aber es gibt viel mehr Bedarf. Und gerade das St Johann als Beispiel eines Quartiers, das ein Hitzehotspot ist im Sommer aber das das Pech hat, dass die Fernwärme bereits ausgebaut ist, kann nicht wirklich sein, dass die Hitzeminderungsmassnahmen, die Begrünungsmassnahmen nur nach dem Prinzip, wir machen es da, wo sowieso gebaut wird, erfolgen und wenn dann die Hitzehotspots nichts angegangen werden.

Es gilt aber auch für andere Quartiere. Es braucht hier wirklich ein zügiges Vorwärtsgehen und wir erwarten, dass hier auch mehr umgesetzt wird, genauer angeschaut wird, welches sind die Möglichkeiten, die auch schon in den nächsten Jahren angepackt werden können. Bitte überweisen Sie diese Petition dem Regierungsrat als Zeichen und wir werden sicher nachstupfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat Heidi-Mück das Wort.

Heidi Mück (BastA): Sie sehen ja im Bericht, dass die Präsenz der Petitionskommission nicht atemberaubend war, als diese Petition behandelt wurde. Also es gab einen 5 zu 0 Entscheid bei 2 Enthaltungen in einer 13-er Kommission ist das ein bisschen schäbig, muss ich sagen. Ich als Präsidentin habe aber den Auftrag, diesen Bericht vorzustellen und ich werde mich deshalb auch enthalten bei dieser Frage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jérôme Thiriet beantragt, an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Petitionskommission, NEIN heisst an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung.

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 17 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006866, 26.06.25 10:23:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Petition für erledigt erklärt mit 49 gegen 17 Stimmen bei einer Enthaltung.

10. Petition P479 "Gestaltung und Aufwertung der Claramatte", Bericht der PetKo

[26.06.25 10:23:23, 24.5326.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das Wort hat Heidi-Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition wurde von Primarschülern lanciert. Ihr Anliegen ist die Verbesserung der Bedingungen für das Fussballspielen auf der Claramatte, am liebsten mit einem Kunstrasen anstatt dem aktuellen Belag mit Holzschnitzeln.

Die Stadtgärtnerei hat am damaligen Hearing eindrücklich aufgezeigt, dass ein Kunstrasen den alten Baumbestand auf der Claramatte massiv gefährden oder sogar zerstören würde und dass sie deshalb in einer Güterabwägung dem Erhalt des Baumbestandes dann Vorzug gibt.

Dies konnte die Petitionskommission nachvollziehen und bat deshalb den Regierungsrat, weitere Flächen in der Umgebung der Claramatte zu prüfen, die für das freie Fussballspiel geeignet sind. In seiner Antwort hat der Regierungsrat versichert, dass alternative Plätze wie zum Beispiel der Landhof, die Theodorsgrabenanlage, das Areal des Waisenhauses oder auch die Dachfläche des Clara-Parkings auf ihre Fussballtauglichkeit überprüft werden und dass die Kommunikation über mögliche Alternativplätze verbessert und kindgerechter gestaltet wird. Zudem informierte der Regierungsrat, dass die Verbesserung der Pflege des Fussballfeldes aus Holzschnitzeln und auch die Anpassung der bestehenden Goals schon aufgegleist sei.

Vor diesem Hintergrund beantragt die Petitionskommission, diese Petition als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

11. Petition P487 "Für Begegnungszonen im Wettsteinquartier", Bericht der PetKo

[26.06.25 10:25:23, 24.5445.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das Wort hat Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Der Grosse Rat hat die Petition an seiner Sitzung vom 16. Oktober 2024 der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Die Petition hat folgenden Wortlaut: «Wir, die Unterzeichnenden, reichen hiermit eine Petition ein mit dem Antrag, die bestehenden und zukünftigen Begegnungszonen im Wettsteinquartier umfassend zu begrünen. Dazu sollen, wo immer möglich, Bäume gepflanzt werden und/oder andere Bepflanzungen zum Beispiel Kübeln, Kisten etc. realisiert werden. Die Hauseigentümer sollen motiviert und unterstützt werden, Fassadenbegrünungen zu realisieren und geeignete Flächen zu entsiegeln. Auch geeignete Allmendflächen im Strassenraum sollen entsiegelt werden und durch eine begrünte Begegnungszone wird nämlich die Hitze reduziert. Es werden Fassaden beschattet. Die Entsiegelung erlaubt die Versickerung des Wassers im Sinne der Schwammstadt. Es entsteht insgesamt ein gesünderes und angenehmeres Klima, das den Aufenthalt im Aussenbereich erleichtert und sowohl Lebensqualität wie auch Wohnqualität nehmen zu.» So weit der Wortlaut der Petition.

Am 28. April 2025 hörte die Kommission im Rahmen eines Hearings eine Vertretung der Petentschaft sowie einen Vertreter der Abteilung Stadtraum von Städtebau und Architektur aus dem BVD an. Nachdem der Regierungsrat Anfang 2024 kommuniziert hatte, Superblocktests im St. Johann und im Matthäus, nicht aber im Wettsteinquartier durchzuführen, lancierte der Verein Wettstein 21 die Petition für begrünte Begegnungszonen, dies mit der Idee, die Einführung von Tempo 20 und die Begrünung zu kombinieren, da bei der Einrichtung von normalen Begegnungszonen die Begrünung nicht mitgedacht werde. Zusätzlich sollen die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer motiviert werden, die Fassaden ihrer Liegenschaft zu begrünen und eigene Flächen zu entziehen.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Petentschaft haben festgehalten, es sei ihnen bewusst, dass es für die Begrünung der Begegnungszonen finanzielle und personelle Ressourcen brauche. Eine umfassende Begrünung bedinge auch bauliche Veränderungen und deshalb sind im Petitionstext als Option auch Bepflanzung in Kübeln, Kisten und ähnlichem erwähnt. Dafür müssen keine Werkleitungen umgelegt und keine Randsteine verschoben werden. Das Wettsteinquartier verstehe sich als eine Art Laboratorium, grüne Begegnungszonen sollten wie die Superblocks in einem Quartier getestet werden. Keinesfalls sei es Absicht der Petentschaft, dass die geforderten Massnahmen zu einer Verschiebung von Ressourcen in der Verwaltung führen und damit zu Lasten anderer Quartiere gehe.

Während die Einrichtung von Begegnungszonen gemäss dem im Basel üblichen Standard eine eher einfache Sache ist, wäre die von der Petition geforderten Begrünung gemäss dem BVD deutlich komplexer, und um Restwertvernichtung zu vermeiden, werden Veränderungen im Strassenraum in Basel grundsätzlich nur im Rahmen von Sanierungen oder anderen Bauarbeiten vorgenommen. Die Verwaltung hat laut dem Vertreter des BVD weder den Auftrag noch die Ressourcen, um neue oder bestehende Begegnungszonen zu begrünen. Der Grosse Rat hat den Regierungsrat hingegen beauftragt, im Zuge des Ausbaus des Fernwärmenetzes Möglichkeiten zur Begrünung und Entsiegelungen wahrzunehmen. Dafür hat der Grosse Rat auch die benötigten Ressourcen bewilligt.

Die Petitionskommission stellt in ihrer Beratung fest, dass die Petition nicht das fordert, was ihr Titel suggeriert, nämlich die Einrichtung weiterer Begegnungszonen. Anträge dafür haben die Bewohner des Quartiers bereits eingereicht. Es ist also davon auszugehen, dass im Wettsteinquartier zu den bestehenden Begegnungszonen weitere hinzukommen und ich betone, die Kommission hat das ganz klar formuliert als Hauptanliegen der Petition ist die Begrünung der bestehenden und dennoch einzurichtenden Begegnungszonen.

Ein Teil der Petitionskommission empfand die Begrünung von Begegnungszonen in einem einzigen Quartier als ungerecht und es sollte deshalb am Grundsatz festgehalten werden, Massnahmen zur Begrünung und Entsiegelung jeweils dann zu ergreifen, wenn in einer Strasse sowieso gebaut wird. Dieses Vorgehen ist sowohl in Bezug auf den personellen, den finanziellen und auch den energetischen Ressourceneinsatz nachhaltig. Es spricht nichts dagegen, einzelne Begegnungszonen zu begrünen, wenn sowieso gebaut wird. Es wäre aber falsch, laut diesem Teil der Petko, von den für alle Strassen geltenden Grundsätzen bei den Begegnungszonen in einem einzigen Quartier abzuweichen.

Ein anderer Teil der Petitionskommission möchte das Engagement der Bewohner und des Wettsteinquartiers würdigen und die Petition an den Regierungsrat überweisen. Sie ist der Ansicht, dass neben den beiden Superblocktests im Matthäusquartier und im St. Johann auch ein Test mit begrünten Begegnungszonen durchgeführt werden könnte, und dieser müsste ja nicht zwingend auf das Wettsteinquartier beschränkt sein. Begrünte Begegnungszonen zu testen in einem Quartier wäre eine Chance laut diesem Teil der Petko. Die Ergebnisse kämen früher oder später auch anderen Quartieren zugute.

Fazit: Nach längerer Diskussion hat die Petko abgestimmt. Sie beantragt dem Grossen Rat mit 4 zu 4 Stimmen und auf Stichentscheid der Vizepräsidentin, die Petition für Begegnungszonen im Wettsteinquartier als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die GRÜNEN/jgb ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Die Stadt ächzt unter der Hitze. Wer frei hat aktuell und am Rhein sitzen kann, der kann das, da bin ich sicher, geniessen. Büros mit Klimaanlagen sind auch im Vorteil, alle anderen, darunter auch unsere Lehrpersonen und Schüler:innen beispielsweise, die schmelzen so dahin bei bis zu 30 Grad im Klassenzimmer. Hier drin ist es erstaunlich kühl aktuell, aber draussen ist es extrem warm und wenn man gestern hinausging, dann hat einen die Hitze fast erschlagen.

Ein Tag nach dem heissesten Tag der Woche aber beantragt eine knappe Mehrheit der Petitionskommission, die vorliegende Petition, welche Begrünung und somit Abkühlung möchte im Wettsteinquartier als erledigt zu erklären. Dabei wissen wir hier drin alle, dass keine Bemühungen zur Umgestaltung aktuell ausreichend ist, obwohl sie vorhanden sind. Es braucht mehr Massnahmen zu zur Bekämpfung der Hitze, sonst sind wir bald nicht mehr nur Kulturstadt sondern auch Hitzestadt. Positiv wäre daran vielleicht nur, dass die Art Basel dann doch nicht nach Qatar reisen müsste, weil wir bald einer Wüstenstadt gleichen.

Mag sein, dass ich etwas übertreibe, aber wer mich kennt, der weiss, ich bin wirklich kein Fan dieser Hitze. Die sorgen, welche die Petitionskommission dazu bewogen haben, die Petition als erledigt abzuschreiben, teilen wir nicht und beantragen, die Petition zur abschliessenden Behandlung an die Regierung zu überweisen. Wir anerkennen, dass das BVD engagiert gegen die Hitzeinseln vorgehen will, das auch schon teilweise tut und zudem viele Konzepte diesbezüglich entwickelt. Umso mehr lohnt es sich dann doch, einen Vorschlag aus der Bevölkerung erst recht zu überweisen, wenn es sowieso in diese Richtung geht, in die wir gehen wollen, um diese Konzepte konkret in Gebieten umzusetzen und um weitere Anregungen zu Umsetzmöglichkeiten zu geben und weitere Ideen zu testen. Schliesslich lernen wir nie aus und wir müssen, und das glaube ich wissen wir alle, unbedingt schneller werden mit dieser Umgestaltung unserer Stadt.

Am unverständlichsten ist für uns das Argument der Bevorzugung eines Quartiers. Das klingt für mich ein bisschen so, dass wir lieber überall langsam, nichts oder fast nichts oder das gleiche machen als dort, wo Vorschläge vorliegen, wirklich effektiv schneller etwas zu machen, insbesondere dann, wenn die Quartierbevölkerung sogar diesem in grossen Teilen positiv gegenübersteht. Ich wohne im Hitzeschmelzkern Innenstadt, und auch wenn ich von Herzen gerne weniger brutzelnden Asphalt, weniger versiegelte Flächen, mehr Bäume und mehr Begrünung hätte, würde ich es dem Wettstein von Herzen gönnen, wenn es schneller in diese Richtung geht als bei uns in der Innenstadt.

Diese Petition bietet viele kleine nicht bauintensive Handlungsmöglichkeiten und kann auch wie schon im Kommissionsvotum angetönt, als Pilot dienen, um schnelle Konzepte auf andere Quartiere anzuwenden, insbesondere wenn ein grösserer Teil der Bevölkerung motiviert und überzeugt ist. Der steigende Parkierdruck ist für uns auch kein Argument, hier diese Forderungen nicht an die Regierung zu überweisen, aber das wird Sie vermutlich auch nicht überraschen. Die Petition zielt nicht auf einen Abbau von Parkplätzen per se ab, sondern auf eine Verbesserung der Lebensqualität durch Begrünung.

In diesem Sinne stehen wir als Fraktion GRÜNE/jgb komplett hinter den Forderungen der Petent:innen und möchten diese Petition und ihre Wünsche mit Nachdruck an das BVD überweisen, damit das Ächzen in den kommenden Dekaden mindestens 3 Grad tiefer bleibt, denn wir wissen alle spätestens nach dieser Nacht, was es ausmacht, 3 Grad mehr Kühle zu haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Wir möchten Sie auch bitten, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Eine Ungleichbehandlung der Quartiere kann nun wirklich nicht ein Argument sein, um nichts zu tun. Ich möchte an den Prozess erinnern, wie wir normalerweise zu Begegnungszonen kommen. Da müssen Anwohnende zuerst einmal Unterschriften sammeln, dann müssen sie Warten ziemlich lange – in meinem Fall warten wir jetzt seit zweieinhalb Jahren –, dann gibt es eine Abstimmung und dann wird dann vielleicht irgend etwas gebaut. Das gibt eine ziemlich Ungleichheit zwischen den Quartieren. In Quartieren, wo es viele Menschen hat, die sich engagieren, die wissen, was ihre Rechte sind, die sich einbringen, gibt es sehr viele Begegnungszonen. In anderen, beispielsweise im Klybeck sind wir jetzt eben an der zweiten dran. Das heisst, es gibt wirklich eine sehr grosse Ungleichheit beim System der Einrichtung der Begegnungszone.

Das hat bis jetzt niemand von dieser Seite kritisiert, die jetzt diese Petition nicht überweisen wollte. Ich möchte das aber jetzt trotzdem kritisieren, weil es wäre sinnvoll, hier den Prozess zu ändern und wirklich über die ganze Stadt verteilt mit den Begegnungszonen vorwärts zu machen. Klammerbemerkung: Bei dieser Petition geht es ja jetzt nicht darum, neue Begegnungszonen einzurichten, sondern diejenigen, die sowieso eingerichtet werden oder schon wurden, zu begrünen. Und hier verstehe ich das Argument der Restwertvernichtung nun wirklich nicht. Mein Unverständnis wechselt langsam zu ziemlich grosser Wut, weil dieses Argument immer dann kommt, wenn es um Begrünung geht. Es geht nicht darum, wenn es zum Beispiel darum geht, ein bestehendes Haus abzureissen. Auch hier wird Restwert vernichtet, aber damit hat man offenbar kein Problem. Es geht auch nicht darum, wenn die Art ein Kunstwerk macht, wofür Teer auf den ganzen Messeplatz gespritzt wird und nachher wieder entsorgt wird. Es kommt auch dann nicht, wenn für ein Event eine Baustelle zugemacht wird oder weil für die verschiedenen Leitungen, die da verlegt werden müssen, immer mal wieder zwischendurch etwas Teer über eine Baustelle geschmiert wird und dann wieder weggerissen wird. Das nehmen wir alles hin und sagen, ja, es ist nicht gut, wir versuchen das zu reduzieren, aber irgendwie muss es halt doch sein. Aber bei einem Baum oder einer Rabatte geht es nicht. Und das ist hier besonders absurd, weil da ja nachher kein neuer Teer drauf kommt. Es wird also nichts vernichtet und ersetzt doch etwas Neues und stösst noch einmal graue Energie aus, sondern hier geht es wirklich nur um die Begrünung. Ich kann es verstehen, wenn unten grosse Leitungen sind, die verlegt werden müssen, aber wirklich nicht, wenn es nur darum geht, eine Baugrube zu machen.

Also ich bitte Sie, hier diese Petition auch dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Wir möchten vorwärtsmachen. Die Begrünung in den Quartieren soll höhere Priorität haben. Heute ist es nämlich bei den Begegnungszonen immer noch so, dass der Erhalt der Parkplätze das höchste Gut für die Planung ist. Also die Planenden werden sehr nervös, wenn sie einen Parkplatz oder vielleicht über zwei abbauen müssen, um eine Bewegungszone einzurichten. Ich glaube, das ist heutzutage nicht mehr die richtige Prioritätensetzung. Danke fürs Überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP das Wort hat Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen beantragen Ihnen, die Petition dem Regierungsrat zu überweisen. Er soll zu dieser Petition berichten. Schliesslich gibt es reichlich Überschneidungen zwischen der Petition und den Zielen des Regierungsrates im behördenverbindlichen Stadtklimakonzept sowie in der ebenso behördenverbindlichen Biodiversitätsstrategie. Ausserdem gibt es genügende dem Regierungsrat überwiesene Vorstösse, die die Anliegen der Petentschaft unterstützen, wie zum Beispiel der Anzug betreffend Anreizsysteme für Vertikalbegrünung, der immer noch in Bearbeitung ist bei der Regierung, oder die Motion Tobias Christ betreffend ein gesundes Stadtklima.

Somit ist für uns klar, dass die Petition dem Regierungsrat überwiesen werden soll.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die LDP hat das Wort Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Ich spreche nicht nur für die LDP, sondern auch für die SVP.

Die Verwaltung verfügt nicht über die personellen Ressourcen, um sämtliche Projekte gleichzeitig umzusetzen. Es wäre daher nicht fair, die Petition zu überweisen, wenn dadurch andere Projekte in anderen Quartieren aufgrund fehlender Kapazitäten nicht realisiert werden könnten. Im Rahmen der Fernwärmeplanung wird ohnehin geprüft, ob Begegnungszonen mit Begrünung möglich sind.

Hier noch einige wichtige Punkte: es ist eine klare Ansage. Parkplätze würden wegfallen. Das Gewerbe im Kleinbasel leidet bereits heute unter Parkplatzmangel, weitere Projekte, wie das Tram Claragraben, würden ebenfalls zum Abbau von Parkplätzen führen. Dann gibt es technische Einschränkungen. Aufgrund von unterirdischen Leitungen ist eine Bepflanzung mit Bäumen an vielen Stellen nicht möglich. Auch hat die Verwaltung betont, dass das Abwassergefälle eine Herausforderung darstellt. Das Wettsteinquartier ist bereits heute sehr grün. Das sieht man, wenn man auf dem Rocheturm steht. Wenn man runterschaut, sieht man, dass es wirklich eines der grüneren Quartiere ist. Und was auch wichtig ist, der Quartierverein Oberes Kleinbasel spricht sich gegen das Anliegen aus und es gibt zahlreiche Anwohnende, die sich vehement gegen das Vorhaben aussprechen.

Deshalb bitten wir Sie, analog dem Regierungsrat und der Petitionskommission, diese Petition als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP das Wort hat Mahmoud Ismail.

Ismail Mahmoud (SP): Es wurde schon viel gesagt, ich halte mich ganz kurz und möchte nur noch etwas Grundsätzliches sagen.

Die Petition will mehr Begegnungssohn oder die Begegnungszonen, die es schon gibt, begrünen, Bäume pflanzen in Töpfe, Unterstützung bei der Begrünung von Fassaden. Das ist nicht viel und vor dem Hintergrund unserer Klimaziele und unserer Strategie macht das auch Sinn, diese Forderungen sind absolut kohärent und deswegen ist es nur fair, diese dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Das Engagement der Quartierbevölkerung muss gewürdigt werden. Deswegen biiten wir um Überweisung an den Regierungsrat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Mein Vorsprecher von der LDP hat es auch schon gesagt, die Situation in diesem Quartier dies nicht so, wie das vielleicht jetzt hier kommuniziert wurde. Der Verein Wettstein 21 ist nicht der grösste Autofan. Der Verein organisiert sogenannten Quartierlabors mit dem Arbeitstitel «Das Quartier autofrei». Am Schluss entsteht eine Charta, wo 300 Leute nach Monaten dann unterschrieben haben, dass das Quartier autofrei werden soll.

Der neutrale Quartierverein hat Befragungen im Quartiere durchgeführt, ob eben das Quartier beschränkt werden soll auch Fussgänger, Velofahrer oder ÖV, 50 Prozent der Befragten haben gesagt Nein, 18 Prozent haben gesagt eher Nein. Also das Quartier ist sich da überhaupt nicht einig. Darum war es auch erfreulich, dass der Regierungsrat darauf verzichtet hat, das Quartier für die Superblocks in den Pilot zu integrieren.

Jetzt wird es mit anderen Mitteln versucht. Die erste Petition wurde dem Regierungsrat Beat Jans übergeben. Er hat diese abgelehnt. Die Regierung hat sie abgelehnt. Jetzt kommt eine zweite Petition und im Petitionstext steht schon drin, dass Begegnungszonen geschaffen werden sollen. Ich habe die Befragungen angeschaut zu diesen Begegnungszonen. Ich selber wurde selbstverständlich nicht befragt, aber ich habe die Informationen gesehen. Die Begegnungszonen sollen in Strassen geschaffen werden, wo es ein Altersheim gibt, wo es Parkplätze vor dem Altersheim gibt, wo man halt leider zufahren muss. Die Begegnungszonen sollen in Strassen entstehen, wo es Tiefgaragen in Häusern hat mit 40 Parkplätze. Ich weiss nicht, was erreicht werden soll mit diesem Vorgehen. Es wird immer unter falscher Flagge gesegelt bei dieser Vereinigung Wettstein 21. Ich bitte einfach die Regierung, bevor über neue Begegnungszone im Wettstein diskutiert wird, dass die Bevölkerung wirklich transparent noch einmal befragt wird, sonst wird der Widerstand sehr gross.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Sprecher der Petitionskommission verzichtet auf ein Votum.

Wir stimmen zwei Mal ab, zuerst gibt es eine Eventualabstimmung und dann noch eine Abstimmung.

Jo Vergeat und weitere beantragen dem Regierungsrat, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Brigitte Kühne beantragt an den Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst der Regierungsrat zur Stellungnahme, NEIN heisst es zum Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung.

Ergebnis der Abstimmung

7 Ja, 80 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006869, 26.06.25 10:48:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überweisen mit 80 Stimmen gegen 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir kommen zur Abstimmung und stimmen darüber ab, ob die Petition als erledigt erklärt werden soll gemäss Antrag Petitionskommission oder an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen wird.

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Petitionskommission, NEIN heisst denn an den Regierungsrat zur abschliessend Behandlung

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006871, 26.06.25 10:49:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich dafür entschieden, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen mit 49 Stimmen gegen 37 Stimmen bei einer Enthaltung.

12. Pilotprojekt «Kantonales Aktionsprogramm gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen für die Jahre 2025 - 2028», Bericht der GSK

[26.06.25 10:49:36, 25.0226.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat der Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich Ihnen namens der Gesundheits- und Sozialkommission zum vorliegenden Projekt Kantonales Aktionsprogramm gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen für die Jahre 2025 bis 2028. Die Kommission hat den Ausgabenbericht für das Pilotprojekt an der Sitzung vom 20. März behandelt. An der Beratung teilgenommen haben der Vorsteher des Gesundheitsdepartements sowie der Kantonsarzt und der stellvertretende Leiter der Abteilung Prävention.

Zur Ausgangslage: Das vorliegende Pilotprojekt erfolgt im Rahmen der kantonalen Aktionsprogramme KAP, die zusammen mit der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz durchgeführt werden. Die GFCH, also die Gesundheitsförderung Schweiz, will nach Aufforderung durch die Kantone für die Jahre 2025 bis 2028 Erfahrungen sammeln als Grundlage zu einem Entscheid, die Zielgruppe der jungen Erwachsenen ab 2029 fest in die KAP zu integrieren. Die WHO geht davon aus, dass Einsamkeit dem Menschen physisch und psychisch Schaden und die Lebenserwartung verkürzen kann. In der Schweiz fühlt sich rund jede vierte Person zwischen 25 und 39 Jahren manchmal oder oft einsam. Das nun konkret vorliegende Pilotprojekt setzt sich zum Ziel, dass sich junge Erwachsene im Kanton Basel-Stadt weniger einsam fühlen und Sozialanschluss erhalten.

Die Massnahmen des Pilotprogramms, dessen Projektkosten für den Kanton mit 47’000 Franken pro Jahr budgetiert sind, verteilen sich auf die vier bekannten Ebenen Intervention, Policy-Vorgaben, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit. Im Zusammenspiel der verschiedenen Massnahmen soll ein Netzwerk gegen Einsamkeit erstellt werden, in welchem alle Anspruchsgruppen vertreten sind, das heisst bestehende Akteure von Projekten gegen Einsamkeit, Mittler, Vertreter der Zielgruppe, junge Erwachsene sowie kantonale Stellen. In Zusammenarbeit mit diesen Gruppen sollen Interventionsmöglichkeiten gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen, Weiterbildungsmöglichkeiten für Mittler zum Thema Risikofaktoren für Einsamkeit erkennen handeln, so wie eine Kampagne gegen Einsamkeit entwickelt werden. Zudem sollen Angebote für soziale Teilhabe auf einer Plattform beworben werden.

Die Gesamtkosten betragen jährlich 142’000 Franken, insgesamt 571’000 für die Laufzeit von 2025 bis 2028. Ich weise gerne auch daraufhin, dass die finanzielle Belastung des Kantons wesentlich geringer ist. Sie beläuft sich insgesamt auf 171’000 Franken beziehungsweise wie eben erwähnt jährlich auf knapp 43’000 Franken.

Zur Kommissionsberatung: Die Gesundheits- und Sozialkommission unterstützt die Vorlage und zeigt sich erfreut, dass das Pilotprojekt der Stadt Basel im Rahmen eines Wettbewerbs von Gesundheitsförderung Schweiz ausgewählt wurde. Das Projekt erscheint ihr wichtig, da es ein drängendes Problem betrifft. Die besonders vulnerable Gruppe der von Vereinsamung betroffenen jungen Erwachsenen muss gezielt erreicht werden. Den kantonalen Beitrag von 30 Prozent erachtet die GSK jedoch tendenziell eher als gering. Ein Anteil von 50 Prozent wäre durchaus angemessen gewesen. Dabei wird festgestellt, dass das Programm noch begrenzt ist und die Zielsetzung nicht vollständig ausgereift scheint. Der Pilot umfasst bislang nur eine konkrete Intervention. Weitere Massnahmen betreffen hauptsächlich Vernetzung und Informationsarbeit.

Diese Einschränkungen sind dem Charakter des Projektes geschuldet. Es handelt sich, wie erwähnt, um ein vierjähriges Pilot und Strategieprojekt, bei dem die Gesundheitsförderung Schweiz den Rahmen vorgibt, in welchem sich Basel-Stadt dabei vorderhand bewegen darf. Zwar könnte der Kanton mehr tun, doch das Projekt entspricht den Vorgaben der Ausschreibung und wurde entsprechend ausgewählt. Eine Erhöhung des kantonalen Beitrags wird derzeit nicht in Erwägung gezogen. Sollte sich das Projekt bewähren, bleibt ein Ausbau jedoch möglich.

In der aktuellen Phase sind intensive Informations- und Vernetzungsmassnahmen gerechtfertigt. Positiv hervorzuheben ist, dass die Projektleitung aktiv den Austausch mit Praxis und Forschung sucht, um das Vorhaben langfristig zu fundieren. Die Gruppe der Verein sagten jungen Erwachsenen muss gezielt angesprochen werden, auch wenn klar ist, dass nicht alle Subgruppen erreicht werden können. Die Auswahl des Fokus erfolgt in Zusammenarbeit mit Forschung und Praxis.

Die GSK weist auf eine Lücke zwischen dem Programm Catching Fire (bis 20 Jahre) und der neuen Zielgruppe ab 25 Jahre hin. Das Departement bestätigt, dass auch Personen zwischen 20 und 25 Jahren künftig einbezogen werden sollen. Einsamkeit wird als gesamtgesellschaftliches Thema verstanden, weshalb die strategische Führung bei der Kantons- und

Stadtentwicklung liegt. Diese koordiniert die beteiligten Stellen, etwa die Abteilung Prävention des GD, RAV, Sportamt und Sozialhilfe. Das Departement hat diese Aufgabenverteilung ausdrücklich begrüsst, da sie Klarheit schafft, Überschneidungen vermeidet und der Präventionsabteilung erlaubt, sich auf junge Erwachsene zu konzentrieren.

Die GSK hat die Rolle der oben erwähnten unbezahlten Mittler eingehend diskutiert. Diese sind ohne Frage wichtig, um den Kontakt zu Betroffenen herzustellen und ihnen die für ihr Problem zuständigen Stellen bekannt zu machen. Mittler sind nicht im therapeutischen Bereich tätige Person, sondern kommen mit den jungen Erwachsenen in ihrem sonstigen beruflichen Alltag, zum Beispiel in einer Apotheke, in Kontakt. Sie können Betroffene aktiv ansprechen, müssen aber dazu auch entsprechend geschult werden, beispielsweise mittel Sensibilisierungsausbildung.

Die GSK sieht hier ein Problem. Einerseits soll eine qualifizierte Aufgabe übernommen werden, die eine Weiterbildung verlangt, die dann andererseits aber in keiner Weise vergütet wird. Die Mittlerarbeit bedeutet jedoch sowohl Zeit als auch Aufwand. Die damit verbundenen finanziellen Auslagen am Arbeitsplatz fallen ins Gewicht. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass aufgrund solcher Hürden künftig unbezahlte Tätigkeiten abnehmen oder nicht mehr vermittelbar werden. Das Departement hat erklärt, dass es diese Bedenken der GSK in die weitere Projektentwicklung tragen wird.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die Gesundheits- und Sozialkommission einstimmig die Zustimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Es freut uns, dass neben der Fortsetzung des kantonalen Aktionsprogramms zur allgemeinen Gesundheitsförderung in Zukunft auch ein Pilotprojekt Aktionsprogramm gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen für die kommenden vier Jahre lanciert wird. Die Problematik, dass viele Menschen von Einsamkeit betroffen sind, nimmt in den letzten Jahren stetig zu und betrifft zunehmend auch Menschen im jungen Erwachsenenalter. Die Gründe hierfür sind vielseitig, haben aber einen wesentlichen Einfluss auf die psychische Gesundheit der jungen Erwachsenen. Umso einsamer, desto belastender und umso belastender, desto einsamer und es kann also ein Teufelskreis entstehen, und wenn wir uns die Welt zu Gemüte führen, kann es ja eigentlich nicht wirklich erstaunen, dass junge Erwachsene sich unter Druck fühlen und Ängste vor der Zukunft entwickeln.

Es erstaunt auch nicht, dass die berufliche Integration von jungen Erwachsenen schwieriger wird und auch die Ansprüche auf IV-Leistungen ansteigen. Einsamkeit ist nicht rein auf der individuellen Ebene abzuhandeln, sondern ist eine soziale Problemstellung. Armut, Ein-Eltern-Familien, Migration, Suchterkrankung, alles sind Risikofaktoren, die zu Einsamkeit führen können. Besonders vulnerable Menschen, beispielsweise auch Menschen mit einer Behinderung, sind stark von Einsamkeit betroffen.

Wir wünschen uns zwar die soziale Teilhabe aller Menschen, dies wünschen wir uns aber in einer Gesellschaft, die darauf basiert, regelmässig Menschen wieder auszuschliessen. Gerade deshalb ist ein solches Pilotprojekt gegen Einsamkeit dringend angezeigt und müsste, das hat der Kommissionspräsident auch schon erwähnt, mit deutlich mehr Mitteln ausgestattet werden, mit insgesamt etwas mehr als einer halben Million Franken für die vier Jahre kann noch wenig Wirkung erzielt werden. Und der Betrag vom Kanton Basel-Stadt ist ja auch nochmals tiefer bei rund 170’000 Franken pro Jahr.

Auch die im Ratschlag festgelegten Massnahmen werden der Problematik noch nicht ganz gerecht. Aufgrund der Tatsache, dass es sich hier um ein vom Bund ausgewähltes Pilotprojekt handelt, akzeptieren wir die aktuelle Ausgestaltung. Es ist aber eigentlich jetzt schon klar, dass der Pilot in ein Regelprojekt überführt und dann dringend mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden muss. Mit dem Pilotprojekt ist es also nicht getan, es wird wichtig sein, dass sich die zuständigen kantonalen stellen in den kommenden vier Jahren dringend auch mit den privaten sozialen Einrichtungen zum Thema Einsamkeit im jungen Erwachsenenalter austauschen, weil dort die Hebelwirkung über die sozialen Einrichtungen deutlich höher sein wird als über die kantonalen Stellen.

Wir von BastA wünschen uns deshalb, dass die zuständigen Departemente im ED, GD und WSU in den kommenden Jahren bei der Aushandlung der diversen Finanzhilfen mit den Einrichtungen, die von Einsamkeit betroffenen jungen Erwachsenen arbeiten, diese Thematik schon mitdenkt, mitnimmt und entsprechende Massnahmen der sozialen Einrichtungen schon jetzt mit finanziellen Mitteln ausstattet, als abzuwarten, bis das Pilot fertig ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP spricht Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Mit dem Vorschlag eines Pilotprojekts für ein Aktionsprogramm gegen die Einsamkeit bei jungen Erwachsenen gelang es der Regierung, von der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz aus fünf Projekten den Zuschlag

und damit eine massgebliche Unterstützung zu erhalten. Die Altersgruppe der jungen Erwachsenen fiel bislang durch die Maschen. Einsamkeit bei Kindern und Jungendlichen, insbesondere in der Pubertät, aber auch im Alter, wird untersucht und mit diversen Massnahmen angegangen. Die jungen Erwachsenen hingegen, die sich in der Regel weder in der Schule noch in einer Seniorenbetreuungssituation befinden, sind kaum fassbar. Dennoch besteht auch in dieser Altersgruppe Einsamkeit, jede vierte Person der Altersgruppe 25 bis 39 fühlt sich einsam, dies wohl insbesondere in der anonymen städtischen Umgebung.

Das Aktionsprogramm will hier ansetzen und sieht verschiedene Massnahmen vor, die Sie dem vorliegenden Bericht entnehmen können. Wichtig ist mir als bürgerlicher Politikerin insbesondere zu betonen, dass wir heute zwar über den gesamten Betrag von rund 570’000 Franken entscheiden müssen, weil dieses gesetzlich so vorgeschrieben ist. Regierungsrätin Tanja Soland wird jedoch lediglich 170’000 Franken in die Hand nehmen müssen, weil vom Gesamtbetrag von 570’000 Franken 400’000 aus Drittmitteln stammen.

De facto entscheiden wir heute also über diese 170’ooo Franken zu Lasten der kantonalen Staatskasse und nicht über 570’000 Franken, und dem bitte ich Sie im Namen der Mitte/EVP-Fraktion zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland wünscht das Wort nicht. Damit kommen wir zum nächsten Teil.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisungen nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 6 des Berichts.

Titel und Ingress, einziger Absatz.

Publikationsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006873, 26.06.25 11:03:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Durchführung des Pilotprojekts «Kantonales Aktionsprogramm gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen für die Jahre 2025–2028» bewilligt der Grosse Rat Ausgaben von maximal Fr. 571'440 (Fr. 142'860 jährlich) für die Jahre 2025–2028.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Beschluss einstimmig zugestimmt mit 87 Stimmen.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich Ihnen namens der Gesundheits- und Sozialkommission zum vorliegenden Ratschlag Kantonales Aktionsprogramm Ernährung, Bewegung und physische Gesundheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ältere Personen für die Jahre 2025 bis 2028.

Zur Ausgangslage: Nicht übertragbare Krankheiten sind eine grosse gesundheitspolitische, wirtschaftliche und nicht zuletzt gesellschaftliche Herausforderung. Mit einem gesundheitsförderlichen Lebensstil und Prävention liessen sich rund die Hälfte der nicht übertragbaren Krankheiten verzögern oder gar vermeiden. Gemäss Artikel 19 und 20 des Bundesgesetzes über die

Krankenversicherung hat die Gesundheitsförderung Schweiz GFCH den gesetzlichen Auftrag, die Gesundheitsförderung und Prävention in der Schweiz zu stärken, weiterzuentwickeln, finanziell zu unterstützen und zu koordinieren.

Die Gesundheitsförderung Schweiz geht mit den Kantonen Verträge zur Zusammenarbeit ein, die daraus resultierenden kantonalen Aktionsprogramme, die sogenannten KAP zielen mit ihren Massnahmen auf die Teilbereiche physische Gesundheit, ausgewogene Ernährung und genügend Bewegung. Die GFCH und die Kantone finanzieren die Programme gemeinsam. Schon lange vor der Einführung der KAP fanden im Kanton Basel-Stadt Projekte in den erwähnten Themenbereichen statt. 2021 bis 2024 folgte das erste allgemeine KAP mit einer übergeordneten Strategie zu Zielgruppen, Themen und Massnahmen.

Das nun folgende kantonale Aktionsprogramm 2025 bis 2028 erfolgt in drei Themenbereichen und vier Massnahmenebenen. Es sind 56 Massnahmen bzw. Projekte geplant, 31 auf Ebene Intervention, sechs auf Ebene Policy, neun bei der Vernetzung und zehn auf Ebene Öffentlichkeitsarbeit. Der zur Durchführung notwendige Head-Count beträgt dreieinhalb Vollzeitstellen.

Die Gesamtkosten des KAP betragen jährlich 1,2 Millionen Franken oder Brutto 4,8 Millionen Franken für die gesamte Laufzeit 2025 bis 2028. Durch die Beteiligung des Bundes sind die effektiven Kosten für den Kanton jedoch geringer und belaufen sich netto über die gesamte Laufzeit auf rund 3,2 Millionen Franken.

Zur Kommissionsberatung: Die Kommission hat den Ratschlag an der Sitzung vom 20. März dieses Jahres behandelt. An der Beratung teilgenommen haben wiederum der Vorsteher des Gesundheitsdepartements sowie der Kantonsarzt und der stellvertretende Leiter der Abteilung Prävention. Grundsätzlich darf ich festhalten, dass die GSK die vorliegende Vorlage begrüsst, sowohl die Fortführung des kantonalen Aktionsprogramms als auch insbesondere dessen Weiterentwicklung durch neue Massnahmen. Diese neuen Massnahmen machen etwa 15 bis 20 Prozent des gesamten KAP aus. Die finanzielle Attraktivität präventiver Massnahmen wird besonders deutlich, wenn man die im Vergleich weit höheren Folgekosten von Erkrankungen betrachtet.

Die GSK erkennt, dass Prävention eine entscheidende Rolle spielt in der Vermeidung oder zumindest Minderung von Leid. Im Verhältnis zu den Aufwendungen für die Behandlung von Folgekrankheiten ist der finanzielle Einsatz im Bereich Prävention jedoch weiterhin sehr gering. Besonders in den Bereichen Bewegung und Ernährung liegt ein grosses Potenzial, da diese Themen weite Teile der Bevölkerung effektiv ansprechen können. Ein zentraler Aspekt der Weiterentwicklung des kantonalen Aktionsprogramms 2025 bis 2028 ist die verstärkte Fokussierung auf die Wirkungsmessung. Dies stellt eine Anforderung der Gesundheitsförderung Schweiz dar. Ergänzend zur bisherigen qualitativen Messung, bei der analysiert wurde, welche Zielgruppen durch welche Massnahmen erreicht werden konnten, sollen zukünftig auch Befragungen der Betroffenen zu den konkreten Auswirkungen der Projekte durchgeführt werden. Durch diese Ausweitung wird das Verhältnis von eingesetzten Mitteln zu den erzielten Ergebnissen besser vergleichbar. Alle Einzelprojekte werden evaluiert, wobei das Departement die Auswahl trifft und sich vorbehält, Projekte einzustellen, sollte deren Wirkung unbefriedigt sein. Die dadurch frei werden Mittel werden in anderen oder neue Projekte umgeleitet.

Die GSK hat zudem zu den Grundsätzen nachgefragt, wie eine gesunde und ausgewogene Ernährung vermittelt werden kann. Dieses Thema steht unter besonderer gesellschaftlicher Beobachtung und wird kontinuierlich hinterfragt. Laut dem Gesundheitsdepartement orientiert sich das KAP grundsätzlich an den Empfehlungen der Gesundheitsförderung Schweiz und der Stiftung Gesundheit und Ernährung Schweiz, beispielsweise an der Ernährungspyramide. Einheitliche Empfehlungen sind jedoch nicht möglich, da sich Ernährungsgewohnheiten je nach Zielgruppe unterscheiden. Die Hinweise für Kinder beispielsweise können nicht eins zu eins auf ältere Menschen übertragen werden. Zudem müssen die Empfehlungen sowie deren Vermittlung einfach und verständlich gestaltet sein, um gezielt bestimmte Gruppen, etwa Kinder mit dem Tellermodell, zu erreichen.

Abschliessend möchte ich auch im Namen der GSK nochmals daraufhin weisen, dass sich der vorliegende Ratschlag auf den Zeitraum 2025 bis 2028 bezieht. Das heisst, er wird nun erst im Jahr im Grossen Rat behandelt, in welchem er bereits zu laufen begonnen hat. Wir empfinden diese nach wie vor als störend, da eine solche Finanzierung üblicherweise bereits im Jahr vor der Beginn der Laufzeit im Parlament behandelt werden soll. Die GSK erwartet daher, dass dem künftig Rechnung getragen wird und die Ratschläge jeweils rechtzeitig dem Parlament vorgelegt werden.

Gestützt auf diese Ausführung beantragt ihn die Gesundheits- und Sozialkommission einstimmig die Zustimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage.

13. Kantonales Aktionsprogramm Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ältere Personen für die Jahre 2025 – 2028, Bericht der GSK

[26.06.25 11:10:02, 25.0227.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Amina Trevisan für die SP.

Amina Trevisan (SP): Die SP-Fraktion setzt sich dezidiert für gesundheitliche Chancengleichheit sowie für die Stärkung der psychischen und physischen Gesundheit der Basler Bevölkerung ein und unterstützt deshalb Präventionsprogramme und die Gesundheitsförderung in Basel in aller Deutlichkeit. Daher heissen wir die Ausgabe für die Fortführung des kantonalen Aktionsprogramms Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ältere Personen für die Jahre 2025 bis 2028 in der Höhe von insgesamt 4,208 Millionen Franken gut. Die SP-Fraktion würdigt, wertschätzt und anerkennt damit sowohl die grossen Bemühungen und die wertvolle Arbeit der Mitarbeitenden der Abteilung Prävention des Kantons Basel-Stadt für eine ausgewogene Ernährung, genügend Bewegung und psychische Gesundheit bei der Zielgruppe, die ich vorhin genannt habe, als auch die wichtige und sehr wertvolle Arbeit aller Non-Profit-Organisationen, die die zahlreichen Projekte zum Wohle der Gesellschaft umsetzen. An dieser Stelle ein expliziter Dank an alle Vereine, die Arbeiten übernehmen, die zum gesellschaftlichen Zusammenhalt wesentlich beitragen und für die Finanzierung ihrer Projekte immer wieder stark kämpfen und mit Ungewissheit umgehen müssen.

Gerne komme ich nun auf die Begründung für das Gutheissen der beantragten Gelder für die Durchführung des kantonalen Aktionsprogramms zu reden. Gesundheit ist weit mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Sie ist das Fundament für ein selbstbestimmtes Leben, soziale Teilhabe und wirtschaftliche Stabilität. Genau hier setzt das kantonale Aktionsprogramm für Ernährung,. Bewegung und psychische Gesundheit an. Die zahlreichen Projekte sind ein zentraler Pfeiler der Prävention und Gesundheitsförderung und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur öffentlichen Gesundheit.

Wichtig ist auch zu betonen, dass Gesundheit ein Grundrecht ist, doch in der Realität hängt die Chance auf ein gesundes Leben stark von sozialen, finanziellen und bildungsbezogenenfaktoren ab. Kantonale Aktionsprogramme setzen genau hier an. Sie sind ein entscheidendes Instrument, um systematische Benachteiligungen abzubauen und gesundheitliche Chancengleichheit zu erhöhen. Wir brauchen die im Ratschlag vorgestellten 56 Massnahmen beziehungsweise Projekte für eine gezielte, bedarfsgerechte Gesundheitsförderung auf regionaler Ebene. Kein Kanton ist wie der andere. Demografische Strukturen, Migrationsanteil oder sozioökonomische Unterschiede variieren stark. Kantonale Programme können spezifisch auf diese Unterschiede eingehen, und Massnahmen dort ansetzen, wo der Bedarf am grössten ist. Zudem fördern sie die Zusammenarbeit verschiedener Akteurinnen, Kanton, Schulen, Gesundheitsdienste und Non-Profit-Organisationen werden eingebunden. Diese Vernetzung stärkt die Wirkung der Massnahmen und sorgt für die nachhaltigen Strukturen in Prävention und Gesundheitsförderung. Wir begrüssen ausserdem sehr die Zusammenarbeit des Kantons mit der Gesundheitsförderung Schweiz.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das kantonale Aktionsprogramm für Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit eine lohnende Investition in die Zukunft ist. Es stärkt nicht nur die individuelle Gesundheit, sondern auch den sozialen Zusammenhalt und die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit, denn insgesamt sind kantonale Aktionsprogramme kein Nice to have, sondern ein zentrales Element für eine gerechtere Gesellschaft. Sie machen Gesundheit für alle erreichbar, unabhängig von Herkunft, Bildungsstand und Einkommen. Deshalb verdienen sie breite politische Unterstützung und eine langfristige Verankerung in der Gesundheitsstrategie des Kantons.

Ich bitte Sie im Namen der SP, die beantragten Geld zu sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, der Kommissionsprecher verzichtet ebenfalls ein Votum.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisungen nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses Seite 7 des Berichts.

Titel und Ingress.

Einziger Absatz-

Publikations und Referendumsklausel.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006875, 26.06.25 11:15:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Durchführung des «Kantonalen Aktionsprogramms Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ältere Personen für die Jahre 2025–2028» bewilligt der Grosse Rat Ausgaben von maximal Fr. 4’208'000 (Fr. 1’052'000 jährlich) für die Jahre 2025–2028.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig zugestimmt mit 88 Stimmen.

14. Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend beschleunigte Einführung eines digitalen Führerausweises im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[26.06.25 11:15:34, 24.5522.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht zu überweisen und ich möchte das kurz begründen.

Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich die Digitalisierung amtlicher Dokumente, das ist wichtig und auch wichtig für die Dienstleistung. Aber bei diesem Themenbereich Führerschein sind die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen auf Bundesebene zu schaffen und die Kantone sind insofern nur für den Vollzug zuständig.

Die E-ID des Bundes ist im Moment ja nicht verfügbar, soll aber 2026 geschaffen werden und ich denke, dann, wenn diese Grundvoraussetzung geschaffen ist, macht es auch Sinn, dass wir uns dann mit dieser Digitalisierung auch beschäftigen. Das tun wir unabhängig von dieser Motion. Ich denke, es ist wichtig auch als Dienstleister, dass wir das von Amtes wegen prüfen. Aber im jetzigen Zeitpunkt wäre es einfach verfrüht.

Der elektronische Lernfahrausweis kann allerdings rascher eingeführt werden, weil er nur auf die Schweiz beschränkt ist, und wir planen da auch wirklich möglichst bald dieses Dienstleistungsangebot bei der MFK zu schaffen. Das ist der wesentliche Grund, warum wir sagen, wir möchten das nicht überwiesen haben, nicht weil wir das inhaltlich nicht teilen, sondern weil wir den Zeitpunkt nicht als ideal erachten, das jetzt praktisch verbindlich zu fordern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Fraktionssprecher gemeldet hat sich Felix Wehrli für die SVP.

Felix Wehrli (SVP): Ich kann es eigentlich kurz machen, was ich aufgeführt habe, ht die Regierungsrätin bereits gesagt und die SVP-Fraktion unterstützt die Meinung des Regierungsrates, dass diese Motion abgeschrieben werden kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun hat das Wort Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Regierungsrätin Stephanie Eymann hat alles gesagt. Ich bin auch dieser Meinung und ich würde meine Motion in dem Fall zurückziehen. Aber ich möchte gerne dabei bleiben und sie nicht einfach abschreiben, sondern ich möchte weiterhin eben dabei bleiben und auch sehen, was passiert. Wenn wir sie jetzt einfach abschreiben, erhalten wir keine Informationen mehr über den Stand und das fände ich schade. Und darum möchte ich Sie bitten die Motion als Anzug weiterzubehandeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Dann stimmen wir darüber ab.

Ein Antrag auf eine Überweisung als Motion wurde nicht gestellt. Damit wird die Motion als Anzug weiterbehandelt. Der Antrag der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen deshalb darüber ab, ob das Geschäft als Anzug weiterbehandelt wird oder nicht überwiesen wird.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 53 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006877, 26.06.25 11:20:11]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich entschieden, nicht zu überweisen mit 53 gegen 36 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.

15. Anzug Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Aussetzung von Rückführungen nach Kroatien, Schreiben des RR

[26.06.25 11:20:24, 23.5212.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Stephanie Eymann wünscht das Wort..

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Auch hier möchte ich gern begründen, weshalb wir beantragen, den Anzug abzuschreiben. Das Dublin System basiert auf der Annahme, dass alle Vertragsstaaten ausreichenden Zugang zur Aufnahme und zum Asylverfahren bieten. Die Beurteilung, ob eine Wegweisung zumutbar ist, fällt in die Zuständigkeit des SEM, das Staatssekretariat für Migration. Die Kantone sind lediglich für den Vollzug zuständig. Sie können zwar innerhalb gewisser Grenzen den Zeitpunkt steuern, aber nicht über die Durchführung der Rückführung entscheiden.

Dem Regierungsrat sind Berichte über sogenannte Push-Backs und übermässige Polizeigewalt in Kroatien bekannt und er nimmt diese mit Sorge zur Kenntnis. Gleichzeitig sind Dublin Rückkehrende nicht in gleicher Weise betroffen wie Personen,

die erstmals versuchen, nach Kroatien einzureisen. Dublin Überstellungen erfolgen nach den geltenden Vorschriften mit vorheriger Ankündigung und unter Nennung allfälliger besonderer Bedürfnisse. In Kroatien erhalten die betroffenen Personen Zugang zu einem Asyl- und Wegweisungsverfahren sowie zu Unterbringung und medizinischer Versorgung. Diese Einschätzung hat das Bundesverwaltungsgericht im März 2023 bestätigt.

Der Regierungsrat sieht daher keinen Anlass, beim Bund auf die Ausübung des Selbsteintrittsrechts hinzuwirken. Über dessen Anwendung entscheidet das SEM im Einzelfall, gestützt auf den konkreten Sachverhalt. Auf Nachfrage gab das SEM an, ihm sei keine generelle Aussetzung zur Überstellung nach Kroatien durch andere Dublin-Staaten bekannt. Falls in einem Vertragsstaat systematische Mängel auftreten, die die Einhaltung der Asylstandards verhindern, würde das SEM die Überstellungen dorthin aussetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher ist Nicola Goepfert für die BastA.

Nicola Goepfert (BastA): Ich beantrage, den Anzug stehen zu lassen und bin ehrlich gesagt ziemlich enttäuscht über die Antwort. Die Antwort der Regierung auf den Vorstoss ist sehr kurz ausgefallen, sie hat dafür sogar die Frist von den zwei Jahren überschritten.

Die Regierung folgt inhaltlich der Linie des SEM ohne eigenständige Prüfung der von uns explizit gestellten Forderungen. Wenig überraschend sieht das SEM keinen Grund für eine generelle Aussetzung der Rückführung nach Kroatien und auch die Antwort der Regierung blendet die Systematik der Missstände aus. Das ist stossend, weil der Anzug ja gerade fordert, dass der Kanton seinen eigenen Handlungsspielraum prüft, namentlich zum Schutz der betroffenen Personen. Die Regierung hat keine einzige Forderung aus dem Vorstoss ernsthaft geprüft. Ich beantrage, dass der Anzug stehengelassen wird, um das zu herhalten, was eigentlich selbstverständlich sein sollte. Dass der Regierungsrat die Punkte aus dem Anzug prüft und darüber berichtet, nicht mehr aber auch nicht weniger.

Ich habe mit Expert:innen der schweizerischen Flüchtlingshilfe und Amnesty international ausgetauscht. Sie haben mir geschildert, dass die Lage in Kroatien nach wie vor besorgniserregend ist. Das zeigt auch ein bisschen neuer aktueller Bericht der schweizerischen Flüchtlingshilfe deutlich auf. Push-Backs finden nach wie vor statt, die Missachtung rechtsstaatlicher Verfahren ist keine Ausnahme, sondern hat systemischen Charakter. Die medizinische Versorgung ist völlig ungenügend, insbesondere im psychiatrischen Bereich. Die SFA, die schweizerische Flüchtlingshilfe, spricht explizit davon, dass die psychiatrische Versorgung quasi inexistent ist. Menschen, die Gewalt durch kroatische Behörden erfahren haben, sollen nach ihrer Rückführung durch die Schweiz ausgerechnet bei diesen Behörden wieder Schutz beantragen. Das ist nicht nur nur unzumutbar, das ist es zynisch.

Sie können von mir aus vom Dublin System halten, was Sie wollen, aber wo systematischen Missstände dokumentiert sind, wo Gewalt bekannt ist, wo medizinische Versorgung fehlt, da darf der Kanton nicht einfach wieder zur Tagesordnung übergehen.

Das Anliegen des Anzuges ist nicht eine rechtliche Grundsatzdiskussion, sondern die Prüfung, ob und wie der Kanton Basel-Stadt seinen Vollzugsspielraum nutzen kann, um konkret gefährdete Menschen besser zu schützen. Dieser Abklärung hat sich die Regierung mit ihrer Antwort bisher verwehrt. Was heisst das konkret? Das heisst, einen Vollzug nicht blind durchzuziehen. Es heisst, als Kanton genau hinzusehen, Risiken zu prüfen, wo nötig Dublin Rückführung temporär auszusetzen und gegenüber dem SEM zu intervenieren, wenn Einzelfälle oder systemische Missstände es erfordern. Denn die Dublin Verordnung enthält auch die Pflicht, die rechtliche und tatsächliche Situation der Mitgliedstaaten zu prüfen, in denen eine Person überstellt werden soll. Indem der Kanton für den Vollzug zuständig ist, trägt er dafür eine Mitverantwortung.

Und wenn die Regierung sagt, dass ihr gemäss dem keine generelle Aussetzung von Überstellung nach Kroatien durch andere Dublin Staaten bekannt sei, ja, wer soll das denn sein? Die rechtsextreme Regierung von Italien, der rechtskonservative Bundeskanzler von Deutschland, der in der Asylfrage mit der AfD paktiert? Bei den aktuellen Geschehnissen sind mit dieser Begründung die Menschenrechte Makulatur. Da hoffe ich doch sehr, dass die Regierung in Zukunft eine etwas differenziertere Haltung einnimmt.

Ich bitte Sie deshalb, den Anzug stehen zu lassen, nicht als Symbolhandlung, sondern als Ausdruck einer Haltung, dass wir die Menschenrechte auch im eigenen Zuständigkeitsbereich ernst nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fleur Weibel für die GRÜNEN/jgb.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Auch die Fraktion GRÜNE/jgb beantragt, den Anzug Nicola Goepfert und Konsorten stehen zu lassen. Ich gehe jetzt nicht nochmal auf die Details ein, Nicola Goepfert hat diese schon sehr gut ausgeführt. Ich möchte einfach noch einmal auf den Bericht der Schweizerischen Flüchtlingshilfe hinweisen, den schon Nicola Goepfert erwähnt hat und der im Februar 2025 erschienen ist und den Einschätzungen des SEM widerspricht.

Der Bericht bestätigt viele der Problemfelder, die in dem Anzug angesprochen werden, insbesondere eben der mangelnde Zugang zur Gesundheitsversorgung, aber auch die Annahme des SEM, dass die völkerrechtlichen Verpflichtungen eingehalten werden in Kroatien wird in dem Bericht widerlegt. Deshalb erwarten wir von der Regierung, dass sie sich nicht nur zur Haltung des SEM äussert, sondern auch solche Berichte zur Kenntnis nimmt und sich dazu äussert und wir beantragen deshalb, den Anzug noch einmal stehen zu lassen, damit die Regierung vor dem Hintergrund dieses Berichtes und unter Berücksichtigung dieses Berichtes sich noch einmal zu den im Anzug aufgeworfenen Fragen äussert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Daniel Gmür für die SP.

Daniel Gmür (SP): Diese Session wurde ein bisschen dominiert durch die Jahresrechnung und den GPK-Bericht und ich kann mir ehrlich gesagt die Haltung einiger Fraktionen in diesem Rat nur durch einen Umstand erklären. Wegen dieser Dominanz dieser beiden grossen Geschäfte ist Ihnen dieses Geschäft ein bisschen zwischen Stuhl und Bank gefallen. Das sieht man auch an der Tatsache, dass sich die meisten Fraktionen, die für Abschreiben sind, nicht einmal die Mühe machen wollen, hier nach vorne zu kommen und zu erklären, wieso sie für ein Abschreiben sind. Ich erlaube mir deswegen, ein bisschen auszuführen, um was es hier geht, damit Sie sich die Meinung noch bilden können.

Wie Nicola Goepfert ausgeführt hat, wurden die Prüfungsaufträge aus diesem Anzug einfach schlichtweg nicht durchgeführt. Es ist bereits deshalb Aufgabe eines Parlaments, einen Anzug stehen zu lassen und ein bisschen seinen parlamentarischen Stolz walten zu lassen und zu sagen, wir haben einen Auftrag gegeben, wir wollen diesen auch erfüllt haben. Der Einfachheit halber, es wurde ja der gesamte Anzug nicht wirklich erfüllt, konzentriere ich mich auf den allerersten Anzugsauftrag und erkläre Ihnen, wie dieser überhaupt nicht erfüllt wurde.

Ich lese Ihnen wörtlich vor, dass dort der Regierungsrat beauftragt wird, zu prüfen und zu berichten, ob und wie er bei Dublin Rücküberführung die Zumutbarkeit der Rückführung nach Kroatien prüft. Also es geht darum, dass man einerseits allgemein – das kommt später noch – ,aber in diesem Fall im Einzelfall prüft, ob diese Rücküberstellung zumutbar ist. Zu dieser Frage äussert sich der Regierungsrat überhaupt nicht. Er verweist darauf, dass die kroatischen Behörden ja über die überstellende Person informiert werden. Hierzu verweist er auf die Haltung des Staatssekretariats für Migration und auf jene des Bundesverwaltungsgerichts. Ich empfehle Ihnen wirklich, dieses Urteil zu lesen, es wird nämlich sehr gerne in Übungen als Schulbuchbeispiel für einen moralistischen Fehlschluss genommen. Der Regierungsrat übernimmt aber natürlich gerne blind.

Der Regierungsrat und das Migrationsamt weigern sich, aktiv bei Überstellungen nach Kroatien. in dieser E-Mail, die sie ja sowieso machen müssen, um über die zu überstellende Person zu informieren, nachzufragen. Wir haben hier eine vulnerable Person, können Sie uns bitte bestätigen, was mit dieser Person geschieht? Können Sie uns bitte bestätigen, dass eine medizinische Fachperson diese Person abholt? Das Migrationsamt wehrt sich aktiv dagegen, diese E-Mail zu schreiben, das kann ich Ihnen aus der Praxis berichten, selbst wenn es im Einzelfall beantragt wird. Es würde dem Migrationsamt sogar offenstehen, die Rückkehrhilfe damit zu beauftragen, sie müssten es nicht einmal selbst machen, sie könnten in die E-Mail einfach die Rückkehrhilfe einkopieren und die würden sich darum kümmern. Auch das weigert sich das Migrationsamt aktiv zu machen.

Damit ich ein bisschen erklären kann, warum ich glaube, dass das Migrationsamt und der Regierungsrat das nicht machen wollen, müssen wir ein bisschen zur allgemeinen Situation in Kroatien ausholen. An der kroatischen Grenze – das ist unbestritten und das haben wir jetzt auch gehört – erfolgen völkerrechtswidrige und menschenunwürdige Push backs. Nein, es geht nicht um abgewiesene Asylsuchende. Es geht nicht darum, dass man das Asylgesuch abweist. Wir sprechen hier von scharfem Schiessen auf Personen an den Grenzen. Wir sprechen hier von Personen, die gefesselt in Flüsse geworfen werden. Und das nimmt der Regierungsrat zur Kenntnis. Das nimmt der Regierungsrat mit Sorge zur Kenntnis.

Sowohl der Regierungsrat als auch das Staatssekretariat für Migration und auch das Bundesverwaltungsgericht im zitierten Urteil anerkennen diesen illegalen Umgang und diesen menschenunwürdigen Umgang mit diesen Personen. Wieso nun aber der Regierungsrat davon ausgeht, dass dieses gleiche Kroatien mit den Personen, die von der Schweiz überstellt werden, plötzlich menschenwürdig umgeht und diese als Menschen ansieht, wird nicht begründet. Es wird angenommen, dass so mit diesen Personen umgegangen wird. Also man geht einfach davon aus, dass das dort, wo wir diese Berichte noch nicht ausführlich haben, nicht geschieht.

Wie wäre es nun aber möglich festzustellen, wie mit diesen Personen umgegangen wird? Ja zum Beispiel, indem wir nachfragen, was mit den Personen geschieht, die wir überstellen. Da müssten wir nur nachfragen und das ist das, was der Anzug verlangt. Und der Regierungsrat wehrt sich dagegen, das zu machen, weil das Migrationsamt und das SEM sich

dagegen wehren. Wir könnten ja vorgängig wie gesagt auch darum bitten, dass einfach diese Personen korrekt behandelt werden.

Nach all dem stelle ich mir die Frage, warum der Regierungsrat und das Migrationsamt diese Auskünfte nicht einholen wollen. Bestenfalls liegt der Regierungsrat ja richtig. Dann hat ja niemand etwas verloren. Machen wir doch einfach das. Unter aktivem Augenverschliessen können aber weder der Regierungsrat noch das Migrationsamt und hoffentlich geschätzte Kolleg:innen auch wir als Parlament nicht entscheiden, wenn wir diese Informationen nicht bekommen. Indem wir den Anzug stehenlassen, zwingen wir das Migrationsamt nicht, Überstellungen auszusetzen. Indem wir den Anzug stehenlassen, zwingen wir aber den Regierungsrat immerhin, die notwendigen Informationen einzuholen und uns diese zur Verfügung zu stellen, damit wir einen informierten Entscheid treffen können, was wir als Kanton machen wollen. Schreiben Sie heute ab, sagen Sie damit, es ist uns eigentlich egal, was Fakt ist. Schreiben Sie heute ab, sagen Sie damit, wir sind eigentlich froh darum, nicht zu wissen, was mit diesen Menschen geschieht. Schreiben Sie heute ab, sagen Sie, wir sind im Grundsatz auch einverstanden, wenn der Regierungsrat Aufträge nicht erfüllt, solange wir dann uninformiert möglichst mit verschlossenen Augen Entscheide treffen können. Und deswegen ist es auch egal, wenn er sich nicht darum schert, unsere Aufträge zu erfüllen. Ich lege Ihnen damit ein Stehenlassen nahe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Mein Vorredner hat vielleicht das Instrument des Anzuges noch nicht ganz verstanden. Sie haben damals in diesem Vorstoss den Regierungsrat aufgefordert zu prüfen und zu berichten. Es geht nicht darum, etwas zu erfüllen. Er muss nichts erfüllen. Er muss prüfen und berichten und das hat er in seiner Stellungnahme getan. Ich bin einverstanden mit Daniel Gmür, der gesagt hat, die Beantwortung sei etwas dünn ausgefallen. Dafür nehme ich den Regierungsrat aber in Schutz. Der Regierungsrat ist nicht zuständig für Rückführungen. Das ist eine Bundesangelegenheit. Sie haben das Staatssekretariat für Migration erwähnt. Sie misstrauen offenbar dem SEM. Gehen Sie doch mit ihrem Parteigenossen Beat Jans, er ist der verantwortliche Asylminister, einmal in media res, dann kann er Ihnen vielleicht erläutern, welche Aufgabe das SEM hat.

Dann werden hier von allen Vorrednern NGO's erwähnt, die angebliche Beobachtungen an der Grenze gemacht haben. Ob das stimmt oder nicht, können wir nicht nachweisen. Ich kann Ihnen auch nicht das Gegenteil belegen, aber die offiziellen Organisationen, die Institutionen, wie beispielsweise Frontex, sagen seit Einführung der Luftüberwachung an der bosnisch-kroatischen Grenze, sind solche illegalen Pushbacks, wie Sie sie erwähnt haben, nicht der Fall.

Es ist aber selbstverständlich so, dass die Aussengrenzen Europas stark unter Druck sind. Das liegt an der Migrationswelle an verschiedenen Orten. Sprechen Sie einmal mit Griechenland, sprechen Sie mit den Menschen auf den griechischen Inseln, dann werden Sie feststellen, dass auch dort der Migrationsdruck erheblich ist. Ich möchte nicht in eine Grundsatzdiskussion übergehen darüber, ob diese Asylanträge oder diese Versuche, auf EU-Gebiet oder nach Europa zu gelangen, richtig oder falsch sind. Ich kann nachvollziehen, dass ein Mensch, der aus schwierigen Verhältnissen kommt, vielleicht nach Europa übersiedeln möchte. Aber wir haben ein geltendes Asylsystem, und dieses sieht vor, dass nur Menschen Asylanträge stellen können, die auch tatsächlich einen Asylgrund haben. Und oftmals gibt es diese Asylgründe nicht. Die Schweiz ist kein Ersteinreisestaat, und entsprechend müssen wir uns auch an ein Abkommen, das wir ja angenommen haben, halten. Ich glaube Sie, Daniel Gmür, haben dieses vielleicht noch eher als ich angenommen, ich war damals nicht für Schengen-Dublin, aus vielleicht anderen Gründen wie Sie, aber ich war nicht für Schengen-Dublin. Dieses Übereinkommen sieht vor, dass diese entsprechenden Asylmigranten nach Kroatien zurückgeführt werden müssen, wenn sie von Kroation her gekommen sind, wenn sie von einem anderen Ersteinreisestaat gekommen sind, müssten sie dorthin zurückgeführt werden. Das ist geltendes Recht und hier sehe ich ehrlich gesagt auch gar nicht, wo der Spielraum des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt bestehen soll. Das ist nicht die Aufgabe des Kantons Basel-Stadt und Regierungsrätin Stephanie Eymann hat heute aber auch in dem Schreiben, das uns vorliegt, explizit noch einmal darauf hingewiesen, dass man selbstverständlich regelmässig auch mit dem Bundesrat dazu in Kontakt steht, ganz generell zur Umsetzung oder zum Vollzug des Dubliner Übereinkommens. Es wird aber auch erwähnt, Sie haben das jetzt zum Tisch gewischt, dass es ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes gibt in diesem Zusammenhang, welches ebenfalls sehr deutlich ist, und Sie haben auch nicht erwähnt, und das finde ich fast noch wichtiger, es gibt kein einziges Dublin Mitgliedsland, das Rückführung nach Kroatien ablehnt. Also, es ist gängige Praxis, dass Migrantinnen und Migranten nach Kroatien rückgeführt werden. und es gibt keinen Grund, weshalb nun ausgerechnet die Schweiz dies nicht mehr tun sollte, und erst recht keinen Grund, weshalb der Kanton Basel-Stadt dies als Regierungsrat beim Bund dann einverlangen soll.

Gerade die Grenzkantone, wie es Basel-Stadt einer ist, sind von der anhaltenden Migrationswelle stark betroffen. Wir sehen das auch in der Kriminalitätsstatistik. Das ist statistisch bewiesen, dass die Kriminalität in den Grenzkantonen, insbesondere in den Grenzkantonen, oftmals von illegalen Asylmigranten verübt wird und deshalb ist es wichtig, dass wir uns zumindest an das geltende Gesetz halten. Ich wäre für Verschärfungen in Bezug auf die Grenzkontrollen beispielsweise, ich wäre wahrscheinlich auch für ein anderes Asylsystem, eines, das Sie vielleicht ablehnen oder dann sogar unterstützen, weil es

dazu führen würde, dass gar nicht erst mehr so viele Menschen versuchen würden, zu uns in ein Dublin Land zu gelangen. Aber das ist eine andere Diskussion.

Wir haben hier eine geltende Gesetzgebung. Daran gilt es sich zu halten und daran muss sich auch der Regierungsrat halten. Und auch wenn wir diesen Anzug stehenlassen, muss der Regierungsrat weiter nur etwas tun, nämlich prüfen und berichten, und das hat er getan und ich sehe nicht, wo wir nun einen Mehrwert schaffen würden, wenn wir diesen Anzug noch einmal stehenlassen würden, weil – und das finde ich auch das Schwierig an diesem Anzug -, er hat eben auch noch einen weiteren Punkt. Sie haben jetzt immer nur von Kroatien gesprochen. Die damaligen Unterzeichnenden dieses Anzuges schreiben, der Regierungsrat solle ganz grundsätzlich die Zumutbarkeit bei Dublin Rückführungen prüfen. Das wäre eine komplette Abkehr des Asylsystems, welches ja heute nur sehr begrenzt funktioniert – Stichwort beispielsweise Italien, eine grosse Problematik, mit der sich auch der Bundesrat immer wieder konfrontiert sieht. Und das ist aus meiner Sicht etwas, was überhaupt nicht geht. Wir können nicht diese Dublin Rückführungen dort, wo es noch möglich ist, komplett aussetzen, weil dann ist unser Asylsystem,. dann sind unsere Gemeinden vollends überlastet. Dann werden wir weitere Asylunterkünfte auch in dieser Stadt errichten müssen und das will die Bevölkerung ganz bestimmt nicht. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug heute abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Daniel Gmür und Johannes Sieber. Sie werden entgegengenommen.

Daniel Gmür (SP): Ich musste mir die Frage aufschreiben, weil ich es absurd finde, dass man die stellen muss. Sie haben genau das richtig gesagt, Sie haben die Infos nicht, um diesen NGO's zu widersprechen. Jetzt muss das Migrationsamt ja eine E-Mail nach Kroation schreiben. Was spricht aus Sicht Ihrer Fraktion dagegen, dort um Zusicherungen zu bitten?

Joël Thüring (SVP): Ich habe die Infos nicht von den NGO's, ich habe aber die Information von Frontex, die sagt, dass es diese Pushbacks nicht gibt, und das wird belegt durch Luftüberwachung seit 2018 an der bosnisch-kroatischen Grenze. Das ist Fakt. Und Frontex ist eine Organisation, die ja nicht nur von uns finanziert wird, sondern auch von der EU, und Sie sind ja sonst bei der EU auch etwas weniger kritisch.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Frage stellt Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Ist Ihnen bewusst, dass Frontex diese Pushbacks macht? Das wäre eine Frage und die zweite wäre: Finden Sie nicht auch, dass der Kanton Basel-Stadt in allen seinen Handlungen – und das frage ich Sie als ehemaliger Vizepräsident der GPK – sicherstellen sollte, dass die Menschenrechte eingehalten werden?

Joël Thüring (SVP): Sie haben mir zwei Zwischenfragen gestellt. Zur ersten Zwischenfrage muss ich Ihnen sagen, das ist starker Tobak, was Sie hier Frontex unterstellen, das müssen Sie belegen. Ich möchte Sie bitten, diese Beweise hier nun vorzulegen, weil das ist starker Tobak. Sie unterstellen einer Organisation, dass Sie sich nicht an das Gesetz hält. Das finde ich schwierig.

Joël Thüring (SVP): Und zu Ihrer zweiten Frage: Das geht aus der Antwort des Regierungsrates hervor, dass er ja dort, wo es notwendig ist, selbstverständlich beim Bund interveniert, aber der Regierungsrat hat damit seine Kompetenzen ausgeschöpft und was im Anzug steht, damit auch erfüllt. Er hat geprüft und berichtet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Stephanie Eymann wünscht das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Nur noch kurz, ich möchte mich schon etwas verwehren dagegen, dass einfach den Migrationsbehörden, auch meinem Migrationsamt,. einfach grundsätzlich unterstellt wird, zu missachten, nicht sauber zu arbeiten, sich nicht mit den Fällen auseinanderzusetzen, einfach praktisch blinden Gehorsam zu üben. Das das geht mir schon etwas weit, ganz ehrlich, denn jeder Fall wird seriös geprüft.

Ich habe versucht, mit der Regierungsantwort auszuführen, wo die Zuständigkeiten enden in dieser Bundesgesetzgebung, in der Bundeszuständigkeit und wo der Vollzug anfängt, dass dieser Austausch mit dem SEM oder wo von Nöten auch mit dem Bundesrat stattfindet, gehört ganz normal zu unserem Daily Business und wird auch gepflegt und gelebt. Natürlich werden wir weiter den Austausch pflegen, aber mehr kann ich dazu nicht sagen, wenn die Zuständigkeiten so aufgegleist sind, wie sie es sind. Und wenn das Staatssekretariat für Migration zu dieser Einschätzung kommt, dann ist es nicht in der Kompetenz von Basel-Stadt, eine Praxisabkehr zu forcieren oder zu machen. Und ja, die Menschenrechte sind natürlich einzuhalten, und auch da verwehre ich mir, dass da unterschwellig behauptet wird, dass uns das egal sei. Das finde ich schon etwas ein starkes Stück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Gmür. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Gmür (SP): Ich stelle die gleiche Frage: Was spricht dagegen, diese Zusicherung einzuholen und vielleicht können Sie zu Handen von Joël Thüring die Frage beantworten, ob Sie glauben, dass Pushbacks stattfinden an der kroatischen Grenze oder nicht.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich habe auch ausgeführt, dass der Austausch stattfindet, ob jetzt das per E-Mail sein muss oder nicht, das ist irgendwie eine Forderung, die auch nur Symbolpolitik ist im Endeffekt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Nicola Göpfert

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 50 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006879, 26.06.25 11:45:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehengelassen mit 50 gegen 41 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

16. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend ein Herz für Kleinhüningen – Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasen-Ersatz, Stellungnahme des RR

[26.06.25 11:45:25, 24.5543.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich unzulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Für das Erziehungsdepartement hat das Wort Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Im Februar haben Sie die Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend «Ein Herz für Kleinhüningen, Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasenersatz» an den Regierungsrat zur Stellungnahme

überwiesen. Die Motionäre fordern die Kapazität auf der Sportanlage Schorenmatte zu erhöhen, insbesondere im Winter. Dafür soll ein Naturrasenfeld durch ein Kunstrasenfeld ersetzt oder eine andere bauliche Massnahme ergriffen werden.

Die rechtliche Zulässigkeit der Motion wurde geprüft. Die Motion wird als rechtlich unzulässig beurteilt. Mit der verbindlichen Vorgabe von baulichen Massnahmen auf einer genau bestimmten Sportanlage wird dem Regierungsrat der Planungs- und Umsetzungsspielraum genommen. Mit den konkreten Vorgaben sind die Grenzen des zulässigen Wirkens überschritten und der verfassungsrechtliche Zuständigkeitsbereich des Regierungsrats verletzt. Der Regierungsrat anerkennt und unterstützt jedoch das Anliegen der Motion und er wird den Ausbau von Kunstrasenfeldern vorantreiben.

Aus diesem Grund beantragt er Ihnen, die Motion als Anzug zu überweisen. Aktuell verfügen die Sportanlagen Bachgraben, Buschweilerhof, Pfaffenholz und Schützenmatte über je ein Kunstrasennormfeld und die Sportanlage Sankt Jakob über deren zwei. In diesem Jahr wird im Stadion Rankhof zusätzlich ein Naturrasenfeld durch ein Kunstrasenfeld ersetzt. Nach Abschluss dieses Projekts zählen sieben Kunstrasenfelder zur Sportinfrastruktur der Stadt Basel.

Der Bedarf nach mehr Kunstrasen ist erkannt. Die Motion Thüring und Konsorten greift ein Problem auf, das auch andere Vereine und Sportanlagen betrifft. Deshalb wird die Kapazität auf den Sportanlagen ausgebaut. Wie wird das gemacht? Im ersten Schritt werden organisatorische Massnahmen umgesetzt, um die Nutzung der bestehenden Felder zu optimieren. Die Sportvereine und der Fussballverband sind an diesem Prozess beteiligt. Zum Beispiel werden Meisterschaftsspiele vermehrt auf die Wochenenden gelegt und es werden Anpassungen bei der Belegungsplanung vorgenommen, um auch neuen Kinder- und Jugendteams Trainingszeiten zu ermöglichen. Diese Massnahmen werden schnell umgesetzt. Sie gelten ab dem Wintersemester 2025/26.

In einem zweiten Schritt soll der Anteil an Kunstrasenfeldern erhöht werden. Zu diesem Zweck ist ein Kunstrasenkonzept ausgearbeitet worden. Das Kunstrasenkonzept sieht vor, auf den Sportanlagen Bachgraben, Bäumlihof, Pfaffenholz, Rankhof, Schorenmatte, Schützenmatte und Sankt Jakob je ein neues Kunstrasenfeld anzulegen. Auf der Sportanlage Schorenmatte ist somit auch ein Kunstrasenfeld geplant. Kunstrasenfelder auf anderen Sportanlagen haben jedoch Vorrang, weil sie grösser und stärker belegt sind beziehungsweise von mehr Fussballspielerinnen und -spielern genutzt werden.

Der Regierungsrat möchte den Bau von Kunstrasenfeldern gesamtheitlich angeben. Das Erziehungsdepartement, das Bau- und Verkehrsdepartement und das Finanzdepartement werden in einer gemeinsamen Projektorganisation die Planung und Realisierung der Kunstrasen begleiten. Im Drei-Rollen-Modell wird bis im Frühjahr 2026 ein Ratschlag ausgearbeitet.

Auch die Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Ausbau der Sportflächen für den Breitenfussball fordert mehr Kunstrasenflächen. Der Regierungsrat möchte das Anliegen der Motion Thüring und Konsorten im Rahmen der Beantwortung der Motion Melanie Eberhard und Konsorten erarbeiten. Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat, die Motion Thüring als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Fraktionssprecher gemeldet hat sich Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): Die grünliberale Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrates, die Motion in einen Anzug umzuwandeln und diesen dem Regierungsrat zu überweisen. Aus unserer Sicht sprechen dafür folgende Überlegungen:

Erstens, die rechtliche Einschätzung des Regierungsrates ist eindeutig. Der Vorstoss überschreitet inhaltlich den Rahmen einer zulässigen Motion. Mit der beantragten Umwandlung in einen Anzug wird ein sachgerechtes Verfahren ermöglicht.

Zweitens, der Regierungsrat weist zu Recht daraufhin, dass es auf der Schorenmatte, insbesondere im Winterhalbjahr, zu Engpässen kommt. Diese Herausforderung stellt sich leider auch auf anderen Sportanlagen, weshalb hier insgesamt gut abgestimmte Lösungen benötigt werden.

Drittens, wir anerkennen die Bereitschaft des Sportamts, zusammen mit dem Fussballverband Lösungen zu entwickeln. Auch die bisherige Zusammenarbeit verdient an dieser Stelle ein Lob. Die Priorisierung im Rahmen der Sportanlagenplanung finden wir sinnvoll und nachvollziehbar. Die parallele Behandlung dieses Anzugs zusammen mit der Motion Eberhard und Konsorten begrüssen wir ausdrücklich, da dies zu einer koordinierten Entwicklung der Sportinfrastruktur beitragen wird.

In diesem Sinne werden wir Grünliberale der Umwandlung in einen Anzug zustimmen und diesen den Regierungsrat überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Vieles ist eigentlich schon gesagt worden. Ich will nur auf ein paar Punkte eingehen. Lorenz Amiet, Sie haben vorher ja ständig von der Befangenheit gesprochen. Joël Thüring ist Vizepräsident vom VFR Kleinhüningen und ist dort angestellt im Bereich Marketing und Kommunikation. Also wenn da unbedingt von der Befangenheit gesprochen wird, dann muss man zuerst auch mal ein bisschen in den eigenen Reihe schauen.

Das ist das eine. Das Anliegen der Motion finde ich berechtigt. Ich habe ja auch da relativ früh einen Vorstoss eingereicht, um auf gewisse Missstände bei dem Platz hinzuweisen. Und das mit dem Feld war damals auch schon bekannt. Aber eben, es hat seine Vorteile, dass man einGesamtkonzepte macht, dass man zuerst einmal schaut, welche Felder wir hier haben auf dem Kantonsareal und wo was optimiert werden muss.

Insofern, ich verstehe das Bedürfnis, ich sehe es ein, gerade dort, wo das Areal sehr stark belastet ist, weil auch unterschiedliche Vereine dort relativ grossen Zuwachs haben. Aber es ist trotzdem sinnvoll, im Gesamtkontext das anzuschauen und dementsprechend auch im Gesamtkontext über das ganze Kantonsgebiet Projekte zu entwickeln, die dann das ganze gezielt anschauen und eben auch Massnahmen treffen, die dann langfristig nutzvoll sind.

Insofern bitte ich Sie auch, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Motion in einen Anzug umzuwandeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Welchen monetären Ertrag hat Joël Thüring, wenn dieser Kunstrasen gebaut wird, im Vergleich zum Jobticket.

Mahir Kabakci (SP): Vorher hat Luca Urgese gesagt, man pickt sich immer das raus, was einem gefällt. Und bei Ihnen ist das auch so. Sie picken sich auch immer nur dieses heraus, was Sie als positiv betrachten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine weitere Zwischenfrage von Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich möchte einfach sicher sein, dass ich das richtig verstanden habe: Sind Sie der Ansicht, dass, wer sich in einem Verein ehrenamtlich engagiert, sich hier drin enthalten sollte, wenn der entsprechende Verein von einem Beschluss profitieren kann?

Mahir Kabakci (SP): Nein, das habe ich nie gesagt, aber Sie sind ja immer die, die finden, alle müssten sich enthalten. Das ist ja Ihr Vorwurf gegen die Leute, die irgendwo engagiert sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ich muss sagen, ich finde es grossartig, dass sich Parlamentarier ehrenamtlich engagieren in einem Sportverein, erst noch als Vizepräsident.

Die schnellen Umsetzungen dieser Anzüge haben die letzten Jahre, sobald die Verwaltung anfängt zu studieren und zu planen, selten gestimmt. Ich erinnere an den Rankhof, den Regierungsrat Mustafa Atici auch erwähnt hat. Dort ein Kunstrasenfeld zu schaffen war schon vor fünf Jahren eine Idee. Man hatte auch einen Platz, ganz hinten in der Ecke, am Rande des Areals. Ausserhalb der Out-Linie stand eine Birke. Man hat offensichtlich eine Analyse gemacht, was mit dieser Birke geschehen soll. Das war 2019. Vor etwa drei oder fünf Monaten hat das Sportamt mitgeteilt, sie hätten eine Lösung für diese Birke gefunden. Die Birke müsse stehenbleiben, aber sie würden ein Kunstrasenfeld im Fussballstadion Rankhof schaffen. Wenn das Grosskonzept für die Kunstrasenfelder wieder ein paar Jahre dauert und die Motion in einen Anzug umgewandelt wird, über den irgendwann wieder berichtet wird,

Und wenn ich jetzt hier höre, dass jetzt da ein Grosskonzept für die Kunstrasenfelder wieder ein paar Jahre gehen und das in einem Anzug umgewandelt wird, wo wieder irgendwo berichtet wird, bis dann irgendwann jemand sagt, so machen wir es, steht dann vielleicht wieder eine Birke im Weg. Dann sehe ich einfach keine Fortschritte, alles wiederholt. Der beste Trick ist, etwas als rechtlich unzulässig zu erklären. Wenn das Parlament den Finger auf etwas legt und drängt, vorwärts zu machen, dass nicht immer alles in die falsche Richtung geht, dann kommt die rechtliche Unzulässigkeit. Ja, man darf der Verwaltung nicht ins Daily Business reden. Das ist in etwa die Übersetzung dieser rechtlichen Unzulässigkeit. Das verstehe ich, natürlich

kann das Parlament nicht dauernd die tägliche Arbeit der Verwaltung torpedieren. Aber andererseits, was sollen wir sonst machen, um den Druck zu erhöhen, damit sich die Verwaltung etwas schneller bewegt?

Ich würde sagen, wir bleiben bei der Motion, wir erhöhen den Druck ein wenig, auch wenn es nichts bringt, einfach damit die Verwaltung und der Regierungsrat spüren, dass es uns wirklich ernst ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie beantragen die Weiterbearbeitung als Motion. Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Ist Ihre rechtliche Schlussfolgerung, dass eine Motion eine Axt ist?

Alex Ebi (LDP): Das würde jetzt viel zu weit führen, um dies insbesondere mit Ihnen zu diskutieren. Aber ich sehe keinen anderen Ausweg mehr, als etwas Lärm zu machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Zuerst an die Adresse von Mahir Kabakci, das hat mich jetzt wirklich sehr irritiert. Ich kann diese Interessenbindung offenlegen. Ich bin seit dieser Woche Vizepräsiden das VFR Kleinhüningen, aber es ist ein Ehrenamt und ich habe auch sonst keinerlei finanziellen Vorteile von diesem Ehrenamt. Im Übrigen bin ich bei der Frage, wer in den Ausstand treten muss sehr, sehr viel gelassener als Sie. Es gibt geltende Bundesgerichtsentscheide, die dazu klar sind. Ich habe in meiner Zeit in der BKK, als ich noch im Vorstand eines anderen Vereins war, mich bei gewissen Geschäften enthalten. Das muss aber jeder selber entscheiden.

Ich möchte vorab dem Regierungsrat danken. Er hat anerkannt, dass auf der Schorenmatte ein Kunstrasenfeld geschaffen werden soll. Das war ja bei der Erstbehandlung dieser Motion noch nicht der Fall. Der Regierungsrat wollte sie nicht entgegennehmen. Wir haben sie ihm dann einstimmig überwiesen. Insofern sind wir da schon einen guten Schritt weitergekommen. Ich finde das sehr positiv. Und ich verwehre mich auch gar nicht, dass diese Forderung verbunden wird mit der Umsetzung der Motion Eberhard. Auch damit bin ich völlig einverstanden.

Womit ich Mühe habe ist einerseits die Priorisierung. Ich glaube tatsächlich – und das sage ich nicht, weil ich jetzt im Vorstand bin, sondern ich sage das wirklich aus der Sicht aus aus dem Kleinbasel heraus von diesen jungen Menschen, die dort trainieren – wir haben im Kleinbasel im Verhältnis weniger Kunstrasenfelder. Und dieses Problem wird sich verschärfen, wenn wir bei dieser vom Regierungsrat nun vorgestellten Prioritätenliste bleiben. Wir verschärfen das Problem sogar künftig noch, weil wir ja möchten, dass mehr junge Menschen, auch junge Frauen, Fussball spielen. Dieses Problem wird noch verschärft, wenn wir ausgerechnet jetzt im Kleinbasel länger warten mit Sportanlagen für ein erstes Kunstrasenfeld und gleichzeitig aber auf anderen Sportanlagen bereits ein zweites Kunstrasenfeld schaffen. Es stimmt vielleicht, dass aufgrund der Mehrzahl an Vereinen, es tatsächlich wichtig ist, ein zweites Kunstrasenfeld zu schaffen. Aber wir haben gleichzeitig weiterhin das Problem, dass ganz viele junge Menschen weiterhin weitere Wege in Angriff nehmen müssen, um eben ein Fussballtraining zu absolvieren, weil ihre Sportanlage kein Kunstrasenfeld hat oder erst viel später ein Kunstrasenfeld hat. Und darum geht es mir.

Ich wünsche mir deshalb wie mein Vorredner Alex Ebi, dass diese Motion als Motion weiterbehandelt wird, damit der Regierungsrat die Priorisierung noch einmal überdenkt und vielleicht zum Schluss kommt, dass die Sportanlage Schorenmatte früher in den Genuss eines solchen Kunstrasenfeldes kommt. Das ist insbesondere bei der Schorenmatte relevant, weil, das wird im Bericht auch ausgeführt, wir dort die zusätzliche Problematik der Grundwasserschutzzone haben. Das heisst, die Planung eines Kunstrasenfeldes dort wird ohnehin etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen, weil noch zusätzliche Abklärungen benötigt werden. Wenn wir das als Motion weiterbehandeln, könnte der Regierungsrat zum Schluss kommen, dass man die Priorisierung umstellt und entsprechend auch diese Abklärungen etwas früher leisten könnte.

Dann noch zwei Worte noch, eines noch zur Umsetzung. Ich glaube es Regierungsrat Mustafa Atici, dass er wünscht, dass es möglichst rasch vorwärts geht. Nur ist er in dieser Frage eben nicht allein entscheidend, weil wir hier in diesem von Ihnen oft auch kritisierten Drei-Rollenmodell sind und Regierungsrat Mustafa Atici mit dem Erziehungsdepartement eben nur ein Teil dieser drei Rollen. Zwei weitere Teile sind das BVD und das FD. Und es ist komplex, im Kanton Basel-Stadt zu bauen. Wir sehen das, und auch bei diesen Kunstrasenfeldern laufen wir Gefahr, dass das vielleicht viele weitere Jahre dauern wird, wie es Alex Ebi eben auch befürchtet und deshalb glaube ich, wäre es richtig, dies als Motion weiterzubehandeln,

Und die Begründung der rechtlichen Zulässigkeit mag bis zu einem gewissen Grad sogar stimmen. Ich glaube, es ist hier vernachlässigbar, weil wir mit der Priorisierung noch einmal die Diskussion ermöglichen, dann nämlich, wenn dieser Projektierungskredit in den Grossen Rat kommen wird einerseits. Bei den Bau- und Gastgewerbeinspektoren können wir offenbar entscheiden, dass das Rayonsmodell oder das Gebietsmodell wieder eingeführt wird. Das ist also rechtlich zulässig. Wenn es darum geht, bei den Rasenfeldern zu priorisieren, ist es offenbar nicht möglich. Also auch hier scheint mir, dass Sie sich diese Entscheidungen auch immer gerade so herauspicken, wie Sie es für richtig halten. Deshalb bitte ich Sie wie damals bei der Frage der Gebietsverantwortlichenkeiten im Bau- und Gastgeberinspektorat auch hier über diesen Punkt hinwegzusehen und dieses Geschäft weiter als Motion zu behandeln, damit der Regierungsrat zumindest bei der Priorisierung sich noch einmal Gedanken machen kann, ob es tatsächlich sinnvoll ist, diese ungleiche Verteilung der Kunstrasenfelder so fortzusetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage. Sie wird nicht angenommen. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Alex Ebi und Joël Thüring beantragen Überweisung als Motion.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung aus Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

61 Ja, 30 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006882, 26.06.25 12:05:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden mit 61 gegen 30 Stimmen. Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt. Sie haben den Anzug dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

Schluss der 22. Sitzung

12:06 Uhr

Protokoll

der 23. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Donnerstag, den 26. Juni 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Julia Baumgartner (SP), Seyit Erdogan (SP), Beda Baumgartner (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

7. Ausgabenbewilligung zur Dach- und Fassadenbegrünung Globus Marktplatz, Basel; Antrag auf Beitragsfinanzierung zu Lasten des Mehrwertabgabefonds, Bericht der UVEK 2
17. Anzug Franziska Roth und Konsorten betreffend proaktive Förderung der Nachholbildung, Schreiben des RR 18
18. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Deponien Maienbühl (CH) und Mönden (D), Schreiben des RR 20
19. Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend eine zukünftige Sicherung der Medikamentenversorgung in der Region, Schreiben des RR 22
20. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend «Suuberi Luft fürs Fälbi-Quartier JETZT!» (Endlich Lebensqualität und weniger belastender Durchgangsverkehr, dafür genug Platz für ÖV, Velo und Zulieferung), Schreiben des RR 25

Beginn der 23. Sitzung

Donnerstag, 26. Juni 2025, 15:00 Uhr

7. Ausgabenbewilligung zur Dach- und Fassadenbegrünung Globus Marktplatz, Basel; Antrag auf Beitragsfinanzierung zu Lasten des Mehrwertabgabefonds, Bericht der UVEK

[26.06.25 15:00:30, 24.0933.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe Ihnen noch eine Mitteilung zu machen im Auftrag von meiner Ratsbürokollegin Catherine Alioth. Wir möchten Sie auf die nächste Informations- und Netzwerktagung der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz, der IPKNWCH aufmerksam machen. Eine Vorankündigung haben Sie bereits erhalten. Das Thema der Tagung ist «Kreislaufwirtschaft. Wo steht die Schweiz heute, welche Potenziale bestehen?» Sie findet am 24. Oktober 2025 vormittags in Solothurn statt.

Dies zu meinen Mitteilungen. Gehen wir zurück zur Traktandenliste und gehen etwas zurück zu Traktandum 7. Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Die Bau- und Raumplanungskommission sowie die Wirtschafts- und Abgabekommission haben einen Mitbericht verfasst. Die WAK beantragt Rückweisung an den Regierungsrat. Wir starten mit der Kommission, das Wort hat die Präsidentin der UVEK Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Die UVEK hat Ihnen im Versand der Tagesordnung mit 10 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen für die Dach- und Fassadenbegrünung des Globus-Gebäudes einen Beitrag von 2,9 Millionen Franken aus dem Mehrwertabgabefonds zu zahlen beantragt. An ihrer gestrigen Sitzung hat sie sich jedoch entschieden, auch einen neuen Antrag zu stellen. Sie beantragt Ihnen mit 11 zu einer Stimme, das Geschäft an die UVEK selbst zurückzuweisen und sie würde dazu ausdrücklich einen Mitbericht der WAK und eine nahe Zusammenarbeit mit ihr auf Augenhöhe begrüssen. Natürlich ist sie auch an einem Mitbericht der BRK interessiert, sofern die BRK das wünscht.

Um den Rückweisungsantrag zu begründen, werde ich zuerst auf die Kommissionsberatung zurückblicken, dann auf die aktuelle Debatte, auch in Anbetracht des Rückweisungsantrags der WAK an die Regierung, und dann am Ende auf das weitere Vorgehen, was nach einer eventuellen Rückweisung an die UVEK geschehen könnte.

Zuerst zum Rückblick: Das vorliegende Geschäft hat bereits bei der Veröffentlichung des Ratschlags des Regierungsrats für Aufmerksamkeit gesorgt. Auch das Interesse hier im Grossen Rat war gross. Es haben deshalb auch drei Kommissionen darüber beraten, eine Seltenheit bei uns. Die UVEK hat sich als hauptberichtende Kommission mit dem Geschäft auseinandergesetzt. Sie hat mit den anderen beiden Kommissionen abgesprochen, wer für welche Thematik zuständig ist. Die UVEK hat sich einerseits auf die Frage konzentriert, ob das Projekt eine Auswirkung auf die Hitzeminderung und Biodiversitätsförderung habe. Sie hat sich andererseits auch angeschaut, ob die Wirkung der Begrünung und die Qualität evaluiert werden können. Die Wirkung der Begrünung kann evaluiert werden, wird auch dann gemacht. Auch angeschaut hat sich die UVEK, ob die Begrünung langfristig gesichert und deren Wirkung dann eben evaluiert wird.

Die langfristige Sicherung hat sich auch die BRK angeschaut. Die Auseinandersetzung mit dem Vertraglichen sowie das Thema der Mehrwertabgabe in der Schutzzone und dem Bau in der Kernzone hat nur die BRK fundierter angeschaut. Die UVEK stützt ihre Abklärungen auf ihren Mitbericht. Die WAK hat in der Thementeilung die Voraussetzungen von Empfängerinnen und Empfängern für Beiträge aus dem Mehrwertabgabefonds sowie die Bestimmung im Gesetz bezüglich der Förderzwecke aus dem Mehrwertabgabefonds diskutiert. Alle drei Kommissionen haben sich zudem mit dem Bewertungsmodell auseinandergesetzt, mit welchem in der Praxis die neuen Förderzwecke des Bau- und Planungsgesetzes angewendet werden.

Das Bewertungsmodell bestimmt darüber, wie hoch ein Beitrag aus dem Mehrwertabgabefonds ausfällt bei Anträgen von Privaten. Mit der Höhe des Beitrags an den Globus hat sich die UVEK auseinandergesetzt und den Beitrag reduziert. Auch die WAK hat die Beitragshöhe diskutiert. Zumal die UVEK in ihrer Rolle als hauptberichtende Kommission viel Zeit mit dem Bewertungsmodell verbracht hat, kam sie auch nicht darum herum, genau so wie die WAK die Anwendung der neuen Förderzwecke aus dem Bau- und Planungsgesetz anzuschauen. Sie hat Abklärungen dazu gemacht und schlussendlich dazu auch Haltung bezogen.

Alleine die Aufgabenteilung unter den drei Kommissionen zeigt schon, wie vielschichtig dieses Geschäft ist. Diese Vielschichtigkeit wirkt sich heute auch auf die Vielfältigkeit der Meinungen hier im Saal aus. Ein Grund für beides, für die Vielschichtigkeit der Thematik wie auch die Vielfältigkeit der Meinungen, sieht die UVEK auch an der Struktur des Geschäftes beziehungsweise dessen Historie. Eigentlich geht es bei diesem Geschäft demnach um zwei Hauptthemen in einem Geschäft mit einem Grossrats. Diese beiden Hauptthemen haben wiederum natürlich ihre unter Themen.

Erstens geht es einerseits um das konkrete Projekt der Begrünung des Globus-Gebäudes. Es ist eine beachtliche Begrünungsmassnahme auf hochwertigem Niveau mit zahlreichen Bepflanzungen, einer recht massiven Erdschicht auch und einer biodiversitätsfördernden Wirkung. Für die Förderung dieses Projekts hat der Regierungsrat 3,24 Millionen aus dem Mehrwertabgabefonds zu sprechen beantragt und die UVEK beantragt, diesen Betrag anzupassen auf 2,9. Da das Gesetz vorsieht, dass Entnahmen über eineinhalb Millionen durch den Grossen Rat bewilligt werden müssen, beraten wir hier darüber. Wir diskutieren hier also politisch, ob wir diese Entnahme für dieses ganz konkrete Projekt bewilligen wollen. Und wir diskutieren am konkreten Projekt auch, ob diese Begrünung einen Beitrag zur Hitzeminderung und Biodiversitätsförderung leistet. Zweiteres hat die UVEK abgeklärt. Die Hitzeminderung und die Biodiversitätsförderung sind erwiesen. Es gibt es wird eine Wirkung geben nach Ansicht der UVEK, gestützt auf ihre Abklärungen. Es wird auch einen Beitragsleisten zur Vermeidung von Hitzeinseleffekten.

Auch die langfristige Sicherung ist ein Thema beim konkreten Projekt. Ob denn diese Gelder, die wir ausgeben, tatsächlich auch langfristig gesichert sind in dieser Begrünung, wer das unterhält etc. – die UVEK kam zum Schluss nach dem Lesen des Mitberichts der BRK, dass diese Sicherung so gut wie möglich gewährleistet wurde und es gibt keine Mittel mehr, die man auch noch ergreifen würde, um das zusätzlich zu sichern.

Nun, das ist die erste Debatte sozusagen rund um das konkrete Projekt. Und dann gibt es eben heute auch noch eine zweite und um einiges grössere und komplexeren Ebene der Diskussion. Es geht dabei um den § 120 des Bau- und Planungsgesetzes. Dieser Paragraph ist seit 2020 in neuer Version in Kraft. In § 120 des Gesetzes haben wir hier im Saal vor fünf Jahren auf Antrag der WAK neue Förderzwecke für die Verwendung von Geldern aus dem Mehrwertabgabefonds hinzugefügt, nämlich neu neben der Förderung öffentlicher Grün- und neu seit 2020 eben auch Freiräumen zur Aufwertung des Wohnumfelds sowie der Schaffung und Aufwertung von naturnahen öffentlichen Erholungsräumen steht seither im Gesetz auch der Förderzweck der Biodiversitätsförderung und auch eingefügt wurde die Bestimmung, dass Klimaschutz und Klimaadaptionsmassnahmen zur Vermeidung und Minderung von Hitzeinseleffekten aus dem Mehrwertabgabefonds finanziert werden können. Zudem wurden damals auch weitere Absätze des Gesetzes verändert. In § 120 Abs. 3 des Bau- und Planungsgesetzes ist demnach neu auch festgehalten, dass die auf einem Areal abzuschöpfenden Abgaben, soweit möglich und sinnvoll unmittelbar zugunsten der Schaffung und Aufwertung von öffentlich zugänglichen Grün- und Freiräumen genau dieses Areals verwendet werden können, sofern die öffentliche Zugänglichkeit als Dienstbarkeit gesichert ist.

Das Projekt der Dach- und Fassadenbegrünung des Globus-Gebäudes ist seit dieser Revision das allererste Projekt, dessen Beitrag eineinhalb Millionen überschreitet und daher diskutieren wir hier entlang dieses konkreten Projektes auch über den fünf Jahre alten § 120. Und hier an dieser Stelle teilt sich die Debatte nochmals in zwei Bereiche auf. Wir lernen erstens anhand des Globus ein erstes Mal die bisherige Praxis kennen seitdem wir das Gesetz beschlossen haben und haben daher auch ein erstes Mal Gelegenheit, eine Stellung zu beziehen zu der bisherigen Praxis. Es stellt sich also die Frage, wurde das Gesetz bisher auch so angewendet, wie der Grosse Rat es angedacht hat, ist das Gesetz genug klar, funktioniert unsere Gesetzgebung, die wir entschieden haben und was hat man damals gewollt? Auch darüber werden wir nachher diskutieren. Gleichzeitig öffnet sich auch ein Fenster darüber zu beraten, wie sich der Grosse Rat eine künftige Praxis vorstellt, also wie der § 120 zum Mehrwertabgabefonds angewendet werden soll, falls man zum Fazit kommt, dass die bisherige Anwendung nicht im Sinne des Gesetzgebers war und demnach steht auch die Frage im Raum, ob der Grosse Rat heute noch im selben Sinn entscheiden würde oder ob sich die Lage und der politische Wille unterdessen auch geändert haben. Und auch ob das Gesetz genug klar ist für die Zukunft.

Als hauptberichtende Kommission hat die UVEK versucht, diese zahlreichen Themen zusammenzubringen. Die UVEK hat sich in ihrer Beratung demnach auch mit zusätzlichen Aspekten befasst, die Klärungsbedarf zeigten. So hat sie sich auch mit der aktuellen Praxis auseinandergesetzt und sich angeschaut, wie bisher sämtliche Anträge von Privaten gehandhabt wurden. Dazu gehören auch kleinere Projekte wie Fassadenbegrünungen an Wohnhäusern beispielsweise oder an sonstigen Wänden oder kleinere Baumpflanzungen. Es gehören aber auch Anträge dazu, die von privater Seite kommen und theoretisch eine Möglichkeit einer öffentlichen Zugänglichkeit vorweisen und Grün- und Freiräume betreffen.

Wir diskutieren anhand des Globus-Gebäudes und dessen Begrünung also auch, wie mit den unterschiedlichen Anträgen an den Mehrwertabgabefonds umgegangen werden soll. Es sind dies einerseits staatliche Projekte im öffentlichen Raum, wie beispielsweise der Saint Louis-Park, wo der Staat Gelder hat, dann private Projekte von Trägern, die auch direkt Mehrwertabgabe leisten, also gemäss § 120 des Bau- und Planungsgesetzes Abs. 3 darunter fallen und diese direkt dann wieder auf dem Areal verwenden wollen. Wir diskutieren auch über private Projekte, die keine Mehrwertabgabe leisten, aber einzelne oder alle Förderzwecke dennoch erfüllen, und wir diskutieren eben über diese Kleinprojekte wie einzelne Baumpflanzungen oder Fassadenbegrünungen von privaten Trägern, die ohnehin eigentlich nicht zugängliche Projekte sein können beziehungsweise zumindest nicht begehbar sind per se.

Die UVEK hat versucht, auch diese Projekte in die Beratung miteinzubeziehen. In der UVEK führten zahlreiche Themen zur Diskussion in dieser Beratung, beispielsweise die bisherige Praxis, die Funktionsweise der angewendeten Bewertungsmethodik für die privaten Projekte, die eben nicht Kleinprojekte sind, die Höhe der Beiträge, die Zielkonflikte zwischen den Förderzwecken, zum Beispiel die Biodiversität und die öffentliche Zugänglichkeit, die als Teilförderzweck auch im § 120 ist. Wir wissen alle, eine Biodiversitätsfördermassnahme hat mehr Wirkung, wenn sie nicht öffentlich zugänglich ist. Gleichzeitig wissen wir auch, dass wir Grünräume brauchen für die Bevölkerung, wir brauchen Erholungsräume, die auch öffentlich zugänglich sind. Und hier besteht ein gewisser Zielkonflikt. Und dann auch natürlich die Notwendigkeit von Begrünungsmassnahmen in einer immer heisser werdenden Stadt. Genau so komplex sind demnach auch die Debatten in der UVEK gewesen.

Die UVEK hat sich auch den Rechtsdienst angehört, der gemäss Auslegung nach Sinn und Zweck des Gesetzes eine Beitragsberechtigung für das Globus-Projekt sieht. Sie hat sich auch mit der Frage auseinandergesetzt, ob der Antrag über das Projekt der Globus-Begrünung nicht gleich behandelt werden soll wie die bisherigen Anträgen oder ob man den Globus so anschauen soll, wie man heute über den § 120 werden würde.

Mit dem vorliegen Bericht der UVEK stellt sie einstimmig bei 3 Enthaltungen den Antrag auf Reduktion des Beitrages an den Globus auf 2,9 Millionen Franken und die UVEK hat damit mit diesem vorliegenden Antrag und Bericht versucht, diese sehr komplexe Debatte so aufzugleisen, dass ein möglichst pragmatischer Weg einerseits für das konkrete Projekt und andererseits aber auch für die künftige Anwendung des BPG gefunden werden kann. Sie kam in ihrem Bericht zum Schluss, dass nach Ansicht der UVEK eben diese Fassaden- und Dachbegrünung eine Wirkung hat, wie bereits erwähnt, und damit auch gewisse Förderzwecke aus dem Gesetz erfüllt, dass der Antrag der Regierung eine Ungleichbehandlung vorsah und entgegen aller anderen Anträge an den Mehrwertabgabefonds, die teils auch nicht öffentlich zugänglich waren, aufgrund des Verzichts der Anwendung einer Kriterienebene, der Globus einen höheren Beitrag erzielt. Die UVEK kam zum Schluss, dass sie das für falsch einstuft. Sie hat demnach vorgeschlagen, den Globus gleich zu behandeln und wie die bisherigen Anträge auch gemäss allen drei Kriterienebenen der geltenden Bewertungsmethode, die zurzeit angewendet ist, auch angeschaut werden soll. Das bedeutet auch, dass sie Haltung bezogen hat, dass eigentlich die öffentliche Zugänglichkeit kein Ausschlusskriterium ist und aber auch die fehlenden Biodiversitätsmassnahmen beispielsweise oder Hitzeminderungsmassnahmen kein Ausschlusskriterium sind, also keiner der Förderzwecke ein Ausschlusskriterium ist, jedoch alle in die Berechnung der Beitragshöhe miteinbezogen werden sollen. Das heisst, wer das Projekt nicht öffentlich zugänglich macht, soll einen weniger hohen Beitrag erzielen können als das mit einer öffentlichen Zugänglichkeit der Fall wäre, und dasselbe gilt für andere Förderzwecke. Sie hat im Sinne des Pragmatismus auch empfohlen, wirklich auch in der Zukunft alle drei Kriterienebenen dieser Bewertungsmethodik anzuwenden.

Wer noch weiter und tiefer zurückblicken möchte, kann gerne die Kommissionsberichte lesen, auch jenen der Regierung aus dem Jahr 2019, der WAK aus dem Jahr 2020 zur Revision dieser Mehrwertabgabe sowie die aktuellen Mitberichte und ebenfalls werden die beiden mitberichtenden Kommissionen ja selbst noch weitere Aspekte mündlich ausführen.

Nun zur aktuellen Debatte und Situation: Die UVEK hat festgestellt, dass der vorliegende Bericht der UVEK sich nicht als den pragmatischen Weg erweist und keine nachhaltige Wirkung erzielen wird, wie es sich die UVEK beim Abschluss ihrer Beratungen erhofft hat. Die UVEK hat auch festgestellt, dass in fast sämtlichen Fraktionen die Meinungen unterschiedlich sind und die Thematiken, die die Ratsmitglieder noch bewegen, von grosser Vielfalt sind. Würde der Antrag der UVEK, wie er heute vorliegt, überwiesen werden während dieser Entscheid gemäss Ansicht der UVEK sehr schwer auszulegen. Ist das nun ein Signal, dass alle die bisherigen Bewertungsmethodik unterstützen oder wird es nachher Vorstösse geben für eine Gesetzesänderung beziehungsweise eine weiterführende Klärung der Gesetzesartikel? Gäbe es vielleicht sogar ein Referendum gegen den Beschluss und wenn ja, wie, mit welchen Motivationen? Würde der Antrag abgelehnt werden, wäre aber auch dies ein Zeichen, das schwer zu deuten wäre. Ist es ein Zeichen gegen das konkrete Projekt, gegen die Trägerschaft, die dahinter steht, oder gegen die bisherige Praxis oder eine Aussage über eine noch zu definierende künftige Praxis oder kommen dann Vorstösse wiederum für eine Gesetzesänderung und Klärung?

Die WAK hat in ihrem Bericht den Antrag auf Rückweisung an die Regierung gestellt und wird diesen nachher auch sicher begründen, und dies war auch in der UVEK ein Thema, vor allem weil man sich überlegt hat, die Bewertungsmethodik anzupassen beziehungsweise anpassen zu lassen mittels einer Rückweisung und weil man fand, mit einer Rückweisung an die Regierung könne man einen klaren Auftrag geben darüber, wie das Gesetz denn anzuwenden sei und dass es vielleicht tatsächlich auch Anpassungen braucht.

Die UVEK hat jedoch davon abgesehen und hat eben versucht, diesen pragmatischen Weg einzuschlagen. Der Rückweisungsantrag an die Regierung kommt nun also von der WAK und nicht von der UVEK und für die Rückweisung an die Regierung steht ebenfalls eine grosse Vielfalt an Motivationen im Raum. Dies macht den Auftrag auch sehr unklar. Ist es eine Rückweisung wegen dem konkreten Projekt, wegen dem Stadtbild, weil man die Bewertungsmatrix nicht gut findet, weil man das Gesetz nicht richtig ausgelegt oder angewendet findet, weil die öffentliche Zugänglichkeit nicht gegeben ist, der Beitrag zu hoch ist, weil man eine generelle Überarbeitung der Gesetzesartikel will? Die UVEK sieht zurzeit demnach weder eine Rückweisung an die Regierung noch eine Annahme oder Ablehnung ihres eigenen Antrags als eine gute Lösung für den hohen Klärungsbedarf, den wir an diesem Geschäft identifizieren.

An ihrer gestrigen Sitzung hat die UVEK sodann eben mit 11 zu einer Stimme entschieden, hier den Antrag zu stellen, das Geschäft an die UVEK zurückzuweisen. Wir sehen an dieser Zurückweisung mit Mitbericht der WAK einige Vorteile. Die UVEK hat acht Sitzungen zum Geschäft gemacht. Viele weitere Sitzungen wurden in der WAK und der BAK auch abgehalten. Die Mitglieder der Kommissionen kennen die breite Thematik und haben sich nun seit Monaten mit dieser kompletten Vielschichtigkeit befasst und damit auch hantiert. Die Mitglieder der Kommissionen können auch in den Fraktionen spiegeln. Die weiteren Schritte gehen mit der Rückweisung an die UVEK auch deutlich schneller als mit einer Rückweisung an die Regierung. Zudem ist, wie es scheint, der Grosse Rat sich auch nicht wirklich einig, was er als Gesetzgeber 2020 wollte. Es gibt da unterschiedliche Auslegungen. Der Grosse Rat ist sich, zumindest zeigen das unsere Vorgespräche, nicht einig, was er denn eigentlich heute will im Jahre 2025 mit diesem Mehrwertabgabefonds und auch nicht, was er mit dem Antrag auf Begrünung des Globus-Gebäudes will.

Die UVEK kann sich vorstellen, gemeinsam mit der WAK und falls sie will auch mit der BRK diese drei Fragen, also was der Grosse Rat heute will, was man mit dem Projekt macht und was man damals wollte und wie die bisherige Praxis zu bewerten, sich noch einmal anzuschauen und auch natürlich, wenn notwendig, weitere Dinge zu prüfen und fundierter abzuklären, was im Bericht allenfalls noch nicht fundiert genug daherkommt.

Wie könnte es bei einer Rückweisung an die Kommissionen weitergehen? Das Ziel einer zweiten Beratung in der UVEK und WAK wäre natürlich im Sinne dessen, was die Kommissionen generell machen. Wir müssen logischerweise eine breit abgestützte Lösung zu finden versuchen, einerseits für den Globus, aber andererseits auch für den Gesetzesartikel. Die UVEK würde gerne nochmals einen Schritt zurück machen und eine gute Lösung erarbeiten, und die UVEK möchte dafür auch die Informationsflüsse zwischen der WAK und der UVEK verbessern und mit ihr nahe zusammenarbeiten. Gespräche mit den Präsidien der beiden mitberichtenden Kommissionen finden bereits statt. Als erstes müsste daher auch die UVEK eine geeignete Zusammenarbeitsform gemeinsam mit der WAK auf Augenhöhe suchen.

Danach logischerweise wären die Voten, die hier heute im Grossen Rat gestellt gehalten werden, die Grundlage für den Auftrag, den die Kommissionen erhalten würden mit der Rückweisung an die Kommissionen. Aber natürlich gehören auch die Rückmeldungen aus den Fraktionen dazu. Und dann müssen wir uns in den Kommissionen gemeinsam ein Vorgehen überlegen, um die Diskussion ein wenig zu entflechten und einen Schritt voranzukommen. Und hier möchte ich nicht sagen, was wir genau machen werden, weil logischerweise werden wir die Voten hier entgegennehmen, sofern es an die UVEK zurückgewiesen wird und eine Auslegeordnung machen und dann erst entscheiden, hoffentlich auch gemeinsam mit der WAK und falls sie will mit BRK, wie es weitergeht. Ich möchte hier aber kurz auflisten, welche Möglichkeiten wir als Kommission hätten.

Die Kommissionen können unterschiedliche Beschlüsse machen, sie können auch Beschlüsse hinzufügen, sie können unterschiedliche zeitliche Herangehensweisen in Betracht ziehen, sie können Motionen an die Regierung richten, sie können Anzügen an die Kommission oder Kommissionen richten, sie können auch Anzüge an die Regierung richten, sie haben ein Budget zur Verfügung, sie können Subkommissionen bilden, sie können in ihren Berichten Stellung nehmen. Wir hätten natürlich logischerweise sämtliche Möglichkeiten, die den Kommissionen zur Verfügung stehen.

Ich möchte hier definitiv nicht festlegen, welchen Weg wir gehen würden, denn der Weg muss gemeinsam im Falle einer Rückweisung mit der WAK und in Abwägung aller Vor- und Nachteile entschieden und definiert werden. Aber die UVEK denkt, dass es sehr viele Lösungswege gibt, die auf diesem Weg machbar wären.

Das Ziel jeder Grossratsberatung ist, einen Entscheid zu haben, einen Entscheid, der möglichst mit viel Einigkeit gefällt wird. Entsprechend hoffe ich im Namen der UVEK, dass wir auch heute in der doch wahrscheinlich längeren Beratung dieses Geschäfts versuchen, Einigkeit im Vorgehen zu finden und allenfalls auch gewisse Streitpunkte, Diskussionspunkte der sehr vielschichtigen Debatte klären zu können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächster hat der Präsident der BRK Michael Hug das Wort.

Michael Hug (LDP): Die Bau- und Raumplanungskommission hat sich im Rahmen ihrer Mitberatung auf drei Themenbereiche fokussiert, es wurde bereits erwähnt: Erstens auf die Frage des Mitteleinsatzes aus dem Mehrwertabgabefonds für ein nicht öffentlich zugängliches Projekt, zweitens auf die vertragliche Sicherstellung sowie den Unterhalt der begrünten Flächen und drittens auf die Frage der Mehrwertabgabe im Zusammenhang mit der Schutzzone und dem Rückkauf der Arkadenflächen.

Zur Einordnung: Die BRK teilt das Ziel der Vorlage ausdrücklich, nämlich einen Beitrag zur Begrünung, der Biodiversität und zur klimatischen Verbesserung im Stadtkern zu leisten. Die Kommission begrüsst den Mitteleinsatz zur Förderung von biodiversitätswirksamen Massnahmen grundsätzlich und anerkennt, dass solche Dach- und Fassadenbegrünungen ein wichtiges Puzzlestück zur Klimaanpassung im städtischen Raum darstellen können. Positiv vermerkt wurde insbesondere auch, dass das Projekt an einem prominenten Ort wie dem Marktplatz auch einen symbolischen Charakter entfalten kann.

Nun zur Verwendung: Gleichzeitig hat sich die Kommission eingehend mit der Frage beschäftigt, ob es zulässig und sachgerecht ist, dass solche Projekte trotz fehlendem öffentlichen Zugang mit Mitteln aus dem Mehrwertabgabefonds unterstützt werden. Die gesetzlichen Grundlagen legen nahe, dass Mittel insbesondere für öffentliche Grün- und Freiräume sowie für den Klimaschutz, die Biodiversität und die Hitzemündung eingesetzt werden sollen. Es herrscht Unklarheit darüber, ob diese Kriterien kumulativ zu erfüllen sind, sprich, ob auch ein öffentlicher Zugang zwingend erforderlich ist. Darum sind ja auch die unterschiedlichen Kommissionen in ihrer Auslegung anderer Meinung.

Die Verwaltung hat dargelegt, dass es bisher gängige Praxis war, auch nicht öffentlich zugängliche Projekte zu fördern, sofern ein Beitrag zu den genannten Zielsetzungen geleistet wird. Die BRK nahm dies zur Kenntnis, zeigte sich jedoch kritisch gegenüber der fehlenden Transparenz. Sie ist der Auffassung, dass der Grosse Rat analog zu Ausgaben ab 1,5 Millionen Franken regelmässig über sämtliche Projekte aus dem Mehrwertabgabefonds informiert werden sollte. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Mitteleinsatz nachvollziehbar, verhältnismässig und politisch legitimiert ist.

Ebenfalls kritisch betrachtet wurde der sehr hohe Förderanteil im konkreten Fall. Rund 99% der Projektkosten sollen durch den Kanton getragen werden ursprünglich, obwohl das Dach nicht öffentlich zugänglich ist. Die Mehrheit der BRK war der Auffassung, dass dieser Umstand zumindest einschränkend auf den Förderumfang wirken sollte.

Die zweite Frage betrifft die Sicherstellung der Leistungen und die vertragliche Ausgestaltung. Die BRK befasste sich ausführlich mit dem vorgesehenen Instrument der Dienstbarkeit. Dabei ging es unter anderem um die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass die begrünte Fläche langfristig unterhalten und nicht vernachlässigt wird, beispielsweise im Fall einer Insolvenz der Eigentümerschaft oder anderen Änderungen der Eigentümerverhältnisse.

Die Kommission liess sich von der Verwaltung einen Mustervertrag aushändigen. Dieser sieht ein 30-jähriges unentgeltliches Nutzungsrecht zugunsten des Kantons vor. Die Pflicht zur naturnahen Pflege, zu Wiederherstellungen im Sanierungsfall sowie die klare Zuweisung der Unterhaltskosten an die Eigentümerschaft sind darin festgehalten. Die BRK erachtet diesen Mustervertrag grundsätzlich als ausreichend und sachgerecht. Sie können diesen auch in einem Auszug in unserem Bericht nachsehen. Auch die Möglichkeit, bei Vertragsbruch rechtlich gegen die Eigentümerschaft vorzugehen, wurde als folgerichtig beurteilt, insbesondere angesichts des hohen finanziellen Engagements des Kantons.

Ein dritter Punkt betraf die Frage, ob das neue Bauprojekt des Globus nicht auch zu einer Mehrwertabgabe hätten führen müssen, zumal sich das Nutzungsmass auf den ersten Blick vergrössert zu haben scheint. Der Altbau verfügte über vier Untergeschosse und sieben Obergeschosse, während das neue Projekt nur zwei Untergeschosse, aber ebenfalls sieben Obergeschosse vorsieht, dafür mit einem grösseren Lichthof. Nach Angaben der Verwaltung wird die Bruttogeschossfläche trotz Umbau leicht reduziert. Der Altbau umfasste rund 13’572 m2 BGF, das neue Gebäude ohne die neu erworbenen Arkadenflächen 13’471 m2 BGF. Dies war eine Information, die wir erhielten nach mehrfachen Nachfragen.

Die Kommission nahm zur Kenntnis, dass Untergeschosse bei der BGF-Berechnung nicht zählen und das neue Gebäude damit rein rechnerisch kleiner ist. Die Verwaltung wies darauf hin, dass es sich bei den Arkadenflächen um Allmend handelte, welche 2024 vom Kanton rückverkauft wurden. Historisch hatte dieses Kunststück ursprünglich dem Globus gehört und wurde erst 1930 durch die Arkaden überbaut. Der Rückverkauf erfolgte zu einem Quadratmeterpreis von rund 10’000 Franken, was nach Aussage der Verwaltung eine allfällige Mehrwertabgabe bereits einpreist. Ansonsten wäre der Preis tiefer angesetzt worden. Trotz mehrmaliger Nachfragen konnte keine abschliessende Klarheit über die exakte Flächenbilanz geschaffen werden. Die BRK akzeptiert nach intensiver Diskussion, dass im konkreten Fall keine Mehrwertabgabe geschuldet ist, erwartet aber, dass bei künftigen Fällen dieser Art von Anfang an eine klare, nachvollziehbare und transparente Kommunikation gegenüber dem Parlament erfolgt.

Die BRK verzichtet in Erwartung der Beratungsresultate der mitberichtenden WAK und der Haupt beratenden UVEK auf eine eigene Empfehlung zur Vorlage. Sie erwartet aber, dass die offenen Fragen insbesondere zur Förderpraxis bei nicht öffentlichen Flächen und zur Nachhaltigkeit der Unterhaltsverpflichtungen von der UVEK im weiteren Verlauf vertieft behandelt werden.

Ergänzend möchte ich darüber informieren, dass ich mich im Vorfeld der heutigen Beratung mit den Präsidien der WAK und der UVEK abgestimmt habe. Wir sind uns einig, dass im Falle einer Rückweisung beim Geschäft Globus-Begrünung ein möglichst koordiniertes Vorgehen der betroffenen Kommission angestrebt werden soll. Die UVEK hat dabei signalisiert, dass sie das Geschäft in einem solchen Fall an sich ziehen möchte, um eine zügige und vertiefte Behandlung sicherzustellen. Innerhalb der BRK und WAK, in welchen heute noch Sitzungen stattgefunden haben, gibt es keine ausgezählte Haltung zu Fragen, an wen zurückgewiesen werden soll.

Aus Sicht der BRK sieht man keinen Anlass für eine erneute Mitberichtserstattung. Die baurechtlichen und planerischen Fragestellungen wurden in unserer Kommission umfassend behandelt. Die offenen Fragen betreffen im Kern nicht die baulichen Aspekte, sondern vielmehr die Förderpraxis und die Auslegung gesetzlicher Grundlagen zur Verwendung des Mehrwertabgabefonds.

Ich möchte jedoch an dieser Stelle kurz mahnen, dass es nicht Aufgabe der Legislative ist, Gesetzesauslegungen im Einzelfall vorzunehmen, vielmehr sollte UVEK oder die Regierung, falls das Geschäft an sie zurückgewiesen wird, einen

raschen Entscheid für das konkrete Projekt treffen, das heisst dem Globus Rechtssicherheit geben und losgelöst davon eine politische Grundsatzdiskussion führen, etwa im Rahmen eines Vorstosses zur Klärung oder gegebenenfalls Anpassung der gesetzlichen Grundlagen. Dies kann dann über die zuständigen Kommissionen, namentlich WAK oder UVEK erfolgen.

Im übrigen folge ich auch den Ausführungen der Präsidentin der UVEK von Raffaela Hanauer zum weiteren Vorgehen. Die Kommission hat, wie gesagt, darüber keine Entscheidung getroffen, einzig, dass man auf einen Mitbericht verzichten möchte und einer Rückweisung gegenüber positiv eingestellt ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Andrea Knellwolf, Präsidentin der WAK.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich halte jetzt ein sehr kurzes Votum. Sie haben schon sehr viel gehört. Sie haben auch gehört, wie die drei Kommissionen sich zu Anfang und auch während des Prozesses immer wieder darüber abgestimmt haben, welche Kommission welche Aspekte vertieft prüft. Die WAK hat das Geschäft an fünf Sitzungen beraten und sich ausführlich über das Bewertungsmodell informieren lassen. Dabei hat sie sich auf die Frage konzentriert, ob im Antrag zur Ausgabenbewilligung zur Dach- und Fassadenbegrünung dem Willen des Gesetzgebers, wie im Kommissionsbericht der WAK damals bei der Gesetzesänderung zum Ausdruck gebracht wurde, genügend Rechnung getragen wird.

Aus Sicht der Kommission fehlt bei der Fokussierung auf die zwei Bereiche Hitzeminderung und Biodiversität der Aspekt der öffentlichen Zugänglichkeit und des Nutzens für einen breiten öffentlichen Kreis. In der Kommission wurde die Frage diskutiert, ob die öffentliche Zugänglichkeit eine Voraussetzung sein müsste, um von Beiträgen aus dem Mehrwertabgabefonds profitieren zu können. Denn ursprünglich war die Idee hinter dem Mehrwertabgabefonds, dass im Gegenzug zu einer Verdichtung beispielsweise durch einen Bebauungsplan an irgendeinem Ort in der Stadt ein Ausgleich in Form von mehr Grünfläche für die Öffentlichkeit geschaffen werden soll. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Massnahmen, die aus dem Mehrwertabgabefonds finanziert werden, der Öffentlichkeit einen Nutzen bringen. Es ist nicht im Sinne der ursprünglichen Absicht, die Begrünung auf geschlossenen Firmenarealen oder privaten Hinterhöfen zu finanzieren. Diesem Grundgedanken wurde im Kommissionsbericht 2020 Rechnung getragen, indem in den Erläuterungen ausgeführt wurde, dass auch Klimaschutz und Klimaadaptionsmassnahmen einem breiteren öffentlichen Kreis zugute kommen müssen.

Die Kommission ist sich einig, dass sowohl die öffentliche Zugänglichkeit von aus dem Mehrwertabgabefonds unterstützten Grünflächen als auch der Nutzen der Klimaadaptionsmassnahmen für einen breiteren Kreis zentrale Bewertungskriterien darstellen müssen. Auch der von 99% auf 88% reduzierte Beitragssatz hier wird von der Kommission hinsichtlich des geringen öffentlichen Nutzens der vorgesehenen Dach- und Fassadenbegrünung als zu hoch eingeschätzt. Damit besteht in der Kommission ein Konsens darüber, dass der Antrag des Regierungsrats nicht akzeptabel ist. Für die Details zu den differenzierten Einschätzungen innerhalb der WAK verweise ich auf unseren Bericht.

Konsens in der Kommission ist eben jedenfalls auch, dass eine rein visuelle Zugänglichkeit einer Begrünung eine stärkere Reduktion der Beiträge zur Folge haben muss. Wie genau dies im Rahmen der vorher vorhandenen Bewertungsmatrix abgebildet werden kann, muss verwaltungsseitig geklärt werden. Daher empfiehlt die WAK der UVEK einstimmig, das Geschäft an den Regierungsrat zurückzuweisen. Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Bewertungsmatrix zu überprüfen und dem Grossen Rat einen revidierten Antrag vorzulegen. Sollte durch eine präzisere Formulierung von § 120 BPG mehr Klarheit geschaffen werden können, so ist dem Grossen Rat eine entsprechende Gesetzesänderung vorzulegen.

Soweit also der Antrag der WAK, den Sie schon kennen, also Rückweisung an die Regierung. Es gab seit gestern einige Diskussionen und wir hatten heute noch einmal eine Kommissionssitzung über Mittag, und dort hat sich ein etwas uneinheitlicheres Bild ergeben. Es gab eine nicht sehr deutliche Mehrheit, die sich dafür ausspricht, bei dem zu bleiben, was wir hier im Bericht schon festgehalten haben, nämlich dass wir eine Rückweisung an die Regierung möchten. Ein anderer Teil könnte sich vorstellen, an die UVEK mit Mitbericht an die WAK zurückzuweisen. Wir sind hier also nicht auf einer Schiene unterwegs in der WAK, weshalb wir uns entschieden haben, bei der ursprünglichen Antragslage zu bleiben und sind jetzt gespannt auf die Diskussion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Angesichts der neuen Ausgangslage darf auch ich es kurz machen, auch dank den ausführlichen und guten Voten der Kommissionspräsidien.

Kurzum, wir konnten den Antrag in der Regierung nicht mehr diskutieren, aber ich gehe sehr davon aus, dass sich da Unterstützung auch von meinen Kolleginnen und Kollegen habe, wenn ich sage, dass wir Ihnen dankbar sind, wenn Sie das Geschäft an die UVEK zurückweisen. Die Schwierigkeit ist tatsächlich die Unterschiedlichkeit der Gründe, weshalb ein Teil

von Ihnen gegenüber dem Projekt kritisch ist respektive diesem Geschäft gegenüber. Wir haben es gehört, das beginnt bei kritischen Stimmen zu diesem konkreten Projekt, geht über ganz unterschiedliche Meinungen, ob die öffentliche Zugänglichkeit einer Grünfläche ein Ausschlusskriterium ist für Förderbeiträge, also wenn man nicht öffentlich zugänglich ist, bis hin zur Bitte, einfach den Förderbeitrag etwas zu reduzieren. Und dann werden wir nachher in der Debatte wahrscheinlich noch weitere Elemente hören. Es macht wirklich Sinn, diese verschiedenen Beweggründe nochmals sorgfältig darzulegen und in der Kommission, respektive in den Kommissionen im Falle eines Mitberichts durch die WAK, eine gute und breit tragfähige Lösung zu finden.

Grundsätzlich darf ich sagen, dass wir eigentlich ganz froh sind um diesen konkreten Anwendungsfall, den wir hier vorliegen haben. Ich bin froh, weil wir anhand dieses Beispiels einige wichtige Grundsatzfragen klären können, die tatsächlich der Gesetzgebungsprozess vor einigen Jahren vielleicht etwas unklar gelassen hat, eben beispielsweise die Frage danach, ob die öffentliche Zugänglichkeit ein Ausschlusskriterium sein soll. Wir haben als Verwaltung das so ausgelegt, dass das nicht der Fall ist, also dass beispielsweise eine besonders biodiverse Fläche auch eben mal nicht zugänglich sein darf, weil das eben auch die Tierarten und Pflanzenarten dort schützt. Aber die Frage ist dann immer noch, wie hoch man diesen Faktor dann bei der finanziellen Frage gewichtet.

Jetzt bin ich sehr sehr gespannt auf die verschiedenen Voten und melde mich allenfalls später nochmals zu Wort, aber ich möchte mein Votum nicht beenden, bevor ich noch einmal ganz herzlich danke für die detaillierte Auseinandersetzung, auch in den Kommissionen mit diesem Geschäft, mit diesem komplexen Thema und auch für die Bereitschaft der Kommission, sich noch einmal mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden und Nicole Strahm-Lavanchy hat das Wort für die LDP.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Grünräume in urbanen Räumen sind wichtig, Fassaden- und Dachbegrünungen leisten zweifellos einen wertvollen Beitrag zum städtischen Mikroklima, zur Biodiversität und zur Lebensqualität. Ich stehe grundsätzlich hinter solchen Massnahmen, wenn sie sinnvoll, gerecht und im Rahmen klarer Kriterien subventioniert und realisiert werden.

Der vorliegende Antrag auf eine Beitragsfinanzierung für die Begrünung des Globus-Gebäudes am Marktplatz überzeugt mich aber weder inhaltlich noch noch formal. Erstens sind die Voraussetzungen für eine Finanzierung aus dem Mehrwertabgabefonds aus meiner Sicht nicht erfüllt. Die gesetzlichen Grundlagen verlangen explizit einen öffentlichen Mehrwert, doch beim vorliegenden Projekt handelt es sich um eine Begrünung, die weder begehbar noch allgemein zugänglich ist. Der Nutzen beschränkt sich weitestgehend auf das Gebäude selbst und auf wenig indirekt positive Effekte für die Umgebung. Das reicht meines Erachtens nicht, um eine solche Investition von fast drei Millionen Franken aus dem Mehrwertabgabefonds zu rechtfertigen, welcher eigentlich Gelder einsetzen sollte, die auf eine breitere öffentliche Wirkung hin ausgelegt sind und vor allem zugunsten der Bevölkerung.

Anders als bei einer öffentlichen Parkanlage bringt dieses Vorhaben hier aber keinen direkten nutzbaren Mehrwert für die Bevölkerung, und hier liegt genau ein für mich wichtiger, fast unberücksichtigt der Punkt in der Bewertung dieses Antrags: die öffentliche Zugänglichkeit. Die Beurteilung der Förderwürdigkeit durch die Stadtgärtnerei wirkt für mich sowieso teilweise ein bisschen willkürlich. Es ist kaum nachvollziehbar, wie eine umständliche Kriterienkombination und schwierig lesbare Punktetabelle eine derartige fast Vollfinanzierung zustande kommt. Dass ein kommerziell genutztes Gebäude mitten in der Innenstadt ohne öffentliche Zugänglichkeit eine so hohe Unterstützung erhalten soll, wirft Fragen auf, gerade im Hinblick auf andere vergleichbare Vorhaben, die abgelehnt wurden oder Jahre lang auf Wartelisten stehen. Am Ende steht die Frage, ob hier der gesetzlich definierte Förderzweck wirklich geprüft werden wollte oder ob dem Hauseigentümer durch die Hintertür eine sehr lukrative Subvention gewährt werden soll.

Desweiteren bleibt die langfristige finanzielle Verantwortung für Unterhalt, Pflege und Betrieb nicht wirklich sicher geklärt. Was geschieht bei einem allfälligen Eigentümerwechsel oder gar Konkurs? Wer garantiert den dauerhaften Betrieb, wer haftet, wenn die aufwändig installierte technische Infrastruktur ausfällt und die Bepflanzung eingeht? Die Stadtgärtnerei weist ausdrücklich daraufhin, dass Dachbegrünungen einen aufwändigen Unterhalt in Bewässerung und Pflege benötigen, sonst vertrocknen die der Sonne ausgesetzten Pflanzen sehr schnell. Das Projekt setzt denn auch ein komplexes, Regenwasser- und Bewässerungssystem voraus, mit Zisternen und automatischer Trinkwassernachspeisung für Trockenzeiten. Ein solches System ist teuer und wartungsintensiv. Wenn nach Ablauf von Garantiefristen niemand mehr Geld oder Personal in die Anlagenpflege stecken muss, wir sehen dann, was mit der Bepflanzung passiert, sie verkümmert, und es hilft niemandem, weder der Stadt, der Bevölkerung noch der Biodiversität. Eigentlich müsste der Antragsteller für ewig dafür aufkommen, in der Praxis kann aber dafür niemand garantieren. Der Kanton kann und darf diese Risiken nicht übernehmen, und es geht auch nicht über den Mehrwertabgabefonds. Dieser verbietet nämlich die Finanzierung von Unterhaltsarbeiten.

Und nun noch zur behaupteten Förderung der Biodiversität. Sie ist nicht wirklich abschliessend belegt. Zwar klingen Begriffe wie ökologische Aufwertung und grüne Oase sympathisch, doch im konkreten Fall bleiben die ökologischen Mehrwerte vage. Es kann nicht einfach behauptet werden, dass eine tatsächliche Erhöhung der Artenvielfalt auf einem begrenzten, schwer zugänglichen begrünten Dach in einem dicht bebauten städtischen Umfeld so mühelos und einfach funktionieren soll. Es gibt keine Daten oder Studien, die zeigen, wie viele Arten sich in so einer Situation dauerhaft ansiedelten oder ob die geplanten Stauden und Kletterpflanzen tatsächlich zum städtischen Biotopverbund beitragen. Gleiches gilt für die vermutete Hitzeminderung durch Verdunstung. Solche Effekte sind bekannt, aber doch eher lokal begrenzt.

Ich möchte betonen, dass unsere Ablehnung nicht aus einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber Begrünungsprojekten herrührt. Im Gegenteil, wir sind und bleiben überzeugt von urbanem Grün, vom klimaangepassten Bauen und von Massnahmen zur Förderung der Biodiversität. Doch gerade deshalb fordern wir, dass die Mittel aus dem Mehrwertabgabefonds mit grösster Sorgfalt und mit einem klaren Fokus auf gerechte Verteilung eingesetzt werden.

Dieses Projekt erfüllt die gewünschten Voraussetzung nicht. Es setzt sogar ein fragwürdiges Signal, nämlich dass Mittel auch an kommerzielle privatwirtschaftliche Einzelobjekte ohne klare öffentliche Wirkung fliessen können. Ich bitte Sie deshalb im Namen der LDB, dieses Geschäft an den Regierungsrat gemäss Antrag der WAK zurückzuweisen, aus Verantwortung gegenüber dem Mehrwertabgabefonds und vor allem im Sinne einer glaubwürdigen, gerechten und transparenten Grünpolitik

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Johannes Barth für die FDP.

Johannes Barth (FDP): Wir beraten heute über eine Ausgabebewilligung von 3,2 Millionen Franken aus dem Mehrwertabgabefonds für die Dach- und Fassadenbegrünung des Globus am Marktplatz. Die Fraktionen FDP, die Mitte/EVP und SVP anerkennen den klimapolitischen Anspruch dieser Vorlage. Projekte zur Hitzereduktion und Förderung der Biodiversität sind auch aus liberaler, aus unserer Sicht, sinnvoll, sofern sie verhältnismässig sind, nachvollziehbar bewertet werden und der Allgemeinheit dienen. Und genau in diesem Punkt sehen wir Klärungsbedarf.

Ziel des Mehrwertabgabefonds: Der Fonds wurde geschaffen, um planerisch bedingte Gewinne teilweise abzuschöpfen und über gezielte Investitionen einen Mehrwert für die Allgemeinheit zu schaffen. Seit der Revision 2020 sind die Förderzwecke erweitert. Das ist politisch breit abgestützt und grundsätzlich nachvollziehbar. Aber mit dieser Ausweitung darf nicht die Grundidee verbessert werden, öffentliche Mittel für öffentlichen Nutzen. Wenn wir heute beginnen, substanzielle Beträge in Projekte zu lenken, die für die Bevölkerung nicht zugänglich sind und deren Wirkung auf das Quartier kaum spürbar ist, dann brauchen wir einen vertieften politischen Diskurs über die Gewichtung der Kriterien.

Zum konkreten Projekt: Das Globus-Projekt zeigt viele gute Ansätze: Ambitionierte Begrünung, Biodiversität, ein langfristiges Pflegekonzept, aber die Flächen sind nicht öffentlich zugänglich. Die Wirkung auf das Stadtklima bleibt auf das Gebäude beschränkt. Eine Absenkung auf dem Marktplatz können Sie vergessen. Die Förderquote liegt trotzdem bei sehr hohen 88%. Das führt in der Bevölkerung und auch im Rat zu den berechtigten Fragen.

Unser Anliegen: Wir fordern keine Pauschalablehnung dieses oder ähnlicher Projekte. Auch private Begründungsmassnahmen können in Ergänzung zur öffentlichen einen Beitrag leisten, aber, und hier ist das aber, es braucht klare, nachvollziehbare und einheitliche Kriterien, ein transparentes Bewertungsmodell, das öffentliche Zugänglichkeit angemessen berücksichtigt und eine Diskussion darüber, wie wir den Fonds strategisch weiterentwickeln, ohne ihn in einen ungezielten Subventionstopf zu verwandeln.

Die Fraktionen FDP, Mitte/EVP und SVP sind offen für einen breit abgestützten Weg. Wir unterstützen die Forderung nach einer Überprüfung des Bewertungsmodells. Die Rückweisung an den Regierungsrat, wie sie die WAK vorgeschlagen hat, ist dafür ein konstruktiver Schritt, nicht eine Ablehnung der Begrünung an sich. Sie schafft Raum, um die Bewertungspraxis zu klären, gesetzliche Grundbereiche zu bereinigen, eine nachhaltige, gerechte Verteilung der Fondsmittel zu gewährleisten. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass wir bei solchen Projekten weder Fortschritt blockieren, noch das Vertrauen in eine faire und Ziel gerechte Vergabepraxis verlieren. Denn der klimapolitische Auftrag ist real, aber auch das Prinzip der Verhältnismässigkeit und Transparenz bleibt ein tragender Pfeiler unserer Demokratie.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA das Wort hat Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Das muss ich Ihnen nicht sagen, die Fraktion BastA steht seit vielen Jahren für eine klimafreundliche Stadt und für mehr städtische Biodiversität. Stadtbildbegrünung ist für uns eine Priorität. Die WAK, die UVEK und auch die BRK haben aber in ihren Beratungen gewichtige Kritikpunkte zu dieser Vorlage eingebracht. Diese müssen aus unserer Sicht ernstgenommen werden.

Erstens zur Wirkkung auf das Stadtklima: Ja, Dachbegrünungen leisten einen Beitrag zur Hitzeminderung, aber in diesem Fall nicht dort, wo sich Menschen tatsächlich aufhalten, nämlich auf dem Marktplatz selbst. Die geplante Begrünung bleibt auf den Dächern, wirkt isoliert – eine Wolke – und ist in ihrer kühlenden Funktion minimal spürbar im öffentlichen Raum.

Zweitens zur Biodiversität: Auch hier gilt, gut gemeint ist nicht gleich gut gemacht. Eine begrünte Dachfläche im Innenstadtbereich mit eingeschränkter ökologischer Bodenvernetzung ist kein gleichwertiger Ersatz für öffentlich zugängliche, biodivers gestaltete Räume. Die hohe Punktbewertung des Projekts in dieser Kategorie erscheint uns daher nicht nachvollziehbar.

Drittens und ganz zentral zur Rechtssicherheit: Die WAK hat Zweifel geäussert, ob dieses Projekt mit dem Zweck des Mehrwertabgabefonds vereinbart ist. Der Mehrwertabgabefonds wurde geschaffen, um öffentliche Grün- und Freiräume zu fördern. Das vorliegende Projekt ist nicht öffentlich zugänglich. Das wirft nicht nur Fragen bezüglich der Bewertung, sondern auch grundsätzliche rechtliche Fragen auf, wie die WAK zu Recht festgehalten hat.

Auch die BRK hat deutlich gemacht, es ist unklar, ob und wie überhaupt eine Mehrwertabgabe berechnet und bezahlt wurde. Wie wollen wir aus dem Fonds Beiträge in Millionenhöhe sprechen, wenn der eigentliche Mechanismus, die Abgabe selbst, nicht nachvollziehbar erhoben wurde? Das ist nicht transparent und nicht verantwortungsvoll.

Viertens zum Antrag der UVEK: Trotz dieser Einschränkungen – minimale Wirkung auf das Stadtklima, eingeschränkte ökologische Vernetzung und keine öffentliche Zugänglichkeit – wurde nur eine Kürzung um rund 10% vorgenommen. Das ist unsere Meinung zu wenig. Unter den oben gebrachten Aspekte zu Biodiversität und Stadtklima und mangelnder Zugänglichkeit müsste eine realistische Bewertung deutlich tiefer ausfallen. Wir betrachten dieses Projekt als wichtigen Präzedenzfall. Aus diesem Grund müssen die Kriterien überprüft und das Bewertungsmodell grundsätzlich überarbeitet werden. Ausserdem muss die Frage der rechtlichen Tragfähigkeit und der Abgabe sorgfältig erklärt werden, denn hier bestehen berechtigte Zweifel.

Wir schulden es der Glaubwürdigkeit des Fonds und dem Vertrauen der Öffentlichkeit hier nochmals nachzuarbeiten. Daher erwarten wir ganz klar, dass diese Aspekte unbedingt geklärt werden, unabhängig davon, ob das Geschäft an die UVEK oder an den Regierungsrat rücküberwiesen wird. Und wenn sich eine Mehrheit des Parlaments für die UVEK entscheidet, ist es uns klar, dass sie mit der WAK eng zusammenarbeiten.

Wir von der BastA sind bezüglich der Überweisung an die UVEK oder an den Regierungsrat offen. Einerseits muss der Regierungsrat die Bewertungsmethode und die Kriterien sowie die jetzige Praxis für zukünftige Fälle überprüfen. So wie das jetzt passiert ist, geht gar nicht. Deshalb scheint es einem Teil meiner Fraktion sinnvoll, das Geschäft an den Regierungsrat rückzuweisen. Andererseits kann die UVEK die vorgebrachte Kritik aufnehmen und gemeinsam mit der WAK, die nota bene bisher für die Mehrwertabgabe zuständig war, einen neuen Bericht vorlegen. Dringend ist es nicht. Wenn Sie aus dem Fenster schauen, sehen Sie, wie weit die Dachbegrünung schon fortgeschritten ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion GRÜNE/jgb hat das Wort Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): In dieses Geschäft hat sich die UVEK wirklich ziemlich vertieft. Wir haben viel Arbeit in dieses Geschäft gebracht und wir haben sehr viele Aspekte, wie Raffaela Hanauer auch sehr schön aufgelistet hat, betrachtet und bewertet.

Ich gehe zurück auf das Gesetz, § 120 des Bau- und Planungsgesetzes, zu denZweckbestimmungen des Mehrwertabgabefonds. Wir haben vier verschiedene Zweckbestimmungen, und eigentlich wollte man mit den zwei neuen Zweckbestimmungen, nämlich die Klima-Adaptionsmassnahmen zur Minderung des Hitzeeffekts und der Förderung der Biodiversität wirklich auch einen Impuls in dieses Gesetz hineinzubringen, um eben auch einen grösseren Impact auf die gesamte Stadt zu haben, wenn es darum geht, die Biodiversität und Klimamassnahmen in die Flächen und auf unsere Gebäude und auch in unsere Gärten zu bringen.

Wenn man die Argumente der Gegenseite, also eher der kritischen Seite, hört, hat sich gezeigt, dass man diesen Impuls eigentlich eher in Frage stellt. Für uns als GRÜNE/jgb wäre dies ein sehr wichtiges Zeichen gewesen, um eben auch Projekte wirklich umzusetzen und auch anzuziehen.

Und jetzt sieht es so aus, dass der Wortlaut des Gesetzes so einschränkend ist, dass es effektiv viele Fragen aufwirft und vielleicht eher zu einer gewissen Blockade kommt. Und das ist sehr schade, und in dem Sinne finden wir auch sehr stark, dass, wenn man an dem weiterarbeiten könnte oder sollte, man wirklich Klarheit schafft im Sinne einer Förderung der weiteren Massnahmen. Und da ist es sehr wichtig und sehr zentral, dass diese Massnahmen eben nicht nur vom Kanton aus auf Flächen gebracht werden, sondern eben auch Private Zugang haben zu diesen Geldern und auch ermutigt werden, solche Projekte bei sich umzusetzen.

Es zeigt sich aber, dass beim Globus jetzt endlich einmal ein grosses Projekt in Angriff genommen wird, ein Best Practice Projekt, wo viel Input und sehr viel neues Wissen, viel Hintergrundwissen, technisches Wissen, auch biologisches Wissen eingeflossen ist und interessante Bepflanzungen gemacht werden. Auch interessante Strukturen werden geschaffen, wie eben auch die ganze Bepflanzung selbst, aber auch der Aufbau zum Beispiel der Erde, den man da gemacht hat .Man hat grössere Mengen dort hinaufgeschafft, man hat auch den Boden anders strukturiert, damit zum Beispiel, wenn es einmal regnet, das Wasser dort wie ein Schwamm länger liegenbleiben kann und dann nach und nach verdunstet und es so eben schon auch einen kühlen Effekt auf die nähere Umgebung hat. Zugegebenermassen wird man das auf dem Marktplatz nicht merken, aber in diesem Projekt geht es darum, dass man vorher eine Fläche gehabt hat, die wirklich ein Hitzezentrum war, und nachher ein Gebäude dasteht, das zu 100% eine Verbesserung darstellt, was eben auch die Klimaaspekte angeht. Wenn man eine Bewertung macht, schaut man immer auch, was war vorher, was ist heute und was wird man nachher haben. Und da hat man einfach eine Förderung sowohl im Klima als auch in der Biodiversität. Und auch hier kann man sagen, vielleicht ist es ein isolierter Biodiversitätstrittsstein, er kann sehr wohl helfen, er kann interessant sein. Auch hier haben Leute mitgearbeitet, die sehr wohl wissen, welche Pflanzen man dort anpflanzen kann, die einen Effekt haben und auch für das gesamte Gebiet auch interessant sind.

Was wir hier unterstützen wollen mit diesem Projekt und wo wir einen grossen Vorteil sehen auch in dieser Debatte, die wir hoffentlich auch in Zukunft führen werden, ist, dass wir endlich ein Beispiel haben, an dem sich auch andere grössere Projekte orientieren können. Und wenn man jetzt hier etwas stoppt und das als minderwertig betrachtet, dann gibt man leider ein Signal, das sehr wohl auch eine Blockade sein kann für allfällige andere grössere Institutionen, die sich in diesem Sinne einsetzen wollen. Und das wäre sehr schade und das möchten wir auch vermeiden.

Nicht destotrotz ist es klar und man kann es nicht wegdiskutieren, dass die öffentliche Zugänglichkeit hier wirklich schlecht gegeben ist. Man hätte da mehr haben können und man kann auch zum Beispiel diskutieren darüber, ob dieser hohe Betrag wirklich gerechtfertigt wäre. Das kann man, aber die Beurteilung war sehr transparent, wir haben gesehen, wie man das gemacht hat. Es ist ganz klar, dass auch dort Fachexperten dahinter waren. Wir sind zum Teil Fachexperten, zum Teil aber auch nicht. Wir müssenda vertrauen können, dass die Stadtgärtnerei sehr wohl Wissen hat und dass sie da auch zu guten Überlegungen kommt und auch die Best Practice dort umsetzt.

Nach meinen Kenntnissen wurde das sehr wohl getan. Wir haben vorher von der Bewässerung gehört, das ist gelöst, man hat einen 20’000-Liter-Kanister in dieses Gebäude hineingebracht, das ist wirklich ein grosser Einsatz auch von den Geldern her, von der Infrastruktur her, die man zusätzlich zu dieser Bepflanzung gemacht hat.

Daher ist das wirklich ein tolles Projekt und es wäre sehr schade, wenn wir dieses Projekt jetzt deswegen abschiessen, weil wir nicht die richtigen, praxistauglichen gesetzlichen Grundlagen haben. Die UVEK hat einen pragmatischen Weg gesucht, diese Praxistauglichkeit doch noch zu erlangen und eben auch wirklich die Tür zu öffnen für Private, seien das grosse Private, aber auch kleinere private Initianten von solchen Projekten. Es gilt, denen auch die Möglichkeit zu geben, von diesem Mehrwertabgabefonds zu profitieren. Deshalb denken wir, dass wir hier eine gute Voraussetzung geschaffen hätten. Aber es zeigt sich natürlich und das ist auch verständlich, dass es gewisse Friktionen gibt hinsichtlich der gesetzlichen Bestimmungen und deren Praxistauglichkeit in der Umsetzung. Wenn man das noch bringen will, dann kann ich das verstehen und wir können darüber sicher diskutieren. Aber es zeigt sich für die Fraktion GRÜNE/jgb, die auch in der WAK mehrheitlich für die Rückweisung des Geschäftes an die UVEK votiert hat, dass sich in der UVEK viel Engagement gezeigt hat, von allen Seiten, auch von denen, die jetzt eher kritisch sind, dass man hier eine gute Lösung findet. Darum wäre es wünschenswert, wenn Sie dieses Projekt wenn überhaupt, an die UVEK rückweisen würden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Brigitte Kühne für die GLP.

Brigitte Kühne (GLP): Eigentlich war die Freude bei mir persönlich ausserordentlich gross. Die Zweckbindung des Mehrwertabgabefonds bezog sich bei diesem Ratschlag zum ersten Mal ausschliesslich auf Biodiversität und Klimaadaptionsmassnahmen, oder? Das war zumindest meine Interpretation der Gesetzesrevision vom Mai 2020. Unterdessen wissen wir, dass diese Gesetzesrevision unterschiedlich interpretiert werden kann. Aber, meine Damen und Herren, wir haben eine Klima- und eine Biodiversitätskrise. Ich wiederhole mich immer wieder in meinen Voten. Darum sollte es doch möglich sein, ein Projekt, auch ein privates, maximal zu fördern, das eben manchmal nicht für die breite Öffentlichkeit zugänglich ist. Denn wir alle als Bevölkerung haben in diesem Fall der Dach- und Fassadenbegrünung des Globus einen klaren Nutzen: mehr Grün gleich Vermeidung und Minderung von Hitzeinseln sowie mehr Biodiversitätstrittsteine. Das ist gelebte Stadtökologie, ein vernetztes Ökosystem für Tiere und Pflanzen in der Stadt, egal wo, unten oder oben. Da bin ich anderer Meinung als Patrizia Bernasconi. Und ja, Nicole Strahm-Lavanchy, es gibt sehr viele Studien, die aufzeigen, was solche Dach- und Fassadenbegrünungen der Stadtökologie bringen können. Gerne kann ich Ihnen diese zusenden.

Dies ist gerade so wichtig wie der direkte Nutzen eines öffentlichen Freiraumes, wie zum Beispiel grüne Pärke oder Wohn-, Arbeits- oder Schulumfelder für uns Menschen, die Biodiversitätsförderung und die Hitzeminderung. Aber ich habe nun verstanden, der öffentliche Zugang soll in den Kriterienkatalog einfliessen. So wollen es alle hier drin. Was Sie hier drin ebenfalls wollen: Sie setzen sich alle, plus minus, aber eher plus, immer wieder vehement für Begrünung ein, fordern Schattendächer, Sonnensegel inklusive Begrünung und viel mehr Bäume. Here we go – ein Projekt nota bene eines Privaten, bei dem die Stadtklimaadaption so wie die Biodiversität von Anfang an mitgeplant wurde. Nur wenn dies so ist, von allen beteiligten Planern von Anfang an mitgeplant, können Neubauprojekte ökologisch wirklich überzeugend sein. Und das ist hier der Fall. Die mit der Planung beauftragten Landschaftsarchitekten sind erfahrene Fachleute, was Fassaden- und Dachbegrünung anbelangt. Ich würde es einmal behaupten, dies ist ein Leuchtturmprojekt, das wir da einfach so erhalten als Stadt.

Darum sprechen wir als GLP die 2,9 Millionen Franken aus dem prall gefüllten Mehrwertabgabefonds. Wir haben daher ein klares Plus in der Kreuztabelle, nichts mit Verwirrung. Ich muss Ihnen wirklich gestehen: Wir grünliberalen und ich, die diesen Ratschlag in sieben UVEK-Sitzungen mitberaten dürfte, verstehen nicht, warum gerade ein so ausserordentlich gutes Begrünungsprojekt, das Klimaadaption und Biodiversität fördert, nota bene mitten in unserer Stadt hervorragend geplant und realisiert von einem Privaten – und ich wiederhole mich. finanziert aus dem prall gefüllten Mehrwertabgabefonds, so viele diverse Ablehnungs- und Subventionsminderungsargumente erhält.

Zum Schluss: Gerade unter diesen Vorzeichen, die sich nun über die zwei Tage im Grossen Rat abgezeichnet haben, beantragen wir Grünliberalen, den Ratschlag an die UVEK zurückzuweisen, damit die involvierten Kommissionen eine Auslegeordnung der unterschiedlichen Argumente machen können, um schlussendlich eine gute Lösung für den Globus zu finden. Im weiteren – und das ist uns sehr wichtig – soll eine Klärung stattfinden, wie das Mehrwertabgabefondsgesetz präzisiert werden kann, damit zukünftig keine Unklarheiten mehr entstehen..

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lisa Mathys für die SP.

Lisa Mathys (SP): Sie haben eine sicher gesehen in der Kreuztabelle, wir hatten ebenfalls unterschiedliche Meinungen in der Fraktion. Nun ist es so, dass in einer Frage Einigkeit herrscht bei der SP-Delegation in den drei Kommissionen, die hier berichtet und mitberichtet haben. Die Rückweisung an die UVEK erachten wir angesichts der Konfusion als die beste Lösung und wir möchten diesen Antrag zur Annahme empfehlen. Selbstkritisch finde ich, dass wir auch von Seite UVEK sagen können und müssen, dass wir Unklarheiten zwar benannt und angegangen haben, aber dass wir sie nicht aus der Welt schaffen konnten und dass es wirklich eine nicht zufriedenstellende Situation ist. Ich denke, da hat auch mit hineingespielt, dass das Timing der Veröffentlichung der verschiedenen Berichte nicht ideal zueinander gepasst hat. Es hatte nicht in allen Kommissionen die gleiche zeitliche Priorität, was ja auch nachvollziehbar ist, aber ich denke, das hat nicht geholfen und das hat dazu geführt, dass nicht vorhergesehen werden konnte, dass es dann so eine Situation gibt, wie sie jetzt herrscht. Und deshalb plädieren wir beteiligten SP-Mitglieder in den drei Kommissionen für einen zweiten Versuch, weil wir den Auftrag an die Regierung, wenn wir denn an die Regierung zurückweisen würden, nicht für klar genug halten.

Ich möchte hier ganz kurz noch auf die beiden Meinungslager innerhalb der SP-Fraktion eingehen. Jene, die schon zu Beginn auch für eine Rückweisung votiert haben, die sehr kritisch gegenüber dem Antrag der UVEK waren, haben zum einen die Fragestellungen zur Gesetzeslage angesprochen – wir haben das jetzt auch schon mehrfach gehört. Auch bei uns gibt es offene Fragen zur Auslegung und zu Sinn und Zweck der Revision von 2020, die man wirklich noch einmal vertieft angehen soll und für die man sich noch mehr Zeit nehmen soll, als wir es sowieso schon getan haben. Dann besteht dort auch die klare Haltung, dass fast 90% der Projektkosten als Förderbeitrag deutlich zu hoch seien, wenn die öffentliche Zugänglichkeit nicht gegeben sei. Also es stand vor allem die Forderung im Raum, dass es wirklich eine massive Kürzung dieses Beitrags brauche, aber nicht eine vollständige Ablehnung.

Auf der Befürwortendenseite überwog das Argument, dass die Notwendigkeit und Dringlichkeit von Dach- und Fassadenbegrünungen sehr gross ist und dass solche Projekte nicht immer nur vom Staat gemacht werden sollen und müssen. Man will mit Förderung mehr Projekte mit Kühlungseffekten realisierbar machen, insofern daraus durchaus eben ein Nutzen für die Allgemeinheit entsteht und der Unterhalt langfristig mit Verträgen gesichert wird und sichergestellt wird, dass das dann nicht zu Lasten des Staates geht.

Die Reduktion wegen fehlender öffentlicher Zugänglichkeit haben wir ebenfalls auch auf der befürwortenden Seite der SP-Fraktion wichtig gefunden. Wir fanden aber, dass die Details, um wie viel da reduziert werden soll, die Grenze zum Operativen überschreiten. Wir anerkennen aber, dass hier wirklich andere Meinungen da sind und dass man deshalb das wahrscheinlich noch einmal aufrollen sollte, zumal hier wirklich bis auf Brigitte Kühne alle der Meinung waren, dass wirklich alle drei Wirkungsfelder einbezogen werden sollen künftig in die Bewertung von Förderanträgen. Das hat ja die Verwaltung auch versprochen und zugesagt, das ist im UVEK-Bericht unmissselbstverständlich enthalten und entsprechend ist das sicher etwas, das relativ unbestritten ist hier drin.

In diesem Sinn kann ich nicht für die ganze Fraktion sprechen, aber für die drei SP-Delegationen in den beteiligten Kommissionen. Wir befürworten die Rückweisung an die UVEK.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als erster Einzelsprecher hat sich Luca Urgese gemeldet.

Luca Urgese (FDP): Die Präsidentin der WAK hat es gesagt, aber ich möchte es noch einmal unterstreichen: Was ist die Grundidee der Mehrwertabgabe? Es geht um Verdichtung und die Verdichtung über das hinaus, was der Zonenplan zulässt. Es soll nur möglich sein, wenn ein Ausgleich in Form von zusätzlichen Grünflächen erfüllt wird. Das ist die Grundidee den Mehrwertabgabe. Und deshalb war vor dieser letzten Revision die öffentliche Zugänglichkeit immer ein zwingendes Kriterium.

Ich nehme zur Kenntnis, dass die Praxis der Verwaltung sich dann geändert hat nach dieser Revision, das sehe ich überaus kritisch. Das ist aber für die Debatte im Grossen Rat nicht massgebend. Wir haben jetzt den ersten Fall, wo wir entscheiden können, wie wir das anwenden. Und nun zeigt sich, das Gesetz ist offenbar unklar, sonst würden wir ja nicht so lange hier darüber diskutieren und da muss man halt in die Auslegung steigen und sich fragen, was der Gesetzgeber eigentlich wollte, als er diesen heutigen § 120 BPG formuliert hat.

Da möchte ich einfach appellieren, Gesetze kann man schon ein bisschen dehnen, aber man sollte sie nicht überdehnen, nur um das gewünschte Ergebnis zu erreichen oder weil man sagt, in diesem Topf sei so wahnsinnig viel Geld, das man jetzt irgendwie ausgeben müsse, darum gehe man weit über das hinaus, was der Gesetzgeber wollte. Sonst machen wir uns als Gesetzgeber keinen Gefallen, denn dann werden die Gesetze, die wir hier verabschieden, mehr oder weniger zu Leitlinien, die man dann je nach Stimmung interpretieren kann, wie man will.

Ich habe gehört, dass der Rechtsdienst sagt, das gehe schon. Ich masse mir da tatsächlich eine andere Interpretation dieses Paragraphen an und stütze mich dabei auf den Bericht der WAK aus dem Jahr 2020. Es geht eigentlich um diese vier Litera, a, b, c und d. Bei lit. a und lit.c ist die Öffentlichkeit ja explizit festgeschrieben, das ist mehr als klar. Dann haben wir lit. b mit den Klimaschutzmassnahmen. Da hat die WAK im Kommissionsbericht explizit geschrieben, dass das nicht nur wenigen einzelnen privaten Eigentümern zugutekommen solle, sondern einem breiten öffentlichen Kreis. Also auch hier ist die Öffentlichkeit klar gewollt. Und dann gibt es den Teil mit der Biodiversität. Wieso hat man das noch mit integriert? Auch das steht explizit im Bericht, weil man nicht nur Rasenflächen wollte, sondern man wollte hier sagen, wenn mehr gemacht werde als nur ein Rasen, werde das finanziell unterstützt. Aber das war keine Abkehr von der Öffentlichkeit. Und wie wichtig die öffentliche Zugänglichkeit ist, sieht man ja dann in Absatz 3. Wir haben bei dieser Revision im Jahr 2020 das geöffnet auch für Areale, haben dann aber gesagt, da brauche es zwingend eine Dienstbarkeit, die die öffentliche Zugänglichkeit sicherstellt. Und wenn man jetzt argumentiert, es sei wichtig, dass der Baum gepflanzt werden, dass die Biodiversität wichtig sei, selbst wenn das Areal nicht öffentlich zugänglich sei, weil es ja einen Gesamtnutzen hat, dann hätte es das in diesem Absatz 3 nicht gebraucht. Aber eben, der Gesetzgeber, der wollte das anders. Das zeigt diesen hohen Stellenwert.

Für mich ist die Konsequenz klar, das was hier praktiziert wird, entspricht nicht dem Willen des Gesetzgebers. Die öffentliche Zugänglichkeit ist zwingend. Und es bedeutet, dass, wenn man jetzt solche Projekte mitfinanzieren will, es eine Gesetzesänderung braucht. Ich nehme auch wahr, dass es wahrscheinlich der Mehrheit des Willens des Grossen Rates entspricht, dass man solche Projekte zumindest teilweise unterstützen können sollte. Aber da führt aus meiner Sicht kein Weg an einer Gesetzesänderung vorbei.

Und da sind wir auch an einem springenden Punkt. Wer soll sich denn jetzt mit dieser Gesetzesänderung befassen? Und da müssen wir einfach feststellen, das Gesetz, die Grundlage für die Mehrwertabgabe ist bis jetzt immer in der WAK behandelt worden. Also es wäre ein Novum, wenn wir jetzt sagen, die Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Mehrwertabgabe werde neu in der UVEK gemacht. Das wäre nicht gerade eine Entmachtung der WAK, da sie ja noch mitreden kann, aber es wäre eine Änderung der Zuständigkeit, von der ich nicht sicher sagen kann, dass sie effektiv gewollt ist.

Aus meiner Sicht macht deshalb eine Rückweisung an den Regierungsrat deutlich mehr Sinn, weil es sowieso der Regierungsrat ist, der die Gesetzesänderung ausarbeiten will. Wenn wir jetzt in die Kommissionen zurückgehen und sagen, in diese und in diese Richtung soll es gehen, werden wir dem Regierungsrat sagen, er solle doch bitte einen Vorschlag machen, wie das formuliert werden könne. Wenn man die Idee einer Kommissionsmotion hat und dem Regierungsrat den Auftrag gibt, dann müssen wir den Globus auf die Seite legen und warten, bis diese Gesetzesänderung auf dem Tisch ist. Die Reihenfolge ist wichtig.

Ja, es gibt eine Vielfalt von Gründen, wieso man zurückweisen kann, aber das gilt für die UVEK oder die WAK genau so. Auch wir haben wir eine Vielfalt an Meinungen und müssen dann in der Kommission irgendetwas daraus machen. Da sind wir also nicht besser gestellt als der Regierungsrat.

Ich schliesse mich also dem Antrag auf Rückweisung an den Regierungsrat an, oder dann eventualiter Rückweisung zur Federführung an die WAK und nicht an die UVEK. Ich bitte Sie, dem zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich war in keiner dieser drei Kommissionen, in denen etwa die Hälfte von Ihnen dabei war. Ich habe mich aber doch mit diesem Geschäft befasst. Ich habe eine schriftliche Anfrage gestellt, am Anfang mit der Überschrift «Schriftliche Anfrage betreffend nobody is perfect – aber sollte unser Kanton bei der Vertragsredaktion nicht durch gewisse Qualitätsanforderungen erfüllen?» Der Regierungsrat hat unüblicherweise den Entwurf dieses Vertrags mit der luxemburgischen Gesellschaft beigelegt, und dieser Vertrag war von so schlechter Qualität. Da wurde einfach die Stadtgärtnerei, die ja nicht die Aufgabe hat, juristisch gebildet zu sein, allein gelassen.

Wenn man zum Beispiel mit einer luxemburgischen Gesellschaft einen Vertrag abschliesst und nicht klar ist, was die charakteristische Leistung ist, nämlich wahrscheinlich diese Begrünung. Also kommt nach allgemeinen Regeln dan luxemburgisches Recht zur Anwendung? Das wurde nicht gesagt. Das wurde dann einfach weggewischt von der Regierung. Brigitte Kühne, dieses Geschäft hat einfach mit einer Schluderei angefangen. Und jetzt stehen wir hier und ich glaube, wir müssen an die Regierung zurückweisen.

Ich noch ein bisschen auf die Auslegung eingehen. Ja, der Wille des Gesetzgebers ist immer gut, aber ich glaube, der Beginn der Auslegung ist eben trotzdem der Wortlaut des Gesetzes. Da müssen wir beginnen und die subjektiv historische Auslegung hat ihre Pro und Contra, und ist es wirklich der Kommissionsbericht? Darüber kann man lange schreiben. In meiner Jugend habe ich ja auch darüber geschrieben.

Also wie haben mit den § 120. In Abs. 1 ist es relativ klar der definiert, was durch die Mehrwertabgabe abgegolten wird. Dann haben wir den Abs. 2, der sagt, dass die auf Grundstücken in der Stadt Basel anfallenden Abgaben in der Stadt Basel zu verwenden sind für – und da kommen a, b, c, d. So wie es aufgelistet ist nach allgemeiner Gesetzgebungstechnik kann man meines Erachtens nicht davon ausgehen, dass diese Voraussetzungen kumulativ vorliegen müssen. Lit. a heisst die Schaffung oder Aufwertung öffentlicher Grün- und Freiräume zur Aufwertung des Wohnumfelds. Da könnte man sich noch fragen, ob es am Marktplatz wirklich ein riesiges Wohnumfeld hat. Dann sind die Massnahmen zur Minderung und Vermeidung von Hitzeinseleffekten genannt, und dann naturnahe öffentliche Erholungsräume und die Förderung der Biodiversität. Wir haben also zwei öffentlich und zwei Mal nicht öffentlich, was vielleicht auch einen gewissen Sinn macht, denn wenn es um die Hitzeinseleffekte geht oder die Biodiversität, muss ich nicht unbedingt gerade dort stehen, um davon zu profitieren.

Und jetzt wurde von dieser Dienstbarkeit gesprochen. Die ist eben bei der allgemeinen Bestimmung Abs. 2 nicht erwähnt. Ich glaube, ursprünglich ging man davon aus, es gehe vor allem um Grundstücke, die Allmend und sowieso im Eigentum des Staates sind. Also wurde hier vergessen zu sagen, dass dann die Öffentlichkeit durch eine Dienstbarkeit gesichert wird. Denn Abs. 2 ist ja nur dann anwendbar, wenn die Abgaben vom vom Privaten direkt in diese Nutzung fliessen. Das ist beim Globus für gerade nicht der Fall, und wenn wir ausserhalb unserer Grenze sind, ist auch eine öffentliche Dienstbarkeit vorgesehen. Hier ist eine Regelungslücke vorhanden und ich glaube, das sollte der Regierungsrat noch einmal anschauen und dann wirklich ein sauberes Gesetz schaffen, eine saubere Ausgangslage, und dann kann er vielleicht wieder mit diesem Geschäft kommen. Aber das Geschäft war von Anfang an falsch eingefädelt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich möchte jetzt vor dem Sommer nicht wirklich auf eine allgemeine Politikverdrossenheit hinwirken, aber ich bin schon der Meinung, dass wir bei diesem Thema hier mit Dutzenden von Kanonen auf einen Babyspatz schiessen, der noch nicht einmal fliegen kann. Dass sich drei Kommissionen mit diesem Geschäft beschäftigen, für das wir eine Ausgabe von zwei Millionen sprechen, steht wirklich in keinem Verhältnis. Ich persönlich, das ist meine eigene Meinung, hätte dieses Geschäft durchgewinkt. Ich habe hier sehr wenig Empörung finden können, der Mehrwertabgabefonds existiert nun mal so, wie er ist. Das kann man gut finden oder nicht gut finden. Dementsprechend gibt es auch gewisse Beiträge, die ausbezahlt werden, und am Ende des Tages haben wir auch sehr viele Punkte sowohl hier im Grossen Rat wie auch in der Kommission diskutiert, die ganz klar auf der operativen Ebene anzusiedeln sind und nicht zwingend die Aufgabe des Parlamentes sind.

Dementsprechend finde ich jetzt diese ganze Diskussion bald über zwei Stunden beim Geschäft, das eigentlich aus meiner Sicht nicht wirklich im Verhältnis steht. Nun muss man aber zur Kenntnis nehmen, dass es offensichtlich drei Gruppen in diesem Parlament gibt. Die eine Gruppe befürwortet dieses Geschäft, was wahrscheinlich nicht die Mehrheit sein wird, eine

Gruppe ist ganz generell gegen diese Ausgabenbewilligung und dann gibt es noch eine Gruppe, welche die rechtliche Grundlage nicht sieht und die aus diesem Grund dieses Geschäft ablehnt. Deshalb muss man sich die Frage stellen, was wir jetzt wollen, wie wir am besten aus dieser Situation herauskommen.

Es gibt sicherlich die Möglichkeit, dass man das Ganze an die UVEK zurückweist. Meiner Meinung nach ändert sich dann aber nicht so viel. Es stimmt, dass eine Kommission eine gewisse Kompetenz hat und auch Gutachten einfordern kann. Aber ich denke, wenn die Sache so verstrickt ist, macht es wirklich mehr Sinn, wenn wir in das Ganze dem Regierungsrat zurückweisen und dem Regierungsrat die Anweisung geben, dass er hier eine klarere deutlichere rechtliche Grundlage bringt in einem Ratschlag, und dann kann man wahrscheinlich in einem zweiten Schritt diskutieren, ob wir diesem konkreten Projekt zustimmen. Wenn wir es wieder in die Kommission geben, dann kommt die Kommission wieder mit einem Vorschlag, diejenigen, welche finden, es gäbe keine rechtliche Grundlage dafür, werden auch in einem zweiten Schritt nicht zustimmen.

Dementsprechend macht es hier mehr Sinn, wenn wir das dem Regierungsrat zurückgeben, damit wir auch in Zukunft klare Regeln haben, denn jedes Mal über Fassadenbegrünung bei X-Geschäften zu diskutieren, das übersteigt dann auch unsere Kapazität, und dementsprechend wäre es wirklich wichtig, wenn wir das von Anfang an wieder zurückgeben und von Anfang an klare Grundsätze bringen, klare gesetzliche Regelungen bringen. Dann brauchen wir auch das nächste Mal weniger Zeit für ein konkretes Geschäft, als wir es in diesem Fall hier brauchten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Somit geht das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich habe die Diskussion sehr geschätzt und sie ist entlang von dem verlaufen, was ich auch erwartet habe. Ich glaube, wir haben ein gemeinsames Ziel, und das ist tatsächlich, dass wir bei künftigen vergleichbaren Fällen besser wissen, was Common sense hier drin ist. Die Diskussion hat auch gezeigt, dass das heute eben nicht so klar ist.

Es gibt diese vier Förderzwecke, zwei davon enthalten das Wort öffentlich und zwei nicht. Gerade bei der Biodiversität ist es einfach so, dass der Nutzen nicht unbedingt dann anfällt, wenn man im biodiversen Beet steht, sondern wenn die Biodiversität uns allen im Sinne eines Beitrags zu einer ausgeglichen Umwelt zugutekommt. Auch die Erreichbarkeit ist natürlich ein gutes Argument. Dachflächen sind nie wirklich vom Boden aus erreichbar und gerade Fluginsekten kümmert das nicht, die sind total zufrieden da oben. Es gibt also durchaus Projekte, bei denen die Biodiversität gut gemacht ist, die wirklich einen positiven Einfluss gerade bei Fluginsekten, die auch sehr gefährdet sind, ohne eben dass sie in diesem Sinne öffentlich zugänglich sind.

Noch einmal, das ist also der Grund, weshalb wir bisher dieses Gesetz so ausgelegt haben und ich vermeine jetzt doch auch anhand der Diskussion zu merken, dass grundsätzlich viele von Ihnen damit einverstanden sind, aber eben der Meinung sind, dass man dann den Beitrag etwas mehr reduzieren muss. Das werden wir uns gerne anschauen.

Bezüglich der Rückweisung, ob an die Regierung oder an die Kommission: Ich denke, die Debatte heute gibt schon etwas Aufschluss und wahrscheinlich nachher auch das Abstimmungsverhalten. Ich glaube, es gehen beide Wege. Wichtig wird sein, dass wir das konkrete Projekt von der Gesetzesgrundlage entkoppeln, so dass Sie einerseits eine Aussage zum Projekt machen können und andererseits, wie Sie als gesetzgebende Instanz sich vorstellen, dass wir das Gesetz auch anwenden. Natürlich kann man das den Gerichten überlassen, aber ich denke, Sie können uns auch wertvolle Hinweise geben, damit wir das künftig so machen können, weil ganz viele Projekte kommen nicht in den Grossen Rat. Das ist eine Vergabepraxis, die übrigens nicht intransparenz ist. Das ist ein Leitfaden, der von einem Fachunternehmen entwickelt wurde, den wir durchgängig anwenden und in den man auch Einblick erhalten kann. Aber eben, da braucht es wahrscheinlich Justierungen. Das nehme ich auch schon mit. Das haben wir auch schon in Aussicht gestellt, und wichtig scheint mir vorerst wirklich diese Entflechtung vom konkreten Projekt zu den grundsätzlichen Aussagen.

Vielen Dank für die lebhafte Debatte und ich bin gespannt auf die Voten der Kommissionspräsidien.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächste hat Andrea Knellwolf für die WAK das Wort.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich wollte eigentlich nur für die Rückweisungsunterstützungen danken. Wir sind gespannt, an wen die Rückweisungen dann am Schluss erfolgen. Ich finde es gut, dass es eine Rückweisung gibt. Das ist das, was die WAK gewollt hat und es wäre schön, wenn die Rückweisung an die Regierung erfolgen würde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Michael Hug hat das Wort für die BRK.

Michael Hug (LDP): Von meiner Seite möchte ich mich bedanken für die angeregte Diskussion. Die BRK hat selbst gesagt, dass sie keinen Mitbericht mehr machen möchte, hat aber zur Rückweisung keine Entscheidung getroffen, darum kann ich einfach keine Empfehlung vorgeben.

Ich denke, aus den Gesprächen kann ich noch mitteilen, dass es schon auch wichtig ist, was Departementsvorsteherin Esther Keller gesagt hat, dass man es auch im Hinterkopf halten soll, dass das Geschäft Globus und die ganze gesetzliche Grundlagenfrage in irgendeiner Form elegant auseinandergehalten werden könnte und für das erstere etwas zügig vorangeschritten werden kann. Das fände ich eigentlich elegant in dieser Sache.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort geht an Raffaela Hanauer von der UVEK.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Besten Dank für die lebhafte Debatte. Die Debatte war auch in etwa das, was wir in der UVEK auch gedacht haben, würde sie sein. Entsprechend bleiben wir natürlich auch beim Antrag, das Geschäft an die UVEK zurückzuweisen mit einer ausdrücklichen Bitte um Mitbericht der WAK.

Ich möchte ganz kurz auf einzelne Themen jeweils eingehen, nicht fundiert auf die einzelnen, aber es sind doch eine Menge Aussagen getroffen worden. Zuerst zum Projekte selbst, zur Sicherung der des Wertes, den wir sprechen. Dieser wurde in Frage gestellt. Ich möchte hier zusammenfassen, die UVEK hat sich das angeschaut. Die BRK hat sich das noch deutlich fundierter angeschaut und die UVEK kam zum Schluss, es geht nicht besser, als es gemacht wurde. Es gibt keine weiteren Mittel dazu und es wurde auch sehr gut gemacht, sogar im Falle eines Konkurses, wie man dem Mitbericht entnehmen kann. Falls ein Konkurs stattfindet und kein Unterhalt mehr geleistet wird, dann kann der Kanton den Unterhalt machen und diesen in Rechnung stellen. Also es ist hier wirklich auch auf vieles geachtet worden.

Dann zur Wirkung auf die Artenvielfalt: Es wurde der fehlende Bodenanschluss bemängelt. Hier möchte ich darauf hinweisen, dass Tiere fliegen können und auch Pflanzen sich über die Luft vermehren können und diese ein Grossteil auch an der Artenvielfalt ausmachen. Und uns wurde von den Fachleuten entsprechend auch erklärt, dass dieses grosse grüne Dach ein sehr wichtiger Trittsstein ist für Arten, seien es Pflanzen, die sich über die Luft fortpflanzen und die dort wirklich Fuss fassen können oder Tiere, die dort landen können und entsprechend auch wieder weiterfliegen können. Auch für die Vögel wäre das ein wunderbarer Ort. Das waren die Auskünfte

Dann zur Wirkung der Hitzeminderung, ob dieses Gebäude wirklich auch eine Wirkung hätte und entsprechend dem Förderzweck entspricht: Hier möchte ich ganz kurz ein Bild malen für Sie. Natürlich, wenn man einen Baum in einem Vorgarten pflanzt, dann hat der keine direkte Wirkung auf das Trottoir gegenüber. Ein Baum, eine Baumpflanzung kann jedoch beantragt werden und auch finanziert werden aus dem Mehrwertabgabefonds. Wenn jedoch in dieser Strasse alle im Vorgarten einen Baum pflanzen würden, dann hätten wir eine Allee, und diese Allee hätte eben eine Wirkung. Ähnlich ist es bei den Dachbegrünungen und Fassadenbegrünungen. Die UVEK liess sich wissenschaftliche Erkenntnisse vorstellen. Die Wirkung auf die Hitzeminderung wird ausgemacht über die Fülle der Bepflanzung und die entsprechend vorhandene Bodenschicht, die Verdunsten kann, also Blätter und Boden. Uns wurde die Auskunft erteilt, dass der Globus das Potenzial wirklich auch ausnützt und dass das Gebäude sich durch die Begrünungsmassnahmen deutlich weniger erhitzt und eine hohe Verdunstungsleistung hat. Ja, diese Leistung ist eventuell nicht auf dem Marktplatz spürbar, aber wenn mehr solche Projekte gemacht werden, wäre es spürbar.

Nun zur Höhe des Betrags: Auch dies wurde in der UVEK diskutiert. Die UVEK hat sich auch in ihrem Bericht erstaunt geäussert über die Höhe des Betrags und sie hat davon explizit abgesehen, in die Bewertungsmatrix einzugreifen, da das doch sehr operativ wäre. Wenn man eingreifen wollen würde, dann müsste man dies auf Gesetzesebene machen. Im Sinne des pragmatischen Weges, denn die UVEK eingeschlagen hat, wurde auch davon abgesehen. Aber natürlich, bei einer Rückweisung wären die kritischen Voten zur Höhe des Beitrags auch ein Teil der Ausgangslage.

Nun zum Willen des Gesetzgebers, der mehrfach erwähnt wurde: Es wurden die Thematiken öffentlicher Nutzen und der breite öffentliche Kreis erwähnt, der im WAK-Bericht genannt wurde und dem diese Gelder zugute kommen sollen. So wie ich die Debatte bis jetzt verstanden habe und auch so wie die UVEK den WAK-Bericht gelesen hat, ist dieser breite öffentliche Kreis und der öffentliche Nutzen über die öffentliche Zugänglichkeit gekoppelt im Verständnis der Mitglieder der damaligen WAK und auch im Verständnis des WAK-Berichts. Und genau da, denke ich, ist ein grosses Kernproblem vorhanden, denn in der UVEK wird dieser öffentliche Nutzen und der breite öffentliche Kreis deutlich anders diskutiert. Hier möchte ich im Namen der UVEK auch eine Selbstkritik üben. Wir hätten uns mehr Zeit nehmen sollen und bei der WAK auch nachfragen sollen, wie denn dieser öffentliche Nutzen genau gemeint war, denn was das auch heissen könnte, ist eine Biodiversitätsförderung. Artenvielfalt hat einen grossen öffentlichen Nutzen, es ist unsere Ernährungsgrundlage. Aber auch zahlreiche Dachbegrünungen haben eine Hitzeminderung als Effekt. Man kann nicht alle Dächer öffentlich zugänglich machen. Die Hitzeminderung hat einen öffentlichen Nutzen, wenn wir in einer kühleren Strasse unterwegs sind. Auch viele

Bäume in Privatgärten, die nicht öffentlich zugänglich sind, aber heute über den Mehrwertabgabefonds finanziert werden können, haben wie schon mit dem Bild auch veranschaulicht auch einen öffentlichen Nutzen.

Dann zum breiten öffentlichen Kreis: Auch hier ist bisher nicht klar, was man genau damit meinte. Wollte man damit mehr Akteure beitragsberechtigt machen oder wollte man mehr Flächen zugänglich machen oder kommen die Begrünungen, auch nicht öffentlich zugängliche Begrünungen in ihrer Summe auch einem breiten öffentlichen Kreis zugute, indem es nicht so heiss ist in der Stadt? Nun diese Debatte müssen wir führen und in der UVEK kamen wir zum Schluss, dass wir sie mit der WAK führen müssen und dass die Regierung sie nicht unter sich führen soll, sondern dass das wir machen sollten. Es braucht hier klärende Gespräche. Wir haben es in der ersten Beratung verpasst, diese klärenden Gespräche zu führen, denn das Ziel wäre ja eigentlich, dass wir hier auch Einigkeit haben, und das haben wir nicht.

Zu den Aussagen von David Jenny zur Rechtsauslegung: Diese decken sich mit der Auskunft des Rechtsdienstes, die die UVEK erhalten hat und sie decken sich auch mit der Haltung der UVEK so wie mit der bisherigen Anwendung des Gesetzes, so wie ich das verstehe. In den Details gäbe es sicherlich noch Stellschrauben.

Dann zum Absatz 3, der in der damaligen Debatte von der WAK hinzugefügt wurde: Auch hier hat die UVEK den Rechtsdienst befragt, wie der Absatz 3 auszulegen ist, und der Rechtsdienst gab uns die Auskunft, dass dieser Absatz 3 tatsächlich den Fall beschreibt, dass wenn jemand selbst Mehrwertabgaben leistet, dann auch ein Anrecht hat, diese Mehrwertabgaben unmittelbar auf dem Areal zu verwenden. Und das ist nicht eine Aussage darüber, dass andere beispielsweise andere Beiträge nicht verwenden dürfen, wenn sie nicht auch diese Dienstbarkeit machen, die dann im Absatz 3 geregelt ist. Das heisst, es ist keine Ausschlussbestimmung gemäss Rechtsdienst und das empfand die UVEK als nachvollziehbar.

Zum Zeitpunkt: Sollte man zuerst den Globus zurückstellen und den Willen des Gesetzgebers klären oder umgekehrt, zuerst den Globus schnell durchbringen und dann den Willen klären? Hier habe ich vernommen und nehme auch zur Kenntnis, dass es unterschiedliche Präferenzen gib. Falls das Geschäft zur UVEK kommen sollte, müsste man mit der WAK gemeinsam hier ein gutes Vorgehen, auch in der zeitlichen Abfolge, wählen.

Diese Debatte zeigt, dass Gespräche anstehen. Aus Sicht der UVEK ist die Situation sehr unbefriedigend. Die UVEK übt auch Selbstkritik und sieht noch sehr viel Potenzial, einiges zu klären, bräuchte dazu aber auch den Austausch mit der WAK und eine nahe Zusammenarbeit auf Augenhöhe, damit wir nicht bei einer zweiten Beratung des Geschäfts wieder dieselbe Ausgangslage haben, unterschiedliche Meinungen in den Fraktionen und in den Kommissionen. Ich denke, damit ist keinem gedient.

Ich bitte Sie daher, das Geschäft der UVEK zurückzuweisen, einen Mitbericht der WAK zu machen und falls wir dann doch nicht zurückweisen, bitte ich Sie, dem Antrag der UVEK zuzustimmen, weil das wenigstens ein erstes Mal eine Orientierung geben würde, wobei auch klar ist, dass bei einer Zustimmung zum Antrag oder einer Ablehnung die Debatte natürlich noch nicht zu Ende geführt wird. Ich bedanke mich sehr für die Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten.

Sie bescheren mir einen interessanten Tag heute. Wir haben zwei Eventualabstimmungen: Die erste wird sein Rückweisung an die WAK (mit Mitbericht der UVEK) oder Rückweisung an die UVEK (mit Mitbericht der WAK). Die zweite Eventualabstimmung wird der Gewinner gegen die Regierung sein. Und dann gibt es noch eine weitere Abstimmung, nämlich Rückweisung an den Gewinner oder keine Rückweisung.

Das ist das Vorgehen und wir starten mit der ersten Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst es Zurückweisen an die WAK, NEIN heisst es Zurückweisen an die UVEK.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 48 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006885, 26.06.25 16:47:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter Zurückweisen an die UVEK

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die UVEK entschieden mit 48 gegen 45 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir kommen zur zweiten Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung an die UVEK, NEIN heisst Rückweisung an den Regierungsrat.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006887, 26.06.25 16:48:05]*

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter Rückweisung an die UVEK.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die UVEK entschieden mit 48 gegen 46 Stimmen bei einer Enthaltung.

Jetzt kommen wir zur letzten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung an die UVEK, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006889, 26.06.25 16:48:52]*

Der Grosse Rat beschliesst

Rückweisung an die UVEK.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Rückweisung an die UVEK entschieden mit 88 gegen 5 Stimmen bei einer Enthaltung. Die UVEK wird den Bericht zusammen mit einem Mitbericht der WAK machen.

17. Anzug Franziska Roth und Konsorten betreffend proaktive Förderung der Nachholbildung, Schreiben des RR

[26.06.25 16:49:17, 23.5215.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Dder Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Mustafa Atici wünscht das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die Sicherung von Fachkräften und die soziale Teilhabe aller Menschen ist eine zentrale Herausforderung für die Zukunft unseres Kantons. Wir können es uns als Kanton nicht leisten, Menschen nicht in den Arbeitsmarkt zu integrieren und entsprechend zu qualifizieren. Ein Berufsabschluss ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit und Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehen. Der Regierungsrat ist sich dessen bewusst. So arbeitet das Erziehungsdepartement seit einigen Jahren intensiv an der Stärkung des sogenannten Berufsabschlusses für Erwachsene.

Dies zeigt sich eindrücklich in den Massnahmen und Strukturen, die wir heute bereits bieten und die wir stetig am verbessern sind. Wir verfügen über ein durchlässiges Berufsbildungssystem mit vier klaren Wegen zum Berufsabschluss für Erwachsene von der regulären Lehre bis zur Validierung der Berufsausbildung.

1. die Fachstelle Lehraufsicht und das Bildungsinformationszentrum bieten gezielte Informationen und Beratungen. Mit dem Eingangsportal und monatlichen Orientierungsveranstaltungen sorgen wie dafür, dass die Angebote sichtbar und zugänglich sind.

2. Der Kanton übernimmt sämtliche direkten Bildungskosten, Informations- und Beratungsangebote, Schulbesuch auch ausserkantonal, Anmeldegebühren, Qualifikationsverfahren und überbetriebliche Kurse werden finanziert.

3. Für Personen in belasteten Situationen gibt es das Programm Enter, das psychosoziale Unterstützung bietet. In Berufen mit genügend Teilnehmenden werden bereits heute separate Klassen für Erwachsene geführt, oft zu Randzeiten oder am Wochenende in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen.

4. Die Beratung und Begleitung werden stetig weiterentwickelt. Mit diesem Projekt BAE A Plus schaffen wir ab dem Frühherbst eine noch engere Unterstützung und Begleitung von der Vorbereitung über die Ausbildung bis zum Berufseiinstieg. Damit reagieren wir auf die Erkenntnis, dass nicht alle die gleichen Voraussetzungen mitbringen und gezielte Hilfe brauchen, um erfolgreich abzuschliessen.

Trotz all diesen Anstrengungen bleiben Herausforderungen. Die Zahl der Erwachsenen ohne Abschluss ist nicht zufriedenstellend und die indirekten Kosten, insbesondere Verdienstausfälle, stellen viele vor grosse Hürden. Entsprechend hat der Regierungsrat jüngst eine interdepartementale Strategiegruppe Arbeitsmarktfähigkeit mandatiert, die sich genau mit diesen Fragestellungen befasst. Wie Sie gehört haben, ist das ED also bereits sehr aktiv daran, die im Anzug angegriffenen Thematik zu bearbeiten. Aus diesen Gründen beantragen wir, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Franziska Roth hat sie als Sprecherin gemeldet.

Franziska Roth (SP): Die meisten Aussagen in der Anzugsbeantwortung freuen mich sehr. Ich habe es auch jetzt nochmals gehört, ich denke die Problematik ist erfasst und ich sehe neue Impulse in der gesamten Berufsbildung wie auch in der Nachholbildung. Vielen Dank dafür.

Einzig dass nicht in allen Berufsfeldern separate Klassen gebildet werden können, finde ich nicht so gut. Ich bin überzeugt, dass der Erfolg der Absolvierenden einer Nachholbildung bedeutend grösser wäre, wenn sie in separaten Klassen unter sich unterrichtet werden können. So könnte der Zeitpunkt des Unterrichts auch noch besser auf die Berufstätigkeit angepasst werden. Hier müsste der Kanton vielleicht doch etwas über die Grenzen der beiden Basel hinaus denken und noch mit anderen Kantonen zusammenarbeiten, auch wenn dann der Weg für die Kursabsolventinnen länger würde, wenn das Angebot stimmt, würden sie das sicher in Kauf nehmen, das würde sich lohnen.

Auch wenn ich erfreut bin über das, was jetzt alles geht in der Berufsbildung und in der Nachholbildung, beantrage ich Stehenlassen des Anzuges. Ich finde es wichtig, dass der Regierungsrat wenigstens einmal noch gesondert und ausführlich über die Resultate der Arbeitsgruppen, die jetzt eingesetzt worden sind, berichten kann. Er soll auch über getätigte Massnahmen berichten.

Ich bin davon überzeugt, dass durch die Stärkung der Nachholbildung, durch eine bessere Kommunikation und eine gezieltere Unterstützung der Absolvierenden dem Fachkräftemangel entgegengewirkt und vor allem KMU gestärkt werden können. Zudem, und das hat der Regierungsrat auch gesagt, ist eine gestärkte Nachholbildung auch aus sozialpolitischen Überlegungen wichtig, denn Menschen mit einem Berufsabschluss sind weniger armutsgefährdet. Ich möchte darum den Fokus auf die Nachholbildung hochhalten und ich bedanke mich für die Unterstützung meines Antrags auf Stehenlassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Franziska Roth

Ergebnis der Abstimmung

22 Ja, 70 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006892, 26.06.25 16:56:20]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 70 gegen 22 Stimmen bei einer Enthaltung.

18. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Deponien Maienbühl (CH) und Mönden (D), Schreiben des RR

[26.06.25 16:56:33, 20.5400.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Sasha Mazzotti hat sich gemeldet.

Sasha Mazzotti (SP): Sie kennen aus Ihren Fraktionen sicher diese Diskussion, dass es wenig bringt, einen Anzug stehen zu lassen, wenn die Regierung eh nicht weiter daran arbeiten wird. Umgekehrt empfindet die Regierung, dass sie alles erfüllt habe, was sie könne und möchte und finde das Stehenlassen für wenig Gewinn bringend. Ich votiere hier aber für Stehenlassen, denn es geht hier um etwas ganz Grundsätzliches, und zwar geht es darum, mit Umwelt und Gesundheitsrisiken transparent, verantwortungsvoll und vorausschauend umzugehen.

Die Altlastenverordnung des Bundes ist laut Artikel 9 Abs. 2 eindeutig. Wenn in einer Trinkwasserschutzzone Schadstoffe über der Bestimmungsgrenze festgestellt werden, besteht Sanierungsbedarf, unabhängig davon, ob eine Quelle heute genutzt wird oder nicht. Die Pharmawirkstoffe in der hinteren Auquelle sind nachweislich auf die Deponie Maienbühl zurückzuführen. Solange diese Schutzzone besteht, und sie besteht weiterhin, besteht natürlich auch diese Pflicht.

Die Regierung blendet das aus. Das ist nicht einfach eine politische Einschätzung. Das ist ein Vollzugsdefizit, eines, das in einer früheren Ära vielleicht geduldet wurde, aber heute in Zeiten von Klimakrise und wachsendem Bedarf nach Wasser nicht mehr akzeptabel ist. Wasser ist ein strategisches Gut, auch in Riehen. Ja, die hintere Auquelle ist derzeit nicht gefasst, aber das bedeutet nicht, dass sie wertlos ist, im Gegenteil, mit jedem trockenen Sommer, mit jeder vertrockneten Wiese wird klarer, wir müssen jede verfügbare Wasserressource schützen. Die Auquelle ist Teil des Riehener Brunnwassernetzes und damit Teil einer strategischen Notversorgung.

Die Regierung verweist in ihrer Begründung auf die kommunale Volksabstimmung vom März 2024 Jahre. Die Initiative wurde abgelehnt, aber die Abstimmung in Riehen hat nichts an der Verantwortung des Kantons geändert. Die Bevölkerung hat die Initiative abgelehnt, also sich gegen die konkrete Sanierungsvorlage ausgesprochen. Es war keine Abstimmung über die Aufhebung der Schutzzone und nicht eine Abstimmung gegen Transparenz, gegen Überwachung und sicher nicht gegen den Schutz unseres Trinkwassers. Die politische Verantwortung auf die Gemeinde Riehen abzuwälzen, greift hier vom Kanton zu kurz.

Und lassen Sie mich es sehr deutlich sagen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Klybeckareal gesehen, wohin es führt, wenn wir als Kantonsumweltbelastungen Jahrzehntelang ignorieren. Auch dort hiess es über Jahre, keine unmittelbare Gesundheitsgefahr und heute? Wir sehen vor einem der grössten Sanierungsfälle der Schweiz mit massiven Kosten und einem Vertrauensproblem der Bevölkerung. Wollen wir diesen Fehler wiederholen oder wollen wir aus der Geschichte lernen?

Lassen Sie es mich noch einmal klarstellen: Der Anzug fordert keine Sofortmassnahme, keine Bagger werden aufgefahren. Der Anzug will, dass Verantwortung übernommen wird. Er verlangt klare Untersuchungen, transparente Überwachung und Gespräche mit deutschen Partnern, auch wenn Mönden auf deutschem Gebiet liegt, hat Basel-Stadt als Abstromgebiet ein legitimes Interesse, auf Untersuchungen zu drängen, zum Beispiel über bilaterale und Umweltkommissionen, und vor allem, dass wir unsere rechtlichen Pflichten nicht ignorieren. Die Regierung schreibt in ihrem Bericht, dass es keinen Handlungsbedarf gäbe. Ich sage Ihnen, der Handlungsbedarf, also das Agieren besteht jetzt, bevor wir auf Schäden für Menschen und Natur reagieren müssen.

Deshalb lassen wir doch diesen Anzug stehen, für das Trinkwasser, für eine vorausschauende Umweltpolitik, und das ist der Auftrag an die Regierung. Und lassen wir ihn stehen für das Vertrauen der Bevölkerung in unserer Verantwortung als Gesetzgeberin.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Unsere Hoffnung, dass sich mit dem Stehenlassen dieses Anzugs alles ändert, ist nicht so sonderlich gross. Trotzdem möchten wir das auch beantragen.

Es geht hier nicht darum, das hat Sasha Mozzi bereits klargemacht, dass jetzt aufgrund dieses Anzugs irgend etwas Konkretes passiert, das haben wir uns vielleicht am Anfang noch erhofft, dass das jetzt nicht kommt, ist klar. Aber es geht darum, dass man hier weiter dran bleibt, dass auch wieder weiter darüber berichtet wird, wie sich die ganze Situation entwickelt und dass wir einfach, auch als Kanton, einen Blick darauf haben, wie es geht. Es ist nicht so, dass es einfach mal verscharrt ist und es gibt dann keine Probleme mehr. Das wissen wir längst. Es ist nicht nur die Verantwortung der Gemeinde, wir bedauern es sehr, dass die Initiative abgelehnt wurde. Das hätte wirklich eine Lösung gebracht. Aber ein politischer Entscheid kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier ein Problem besteht oder mindestens längerfristig ein Problem bestehen kann. Also wir bitten Sie, den Anzug stehen zu lassen, damit der Kanton weiter hinschauen kann.

Es ist das zweitletzte Traktandum heute, auch mein letztes Votum. Ich möchte mich bei Ihnen allen ganz herzlich für die Zusammenarbeit bedanken, für diese spannende und lehrreiche Zeit. Ich kann es noch nicht ganz fassen, was es heisst, nicht mehr hier zu sein, aber ich glaube, spätestens nach den Sommerferien werde ich wissen, wie das geht und Sie wissen es dann auch, wenn Sie mir nicht mehr zuhören müssen oder dürfen, je nach Perspektive. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Sommer und eine gute Zeit. (*Applaus*)

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Der Anuzug Grossenbacher verlangt Massnahmen zur Sanierung der Deponie Maienbühl und Mönden. Ich werde jetzt hier sachlich sprechen, nicht ideologisch, wie das zum Teil vorher gemacht wurde.

Die geforderte Sanierung wurde im Rahmen einer kommunalen Volksabstimmung in Riehen behandelt. Die entsprechende Volksinitiative wurde am 3. März 2024 mit gegen 60% Nein-Stimmen deutlich abgelehnt. Trotzdem hat der Gemeinderat eine nochmalige Untersuchung durch das AUE angeordnet, da die Initianten mehrfach behaupteten, dass sich Benzidin im Abwasser befinden würde. Das AUE hat die Messungen bei unterschiedlichen Witterungsbedingungen durchgeführt. Die Proben stammen aus dem Deponiekörper, dem Abstrom und hinter der Auquelle. In keinem Fall konnte durch das AUE Benzidin oder ein Abbauprodukt davon festgestellt werden. Trotzdem führt es weiterhin Kontrollen und Überwachungen der relevanten Schadstoffe durch. Im Zentrum der Untersuchung entstehen insbesondere PFAS sowie Benzidin, da diese Stoffe aufgrund ihrer Eigenschaften als besonders umwelt- und gesundheitsrelevant eingestuft werden. Die Messungen orientieren sich dabei immer an den geltenden Richt-, Prüf- und Grenzwerten. Die bisherigen Analyseergebnisse zeigen, dass die gemessenen Konzentrationen an den Standorten deutlich unterhalb dieser Werte liegen. In zahlreichen Fällen liegen die Resultate sogar unter der analytischen Nachweisgrenze, konnten also gar nicht festgestellt werden.

Angesichts der klaren Ablehnung der Volksinitiative durch die Stimmberechtigten, sowie der weiterhin gewährleisteten und bisher unauffälligen Überwachung besteht im Moment kein weiterer Handlungsbedarf. Die im Anzug formulierten Handlungsaufträge sind zudem alle erfüllt. Die Überwachung der Deponie wird weiterhin gemacht und sichergestellt. Für die Deponie Maienbühl hinsichtlich Option zur Sanierung detaillierte Untersuchungen durchgeführt werden, wurden durchgeführt. Die Grundwasserschutzzone in der Au aufrechterhalten, nein, da ist der Gemeinderat zuständig, die wurde nicht aufrechterhalten. Das dürfen wir gar nicht, da die hintere Auquelle nicht mehr genutzt wird. Die Aufhebung stellt aber keine Beeinträchtigung des Grundwasserschutzes für die übrigen Quellen in Riehen dar, da diese weiterhin regelmässig untersucht und die Qualität des Trinkwassers gewährleistet wird. Sollte sich wieder Erwarten in der Zukunft zeigen, dass die Grenzwerte überschritten werden und das Abwasser der hinteren Auquelle wider Erwarten in die Trinkwasserfassung gelangt, so werde ich der erste sein, welcher Massnahmen einverlangt. Ich bitte Sie nun aber wirklich, diesen Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner:innenliste ist erschöpft. Somit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: In Vertretung von Regierungsrat Kaspar Sutter ganz kurz ein paar Worte, weshalb wir sagen, dass man diesen Anzug abschreiben kann.

Es ist klar, die Ausgangslage hat sich im Vergleich zu vor zwei Jahren geändert, weil eben diese Abstimmung stattgefunden hat. Was aufrechterhalten bleibt, ist natürlich der Auftrag des AUE, den gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen, und das tut es auch. Ich finde es auch wichtig hier festzuhalten zum Thema Transparenz, dass werden regelmässig Analysen auch gemacht werden. Im Zeitraum der letzten 32 Jahre wurden 600 Proben an 28 verschiedenen Stellen genommen, analysiert und eben, wie Felix Wehrli gesagt hat, die gesetzlichen Vorgaben der Altlastenverordnung wurden immer eingehalten. Und all diese Messergebnisse seit 1993 sind im Open Data Portal einsehbar. Also Sie können das anschauen, Sie haben Transparenz über die Ergebnisse und Handlungsbedarf besteht eben gemäss Altlastenrecht erst dann, wenn in Zukunft Quellwasser zu Trinkwasserzwecken gefasst werden sollte. Aber eben, solche Pläne gibt es im Moment nicht.

Deshalb, aufgrund dieser Abstimmung und aufgrund dessen, dass eben die Transparenz schon heute gegeben ist und selbstverständlich das AUE die gesetzlichen Vorgaben dort einhält und diesen Ort weiter beobachtet, beantragt Ihnen der Regierungsrat, diesen Anzug als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Sascha Mazzotti.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 44 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006894, 26.06.25 17:08:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 47 gegen 44 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

19. Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend eine zukünftige Sicherung der Medikamentenversorgung in der Region, Schreiben des RR

[26.06.25 17:09:02, 23.5210.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht Regierungsrätin Esther Keller das Wort? Sie verzichtet. Somit hat Oliver Bolliger das Wort.

Oliver Bolliger (BastA): Die BastA beantragt Ihnen, diesen Anzug stehen zu lassen, um dem Regierungsrat nochmals die Chance zu geben, dem berechtigten Anliegen besser gerecht zu werden. Ich möchte darauf hinweisen, dass dieser Anzug von allen Fraktionen unterzeichnet wurde und damals einzig mit Widerstand der FDP auch überwiesen worden ist. Die Grundlage dieses Vorstosses war der grosse Arzneimittelmangel anfangs des Jahres 2023. Sie erinnern sich vielleicht noch, in der Kindermedizin fehlte unter anderem das Schmerzmittel in der Form eines Sirups und in der Psychiatrie etliche Medikamente oder Dosierungsvarianten der medizinischen Grundversorgung. Die GSK hat sich damals an mehreren Sitzungen gemeinsam mit dem Regierungsrat über die Problematik auseinandergesetzt und mögliche Lösungen besprochen.

Die Anzugsbeantwortung des Regierungsrates anerkennt zwar die Problematik der Arzneimittelkrise, sieht aber Lösungen rein auf einer internationalen Ebene, falls es denn überhaupt Lösungen gäbe. Die Antworten zu den einzelnen Fragen des

Anzugs sind nun wirklich nicht umfassend und schon gar nicht kreativ. Es entsteht der Eindruck, dass der Regierungsrat sich dieser Problematik überhaupt nicht widmen möchte. Der Anzug war klar und hat eine politische Intention. Es war keine schriftliche Anfrage. Da darf einfach mehr erwartet werden. Alle möglichen skizzierten Massnahmen werden von der Regierung als nicht zielführend, nicht sinnvoll, zu teuer oder «müssten von jemand anders gemacht werden» eingeschätzt. Der Regierungsrat ist gemäss seiner Beantwortung also der Meinung, zur Sicherung der Arzneimittelgrundversorgung in unserer Stadt nichts beitragen zu können und dies an einem internationalen Pharmastandort, irgendwie wäre das dann ja schon ein wenig peinlich.

Der Regierungsrat sieht auch bei den Basler Apotheken oder beim eigenen pharmazeutischen Dienst keine Möglichkeiten. Da wünsche ich mir eine Situation wie im Kanton Zürich, wo die nun gerade leider verselbstständigten Kantonsapotheke in der Lage ist, notwendige Medikamente besonders für die Spitäler und Pflegeheime zu produzieren. Die Aussage, dass die Basler Apotheken nicht in der Lage seien, selber Medikamente herzustellen, finde ich dann schon etwas gewagt und wird den Apotheken, deren Fachwissen sicher nicht gerecht.

Der Regierungsrat hätte mit dem mit Anzugsbeantwortung aufzeigen können, wie und in welcher Form der pharmazeutische Dienst einen Beitrag leisten kann und in welchen Bereichen, mit welchen Massnahmen die Basler Apotheken eine Unterstützung für die Sicherstellung der Medikamentenversorgung ebenfalls leisten können. Ich bin überzeugt, dass dies möglich ist und es ist leider auch heute noch dringend notwendig. Ich habe kurz nachgeschaut, es fehlen auch heute noch etliche Medikamente und darunter auch ganz wichtige, wie zum Beispiel das Antidioretikum Aldactone, welches bei Nierenerkrankungen und Herzinsuffizienz eingesetzt werden, oder Standardmedikamente in der Notfallmedizin und Psychiatrie wie Dormicum, Morphin, Methylphenidat oder Pregabalin, das unter anderem auch bei Angststörungen bei jungen Erwachsenen vermehrt eingesetzt wird.

Auch die Antibiotika-Krise besteht weiterhin und es ist mir schleierhaft, wie der Regierungsrat darauf kommt, dass der Kanton Basel und seine globalen Pharmakonzerne bereits hervorragend positioniert sind. Ja aber positioniert zu was? Wenn dem so wäre, dann hätten wir sicher nicht diese weltweite Krise. Natürlich ist ein jährlicher Kongress zur Forschung nicht schlecht, begrüsse ich auch, aber die Konzerne haben sich von der Produktion zurückgezogen. Das letzte europäische Penicillinwerk der Sandoz muss von der österreichischen Regierung mit finanziellen Mitteln alimentiert werden, damit überhaupt noch produziert wird. Damit die internationale Antibiotika-Krise bewältigt werden kann, braucht es andere Lösungen als die bisherigen, hinter vorgehaltener Hand sagen das eigentlich alle Akteure.

Das sich der jetzige Regierungsarzt keine gemeinnützige Trägerschaft für eine Generikamedikamentenproduktion vorstellen kann, das kann ich mir ja noch denken, das ist für mich auch nicht entscheidend bei der Beantwortung dieses Anzugs. Aber der Kanton Basel-Stadt als Pharmastadt könnte für die Herstellung von notwendigen Medikamenten und für die Sicherstellung von Lieferketten durchaus ein Engagement an den Tag legen, um zumindest in Notlagen Lösungen im Verbund mit den involvierten Akteuren anzustossen.

Also lassen wir den Anzug nochmals stehen, damit der Regierungsrat bei der nächsten Beantwortung für die Sicherung der Medikamentenversorgung in der Region uns konkrete Massnahmen präsentieren kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Sie haben jetzt schon ganz viel gesagt, das ich jetzt gar nicht mehr wiederholen möchte. Für uns ist auch klar, gewisse Fragen, die gestellt werden müssen auf Bundesebene gelöst werden. Vom Punkt der gemeinnützigen Trägerschaft distanzieren wir uns als LDP, aber sonst hat es sehr wohl Fragen darunter, auf die wir uns auch kreativere Antworten wünschen würden. Ich gehe als Apothekerin speziell auf die Frage ein, die uns auch betrifft. Wir sind bekanntlich wichtig, wenn es um die Medikamentenversorgung geht. Wir können nicht alle Probleme lösen, aber es gibt einiges, das wir abfangen können. Die Aussage, dass wir die Fähigkeiten nicht haben sollen zur Herstellung hat mich ehrlicherweise schon ein bisschen frustriert, kann ich so einfach nicht stehenlassen, weil die Fähigkeiten, die lernen wir im Studium. Das ist Vorschrift und wir haben dort sehr viel und sehr intensiv zu diesem Thema Vorlesungen, praktische Übungen und so weiter. Und wir haben auch die Infrastruktur in der Apotheke, das ist nämlich Vorschrift in der Apothekenverordnung. Und es ist klar, heutzutage stellen nicht mehr alle Apotheken her, dessen bin ich mir bewusst, aber es gibt immer noch viele, die das tun. Es gibt auch Apotheken, die sich speziell auf den Sektor oder auf gewisse Sektoren von Herstellungen spezialisiert haben. Es sind uns Grenzen gesetzt, das ist auch klar. Aber auch ich persönlich stelle täglich Medikamente her. Darunter sind auch sehr viele, die nicht erhältlich sind. Also gerade ganz aktuell ist jetzt zum Beispiel ein Blutdruckmittel, das alt bewährt ist und das es jetzt einfach nicht gibt. Wir schauen, wo wir den Wirkstoff herkriegen und dann stellen wir die Kapseln her.

Und es gäbe durchaus auch Möglichkeiten, was die Herstellungen betrifft, wie man uns Apotheken unterstützen kann. Da würden wir uns mehr Fantasie wünschen. Das kann nur schon sein mit einfacheren Regulierungen.

Wo auch ein Handlungsbedarf ist, das ist auch ganz aktuell, ist bei den Betäubungsmitteln. Darunter gibt es diverse Schmerzmittel, da ist ganz aktuell auch das Morphin-Tröpfchen, das man so gut wie gar nicht mehr erhält. Sie haben Aldactone angesprochen, das ist ein anderes Mittel. Wenn es etwas nicht mehr gibt, schauen wir, ob wir es irgendwo aus dem EU-Raum importieren können. Das geht bei einem Betäubungsmittel nicht, da braucht man eine Grosshandelsbewilligung und das kann eine einzelne Apotheke schlicht nicht haben. Aber da könnte uns der Kanton unterstützen, denn die Spitalapotheke könnte das sehr wohl machen, die könnte eine Grosshandelsbewilligung beantragen, es in grösserem Mass einkaufen und es an die Apotheken weiterverkaufen. Also es gebe da wirklich kreativere Ideen. Und da könnte der Kanton durchaus gewisse Funktionen wahrnehmen.

Und wir von der Apothekerseite und vom Verband aus, wir würden auch sehr gerne der Regierung aufzeigen, was wir können, wo unsere Grenzen sind und wie wir auch eingebunden werden können bei Mangellagen. Wir wünschen uns kreativere Antworten und Ideen, und auch mal einen Blick über den Tellerrand. Darum sind wir auch für Stehenlassen dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionsprecherin ist Anina Ineichen für die GRÜNEN/jgb.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ich möchte jetzt auch nicht noch unnötig verlängern. Meine Vorredner:innen haben schon sehr gut gesprochen und alle Probleme aufgezeigt. Ich verkürze das Ganze noch ein bisschen, indem ich auch für die SP sprechen darf.

Wir haben hier ein globales Problem. Ja, wir haben aber auch eine Tatsache, dass die globale Lösung oder auch nur eine Lösung auf europäischer Ebene im Moment nicht absehbar ist und es darum einfach lokal auch angegangen werden muss.

Inhaltlich wurde vieles erwähnt. Besonders hervorheben möchte ich noch einmal, dass Lösungsansätze aufgezeigt wurden, gerade mit der Herstellung, dass man vielleicht Subventionen sprechen kann. Es wurde dann immer davon gesprochen, dass Medikamente viel teurer werden. wenn ich daran denke, wie unterschiedlich die Preisniveaus sind im europäischen Raum, also im EU-Raum und in der Schweiz, dann ist vielleicht gar nicht das Medikamente danach teurer, sondern der Gewinn kleiner. Einfach das noch als Randbemerkung.

Vom Grundsatz her denke ich, dass wir hier in einer Situation sind, in der viele alte Wege nicht mehr gehen. Es ist an der Zeit, neue Ansätze auszuprobieren. Oliver Bolliger hat mit seinem Anzug einen neuen Weg aufgezeigt und wir möchten, dass das weiterhin geprüft wird und bitten Sie darum, diesen stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch in Vertretung von Regierungsrat Lukas Engelberger darf ich jetzt kurz sprechen. Ich mache es ganz kurz. Ich denke, was die Idee auch war der Regierung, ist hier aufzuzeigen, dass dieses Thema eben unglaublich komplex und unglaublich global ist. Wir können das hier alleine nicht lösen, gerade einige der Forderungen. Auch hervorheben wollten wir, dass hier in Basel-Stadt ja im Bereich der Resistenzen auch in zahlreichen öffentlichen und privaten Institutionen geforscht wird, mit grossen Unternehmen zusammen, und die wiederum sind in nationale und internationale Forschungsprojekte eingebunden. Wir als Kanton unterstützen diese ja, also bereits heute tragen wir etwas dazu bei, dass diese Situation sich verbessert. Hingegen auf globale Produktionsketten Einfluss zu nehmen und so weiter ist natürlich sehr schwierig von hier aus und als Regierung Basel-Stadt.

Ich höre aber, dass da noch Wünsche sind, gewisse Ansätze zu prüfen und gemäss Kreuztabelle wird es wahrscheinlich schwierig, Sie hier zum Abschreiben zu bewegen. Aber der Antrag des Regierungsrats lautet nichts desto trotz Abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreibung gemäss Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Oliver Bolliger

Ergebnis der Abstimmung

27 Ja, 66 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006896, 26.06.25 17:20:35]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 66 gegen 27 Stimmen bei einer Enthaltung.

20. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend «Suuberi Luft fürs Fälbi-Quartier JETZT!» (Endlich Lebensqualität und weniger belastender Durchgangsverkehr, dafür genug Platz für ÖV, Velo und Zulieferung), Schreiben des RR

[26.06.25 17:20:49, 21.5231.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort nicht. Patrizia Bernasconi hat als Fraktionssprecherin das Wort für die BastA.

rt5Patrizia Bernasconi (BastA): Wir dürfen den Anzug nicht einfach abschreibe, trotz der Einführung von Tempo 30. Zweifellos hat die Einführung von Tempo 30 im Quartier zu einer gewissen Verbesserung der Luftqualität beigetragen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Doch die Realität ist, diese Massnahme allein genügt nicht, um die Lebensqualität rund um die Feldbergstrasse nachhaltig zu verbessern. Die Luftqualität hat sich zwar leicht verbessert, könnte aber besser sein. Die Lärmbelastung durch den Durchgangsverkehr ist weiterhin spürbar und die Verkehrsbelastung verhindert, dass das Quartier wirklich lebenswert wird.

Der Anzug fordert zu Recht mehr, mehr Platz für den öffentlichen Verkehr, für Velos und für die Zulieferung, und vor allem eine deutliche Reduktion des belastenden Durchgangsverkehrs. Diese Forderungen sind heute so aktuell wie zu Beginn und dürfen nicht einfach mit dem Hinweis auf eine einzige Massnahme oder mit geplanten, aber noch nicht realisierten Projekten vom Tisch gewischt werden. Wir müssen dranbleiben und den Druck aufrechterhalten, damit die geplanten weiteren Schritte endlich umgesetzt werden. Nur so können wir die Lebensqualität rund um die Feldbergstrasse wirklich verbessern und eine nachhaltige Verkehrspolitik vorantreiben.

Deshalb lassen wir diesen Anzug stehen als Zeichen dafür, dass wir die Anliegen der Quartierbevölkerung ernstnehmen und weiterhin für saubere Luft und mehr Lebensqualität kämpfen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys: Ich versuche, in zwei Sätzen unser Stehenlassen zu begründen. In der Beantwortung steht, mit Hinweis auf den Bericht von vor zwei Jahren, dass man Pinsel- und Farbemassnahmen machen will, und wenn man nach zwei Jahren keine Pinsel-und Farbmassnahmen gemacht hat, ist das nicht genügend und nicht erledigt, deshalb sind wir für Stehenassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Beat K. Schaller für die SVP.

Beat K. Schaller (SVP): Dieser Anzug wurde am 20. Mai 2021 an den Regierungsrat überwiesen, Zwischenbericht am 26. Mai 2023, Anzug stehengelassen, am 21. Mai 2025 der zweite Bericht des Regierungsrates, der Regierungsrat hat deutlich aufgezeigt, dass er beileibe nicht untätig war. Schauen wir die einzelnen Forderungen an. Forderung 1 und 2, bessere Luftqualität, weniger Lärm, eine Strategie und die Strategie angehen. Ja bitte, Stickstoffoxidgehalt der Luft an der Feldbergstrasse, die Normen, die Jahresgrenzwerte wurden überall eingehalten. Kommen wir zur Forderung 3, ÖV verbessern MIV vergellen - selbstverständlich, auch das wurde gemacht, und Velo natürlich, auch die Velo-Rowdy erhalten

mehr Platz, um sich auszutoben. Was den Durchgangsverkehr anbelangt – mit diesen Signalisationsänderungen auf dem Cityring erwartet der Regierungsrat, dass der Durchgangsverkehr zurückgehe.

Fazit: Forderung 1 und 2 erfüllt, Forderung 3 punkto ÖV/MIV und Velo erfüllt. Die Durchgangsverkehrsverminderung ist in Arbeit. Forderung 4 nach Doppelgelenk-Elektrobussen - die Linie 30 ist auf Elektrobusse umgestellt, also das Hauptziel der Lärmreduktion wurde erreicht und ob das jetzt Einzel- oder Doppelgelenkbusse sind, das ist sekundär.

Ich bitte Sie, zeigen Sie die Grösse, lassen Sie gut gut genug sein und schreiben Sie, so wie es der Regierungsrat beantragt, diesen Anzug ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher Béla Bartha für die GRÜNEN/jgb.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Der Luftreinhalteplan von 2024 zeigt, es hat sich etwas getan, ohne Zweifel. Betrachtet man den gesamten Stadtperimeter, so sind die Emissionen in erfreulichem Umfang zurückgegangen. Die umgesetzten Massnahmen greifen und die versprochenen Massnahmen, so lässt hoffen, werden noch weitere Verbesserungen schaffen. Sehr wichtig sind da natürlich die spezifischen Massnahmen im Zusammenhang mit der Erreichung von Netto Null und dem Stadtklimakonzept.

Aber eben, von Versprechungen können die 3’000 Menschen, die heute entlang der Feldbergstrasse wohnen, nicht leben und profitieren. Die Ergebnisse des Luftreinhalteplans zeigen, dass entlang der grossen Verkehrsadern – und dazugehört leider immer noch die Feldbergstrasse – es zu erhöhten Schadstoffbelastungen bei den Stickoxiden und bei den Feinstauben der Partikelgrösse 10 und 2,5 Mikrometer kommt. Lokal fällt da vor allem der Reifen- und Strassenabtrieb ins Gewicht, der natürlich dort, wo das Verkehrsaufkommen am höchsten ist, auch hoch ist. Leider wurde in der Stadt im letzten Jahr ein erhöhtes Verkehrsaufkommen von 4 Prozent gemessen und daher ist es kurzfristig noch kein Licht am Ende des Tunnel zu erkennen.

Das lässt sich auch durch den Saharastaub nicht wegdiskutieren, den die Regierung bei den Feinstauben immer wieder anbringt. Weiter müssen wir feststellen, dass bis dato die Luftschadstoffgrenzwerte der WHO, die weitere Reduktion vorsehen, noch nicht in diese Erhebung eingeflossen sind. Es kann damit gerechnet werden, dass diese bald auch von der Schweiz übernommen werden müssen, daher ist es noch unklar, wie dieser Bericht aussehen würde, wenn bereits mit diesen Werten gerechnet worden wäre.

Dennoch nehmen wir anerkennend zur Kenntnis, dass die mittel- und langfristigen Massnahmen wohl zu einer weiteren Reduktion führen werden. Was wir vermissen, sind kurzfristige, griffige Massnahmen, die dann greifen müssen, wenn es akut zu Überschreitungen beispielsweise aufgrund bestimmter Grosswetterlagen kommt. Den Verkehr situativ zu reduzieren, wäre sicher schnell und zielführend gewesen. Daher ist es natürlich eine Schande, dass der Bund es auf Anfrage des Kantons nicht für nötig erachtet, eine Verordnung zur Einrichtung von Umweltzonen zu entwickeln, was dazu geführt hat, dass der Kanton Basel-Stadt auf weitere Aktivitäten verzichtet hat.

Trotz allem klingt dies für die grüne Fraktion sehr mutlos und man möchte doch bitten, dass Basel-Stadt hier nochmals alles unternimmt, im Rahmen seiner Möglichkeiten auch kurzfristige Massnahmen zu ergreifen, die Überschreitungen der Grenzwerte auch kurzfristig und vor allem lokal zu verhindern. Da sehen wir noch saubere Luft nach oben und beantragen deshalb das Stehenlassen dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Johannes Barth.

Johannes Barth (FDP): Im Namen der FDP-Fraktion möchte ich zur vorgeschlagenen Abschreibung Stellung nehmen. Es ist ganz klar, die Lebensqualität in der Feldbergstrasse ist uns wichtig. Es ist richtig und notwendig, dass Lärm- und Schadstoffbelastungen gesenkt werden. Das Ziel dieses Anzugs ist grundsätzlich nachvollziehbar, aber, und das ist zentral, wir müssen uns als Parlament immer fragen, wird bereits gehandelt? Welche Ziele werden erfüllt und sind weitgehende Forderungen noch verhältnismässig? Der Regierungsrat hat in den letzten Monaten zahlreiche zielführende Massnahmen umgesetzt. Seit November 2023 fährt die Buslinie 30 elektrisch, leise und emissionsarm. Seit Januar 2024 gilt auf der Feldbergstrasse Tempo 30. Seither ist der motorisierte Verkehr bis um 8 Prozent zurückgegangen und entscheidend, die Stickstoffdioxidgrenzwerte werden inzwischen an allen Messstellen eingehalten. Die NO2 Belastung liegt im Werten zwischen 22 und 29 Mikrogramm pro m3 unter dem Grenzwert von 30.

Wir sehen also, die Kombination aus gezielten Massnahmen zeigt Wirkung, messbar, nachhaltig und erfolgreich. Trotz dieser Fortschritte fordert der Anzug nun eine massive Einschränkung des Individualverkehrs. Der Durchgangsverkehr soll faktisch eliminiert werden. Selbst Ziel- und Quellverkehr sowie der notwendige Zubringerdienst würden erschwert. Gewerbetreibende,

Handwerker, Anwohnerinnen und Anwohner werden unnötig eingeschränkt. Kolleginnen und Kollegen, Basel-Stadt ist nicht nur Wohnstadt, sondern auch Arbeitsstadt, Wirtschaftsstandort, Dienstleistungszentrum. Die Mobilität muss für alle Funktionieren, für ÖV, Velos, Fussgänger, aber auch für den motorisierten Individualverkehr, wo er nötig und berechtigt ist. Eine Verkehrspolitik, die nur auf Verdrängung und Verbote setzt, lehnt die FDP ab.

Es ist im Anzug immer wieder betont, der Kanton sei juristisch verpflichtet, noch weitergehende Massnahmen zu ergreifen. Das ist aus heutiger Sicht schlicht nicht mehr zutreffend. Die gesetzlichen Grenzwerte werden eingehalten, die gesetzlichen Vorgaben sind erfüllt. Wir erfüllen unsere umweltrechtlichen Pflichten vollumfänglich. Damit entfällt auch die rechtliche Grundlage für weitere tiefgreifende Eingriffe.

Und schlussendlich geht es auch um die Finanzierbarkeit solcher Massnahmen. Weitere Umbauten, Fahrverbote, grossräumige Sperrungen, Umbauarbeiten kosten viel Geld, Geld, das angesichts der bereits erzielten Zielerreichung nicht mehr gerechtfertigt ist.

Als liberale Fraktion stehen wir für Verhältnismässigkeit, wirtschaftlichen Mitteleinsatz und nachhaltige Verbesserungen mit Augenmass. Fazit: der Regierungsrat hat klug, schrittweise und wirksam gehandelt. Der gesetzliche Auftrag ist erfüllt. Der Anzug ist somit obsolet geworden. Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb klar Abschreiben dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich denke, wir haben hier wirklich ein ganzes Bündel an Massnahmen ergreifen können, das auch wirksam ist. Tempo 30 konnten wir nach einigen Verzögerungen endlich umsetzen. Die Busse sind elektrifiziert, und die Luftschadstoffmessungen zeigen, dass das alles einen Effekt hatte. Was jetzt noch auf dem Programm steht, das haben wir transparent gemacht, sind die Velomassnahmen. Diese wiederum sind aber Bestandteil eines anderen Anzugs, des Anzugs Wegmanns zum Thema Cityring. Also ich denke, Sie können jetzt wirklich diesen Anzug abschreiben, weil diese Massnahmen ergriffen wurden und über die Velomassnahmen werden wir Sie gerne im Zusammenhang mit dem anderen Anzug informieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur letzten Abstimmung vor der Sommerpause.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Patrizia Bernasconi.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 45 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0006898, 26.06.25 17:34:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich bedanke mich herzlich für die Zusammenarbeit und Ihre Mithilfe und wünsche Ihnen allen eine wunderbare Sommerzeit. Geniessen Sie diese. Ich hoffe, sie wird auch etwas ruhiger für Sie. Eine gute Zeit und bis bald.

Schluss der 23. Sitzung

17:34 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 09:01:51
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	82	25	11	11	9	9	5	7	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	83	25	11	11	9	9	5	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	15	6	2	1	3	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	85	25	11	11	9	9	6	7	5	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 09:07:19
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ent	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	70	26	12	0	11	10	6	4	1	0	0
Nein	18	0	0	12	0	0	0	2	4	0	0
Ent	3	1	0	0	0	0	0	1	1	0	0
Abgestimmt	91	27	12	12	11	10	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	3	1	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	12	12	11	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5012

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 09:11:02

Geschäft Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027 (Nachfolge für Katharina Zimmermann), Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	26	12	12	10	9	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	26	12	12	10	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	0	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	1	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	12	12	11	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
25.5012

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 09:11:50

Geschäft Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Zivilgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027 (Nachfolge für Katharina Zimmermann), Bericht der WVKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	28	12	12	10	10	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	12	12	10	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	1	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	12	12	11	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.5263

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 11:27:19
Geschäft Jahresrechnung 2024 und Rechnung 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	92	28	13	12	11	9	6	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	12	11	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	1	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	13	12	11	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
25.5263

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 11:55:16
Geschäft Jahresrechnung 2024 und Rechnung 2024 der fünf kantonalen Museen, Bericht der FKom und BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	13	12	11	9	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	12	11	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	1	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	13	12	11	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.5291

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 16:40:55

Geschäft Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2024 des Regierungsrats

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	88	26	12	12	10	9	6	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	26	13	12	10	9	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	0	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	13	12	11	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
25.5291

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 17:01:12

Geschäft Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2024 des Regierungsrats

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	95	29	13	12	12	10	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	13	12	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	29	13	12	12	10	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
24.0496

Abstimmungsdatum 25. Juni 2025 17:46:29

Geschäft Kantonale Volksinitiative "für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)", Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	29	12	0	12	8	6	6	6	0	0
Nein	13	0	1	11	0	0	0	1	0	0	0
Ent	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	29	13	12	12	8	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	0	0	0	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	13	12	12	9	6	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
24.1748

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 10:01:48

Geschäft Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	46	0	13	12	0	7	7	6	0	1	0
Nein	47	28	0	0	12	1	0	0	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	13	12	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
24.1748

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 10:10:18

Geschäft Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	48	0	13	12	0	9	7	7	0	0	0
Nein	46	28	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	13	12	12	10	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
24.1748

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 10:12:13

Geschäft Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	28	13	12	12	8	7	6	5	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	4	0	0	0	0	2	0	1	1	0	0
Abgestimmt	96	28	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
24.1748

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 10:13:40

Geschäft Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ent	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	37	0	13	10	0	6	0	7	0	1	0
Nein	47	27	0	1	12	1	0	0	6	0	0
Ent	11	0	0	1	0	3	7	0	0	0	0
Abgestimmt	95	27	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 8**
24.1748

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 10:15:42

Geschäft Bewilligung der Ausgaben für die Einführung des Jobtickets zu Gunsten der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung sowie Übernahme der Abonnementskosten von Auszubildenden in der beruflichen Grundbildung, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ent	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	28	0	1	12	1	0	0	6	0	0
Nein	37	0	13	10	0	6	0	7	0	1	0
Ent	11	0	0	1	0	3	7	0	0	0	0
Abgestimmt	96	28	13	12	12	10	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	28	13	12	12	10	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
24.5025

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 10:22:48

Geschäft Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	69	27	12	11	0	7	5	7	0	0	0
Nein	17	0	0	0	12	0	0	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	87	27	12	11	12	7	5	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	8	1	1	0	0	2	2	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	3	0	1	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	13	11	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
24.5445

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 10:48:05
Geschäft Petition P487 "Für Begegnungszonen im Wettsteinquartier", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	7	0	0	0	3	0	4	0	0	0	0
Nein	80	28	13	11	9	5	1	7	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	89	28	13	11	12	5	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	0	0	3	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	13	11	12	8	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
24.5445

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 10:48:57
Geschäft Petition P487 "Für Begegnungszonen im Wettsteinquartier", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ent
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	37	1	13	11	0	5	0	7	0	0	0
Nein	49	26	0	0	12	0	5	0	6	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	28	13	11	12	5	5	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	7	0	0	0	0	3	2	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	13	11	12	8	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
25.0226

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 11:03:02

Geschäft Pilotprojekt «Kantonales Aktionsprogramm gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen für die Jahre 2025 - 2028», Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	28	13	10	11	6	7	6	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	28	13	10	11	6	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	7	0	0	1	1	2	0	1	0	1	1
Nicht anwesend	6	3	0	1	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	28	13	11	12	8	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
25.0227

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 11:14:58

Geschäft Kantonales Aktionsprogramm Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ältere Personen für die Jahre 2025 – 2028, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	27	13	11	12	7	7	6	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	27	13	11	12	7	7	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	7	2	0	0	0	1	0	1	1	1	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	13	11	12	8	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
24.5522

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 11:19:49

Geschäft Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend beschleunigte Einführung eines digitalen Führerausweises im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	36	0	13	1	0	9	7	6	0	0	0
Nein	53	27	0	9	10	0	0	1	6	0	0
Ent	5	2	0	1	2	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	11	12	9	7	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	2	0	1	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	13	11	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 15**
23.5212

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 11:44:46

Geschäft Anzug Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Aussetzung von Rückführungen nach Kroatien, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	0	11	12	0	7	3	7	0	1	0
Nein	50	29	0	0	12	1	2	0	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	11	12	12	8	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	29	12	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
24.5543

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 12:05:37

Geschäft Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend ein Herz für Kleinhüningen – Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasen-Ersatz, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	61	28	0	0	12	7	7	2	5	0	0
Nein	30	0	11	12	0	1	0	5	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	11	12	12	8	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	12	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
24.0933

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 16:46:58

Geschäft Ausgabenbewilligung zur Dach- und Fassadenbegrünung Globus Marktplatz, Basel; Antrag auf Beitragsfinanzierung zu Lasten des Mehrwertabgabefonds, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ent
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	45	1	12	11	0	9	0	7	4	1	0
Nein	48	27	1	1	11	0	7	0	1	0	0
Ent	2	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	95	28	13	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	13	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
24.0933

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 16:47:42

Geschäft Ausgabenbewilligung zur Dach- und Fassadenbegrünung Globus Marktplatz, Basel; Antrag auf Beitragsfinanzierung zu Lasten des Mehrwertabgabefonds, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	27	1	0	12	0	7	0	1	0	0
Nein	46	1	12	12	0	9	0	7	4	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	95	28	13	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	13	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
24.0933

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 16:48:30

Geschäft Ausgabenbewilligung zur Dach- und Fassadenbegrünung Globus Marktplatz, Basel; Antrag auf Beitragsfinanzierung zu Lasten des Mehrwertabgabefonds, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	88	28	13	7	11	9	7	7	6	0	0
Nein	5	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	28	13	12	11	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	28	13	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 17**
23.5215

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 16:55:58
Geschäft Anzug Franziska Roth und Konsorten betreffend proaktive Förderung der Nachholbildung, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	22	0	11	0	0	0	0	5	6	0	0
Nein	70	28	2	12	12	7	7	2	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	28	13	12	12	7	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	28	13	12	12	8	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
20.5400

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 17:08:27

Geschäft Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Deponien Maienbühl (CH) und Mönden (D), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	0	13	12	0	8	7	7	0	0	0
Nein	44	27	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Ent	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	27	13	12	12	8	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	27	13	12	12	8	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
23.5210

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 17:20:13

Geschäft Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend eine zukünftige Sicherung der Medikamentenversorgung in der Region, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	27	0	0	10	0	3	7	7	0	0	0
Nein	66	27	13	2	12	6	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	27	13	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	27	13	12	12	9	7	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 20**
21.5231

Abstimmungsdatum 26. Juni 2025 17:33:52

Geschäft Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend «Suuberi Luft fürs Fälbi-Quartier JETZT!» (Endlich Lebensqualität und weniger belastender Durchgangsverkehr, dafür genug Platz für ÖV, Velo und Zulieferung), Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaela (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**LDP**	**SVP**	**GRÜNE/jgb**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**BastA**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	0	13	12	0	9	7	7	0	0	0
Nein	45	27	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	27	13	12	12	9	7	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	27	13	12	12	9	7	7	6	1	1